

Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden

KIRCHE



FÜR DAS DORF

Krisen·Ziele·Wege

Schwerpunkttagung Herbst 1988

"Ich lebe, und ihr sollt auch leben"

Joh. 14, 19

Mitten aus seinem Wirken und aus seiner Tätigkeit in der Gruppe zur Vorbereitung der Schwerpunkttagung der bad. Landessynode **"Kirche für das Dorf , Krisen - Ziele - Wege "** wurde der Beauftragte unserer Landeskirche für den "Kirchlichen Dienst auf dem Lande"

Pfarrer Wolfgang A d e l m a n n

im Alter von 45 Jahren am 13. Oktober 1988 unerwartet von uns genommen.

Wir haben den Verstorbenen in unserer Gruppe als einen Mann erlebt, der sich voll auf die Seite der ihm anvertrauten Menschen gestellt hat und der sich unermüdlich auf der Suche nach Lösungen und Hilfen für die Betroffenen befand. Wir und "seine Bauern" werden ihn so in Erinnerung behalten.

Wir gedenken des Verstorbenen in Dankbarkeit, nehmen teil an der Trauer der Hinterbliebenen und befehlen ihn der Gnade Gottes an.

"Leben wir, so leben wir dem Herrn; sterben wir, so sterben wir dem Herrn. Darum wir leben oder sterben, so sind wir des Herrn."

Die Mitglieder der synodalen Vorbereitungsgruppe:

Oberkirchenrat Wolfgang **Schneider**

Die Synodalen: Hans-Martin **Leichle**, Martin **Ludwig**, Dietrich **Reger**, Dr. Martin **Schneider**, Werner **Weiland**, Manfred **Wenz**,
Weitere Mitarbeiter: Wolfgang **Huber**, Michael **Göbelbecker**.

Inhaltsverzeichnis

Seiten

Einführung.....1 f

"Lasten gemeinsam tragen" Wort der Synode an die Gemeinden.....2 f

Referate

Referat OKR H.Rösener - "Kirche auf dem Dorf -
Perspektiven künftiger Arbeit".....3 f

Referat Dekan H.M.Leichle - "Das Dorf und der ländliche Raum"...4 f

Referat Ortsvorsteher H.Reitter - "Die Krise des ländl. Raums"..5 f

Referat Dr.D.Jauch - "Die Krise des ländl.Raums".....6 f

Kurzreferate - "Kirche für das Dorf" - Situationsberichte7 f
(W.Huber 7 a, M.Kirschenlohr 7 b, Fr.G.Staiblin 7 c)

Referat Prof. K.Egloff - "Die Probleme der Landwirtschaft".....8 f

Hilfen und Anregungen

Im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie.....9 f

Ziele - Wege - Hilfen10 f

Direktvermarktung landw. Erzeugnisse.....11

Informationen zur Situation im ländlichen Raum

Bundesrat: Antrag des Landes Baden-Württemberg.....12 - 21

Stellungnahmen.....22

"Der ländliche Raum".....23 + 24

Langfristige Bevölkerungsentwicklung 1871 - 198425 + 26

Entwicklung der Beschäftigten im ländlichen Raum.....27

Entwicklung der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe.....28

Löhne und Gehälter je Beschäftigten im Verarb. Gewerbe.....29

Steuerkraft je Einwohner.....30

Einkünfte je Einwohner 1980.....31

Industriedichte im ländlichen Raum.....32

Zusammenfassende Bewertung.....33 + 34

Abgrenzung von Regionen mit Defiziten.....35

Arbeitslosenquoten 1985.....36

Informationen zur Situation der Landwirtschaft

Zur aktuellen Situation (Sicco L.Manshold).....37

Referat Ludwig:Probleme der Landwirtschaft (Protok.LS 1987)....38

Allgemeine Wirtschaftslage - Aussicht auf 1988.....39

Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor.....40

Landwirtschaft als Kunde.....41

Wieviele Personen ernährt ein Landwirt.....42

Bundesagrarchaushalt 1987.....43

Subventionen von 1970 bis 1987.....44

Das Geld der EG.....45

Flächennutzung in der BR Deutschland.....46

Betriebsgrößen in der Landwirtschaft.....47

Landwirtschaftliche Betriebsorganisationen.....48

Erzeuger- und Betriebsmittelpreise.....49

Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel.....50

Agrareinkommen und Vergleichslohn (BRD).....51

Agrareinkommen und Vergleichslohn (EG).....52

(Fortsetzung nächste Seite)

Evangelische Landeskirche in Baden

Evang.Landeskirche in Baden - Gemeinden , Gemeindeglieder.....	53
Grundvermögen der Landeskirche.....	54
W.Hohlfeld "Die Verpachtung landwirtschaftlich genutzten Kirchenguts unter ökologischen Aspekten".....	55
Titelblatt Mitteilungen - Hinweis auf die dort erschienenen Informationen über die Schwerpunkttagung.....	56
"Der kirchliche Dienst auf dem Lande".....	57
Veranstaltungen des KDL.....	58
Über die Arbeit des Dorfhelferinnenwerks.....	59
Veranstaltungen der Bauernschule Neckarelz.....	60
Ferner wird auf die 1984 erschienene Denkschrift der EKD ver- wiesen: "Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wachsen und Weichen" insbesondere auf die Seiten 109 - 113	

(Auf Wunsch ist eine ausführliche Informationsmappe über die
Entwicklungen und Probleme der Landwirtschaft bei der Geschäfts-
stelle der Landessynode erhältlich).

SYNODE DER EVANGELISCHEN LANDESKIRCHE IN BADEN

Informationsschrift zur Schwerpunkttagung "Kirche für das Dorf - Krisen, Ziele, Wege" Herbsttagung 1988

Einführung

Unter dem Begriff "ländlicher Raum" sind die Regionen zu verstehen, die bis heute infolge mangelnder Infrastruktur ihren ländlichen und dörflichen Charakter erhalten haben. Solche Regionen liegen im Schatten der industriellen Ballungsgebiete, die vor allem in der Nachkriegszeit einen starken Sog auf Menschen des ländlichen Raums ausgeübt haben. Die ländlichen Räume sind daher relativ dünn besiedelt, die Abwanderung ("Landflucht") ist nicht ohne Folgen geblieben. Und was zunächst wie ein sinnvoller Ausgleich zwischen Arbeitsplatzangebot und Arbeitskräften aussah, erwies sich als ein schwerer Nachteil für ländliche Räume. Denn mit dem Entzug - vor allem der jungen - Arbeitskräfte wurde diesen Regionen die wirtschaftliche Tragfähigkeit genommen.

Die vollzogene Gebietsreform und der damit verbundene Rückzug von Verwaltung und Schulen und eine Reduzierung des öffentlichen Verkehrs hat diese Regionen weiter geschwächt. Die Krise des ländlichen Raums besteht heute darin, daß für viele nicht mehr existenzfähige Erwerbszweige keine Alternativen vorhanden sind. Die Entleerung und Verödung dieser Regionen schreitet fort. Verstärkt wird die Krise des ländlichen Raums durch die Krise in der Landwirtschaft, die stellvertretend für alle Betroffenen hier dargelegt werden soll.

Fehlende weiterführende politische Rezepte eröffnen für die Betroffenen wenig Zukunftsperspektiven, so daß der Abwanderungstrend - insbesondere der jungen Bevölkerung - anhalten wird. Damit aber wird diesen Räumen die Lebensfähigkeit entzogen und eine jahrhundertealte ländliche und dörfliche Kultur zum Sterben verurteilt. Das ist die eigentliche Krise.

In der vorliegenden Informationssammlung soll versucht werden, in übersichtlichen und allgemeinverständlichen Darstellungen die Entwicklung des ländlichen Raums und der Landwirtschaft aufzuzeigen. Insbesondere soll versucht werden, die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge darzustellen, in deren Beziehungsgeflecht die Europäische Gemeinschaft und mit ihr die deutsche Landwirtschaft miteingebunden ist. Es soll weiter gezeigt werden, daß die Entwicklung der deutschen Industrie zu einer weltweit anerkannten Großindustrie und das Erreichen des hohen Lebensstandards großer Teile unserer Bevölkerung zumindest zu einem Teil nur zu Lasten der deutschen Landwirtschaft möglich war.

Insgesamt soll dem Betrachter nahegebracht werden, daß die Krise des ländlichen Raums und der Landwirtschaft nicht nur als ein Problem der Landwirtschaft und seiner Menschen oder als ein Problem des ländlichen Raums und seiner Bevölkerung gesehen werden kann, sondern als Problem der gesamten Gesellschaft und Volkswirtschaft gesehen werden muß. Diese Zusammenfassung will versuchen, beim Betrachter Handlungsbedarf zu wecken.

(b.w.)

Die Graphiken, Daten und Darstellungen wurden mit freundlicher Erlaubnis entnommen:

- 1.) dem Situationsbericht des Deutschen Bauernverbands 1987
- 2.) dem Landesentwicklungsbericht 1986 für Baden-Württemberg
- 3.) dem "Leitlinien und Entwicklungskonzept der Landesregierung von Baden-Württemberg vom 19.10.1987"
- 4.) dem Bericht: "Die Struktursituation des ländlichen Raums in Baden-Württemberg 1974 - 1984 " des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie in Baden-Württemberg.
- 5.) Berichten des RKL (Rationalisierungs-Kuratorium für Landwirtschaft)
- 6.) Das Titelblatt entwarf: Herbert G ü n t e r b e r g,
Graphiker
im Wiesengrund
7031 Nufringen

Die vorliegende Informationsschrift wurde von der synodalen Projektgruppe zur Vorbereitung der Schwerpunkttagung:

"KIRCHE FÜR DAS DORF - KRISEN, ZIELE, WEGE"

in der Badischen Evangelischen Landessynode im Herbst 1988 zusammengestellt.

Marienhöhe, 28.8.88

für die Vorbereitungsgruppe

(Martin Ludwig)

"Lasten gemeinsam tragen"

Wort der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden
an die Gemeinden anlässlich der Schwerpunkttagung
"Kirche für das Dorf - Krisen, Ziele, Wege"
vom 16. - 18. Oktober 1988

Die Landessynode ist über die schwierige Situation der Landwirtschaft, die Entwicklung vieler Dörfer und die Gefährdung des Naturhaushaltes beunruhigt. Für Christen gilt: "Wenn ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit" (1. Korinther 12,26). Stadt und Land sind eine Schicksalsgemeinschaft. Sie sind wechselseitig voneinander abhängig. Die Dörfer sind Wohnorte und bevorzugter Lebensraum für viele Menschen. Sie sind Standorte für Nahrungsmittelerzeugung, Handwerk, Gewerbe und Industrie. Sie dienen aber auch dem Schutz, der Pflege und der Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Dorfkultur. Immer mehr Städter suchen Erholung und Entspannung auf dem Lande. Die Landwirtschaft erfüllt wichtige landschaftspflegerische Aufgaben. Auch in Zukunft müssen die Dörfer und die Landwirtschaft ihre Funktionen für die Gesellschaft ausüben können. Um so mehr Sorgen macht uns die gegenwärtige Entwicklung:

Viele landwirtschaftliche Betriebe sind in ihrer Existenz gefährdet. Zahlreiche Bauernhöfe wurden bereits aufgegeben. Im Sog dieser Entwicklung sorgen sich Landwirte und ihre Familien um das von Generation zu Generation übernommene Erbe. Sie sehen bei ständig sinkendem Einkommen keine Möglichkeit mehr, den Töchtern und Söhnen die Nachfolge auf dem Bauernhof zu empfehlen. Kinder von Landwirten streben in andere Berufe. Die Strukturen der Dörfer mit ihrem wie selbstverständlich funktionierenden Hilfsnetz für die Nachbarn sind in Auflösung begriffen. Kommunikation und Verständnis füreinander drohen verlorenzugehen. In dünn besiedelten Gebieten beginnen Dörfer zu veröden.

Dies ist eine Entwicklung, die keinem gleichgültig sein kann. Der Mensch hat nach dem Schöpfungsbericht die Aufgabe, die Erde zu bebauen und zu bewahren. Diesen Auftrag hat der Bauer schon immer sehr ernst genommen. Wir danken den Landwirten, die uns mit Nahrungsmitteln versorgen und wertvollen Lebens- und Erholungsraum erhalten.

Immer wieder hört man: "Landwirtschaft belastet die Umwelt". Dabei wird oft vergessen, daß die Landwirtschaft unter Bedingungen produzieren muß, die sie sich selbst nicht ausgesucht hat. Es ist die Aufgabe der Politiker, den Landwirten in der Europäischen Gemeinschaft andere wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu geben, damit sie umweltfreundlicher produzieren können. Die Landwirte sind dazu bereit.

Umdenken müssen aber nicht nur Politiker und Bauern, sondern jeder Bürger. Wenn die Landwirte die Landschaft erhalten, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel erzeugen und tierfreundliche Haltungsformen praktizieren sollen, hat das seinen Preis. Es genügt nicht, beispielsweise die Legebatterien zu kritisieren; umweltverträgliche Landwirtschaft mit einer artgerechten Tierhaltung erfordert unsere Bereitschaft, für Nahrungsmittel einen höheren Teil unseres Einkommens aufzuwenden als bisher. Wie sich die finanzielle Situation zuungunsten der Landwirte verändert hat, wird an folgenden Zahlen deutlich: 1950 gab ein Haushalt 43,4% seines Einkommens für Nahrungsmittel aus, 1986 waren es nur 16,9%. Wir Verbraucher fördern nicht selten durch überhöhte Ansprüche an Aussehen und äußere Beschaffenheit landwirtschaftlicher Produkte eine unerwünschte Entwicklung. Zum kritischen Käuferverhalten gehört die Überlegung, wo und was wir einkaufen.

Die Gemeinden sind aufgerufen, in Gottesdiensten, im Unterricht und in Gemeindeveranstaltungen die Probleme des ländlichen Raumes und seiner Menschen mit zu bedenken. Begegnungen von Gemeinden aus Stadt und Land können Vorurteile abbauen und Partnerschaften entstehen lassen. "Nehmt einander an, wie Christus Euch angenommen hat zur Ehre Gottes" (Römer 15,7). Dieses biblische Wort gilt auch für die Konflikte in der Dorfgemeinschaft. Die Kirchengemeinde kann mit dabei helfen, daß Alteingesessene und Neusiedler, Bauern und Verbraucher, Naturschützer und Nahrungsmittelproduzenten - um nur einige Gruppen im Dorf zu nennen - mehr Verständnis füreinander aufbringen. Sie sollte ein Ort der friedlichen Konfliktaustragung und Ermutigung aus dem Glauben sein. Wer neue, umweltverträgliche Formen des Wirtschaftens wählt, soll ebenso Verständnis finden wie die landwirtschaftliche Familie, die nach gründlicher Überlegung die Entscheidung trifft, den Hof aufzugeben oder im Nebenerwerb weiter zu wirtschaften.

Die Kirchengemeinde und auch jeder Christ aber bleiben nur glaubwürdig, wenn sie selbst - auch in ökologischen Belangen - mit gutem Beispiel vorangehen. Die Kirche mit ihren vielfältigen Diensten verläßt nicht das Dorf. Sie bleibt in der Nähe ihrer Gemeindeglieder. Der Kirchliche Dienst auf dem Lande ist ein jederzeit ansprechbarer Partner im Bemühen um die Bewältigung der Probleme des ländlichen Raumes. Die Landessynode stellt für interessierte Gemeinden eine Informationsmappe zur Verfügung, damit an dem Thema "Kirche für das Dorf" weiter gearbeitet werden kann. Sie dankt allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf dem Lande für ihren unermüdlichen Einsatz.

Resignation ist mit christlichem Glauben und christlicher Hoffnung auch in der Krise des ländlichen Raumes unvereinbar. Der Dreieinige Gott selbst ermutigt uns, die Haushalterschaft für seine Erde und bedrohte Schöpfung wahrzunehmen.

"Kirche für das Dorf, Krisen-Ziele-Wege"

Schwerpunkttagung der Landessynode im Herbst 1988

Referat: Kirche auf dem Dorf - Perspektiven künftiger Arbeit
von Oberkirchenrat Herbert Rösener, Bielefeld

Ich bin gebeten worden, ein ungefähr einstündiges Grundsatzreferat zu halten, wobei Bruder Adelmanns letzter Satz am Telefon war, daß ich auch die theologischen Akzente betonen möchte. Ich lege deshalb auch meinem Referat die zweite These der Barmer Theologischen Erklärung zugrunde:

Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.

I. Jesus Christus, Gottes Zuspruch und Anspruch auf unser ganzes Leben in Stadt und Land

1. Stadt und Land als Schicksalsgemeinschaft unter dem einen Evangelium

Wenn die badische Landessynode sich in diesem Herbst so intensiv und gründlich mit dem Thema "Kirche für das Dorf" beschäftigt, so tut sie das nicht aus einem nostalgischen oder dorfromantischen Zeittrend heraus nach der Devise "zurück zur Natur" oder "zurück zum einfachen, heilen, dörflichen Leben". Einmal hat es das heile, konfliktfreie Dorf auch in der Vergangenheit nie gegeben. Zum anderen läßt sich mit der These "zurück zur Natur" auch auf dem Lande nicht einmal ein Jahr leben, ohne körperlich, geistig und seelisch zu verkümmern. Die Synode hat auch nicht deshalb das Thema "Kirche für das Dorf" gewählt, um Stadt und Land gegeneinander auszuspielen oder gar die Probleme der Ballungsräume als zweitrangig anzusehen.

"Kirche für das Dorf" heißt nicht "Kirche gegen die Stadt". Dieser Weg ist der Kirche aus theologischen und sozial-ethischen Gründen versperrt. Jesus Christus ist Gottes Zuspruch und Anspruch auf das ganze, umfassende Leben für die Menschen in Stadt und Land. Kirche ist immer Kirche für alle, ganz gleich, ob die Gemeindeglieder in großen Ballungsräumen, in Mittelzentren, in Kleinstädten oder auf dem Lande, ob sie im Schwarzwald, im Bauland oder im Raum Karlsruhe leben. In der Bibel heißt es: "Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit". Dies gilt auch für die mehr oder weniger

unterschiedlichen Probleme der Menschen in Stadt und Land, zumal von den Lösungen der Probleme in beiden Siedlungsstrukturen angesichts der vielfältigen Verflechtungen zwischen Stadt und Land mit fließenden Übergängen immer alle mit betroffen werden, sei es im positiven oder negativen Sinne. Die ungelösten Probleme des einen Lebensraumes erschweren und verstärken nicht selten die Probleme des anderen. Man kann ländlich gewachsene Strukturen schnell zerschlagen. Man kann, wie wir es in Rumänien erleben, selbst 7.000 Dörfer zugunsten von Agrostädten einfach vom Erdboden ausradieren, aber es wird viel Geld und eine lange Zeit dazu benötigt, damit dann die Gesamtgesellschaft die entstehenden Folgeschäden wiederum beseitigt und gesunde Lebensräume mit abwechslungs- und artenreicher Naturlandschaft zum Wohle der Menschen in Stadt und Land wieder hergestellt werden. Das Land ist ein eigenständiger Lebensraum, der auch ohne die Dienstfunktion für die Stadt eine hohe Lebensqualität besitzt, zum Beispiel mit seiner Überschaubarkeit, von der gestern schon die Rede war, mit seiner geringeren Anonymität, seinem stärkeren Eingebundensein in natürliche Zusammenhänge und Rhythmen - auch von Tod und Leben -, mit den mannigfaltigen Einübungsfeldern zum Tragen von Mitverantwortung in der Familie, in der Dorfgemeinschaft, in den Vereinen und auch in der Kirche, den Möglichkeiten nachbarschaftlicher Hilfe und dem Miteinanderleben von Generationen, obwohl das alles auch seine Ambivalenzen hat, auf die ich hier nicht näher eingehen möchte.

Je eigenständiger sich das Land jedenfalls entwickeln kann, um so mehr hat es mit einzubringen in die Gesamtgesellschaft. Probleme in Stadt und Land werden weder durch unkritische Urbanisierung, Verstädterung, noch durch Dorfromantisierung gelöst, sondern nur durch ein Nachdenken darüber, was die jeweiligen Regionen für ein menschenwürdiges und umweltgerechteres Leben einzubringen vermögen. Nur eine große Solidargemeinschaft von Stadt und Land wird die unterschiedlichen Probleme lösen können.

2. Die entideologisierende Kraft des Evangeliums

Aus der Kirchen- und Gesellschaftsgeschichte sollten wir die Lehren ziehen, daß eine religiöse Ideologisierung von Stadt oder Land oder eine religiöse Überhöhung eines Berufsstandes, die nie von Bauern, sondern immer von Dichtern und Denkern und auch von Theologen ausgegangen ist, selbst politisch verheerende Folgen haben kann. Denken Sie nur an die Blut- und Boden-Ideologie. Heute wird man bei bestimmten bauernromantischen Ideologien mehr an den nachreformatorischen Prediger Nicodemus Frischlin mit seiner Predigtgliederung aus dem 16. Jahrhundert erinnert:

1. Der Ackerbau ist von Gott eingesetzt als die erste und älteste menschliche Tätigkeit.

W

2. Der Lebensweise nach sind die Bauern die besten und frommsten Menschen.
3. Der Ackerbau ist die notwendigste und nützlichste Beschäftigung.
4. Das religiöse Abhängigkeitsgefühl des Landmenschen wird durch die Veränderung des Wetters am lebendigsten erhalten.

So weit geht die theologische Tradition zurück.

Heute könnte eine Erntedankfestgliederung wiederum so lauten:

1. Die Natur ist Gottes gute Schöpfung.
2. Die Menschen haben die Natur ausgebeutet und zerstören durch die zu hohe Belastung von Boden, Luft und Wasser ihre eigenen Lebensgrundlagen.
3. Die klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft ist der beste Garant der Erhaltung von Gottes Schöpfung.
4. Befreit euch von den Agrarfabriken und den Zwängen der chemischen Industrie.
5. Bewahrt eure Frömmigkeit durch einen neuen Lebensstil in Stadt und Land zur Rettung von Gottes guter Schöpfung.

Hohe Synode! Beide Predigtgliederungen sind nicht frei von ideologischen Zügen, ganz zu schweigen davon, daß vereinfachende Schlagworte nie ein Problem lösen, sondern höchstens auf die Bewältigung von Aufgaben aufmerksam machen können. Die behauptete Wettergottfrömmigkeit des Landmenschen bedeutet eine Nichtbeachtung des 2. Artikels, daß "Jesus Christus Gottes kräftiger Zuspruch und Anspruch auf unser ganzes Leben ist". Rein empirisch kann jeder beobachten, daß die Religiosität und Kirchlichkeit des sogenannten Landmenschen, durch Naturnähe angeblich wachgehalten, bis heute regional sehr, sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Die mehr kleinbäuerlich strukturierten Gebiete, wie zum Beispiel in meiner Heimat in Minden-Ravensberg - dies trifft, nehme ich an, auch für manche Regionen Baden-Württembergs mit solchen Erweckungsbewegungserfahrungen zu, wie bei uns in Ostwestfalen - zeichnen sich bis heute durch eine breite Beteiligung am kirchlichen Leben aus, wenn auch nicht selten mit rückläufiger Tendenz bei der jüngeren Generation. Dagegen hat es die Naturnähe in vielen großbäuerlich strukturierten, zum Beispiel norddeutschen Regionen bis heute nicht vermocht, religiöse Praxis zu verstärken. Wir haben bei uns in Westfalen im Grunde genommen drei Frömmigkeitsstrukturen mit völlig anderem Verhalten auch beim Erntedankfestgottesdienst. Mal geht das ganze Dorf, mal gehen nur die Frauen, mal geht man weder am Erntedankfest noch sonst zur Kirche, beispielsweise in der Soester Börde, wo die Landwirtschaft am stärksten strukturiert ist. In einer einzigen Landeskirche!

Religionssoziologisch ist die dorfkirchliche Frömmigkeit bis heute so gut wie gar nicht untersucht. Theologisch wissen wir, daß der Glaube an den dreieinigen Gott und das Wehen

seines Geistes nicht an Natur- und Wetterabhängigkeit gebunden sind, wie auch übrigens Naturnähe und beruflicher Umgang mit der Tierwelt nicht automatisch tierfreundliches Verhalten erzeugen. Es gibt eine Fülle von Faktoren, die dorfkirchliche Frömmigkeit in den jeweiligen Regionen mitgeprägt haben: geistig-geistliche Strömungen mit erstaunlicher Langlebigkeit bis in die Praktizierung dörflichen Aberglaubens, Konkurrenz mit katholischer Frömmigkeitspraxis, Stadtnähe, Stadtförne, Wirtschaftsstrukturen, soziale Schichtungen, Einwanderungs- und Abwanderungsbewegungen - zum Beispiel Flüchtlinge und Neusiedler -, Touristenverhalten und nivellierende Tendenzen durch Massenmedien. Wichtig für zukünftige Schwerpunkte dorfkirchlicher Arbeit ist es, diese regional unterschiedlichen Geprägtheiten durch die Vergangenheit mit zu berücksichtigen. Schelte über angeblich unkirchliches Verhalten verhärtet nur, zumal nicht mitbedacht wird, daß wir als Kirche den heutigen Zustand sehr stark neben den eben genannten anderen Wirkfaktoren bis in unsere Verkündigungspraxis hinein mitgeprägt haben.

Es gilt auch, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, wo entweder das Heil von der städtischen Industriegesellschaft - gerade in den 60er, 70er Jahren - oder von den Urkräften des Landes erwartet wurde und dieses dann noch religiös-ideologisch überhöht wurde. Wir werden die Zukunft weder mit der Berufung auf einen urbanen Christus - so auf einer bayerischen Landessynode geschehen - noch einen ländlichen Jesus bewältigen. Das ist Ideologie und nicht Evangeliumsbotschaft. Wir werden sie aber auch nicht bewältigen, wenn wir das weitere Heil unserer Gesellschaft allein vom technisch-chemischen Fortschritt oder amerikanischem Farmertum oder sozialistischen zweitausender Kuhställen erhoffen oder von einer Rückkehr zu einer ländlichen Idylle.

Aus dem Glauben an den dreieinigen Gott, den Schöpfer und Erhalter, Versöhner und Befreier, Erlöser und Vollender ergeben sich ethische Kriterien sowohl für individuelles als auch gesellschaftspolitisches Handeln. Für die EKD-Landwirtschaftsdenkschrift habe ich es so formuliert:

Dies geschieht im Zusammenhang von Sach- und Problemanalyse einerseits, der Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Ziel- und Wertvorstellungen und biblischen Kriterien andererseits. Für die hier zu behandelnden Problemfelder sind folgende Kriterien von Bedeutung: Mitgeschöpflichkeit; Dienst an der Schöpfung statt ausbeuterischer Herrschaft über die Natur und die Menschen; verantwortliche Haushalterschaft; Mitmenschlichkeit und Solidargemeinschaft untereinander, mit den kommenden Generationen und mit der Kreatur, freie Entfaltungsmöglichkeiten und gerechte Anteilhabe; Eintreten für gesellschaftlich Schwache. Diese Kriterien zielen auf Prinzipien der Naturverträglichkeit, der Sozialverträglichkeit sowie der generativen Verträglichkeit (Folgewirkung für zukünftige Generationen) und der internationalen Verträglichkeit

(Auswirkungen auf andere Länder). Werden solche Kriterien auf die anstehenden Probleme bezogen, so ergeben sich häufig Zielkonflikte. Dabei muß jedoch deutlich sein, daß nicht allein ökonomische und technische Gesichtspunkte den Ausschlag geben können, ebensowenig allein ökologische oder soziale. Die Gesichtspunkte der Natur- und Sozialverträglichkeit, der generativen und der internationalen Verträglichkeit müssen immer gleichzeitig überprüft und miteinander abgewogen werden.

Aus den bisherigen Vorträgen, die auf dieser Landessynode gehalten wurden, wird schon deutlich, daß dieser Abwägungsprozeß keine leichte Aufgabe ist. Wir haben das gestern Abend erlebt. Woran liegt das? Warum nicht?

3. Die Interessenkämpfe und die kirchliche Parteinahme für bedrohtes Leben, für Gewaltminderung und für die Schwächeren in der Gesellschaft

Beim miteinander Abwägen von ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten ergeben sich die Zielkonflikte nicht nur durch ein unterschiedliches Gewichten von rationalen Erkenntnissen - das haben wir gestern Abend hier klassisch vorgeführt bekommen -, in die Emotionales und Unbewußtes übriges immer mit einfließen, sondern durch sehr differierende materielle und auch geistige Interessen. Die Auseinandersetzungen mit den Problemen des ländlichen Raumes sind deshalb auch für die Kirche so wichtig, weil hier bis in die Neuordnung der EG-Agrarpolitik hinein wie in einem Brennspiegel sichtbar wird, daß wir gegenwärtig vor der dringlichen Aufgabe stehen, Wertentscheidungen zu treffen, die auch für die Fortentwicklung der Gesamtgesellschaft von großer Bedeutung sind, andererseits aber auch mächtige Interessensgruppen Richtungsveränderungen mit allen erdenklichen Mitteln zu verhindern suchen. Ich darf das am Beispiel des Konfliktfeldes "Wachsen oder Weichen" und der Diskussion gestern Abend mit Professor Egloff verdeutlichen. Da ist im Referat die Rede davon, daß es ökologische und ökonomische Gesetzmäßigkeiten gebe, die man nicht übergehen könne. Dann wird hinzugefügt, daß der gehaltene Vortrag die Probleme aus betriebswirtschaftlicher Sicht abhandle. Das Ergebnis dieser angeblich rein ökonomischen Betrachtungsweise, das auch der Mehrzahl aller Agrarökonom und Agrarpolitiker - auch das haben Sie gestern Abend erlebt - geteilt wird, kann man mit den Worten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesernährungsministerium, Gallus, wiedergeben: Man wird froh sein, wenn am Ende 30% bis 40% der Vollerwerbsbetriebe existenzfähig über die Runden kommen. Dementsprechend werde sich der Anteil der Nebenerwerbler noch erheblich vergrößern. Die Agrarproduktion werde in Zukunft noch mehr als heute von den Klima-, Struktur- und damit kostengünstigsten Standorten in der EG bestimmt, wobei der Konkurrenzdruck des künftigen EG-Binnenmarktes neben den eingeleiteten Maßnahmen Flächenstilllegungsprogramm und Produktionsaufgabenbereite den Strukturwandel noch weiter verschärfen werde. Diese Wahrheit müsse offen ausgesprochen werden, damit die betroffenen Landwirte sich keinen

Illusionen hingäben und richtige Zukunftsentscheidungen treffen, wobei es Aufgabe des Staates sei, soziale Härten zu vermeiden. So weit, so gut oder nicht gut.

Ich zweifle persönlich auch nicht daran, daß angesichts der gesellschaftlichen Machtverhältnisse diese ökonomische Betrachtungsweise - übrigens auch im Verbunde mit starken Interessen der chemischen Industrie - sich, wie schon in der Vergangenheit, durchsetzen wird: Es werden immer weniger Landwirte auf immer größeren Flächen und mit immer größeren Tierbeständen unter Zuhilfenahme von chemischen, technischen Mitteln, von Wachstumshormonen und Gentechnologie - der eigentliche Fortschritt, wird uns heute gesagt, steht noch vor uns -, unter Einsatz von immer mehr Fremdenergie die Produktion weiter steigern, wie sinnvoll das auch immer sein mag. Die ökonomischen Gesetze stimmen ja. Für bedenkliche ökologische, soziale, siedlungsstrukturelle, entwicklungspolitische Folgewirkungen werden wieder andere Spezialisten, oft übrigens mit viel weniger Macht, Kapital und Einfluß, herangezogen. Denken Sie nur an das Töpfer-Umweltministerium oder an das Wirtschaftsministerium; dann haben Sie das klassisch vor Augen.

Da es genügend Interessengruppen gibt, die dafür Sorge tragen, daß das Verursacherprinzip nicht durchgreifend angewandt wird, wird nicht selten der Steuerzahler zur Kasse gebeten, wobei in der Regel dann mit diesen Geldern nicht die eigentlichen Ursachen behoben, sondern Reparaturschäden auch schon in Milliardenhöhe gezahlt werden. Gesamtwirtschaftliche Folgekosten finden bekanntlich in rein betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweisen noch kaum einen Platz. So war es betriebswirtschaftlich sinnvoll, zum Beispiel Feuchtwiesen trockenzulegen. Die heute allerdings notwendig gewordenen Renaturierungsmaßnahmen zum Beispiel nur zur Rettung der letzten vier Weißstörchepaare aus meinem Heimatkreis im Weserbogen bei Minden erfordern schon einen Landeszuschuß von 8 Millionen DM.

Welche siedlungsstrukturellen, ökologischen, dorfkulturellen Folgewirkungen es haben wird, wenn nur noch wenige Vollerwerbsbetriebe in Baden-Württemberg existenzfähig bleiben, dafür fühlt sich der Betriebsökonom genausowenig zuständig wie für Fragen einer artgerechten Tierhaltung oder die negativen Folgen von Hochleistungstieren im Hinblick auf Gesundheit, Fruchtbarkeit und Langlebigkeit, ganz zu schweigen von den internationalen Auswirkungen der EG-Agrarpolitik durch Subventionierung der Überschüsse auf dem Weltmarkt. Ich persönlich glaube, daß wir heute nicht in der Gefahr stehen - hier unterscheide ich mich entschieden von den Ausführungen dieses Referates -, die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten außer acht zu lassen. Noch erleben wir in allen Bereichen der Wirtschaft die Dominanz des sogenannten rein ökonomischen Denkens, lediglich geschmückt und angereichert mit ein paar ökologischen Federn - mit dem Hinweis zum Beispiel, daß Flächenstilllegungsmaßnahmen auch für ökologische Zwecke nutzbar gemacht werden könnten. Daß damit auf anderen Standorten eventuell die Intensivierung

weiter fortschreitet und so das Artensterben munter weitergeht, weil ein Vernetzungsprogramm mit artenschonender Produktionsweise und ein Extensivierungsprogramm auf der gesamten Fläche schlechthin keine Aussicht auf Durchsetzung haben, und zwar bei uns und in der EG. Professor Dr. Weinschenck, Stuttgart-Hohenheim, gehört zu den wenigen Agrarprofessoren, die als Betriebswirtschaftler darauf hinweisen, daß unsere Gesellschaft insgesamt vor einer Grundentscheidung stehe - und zwar nicht nur in der Agrarpolitik -, ob sie gewillt sei, den ökologischen, in Gesamtzusammenhängen denkenden Betrachtungsweisen den Vorrang vor der zu sehr verengten, rein ökonomischen Sichtweise einzuräumen und dies auch gegen mächtige Interessengruppen durchzusetzen. Er weist darauf hin, daß in Ost und West bisher die gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung hätten angepaßt werden müssen. Wir stünden heute aber vor der Frage, ob nicht die "technisch/wirtschaftliche Entwicklung gesellschaftlichen Zielen, insbesondere den Forderungen angepaßt werden muß, die sich aus ökologischen Erfordernissen und dem Wunsch nach Erhaltung bestimmter Sozialstrukturen ergeben" - eben auch Schwäbische Alb, Sauerland, Schwarzwald und Höhenlandwirtschaft. Die Beibehaltung des bisherigen ökonomischen Weges bedeutet für Weinschenck die "wirtschaftliche, konsequente Anpassung der Produktionsstruktur an Absatzmöglichkeiten und technische Veränderungen". Landwirtschaftliche Produktion würde auf diesem Weg in den intensiven Agrargebieten im Gefolge neuer Steigerungen der Intensität der Landschaftsausnutzung weiter ausgedehnt werden. In den benachteiligten Gebieten würde sie fast vollständig zum Erliegen kommen. Ich habe heute morgen erst die Nachricht aus einer Meldung gehört, die ich von Brüssel bekommen habe, daß allein in der EG 25 Millionen Hektar durch Bodenerosion - eine Meldung aus Brüssel - schwer gefährdet sind, und zwar nicht nur durch Intensivierung der Landwirtschaft, sondern durch Rückzug der Landwirtschaft aus Bergbauerngebieten. 25 Millionen Hektar! Das ist achtmal so groß wie die Fläche von Holland. Vor solchen Problemen stehen wir heute nach Auskunft von Experten in Brüssel.

Der ökologische Weg bedeutet Beibehaltung einer möglichst raumdeckenden Landwirtschaft. Die Intensität der Landschaftsausnutzung wird auf das Maß reduziert, das erforderlich ist, um uns satt zu machen und um unseren Beitrag zu echter Nahrungsmittelhilfe leisten zu können. Bei der Herstellung von Nahrungsmitteln haben ökologische Prinzipien und die Prinzipien einer artgerechten Tierhaltung Vorrang vor ökonomischen Prinzipien. Für den einzelnen Landwirt behält das Gebot, wirtschaftlich zu produzieren, zwar seine unveränderte Bedeutung. Auf dem ökologischen Weg werden die Rahmenbedingungen jedoch durch die Politik so gestaltet - und deshalb nützt Bewusstseinsänderung allein überhaupt nichts -, daß es für ihn lohnend ist, die

Prinzipien des ökologischen Weges zu beachten. Das heißt also, daß der alte Adam sozusagen Futter kriegt, daß er sich ändert. Gesellschaften müssen zwischen beiden Wegen wählen, so meint Professor Weinschenck.

Dabei geht es nicht entweder um Ökonomie oder um Ökologie, wie es die plakative Bezeichnung vielleicht glauben macht, sondern es geht um den Vorrang, den man dem ökonomischen bzw. dem ökologischen Prinzip einzuräumen gewillt ist.

Anders ausgedrückt: Es geht um das Maß an Gewalt, das man der Natur zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse unvermeidbar antun muß, und um das Maß, das man ihr mit den angewandten Produktionsmitteln und durch die Intensität der Landschaftsausnutzung tatsächlich antut.

Soweit die Meinung von Professor Weinschenck, der ich voll zustimme. Als Kirche haben wir in den letzten Jahren auch in Brüssel eindeutig Partei für die Durchsetzung des Vorrangs des sozialen und des ökologischen Weges ergriffen bzw. wir haben konkrete Vorschläge gemacht, wie die Agrarpolitik stärker soziale, ökologische, siedlungsstrukturelle und entwicklungspolitische Folgewirkungen mit zu bedenken hat. Es wurde gesagt, weil eine Vorsynode über Landwirtschaft getagt habe, brauchte ich in diese konkreten agrarpolitischen Fragen nicht einzusteigen. Ich greife deshalb auch nur die Grundbedingungen an, von denen eine Agrarpolitik heute bestimmt sein muß, wenn sie denn wirklich den Namen "Neuordnung" mit Recht trägt. Dann geht es also immer gleichzeitig darum, die Sozialverträglichkeit, die Umweltverträglichkeit, die regenerative und die internationale Verträglichkeit mitzubedenken. Im übrigen hatte das baden-württembergische Späth-Programm des Jahres 1986 viel stärker diese eben genannten Kriterien berücksichtigt. Einige von Ihnen werden das kennen. Gestern war auch die Rede von dem, was man im Bundesrat eingebracht hat. Aber hier kann und darf man einfach nicht verschweigen, daß natürlich die süddeutschen Interessen hart auf norddeutsche Interessen gestoßen sind. Wir erleben es auch im Bauernverband, daß teilweise, natürlich auch durch die andere Interessenlage, mit ganz unterschiedlicher Zunge gesprochen wird; das muß es wohl auch. Hier kommen natürlich auch die Interessen der besserstrukturierten Länder Niederlande, Dänemark und Großbritannien ins Spiel.

Hohe Synode! Angesichts der Überschussprodukte, der ökologischen Nebenwirkungen einer Intensivlandwirtschaft, des gesteigerten Umweltbewusstseins bei der Bevölkerung und ihre Bereitschaft, für eine artgerechtere Tierhaltung und rückstandsfreiere Nahrungsmittel höhere Preise zu zahlen - hier gibt es natürlich Bewusstseinsprobleme, an denen wir mitarbeiten können -, gäbe es kaum einen besseren Zeitpunkt für eine wirklich neue Weichenstellung in der Agrarpolitik, die der dörflichen Siedlungsstruktur und den ökologischen Erfordernissen zugute kommen würde. Ansatzpunkte für eine solche Umorientierung sind mit den Extensivierungsprogrammen

- Übrigens auch mit dem Ausbau des Bergbauernprogrammes - und neuen Umweltmaßnahmen der EG auch gegeben. Es gilt aber viel unterschiedener, das Konzept einer sozial- und umweltverträglichen Landwirtschaft regional sehr viel differenzierter zu verwirklichen. Da kann man eben nicht, wenn man in Baden-Württemberg ist, mit schleswig-holsteinischen Höfen kommen.

Denn Sie müssen hier an Hängen und mit einer Kleinstruktur Landwirtschaft auch möglich machen. Da muß man regional differenzieren. Man muß dies regional differenziert in dieser Region ermöglichen, weil dies auch für die Gesamtgesellschaft ganz bestimmte Werte bringt. Damit wird überhaupt nicht dem schleswig-holsteinischen Betrieb abgesprochen, daß er ökologisch wirtschaften kann. Ich kenne dort 100-Hektar-Betriebe mit extensiver Schafzucht, wo man sagt, unterhalb dieser Größe gehe das überhaupt nicht. Dazu brauche ich eben 100 Hektar, wenn ich Schafe extensiv halten will. Natürlich! Aber Sie haben hier andere Bedingungen. Also muß eine EG-Agrarpolitik sehr viel differenzierter auf die Erfordernisse des Raumes und seiner Menschen hin konzipiert sein. Von daher müssen dann auch die Einkommensfragen gelöst werden - ganz im Sinne dessen, was Herr Dr. Schuler hier gestern zum Ausdruck gebracht hat. Die Kirche sollte ihre Möglichkeiten ausschöpfen - trotz aller gegenläufigen, anderen Tendenzen -, auf eine solche Richtungsänderung hinzuwirken, damit nicht nur Symptombehandlung, sondern auch Ursachenbekämpfung geschieht. Die Kirche muß auch offen gegen starke wirtschaftliche Gruppierungen Partei nehmen. Ich will am Rande nur sagen, daß die nordrhein-westfälische Regierung gegen Bayer-Leverkusen einen Prozeß allein wegen des Wegerandstreifenprogramms, das dort eingeführt werden sollte, führen mußte. Da ging es um Millionenbeträge. Um solche Auseinandersetzungen geht es, nicht um ein Ackerrandstreifenprogramm, wo es um vier Meter geht, sondern nur darum, daß auf Wegerandstreifen kein Dünger gestreut wird. Sie hat jahrelang prozessieren müssen, um das durchzusetzen - mit einem Millionenwert! Um solche Kämpfe geht es. Aber das muß man heute auch als Kirche wissen. Von dort her müssen wir sehen, daß wir uns offen in das Gespräch einzuschalten haben. Ich habe über dieses Thema schon intensive Gespräche mit der chemischen Industrie geführt. Anderenfalls werden wir nicht unserem Auftrag gerecht, Anwalt des bedrohten Lebens und der Schwächeren in der Gesellschaft zu sein.

Hohe Synode! Ein völlig anderes System können wir nicht herbeizaubern, wollen wir auch nicht. Wir lieben unser freiheitlich demokratisches System. Aber ich meine: Wir sollten wenigstens soviel Anstrengungen unternehmen, wie heute bei Perestroika und Glasnost unternommen wird, um innerhalb unseres Systems die Weichenstellung eben auch im Blick auf das, was hier entfaltet wird, vorzunehmen. Wir sollten von unseren Voraussetzungen her mindestens solche Anstrengungen unternehmen, wie das drüben im Osten geschieht. Die Kolchoslandwirtschaft steht vor einem völligen, auch

ökologischen Bankrott. Das hat gerade Gorbatschow mit aller Offenheit ausgesprochen. Dort ist man dabei, wieder eine Erbpacht einzuführen. Was das heißt, diese Entwicklung rückgängig zu machen - daran sehen Sie wiederum, wie man sehr schnell zu einer Großraumlandwirtschaft kommen kann und es sehr schwer hat, nachher die Akzente anders zu setzen.

Bewußtsein, Verhalten und Strukturen müssen sich dabei gleichzeitig ändern, um bedrohtes Leben zu schützen und Gewalt zu vermindern.

Ich könnte nun auch noch am Beispiel des Strukturwandels in der Landwirtschaft wiederum exemplarisch für andere Lebensbereiche sichtbar machen, wieviel Strukturwandel, Standortunsicherheit und Lebenssinnkrise ein Mensch ertragen kann, ohne zu resignieren, zu radikalisieren oder politisch oder gesellschaftlich apathisch zu werden und sich in die Isolation zu begeben, wobei dieses alles dann auch sein Glaubensleben sehr stark mit tangiert. Seit genau 30 Jahren bin ich in der kirchlichen Landvolkarbeit tätig. Zu keinem Zeitpunkt begegnete ich soviel verbitterten und resignierten, hoffnungslosen Menschen auf dem Lande wie heute.

Diesen Abschnitt können Sie im ausgearbeiteten Referat nachlesen. Ich werde ihn an dieser Stelle überspringen. Sie können nachlesen, wo die Ursachen liegen. (Hier nachfolgend im Kleindruck.)

Ein Bauer sagte auf einer Tagung: "Ich fühle mich wie eine Fliege unter einer Käseglocke: Immer wieder setze ich mit meinen Flügeln an, mich zu befreien, aber ich gelange doch nur bis an den Rand der Käseglocke ohne Hoffnung auf eine langfristige Rettungsperspektive." Da haben viele Landwirtschaftsfamilien von morgens bis abends mühsam gearbeitet, ihren Hof umgestellt, investiert, rationalisiert, spezialisiert nach politischen Rahmenbedingungen, die andere ihnen vorgegeben haben. Politiker haben bei Festvorträgen die Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebs als höchstes Ziel ausgegeben. Aber für viele der Landwirte ist überhaupt kein Abschehen, wer morgen noch weiter existieren kann und wer nicht. Es fehlt an verlässlicher Zukunftsperspektive. Wie wird der Prozeß des Wachstums oder Weichens weitergehen? Gewiß haben sich schon viele im Generationswechsel für eine Hofaufgabe entschieden, so daß der Strukturwandel weitergehen wird. Auch die Nebenerwerbslandwirtschaft kann bei Freizeitvermehrung eine Chance sein, auf dem Dorf wohnen zu bleiben, sinnvolle Ausgleichstätigkeiten zu haben (bei guter betrieblicher Organisation, wobei Frau und Kinder nicht übermäßig zu belasten sind) und dabei oft noch Brückenbaufunktion wahrzunehmen zwischen Stadt und Land durch ihr Pendlerdasein. Aber die Frage ist für viele Vollerwerbsbetriebe: Werden morgen schon 50 ha große Höfe und übermorgen 100 ha große Höfe nur noch eine Überlebenschance haben? Hinzu kommt die Sinnfrage: Wozu braucht man mich als Bauer? Viele Produkte sind im Überfluß da. Dann wird man noch gescholten als Landschaftsausbeuter, Nahrungsmittelvergifter und Tierquäler, ohne selbst an den politisch-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schuld zu sein, nach denen man, um überleben zu können, zu produzieren hatte. Mit wem soll der süddeutsche Bauer sich vergleichen: Mit dem holländischen landwirtschaftlichen Großunternehmer oder mit den Alpenbauern in der Schweiz? Längst ist die innerlandwirtschaftliche Solidarität zerbrochen. Jeder ist der Konkurrent des anderen. Bis in die bäuerliche Interessenvertretung hinein ist man stark verunsichert. Aber auch im Dorfleben fehlt es vielen Landwirten an Standorticherheit. Eine Vielzahl an neuen Berufsgruppen hat Einzug gehalten. Sie bestimmt die Geschicke mit. Viele Neuzugewanderte haben kein Verständnis mehr für die Probleme der Landwirtschaft. Sie möchten nur die Vorzüge dörflichen Lebens genießen, aber keine Einschränkungen hinnehmen (bis hinein in die Geruchsbekämpfung). Umgekehrt stößt man aber auch auf viele Verdächtigungen und Vorurteile der alteingesessenen Bevölkerung gegenüber den neu Hinzugezogenen, die doch nur "grün" denken, ohne wirtschaftliche Zwänge zu kennen. Wo könnten in dieser Situation Zukunftsaufgaben der Kirchengemeinde auf dem Dorf liegen?

II. Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und zukünftige Schwerpunkte kirchlicher Arbeit auf dem Dorf

Da die badische Landessynode in der Woche tagt, in der in Stuttgart das abschließende bundesrepublikanische Forum "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung"

stattfindet, möchte ich im zweiten Teil meines Vortrages diese drei weltweiten Herausforderungen an die Christenheit versuchen, einmal in die kleine, aber nicht weniger wichtige dorfkirchliche Wirklichkeit hinein zu konkretisieren. Mir liegt daran, deutlich zu machen, daß es sich bei den zukünftigen Schwerpunkten dorfkirchlicher Arbeit nicht nur um sozialetische oder gesellschaftspolitische Fragestellungen handelt, sondern daß auch zentrale Glaubensfragen - wichtig für Verkündigung, Seelsorge und Unterricht - neu durchdacht und vertieft werden müssen, allerdings in der Einheit von Glauben und Leben, von Gottes Zuspruch und Anspruch in Jesus Christus auf unser ganzes Leben.

1. Die zugesprochene Gerechtigkeit Gottes in der Einheit von Annahme, Vergebung und Befreiung aus gottlosen Bindungen zu dankbarem Dienst.

"... Jesus Christus, welcher uns gemacht ist von Gott zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung ..." In diesen Worten des Apostels Paulus an die Korinther (1. Korinther 1, 30) wird die freimachende Rechtfertigungsbotschaft in ihrer Ganzheit als Weisheit, geschenkte, zugesprochene Gerechtigkeit, Erlösung und Heiligung sichtbar. Der Gottesdienst muß auch in Zukunft Zentrum kirchlicher Arbeit auf dem Lande bleiben, weil hier durch Wort und Sakrament Gottes bedingungsloses Ja zum Menschen trotz aller Schuld verkündigt wird, real zugesprochen wird. Naturfrömmigkeit vermag weder Weisheit, die im Kreuz Jesu Christi beschlossen liegt, zu erkennen, noch weiß sie um die Kraftquelle, die aus gottlosen Bindungen zu dankbarem Dienst befreien kann. Dorfkirchliche Frömmigkeit hat trotz aller Christusverkündigung sehr oft stark gesetzliche Züge. Mit bedingt durch die großen Sozialkontrollen will man vor dem anderen im Dorf doch im rechten Lichte erscheinen. Es wird sehr darauf geachtet, nicht von dem, was "man" im Dorfe tut, abzuweichen. Das hat positive und negative Seiten. Diese Fremdsteuerung kann den einzelnen in seinen Entscheidungen entlasten, wenn das, was Tradition und Sitte anempfehlen, selbst verinnerlicht und eigenes und fremdes Leben dadurch gefördert wird. Wenn dies nicht geschieht, ist die eigene christliche Identität und Verantwortung in Bindung und Freiheit nicht nur gefährdet, sondern auch die Auswirkungen auf andere Familienmitglieder und die größere Dorfgemeinschaft können durch erstarrte Traditionen, können dadurch, daß nicht mehr geprüft wird, was den Menschen, der Mitwelt und Umwelt dient, sehr negativ sein. Ebenso kann es sich positiv für die Dorfgemeinschaft und auch für die gegenseitige Hilfsbereitschaft auswirken, wenn jeder darauf achtet, immer auch das wiedergutzumachen, was der andere ihm hat angedeihen lassen, nach dem Prinzip: "So wie du mir, so ich dir." Wenn du mich einlädst, lade ich dich wieder ein, wenn du mir nachbarschaftlich hilfst, helfe ich dir wieder. Der Grundsatz "Wie du mir, so ich dir" kann aber den Weg hin zur bedingungslosen Annahme des Freispruchs Gottes erschweren. Gottes zugesprochene Gerechtigkeit ist

eben nicht eine Antwort auf unser rechtschaffenes Tun, auf unser Befolgen von Dorftradition und dörflicher Sitte, sondern sie ist eben bedingungslose Annahme des ganzen Menschen. Nur als solche kann sie befreiende Wirkungen ausüben, befreien aus gottlosen Bindungen zum freien, dankbaren Dienst.

In den Traditionsumbrüchen unserer Dörfer ist kein Dienst der Kirche so wichtig wie die Verkündigung der freimachenden Gerechtigkeit Gottes. Tradition, Sitte und auch Moral werden dann auf ihre lebensfördernden Tendenzen hin befragt. Es verleiht Unabhängigkeit und Mut gegenüber dem dörflichen Mantut-so-etwas-Nicht. Dieses "man" kann eine gottlose Bindung sein, es kann allerdings auch in der Tradition die Weisheit der Väter und Mütter, der Großväter und Großmütter aufgehoben und bewahrt sein, so daß es sich lohnt, in ihren Fußstapfen weiter zu gehen. Eugen Rosenstock-Huessy hat einmal gesagt: "Bei der Neuerschaffung der Welt, in jeder Generation scheiden alle die aus dem Rennen aus, die das Neue bevorzugen, weil es neu ist, oder die, denen das Alte nur deshalb teuer ist, weil es alt ist." Ein Christ verwirft beides: unkritischen Traditionalismus und unkritische Neuerungssucht, getreu dem neutestamentlichen Wort: "Prüfet alles - in Christus - und behaltet das Beste."

Auch eine angeblich neue Moral kann eine gottlose Bindung sein, aus der uns Christus befreien möchte, wie er uns eventuell auch aus einer alten Tradition und Sitte lösen will, weil sie nicht mehr sozial- und naturverträglich ist. Diese Befreiung aus gottlosen Bindungen zu dankbarem Dienst an Gottes Geschöpfen hat heute unmittelbare Praxisrelevanz für das Leben in der Dorfgemeinschaft, das heißt nämlich: "Darum nehmet einander an, wie Christus euch angenommen hat zu Gottes Lob." (Römer 15, 7):

- der alteingesessene Bauer den nicht so traditionsgeleiteten Neusiedler im Dorf,
- der Vollerwerbslandwirt den als Konkurrent empfundenen Nebenerwerbslandwirt,
- der Nahrungsmittelherzeuger den kritischen städtischen Verbraucher,
- die Landwirte die oft als "grüne Spinner" hingestellten Natur-, Tier- und Vogelschützer und umgekehrt,
- die Umweltschützer die unter Existenzbedrohung wirtschaften müssenden Bauern, ohne an diesen Rahmenbedingungen schuld zu sein,
- der bäuerliche Vater den Hof übernehmenden Junglandwirt, auch wenn er den Betrieb auf umweltfreundlichere Produktionsverfahren - ich sage bewußt nicht "Bio" - und tierfreundlichere Haltungssysteme umstellen will, trotz allen Geredes im Dorf, daß er jetzt womöglich anderen in den Rücken falle,

- das Landfrauenvereinsmitglied die mit einem Bauern verheiratete Junglehrerin, die halbtags in der Schule einem sie erfüllenden Nebenverdienst nachgeht und dennoch mit Lust und Liebe Bäuerin und Mutter sein möchte,
- die Traditionsvereine die neuen Aktions- und Freizeitgruppen,
- die Dorfbewohner die erholungssuchenden Wochenendfreizeitler mit oft wenig Verständnis für ländliches Leben; davon war gestern die Rede,
- die Alteingesessenen die Wohngemeinschaft im ausgebauten Bauernkotten mit dorffremden Ideen,
- die deutsche Landbevölkerung den türkischen Gastarbeiter und seine Familie mit anderen religiösen Sitten und Gebräuchen.

Ich breche die Aufzählung hier ab. Der weitere Strukturwandel des Dorfes kann nur menschlich bewältigt werden, wenn das Evangelium von der Befreiung aus gottlosen Bindungen zu dankbarem Dienst an den Geschöpfen nicht nur unverfälscht im Gottesdienst, Unterricht und in der Seelsorge laut wird, sondern wenn es auch in den gelebten Dorfalltag hinein konkretisiert wird und diese Konkretion auch im Leben der Kirchengemeinde mit ihren Gruppen und Vereinen ihren Niederschlag findet, zum Beispiel in Dorfseminaren, Dorfwochen, gemeinsamen Festen, damit jeder an den Alltagsfreuden und -sorgen des anderen Anteil nehmen kann, mehr Verständnis füreinander aufkommt und dörfliche Solidargemeinschaft in heutiger Zeit neu eingeübt werden kann. Das heißt übrigens auch Nachbarschaft, und zwar weit über die übliche Nachbarschaft hinaus. Heute gibt es Wahl Nachbarschaften in Kooperation über zwei oder drei Dörfer. Das sind die positiven Chancen, die es zu sehen gilt, daß man also nicht auf unmittelbare Nachbarschaftskreise angewiesen ist.

2. Der Kampf für eine bessere Gerechtigkeit als Frucht der Dankbarkeit für die zugesprochene Gerechtigkeit Gottes.

Wenn nach Paulus das Reich Gottes "Gerechtigkeit, Friede und Freude im Heiligen Geist" (Römer 14, 17) ist und wenn der Gott der Barmherzigkeit selbst sein Volk aus der Sklavenherrschaft Ägyptens befreite und wenn Jesus den Armen, Entrechteten und Ausgestoßenen sein Heil zusprach, dann dürfen auch Christen in aller Demut und Bescheidenheit durch ihren Gottesdienst im Alltag die ungerechten Götzendienste unserer Zeit mit entlarven helfen. Nach der 5. Barmer These ist es Aufgabe des Staates, "nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichem Vermögen ... für Recht und Frieden zu sorgen". Der Staat, das aber sind in einer Demokratie immer auch alle Bürger und damit auch wir Christen. Die Dankbarkeit für die von Gott uns zugesprochene Gerechtigkeit verpflichtet uns, als Christen mitzuwirken an der besseren Gerechtigkeit, wohl wissend, daß wir Menschen nie so etwas

wie eine absolute Gerechtigkeit schaffen werden. Das bleibt Gott allein vorbehalten. Aber dieses Wissen, daß der Kampf für eine bessere Gerechtigkeit immer nur ein Einsatz im "Vorletzt" (Bonhoeffer) bedeutet, hat den Propheten Micha auch nicht davon abgehalten, bloßzustellen, daß es Mächtige im Volk gibt, die nachts auf ihren Betten liegen - so lesen wir es in Micha 1 und 2 - und darüber nachsinnen, wie sie einen Acker an den anderen unrechtmäßig reihen können auf Kosten der kleinen Landbesitzer.

Allerdings gibt es oft auch bei den heute Verantwortung Tragenden vielen guten Willen - das haben wir gestern Abend auch erlebt - , Unrecht zu bekämpfen. Dieses wird erschwert, weil es viele Unrechtsstrukturen gibt, die in kurzer Zeit schwer abbaubar sind. Mit moralisierenden Pauschalangriffen auf die angeblich versagenden Politiker ist es hier nicht getan! Wir werden auch als Kirche und als Christen nicht davon entbunden, die Konfliktfelder beim Abbau von Ungerechtigkeiten in ihrer Komplexität zu sehen. Eintreten für Schwächere ja, aber es gibt unterschiedliche Gruppen von Schwachen, und oft geht das Eintreten für bestimmte Schwächere auf Kosten von anderen Schwachen, oder es werden Strukturen zerstört, die gerade erforderlich wären, um langfristig wirksamer eine gerechtere Anteilnahme an den Gütern dieser Erde für viele zu ermöglichen.

Was heißt das konkret für die Probleme des ländlichen Raumes und seiner Unrechtsstrukturen?

Ich spreche jetzt im mündlichen Vortrag nur einen Bereich an; den anderen können Sie wiederum in der schriftlichen Ausarbeitung nachlesen.

2.1 Die gerechtere Anteilnahme des ländlichen Raumes an der Fortentwicklung der Gesamtgesellschaft

Die "Kampagne für den ländlichen Raum", die der Europarat für eineinhalb Jahre ausgerufen hat, zeigt, daß in allen westeuropäischen Ländern ein Defizit hinsichtlich der gerechteren Anteilnahme des ländlichen Raumes an der Fortentwicklung der Gesamtgesellschaft besteht. In sozialistischen Ländern ist es noch viel krasser und schlimmer, ich sagte es schon. Der "Deutsche Rat für Landespflege" ist der Ansicht, daß der ländliche Raum heute "durch eine Vielzahl von problematischen Entwicklungen gekennzeichnet ist, die in naher Zukunft gelöst werden müssen". Als besondere Problembereiche werden genannt: "die intensivierte Landwirtschaft, die bauliche Entwicklung, der Denkmalschutz, die Verkehrsentwicklung, die Ansprüche von Erholung und Freizeit, die Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege", wobei es sich auch hier um teilweise konkurrierende Raumansprüche handelt, wie das Beispiel Landwirtschaft und Naturschutz zeigt.

Der Deutsche Rat stellt weiter fest: "Im Vergleich zu den Verdichtungsgebieten in der Bundesrepublik ist der Entwicklung des ländlichen Raumes in der Politik bisher nur

wenig Beachtung zuteil geworden." Auch hier setzte sich übrigens der wirtschaftlich Stärkere gegenüber dem Schwächeren durch. Dabei fordert das Grundgesetz und auch das Raumordnungsgesetz die "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse".

Im gerade jetzt vorliegenden Änderungsentwurf zum Raumordnungsgesetz gehört zu den vier Leitvorstellungen die Schaffung "gleichwertiger Lebensbedingungen der Menschen in allen Teilräumen des Bundesgebietes". Erstmals in den Zielkatalog wurden übrigens auch jetzt vielleicht schon zu spät aufgenommen: "Schutz, Pflege und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen". In der Vergangenheit wurde allzusehr der Begriff "Gleichwertigkeit" mit "Gleichheit" der Lebensverhältnisse verwechselt. Praktisch hieß das: Anpassung an städtische Lebensverhältnisse, möglichst allerdings ohne Lärm- und Luftbelastung und verdichtete Bebauung. Am liebsten vor dem Haus Ku'damm und hinter dem Haus Schwarzwald.

Viel zu wenig wurde dabei die grundsätzliche Unterschiedenheit von ländlichen und städtischen Lebensverhältnissen bedacht, bis hin zu Industrieansiedlungskonzepten. Jede Siedlungsstruktur hat ihre Vor- und ihre Nachteile, aber bestimmte Grundbedürfnisse müssen abgesichert sein, und der wirtschaftlich schwächere Raum darf nicht nur durch die Erfordernisse der Ballungsräume sein Lebensrecht und seine Aufgabenteilung erhalten.

Der Deutsche Rat für Landespflege weist auf diese Zusammenhänge hin:

Waren über viele Jahrhunderte hinweg die Städte mit ihren Konzentrationen von Bevölkerung und Wirtschaft und von sozialer und technischer Infrastruktur entscheidend von der Größe, Bevölkerungsstruktur und Umweltqualität der sie umgebenden ländlichen Räume abhängig, so übernehmen diese heute zunehmend für die Städte die Funktion von "Ergänzungs- und Reserveräumen", von deren Ressourcen vorerst die Städte leben. Das ländliche Umland hilft den Städten nicht nur bei der Verbesserung ihrer Lebensqualität, sondern muß oft genug zum "Nulltarif" und zu Lasten der eigenen Umweltqualität deren Probleme übernehmen oder ausgleichen, insbesondere bei der Abfall-, Abwasserbeseitigung, der Energie- und Trinkwasserversorgung, bei der Aufnahme von Verkehrs- und Leitungstrassen und als Naherholungsraum.

Dieses könnte man drastisch am Ballungsraum Frankfurt und der unterentwickelten Region Vogelsberg zeigen. Die Kapitalmacht aber bleibt im Großraum Frankfurt. Mit Recht weist deshalb der Deutsche Rat für Landespflege darauf hin, daß sich vielerorts das Verhältnis von Stadt und Land inzwischen so dramatisch gewandelt habe, daß heute nicht nur eine stärkere Besinnung auf die eigenständigen Funktionen der ländlichen Räume - vor allem auf den Gebieten der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Naturgüter, der landwirtschaftlichen Produktion, der Landeskultur und des Landschaftsbildes -, sondern auch ein partnerschaftlicher Umgang gefordert wird,

zum Beispiel bei finanzieller Abgeltung der von den ländlichen Räumen wahrgenommenen gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktionen. Der Rat ist allerdings der Meinung, daß es die gegenwärtige und wohl auch in Zukunft nicht günstiger werdende gesamtwirtschaftliche Lage "wenig wahrscheinlich erscheinen ließe, daß zur Lösung der Probleme der strukturschwachen ländlichen Räume die strukturstarken Räume in Zukunft wachsende Solidaritätsbeiträge leisten werden".

Jetzt erlebten wir gerade in den letzten Wochen, wie die Regierung in Bonn unter Zugzwang zur Sicherung der Mehrheiten im Bundesrat geriet, zugunsten strukturschwacher Länder Gelder bereitzustellen. In einer demnächst erscheinenden kleinen Denkschrift der beiden Kirchen und des Deutschen Bauernverbandes fordern wir eine Bezahlung von Funktionen, die die ländlichen Räume für die Ballungsräume bisher überwiegend kostenlos erbringen. Es ist schon ein Fortschritt, wenn es im Änderungsentwurf zum Raumordnungsgesetz jetzt heißt: "Die Ordnung des Gesamtgebietes soll die Gegebenheiten und Erfordernisse seiner Teilräume berücksichtigen." Als Kirche aber sollten wir uns in Zukunft ganz besonders dafür einsetzen, daß die zwei neuen Paragraphen im Raumordnungsgesetz nicht nur schöne Formulierungen bleiben, wie bisher in so vielen Programmen und Gesetzen dieser Art. Es heißt dort jetzt:

Für ländliche Räume ist eine ausreichende Bevölkerungsdichte anzustreben sowie auf die angemessene Ausstattung mit Dienstleistungs-, öffentlichen Verkehrs- und anderen Versorgungseinrichtungen auch bei rückläufigen Bevölkerungszahlen hinzuwirken.

Das steht jetzt in dem neuen Entwurf. Was Sie natürlich in der praktischen Politik erleben, ist das genaue Gegenteil. Es werden immer mehr Bahnstrecken stillgelegt usw. Aber immerhin ist das jetzt in die Formulierung aufgenommen. Ich habe das bewußt hier einmal vorgetragen, damit Sie sich auf etwas berufen können.

Eine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ausreichenden und qualifizierten Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten, auch außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, ist anzustreben. ... Die Funktion dieser Räume als Standort der land- und forstwirtschaftlichen Produktion, als Wohn- und Wirtschaftsstandort sowie als naturnahe Erholungs- und Ferienggebiete sollen gesichert und verbessert werden. Für die Erhaltung und Stärkung der ökologischen Funktionen ist Sorge zu tragen.

Und der entscheidende andere Absatz lautet:

Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen oder zu sichern, daß insbesondere eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft und die Forstwirtschaft langfristig einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung angemessener Erwerbsmöglichkeiten in den ländlichen Räumen leisten können und mit ihrer Bodennutzung sowie der darauf beruhenden Tierhaltung verstärkt die natürlichen

Lebensgrundlagen schützen und die Kulturlandschaft erhalten und gestalten können. Für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung gut geeignete Böden sind in ausreichendem Umfang zu erhalten. Bei einer Änderung der Bodennutzung sollen ökologisch verträgliche Nutzungen angestrebt werden.

Diese Zielsetzung entspricht unseren kirchlich-ethischen Kriterien der Sozial- und Naturverträglichkeit. Die Verwirklichung dieser Ziele bedeutet ein Nein zur passiven Sanierung ländlicher Problemgebiete. Allerdings sollten wir als Kirche auf die Unterschiedlichkeit auch ländlicher Regionen hinweisen. Der Herr Landesbischof hat gestern schon darauf hingewiesen, daß man ländliche Räume zumindest immer in drei Kategorien einteilen müßte: Ländliche Räume innerhalb von Regionen mit großen Verdichtungsgebieten, ländliche Räume mit leistungsfähigen Oberzentren, mit Verdichtungsansätzen und vergleichsweise guten wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen, sowie periphere, dünnbesiedelte ländliche Räume abseits der wirtschaftlichen Zentren. Sie haben hier auch im Grunde genommen von allen drei ländlichen Raumstrukturen alles auch in ihrem an und für sich durch die Wirtschaft begünstigten Raum Baden-Württemberg. Aber es müssen sehr viel gezieltere Maßnahmen bei der Sicherung und Fortentwicklung der Infrastruktur und des Wirtschaftspotentials ergriffen werden, vor allem durch ein differenzierteres Angebot von Voll- und Teilzeitarbeitsplätzen. Die örtlichen und regionalen Besonderheiten sind viel stärker als bisher zu beachten - auch in dieser Raumordnung, nicht nur in der Agrarpolitik. Vor allem aber sollte man dabei die Bedürfnisse der betroffenen Menschen viel stärker berücksichtigen und sie bei der Planung und Ausführung vermehrt beteiligen.

Auch bei der Vermehrung von Fördermitteln ist darauf zu achten, daß Gemeinden mit einem größeren Spielraum für eigenverantwortliches Handeln - das nennt man "Entwicklung von unten" - berücksichtigt werden. Man muß dort überlegen: Wo haben wir hier schon Handwerkerbetriebe? Wo sind die auszubauen? Man darf nicht glauben, daß eine Wundertechnik gerade auf das letzte Dorf - was weiß ich - im Rheinland geflogen komme. Daß bisher erst so wenig durchgreifende Erfolge bei der Entwicklung der ländlichen Räume zu verzeichnen waren, lag auch mit daran, daß bei den Verantwortlichen der eine Politikbereich oft nicht wußte, was der andere macht, also Wirtschaftsförderungspolitik, Agrarstrukturpolitik, Verkehrspolitik, Fremdenverkehrspolitik und Umweltpolitik, um nur einige zu nennen, gar nicht aufeinander abgestimmt waren. Die bisherige Ressortpolitik vermag die Zukunftsaufgaben des ländlichen Raumes nicht zu lösen, wenn nicht eine viel stärkere Integration der ökonomischen, siedlungsstrukturellen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkte stattfindet und dann auch an einer gemeinsamen Durchsetzungsstrategie gearbeitet wird. Auch darf zum Beispiel gute Verkehrerschließung des ländlichen Raumes nicht Neupbau von Straßen und Autobahnen

heißen, sondern muß eine qualitative Verbesserung beinhalten. Die Kirche und die Presbyterien sollten ihre Möglichkeiten nutzen, sich für eine gerechtere Anteilnahme des ländlichen Raumes an der Fortentwicklung der Gesamtgesellschaft mit einzusetzen; nicht nur durch Mitsprachen bei Bauleitplanungen, Raumordnungs- und Flurbereinigungsverfahren, Landschaftsplänen usw., sondern auch durch die Weise, wie wir selbst durch unsere kirchlichen Organisationen ein Beispiel für Bürgernähe von Bildungs- und Daseinsvorsorgeeinrichtungen geben.

Die Kirche ist bei der Kommunal- und Verwaltungsreform nicht dem Zeittrend gefolgt. Sie ist im Dorf in der Nähe ihrer Gemeindeglieder geblieben. Sie hat durch ihre sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Diakoniestationen, Dorfhelferinnen und Betriebshelfereinrichtungen, Jugend- und Altentreffpunkte und auch neuerdings Arbeitslosenzentren mit dafür gesorgt, daß Menschen in ihrer vertrauten Umgebung soziale Konflikte unter dem Evangelium bewältigen lernten. Die dort beschäftigten Personen leisten oft Übermenschliches. Ihnen kann gar nicht genug auch der Dank einer Landessynode ausgesprochen werden, damit sie in ihrer Arbeit ermutigt werden. Viele Familienpflegerinnen und auch Betriebshelfer verstehen ihren Dienst als Seelsorge. Sie haben dazu auch oft bessere Möglichkeiten als der Ortspfarrer. Um so wichtiger ist es, daß sie immer wieder neu geistlich für ihren Dienst zugerüstet werden. Vielleicht sollten in Zukunft in ländlichen Regionen noch mehr überörtliche Ehe- und Erziehungsberatungsstellen eingerichtet werden, weil Ehekonflikte und Erziehungsprobleme in ländlichen Gemeinden vermehrt auftreten, auch wenn der Schein der intakten Familie nach außen hin gewahrt sein muß. Die Ortsgemeinde ist hier oft personell und sachlich überfordert, ganz zu schweigen von der größeren Anonymität der Ehe- und Erziehungsberatungsstellen.

Der nächste Abschnitt lautet:

2.2 Gerechtere Anteilnahme der Landwirte an der Wohlfahrtsentwicklung der Gesellschaft

Diesen Abschnitt können Sie wiederum nachlesen. (Hier nachfolgend im Kleindruck.)

Die Synode hat sich schwerpunktmäßig schon mit der Krise der Landwirtschaft beschäftigt. Ich möchte aber bei der Erörterung der Durchsetzung einer besseren Gerechtigkeit wenigstens noch sagen dürfen, daß mehr als die Hälfte der Landwirte subjektiv das Gefühl haben, an der Wohlfahrtsentwicklung der Gesamtgesellschaft nicht entsprechend partizipiert zu haben, obwohl ihnen schon in den Römischen Verträgen und allen nachfolgenden agrarpolitischen Zielkatalogen eine gleichmäßige Anteilnahme am Lebensstandard der übrigen Bevölkerung versprochen wurde. Rund ein Drittel aller Vollerwerbsbetriebe - darauf wurde schon hingewiesen - verfügt über keine Eigenkapitalbildung und lebt praktisch von der Substanz und das bei einem harten Arbeitsalltag von mehr als 12 Stunden. Einmal fühlen sich die Klein- und mittelbäuerlichen Betriebe durch agrarpolitische Maßnahmen ungerecht behandelt. Aber auch innerhalb und zwischen den einzelnen Produktionsrichtungen gibt es große Benachteiligungen. Wer in der Generationenfolge zum Beispiel das Glück hatte, den Betrieb mit Hilfe eines tatkräftigen Sohnes auf eine große Milchviehherde von 50 bis 60 Kühen umzustellen und dieses bis 1982 abgeschlossen hatte, ist durch die dann eingeführte Quotenregelung anletzt. Er kann heute zwei Familien ernähren. Der Nachbar, der diese Umstellung erst in den 80er Jahren vornehmen wollte, kann es nicht verwirklichen. Seine Zukunftschancen sind stark gemindert. Ebenso leben viele Schweinemäster

seit Jahren mit hohen Defiziten, weil Kuhhalter, die ihre Kapazität nicht mehr vergrößern konnten, nun auch noch in diese Produktionsrichtung einsteigen. Dadurch entsteht sehr viel zusätzliche Verblitterung innerhalb eines Berufsstandes, von der ungünstigen Agrarstruktur zwischen süddeutschen und norddeutschen Regionen ganz zu schweigen. Dafür ist allerdings das Angebot an Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft zum Beispiel in vielen Regionen Baden-Württembergs auch nicht in allem besser als zum Beispiel in Ostfriesland. Es ist hier nicht der Ort, die Forderungen der kirchlichen Landwirtschaftsdienstschrift noch einmal zu erläutern bzw. sie auf die Gegenwart hin fortzuschreiben. Wir versuchen das in dem demnächst der Öffentlichkeit vorzustellenden gemeinsamen Wort von den beiden Kirchen und dem Deutschen Bauernverband. Aber schon für die Seelsorge auf dem Lande ist es wichtig, um die Verblitterung vieler Menschen zu wissen, die durch das Gefühl einer ungerechten Behandlung entsteht. Wir können als Kirche aber auch in der Bewusstseinsbildung mithelfen dafür zu sorgen, daß die Einsicht von der Mehrfachfunktion, die die Landwirtschaft heute über die Nahrungsmittelproduktion hinaus siedlungsstrukturell und ökologisch zu erfüllen hat, wächst und damit auch die Gesellschaft zu einer größeren Solidarität zur Bewältigung der Probleme in der Landwirtschaft bereit ist. Die Landwirtschaft darf nicht zu einem Almosen- und Subventionsempfänger abgestempelt werden. Sie erfüllt Leistungen für die gesamte Gesellschaft, die dann auch angemessen honoriert werden müssen.

Im Hinblick auf gestern Abend möchte ich jedoch noch etwas Persönliches hier einschleichen. Das ist ein Beispiel aus der eigenen Betroffenheit heraus, gerade im Hinblick auf die berechnete Anfrage, wenn wir uns in Relation zu anderen Notstandsgebieten sehen.

Auf dem Hof meines Bruders ist es so, daß er mittlerweile 35 Hektar bewirtschaftet, 400 Schweine und 80 Sauen hält. Das machen nur mein Bruder und meine Schwägerin. Sie haben in den letzten 20 Jahren nichts anderes gemacht, als nach den Vorstellungen der Berater ihren Hof umgestellt - mit einem mindestens sechzehnständigen Arbeitstag. Im letzten Jahr haben sie trotzdem 20.000 DM minus gemacht. Wenn sie bei diesen Größenordnungen plötzlich sehen, daß alle ihre Arbeit vergeblich ist, dann fragen sie nicht danach, ob es in irgendeiner Welt noch Menschen gibt, die sehr viel mehr leiden. Sie leiden selbst daran, daß hier irgend etwas nicht stimmt.

Dann fragen sie nämlich weiter: Wenn heute 35 Hektar mit 400 Schweinen und 80 Sauen und Ferkeln nicht ausreichen, dann sind es morgen 70 Hektar und übermorgen 150 Hektar. Wohin geht die Entwicklung? Das ist das, worunter ein Bauer heute leidet. Der ist 52 und fällt auch in kein Programm hinein. Er hat keinen Morgen Bauland, und es ist niemand da, der seine Flächen auch nur zu irgendwelchen annehmbaren Pachtpreisen überhaupt aufnehmen könnte.

Was nun in dieser Situation tun? Nur ein einziges Beispiel, wie wir auch in der Seelsorge mit viel Sensibilität darum wissen müssen, was es heißt, wenn man das Empfinden hat, nicht mehr gerecht Anteil zu nehmen, daß Rahmenbedingungen so gesetzt sind, daß man einfach nicht den Anschluß - trotz Meisterprüfung und was man sonst alles ablegt - finden kann. Die Umstellung auf den ökologischen Betrieb ist dort bei der Tierhaltung auch nicht möglich. Das sind die Probleme, um die wir auch in der Seelsorge wissen müssen.

3. Der geschenkte Frieden und die Friederstifter in den dörflichen Konflikten

Wie die zugesprochene Gerechtigkeit Gottes in der Rechtfertigung des Sünders darauf drängt, daß auch in der

Gesellschaft "die Ströme der Gerechtigkeit fließen wie ein nie versiegender Bach", um in der Sprache des Amos zu reden, so und nicht anders ist es mit dem geschenkten Frieden Gottes, der höher ist als alle Vernunft und den wir uns mit unseren Kräften nie erringen können, und dem Frieden, den wir als zeichenhaften Anbruch des Reiches Gottes schon hier zu verwirklichen suchen im Sinne der Bergpredigt: "Glückselig sind die Friedensstifter, denn sie werden Kinder Gottes heißen." (Matthäus. 5, 9)

Dieser zu stiftende Friede ist unteilbar. Er beginnt im ständigen Ringen um den Frieden mit mir selbst und erweitert sich auf Ehe, Familie, Nachbarschaft, Dorfgemeinschaft, Frieden zwischen den Völkern und auch Frieden mit der Natur. Wer das Dorf von außen betrachtet, der könnte angesichts der Dorffeste, des regen Vereinslebens und der Nachbarschaftshilfen zu der Ansicht gelangen, als gebe es noch so etwas wie eine Harmoniegemeinschaft. Aber der Schein trügt. Davon war gestern auch schon die Rede. Das Dorf war schon immer auch eine Konfliktgemeinschaft. Durch die Nähe des Miteinander-Leben-Müssens, vom Hof angefangen mit mehreren Generationen unter einem Dach über die Nachbarschaft bis hin zur angeblichen Dorfgemeinschaft, werden die Auseinandersetzungen oft gerade mit sehr großer Schärfe und oft auch mit Streit über Jahrzehnte, manchmal über Generationen hinweg ausgetragen. Auch haben die Vereine soziale Schichtungen nie ganz aufheben können, obwohl das örtlich, regional auch wieder sehr unterschiedlich ist.

Es gilt, Konfliktfelder offen beim Namen zu nennen, den Ursachen nachzugehen und bei der Konfliktbewältigung vom Evangelium her Hilfestellung zu leisten. Die Gottesdienstgemeinde lebt vom Zuspruch der Sündenvergebung. Sie ist allerdings gerade auch in der dörflichen Frömmigkeit weithin sehr stark individualistisch verstanden worden. Auch die Kirchengemeinden sollten mehr Dorfgemeinschaftsfeste feiern, allerdings so ausgerichtet, daß einer den anderen mit seinen Problemen annimmt und daraus Möglichkeiten für Konfliktbewältigung auch untereinander entstehen. Wie viele Generationskonflikte konnten dadurch entschärft werden, daß zum Beispiel auf Bauernhepaarfreizeiten in kirchlichen Bildungsstätten die Teilnehmer nach Bibelarbeit und Vorträgen Laienseelsorge untereinander aus der gleichen Betroffenheit heraus praktiziert haben. Das kann geschehen, wenn man nicht nur Vorträge hört, sondern auch miteinander mehrere Tage lebt, ißt, Gespräche führt, singt und betet. Deshalb ist die kirchliche Landvolkarbeit mit ihren mannigfachen Begegnungsformen, Arbeitskreisen und Seminaren von so großer Bedeutung, auch Begegnungen zwischen Stadt und Land. Hier findet konkrete Leib-Seel-Sorge statt. Auch bei der kirchlichen Dorfwochenarbeit können Konflikte in der Gemeinde offen angesprochen werden.

Manchmal entstehen übrigens neue Konfliktherde auch und gerade durch die sonntägliche Predigt, weil sie angeblich zu "grün", zu "rot" oder zu "schwarz" war. Auch dafür sollten Strukturen geschaffen werden, Auseinandersetzungen nicht nur

hinter dem Rücken der Pfarrer auszutragen. Warum sollten Predigtenachgespräche nur in Stadtgemeinden angeboten werden? Immer mehr Gemeindeglieder sind auch in den Dörfern zur Mitwirkung und Mitverantwortung bei Gottesdiensten, und zwar nicht nur bei Familiengottesdiensten, bereit. Auch die Dorfgemeinde ist mehr und mehr mündige Gemeinde und sollte als solche auch vom Pfarrer angesehen werden. Man hat oft so viele Mitwirkende, wie man selber als Pfarrer oder Pfarrerin zulässt. Auf jeden Fall sollte die Dorfkirchengemeinde ihre Chance erkennen und ergreifen, Vorurteile abbauen zu helfen unter den unterschiedlichen Gruppen und nach Hilfestellungen bei Konfliktlösungen aus dem Geist des Evangeliums heraus zu suchen. Dabei gilt es, nicht zu vertuschen, daß es auch im Dorf von heute ganz unterschiedliche Interessen gibt. Es gilt, diese Interessenkonflikte offen auszutragen. Die Kirchengemeinde könnte auch auf dem Dorf ein Einübungsfeld in eine neue, partizipatorische Streitkultur zur friedlichen Austragung von Konflikten werden.

4. *Bewahrung der Schöpfung als gelebter Glaube an den dreieinigen Gott, den Schöpfer, Erhalter, Erlöser und Vollender der Welt*

Dörfliche Frömmigkeit war sehr stark in der Vergangenheit am 1. Artikel ausgerichtet. Man lese einmal aufmerksam die Sprüche und Verse, die in die Eichenstämme über den Dielentoren der Bauernhäuser eingeritzt sind. Man sollte diese Frömmigkeit nicht sofort mit christologischen Argumenten verwerfen. Wer Luthers Erklärung zum 1. Artikel liest, weiß, wie hier das allumfassende alltägliche Leben mit Acker, Vieh und allen Gütern in den Lob- und Dankpreis Gottes hineingeht. Hätten wir doch nur den ersten Satz seiner Erklärung in uns aufgenommen: "Ich glaube, daß mich Gott geschaffen hat samt allen Kreaturen." Da steht noch nicht einmal ein Komma dazwischen. Wir würden uns heute vielleicht nicht über die Massentierhaltung solche Sorgen machen müssen.

Auch der Pietismus des 18. und 20. Jahrhunderts hatte ein Gesangbuch mit einer eigenen Abteilung "Pflichtgemäßes Betragen gegen Thiere, Pflanzen und Bäume", worauf Professor Altner und auch Ihr badischer Umweltpfarrer Dr. Liedke immer wieder hinweisen.

Leider war auch die Kirche so fasziniert vom Fortschrittsglauben, daß sie all diese Lieder wieder aus dem Gesangbuch entfernte. Durchgesetzt hat sich eine nur auf den Menschen und seine frommen Bedürfnisse ausgerichtete Theologie bis hinein in die Gottesdienstpraxis, in der der Segen, den Gott noch beim Auszug aus der Arche Noah über Mensch und Tier ausspricht, nur für uns Menschen reserviert wird. In der alten dorfkirchlichen Frömmigkeit war nicht selten ein ehrfürchtiger Umgang mit Gottes guter Schöpfung zu beobachten. Es ist gar nicht erforderlich, auf die Indianerfrömmigkeit zurückzugreifen.

Jetzt erzähle ich von meinem eigenen inneren Erleben auf dem Bauernhof. Ein Bauer sprach in unserem Nachbardorf beim Pflügen den Satz: "Wem gehörsst du, Erde, gehörsst du mir, meinem Sohn oder Gott?"

Das Denken über Generationen hinweg wird auch deutlich in bestimmten Bräuchen, wenn man zum Beispiel zur Geburt eines Kindes bei uns Bäume pflanzte mit dem Spruch: "Wenn die soweit sind, gibt es Bretter für den Sarg." Bei der Brautaussteuer lag nicht nur die Leinenwäsche, sondern gleichzeitig auch schon das Totenhemd, weil wir hier keine bleibende Statt haben. Keimendes, aufwachendes Getreide durfte durch uns Kinder nicht zertrampelt werden. Es hieß dann auf Plattdeutsch: "Dor schlöpt Brout." - "Da schläft Brot." Wenn mein Großvater am Sonntag mit uns Enkelkindern durch die Felder ging, so war das der andere Blick der lobpreisenden Dankbarkeit an Gott für das Geheimnis des Wachsens und Reifens. Deshalb ruhte auch auf unserem elterlichen Hof grundsätzlich am Sonntag die Feldarbeit, auch in der Ernte. An diesem Tag hörte man Gottes Wort und dankte seinem Schöpfer.

Was ich jetzt ausgeführt habe, hat nichts mit Romantisierung der kirchlichen Frömmigkeit von gestern zu tun. Ich habe sie ebenso erlebt wie die Umorientierung des elterlichen Hofes auf eine Intensivtierhaltung, von der ich eben gesprochen habe. In der Kirche sollten wir aber nicht so sehr die Bauern ob ihres Umweltverhaltens tadeln. Sie produzieren, wie gesagt, nach Rahmenbedingungen, die sie sich nicht ausgesucht haben. Sie haben gestern erlebt, daß auch die konventionelle Landwirtschaft längst bereit ist, anders zu produzieren, wenn sie nur die nötigen Rahmenbedingungen dafür erhalten und dies dann auch EG-weit eingeführt werden kann. Nein, wir sollten als Kirche selbst Buße tun.

Wir haben durch eine einseitige menschenzentrierte Verkündigung die Schöpfungsvergessenheit selbst mit herbeigepredigt und damit das Schöpfungs- und Erhaltungswerk Gottes ebenso wie das Erlösungswerk Jesu Christi und das Wirken des Heiligen Geistes egoistisch für uns Menschen allein vereinnahmt.

Luther konnte nicht nur sagen, daß die Bauern über die Ganzheitlichkeit des Lebens mehr wissen als alle Gelehrten zusammen. Er verkündete nicht einen nur jenseitigen, uns ferner Herrschergott, sondern den Gott, der in seiner Schöpfung durch die Präsenz seines erhaltenden Geistes gegenwärtig ist. So kann er sagen:

Gott ist wesentlich gegenwärtig an allen Enden, in und durch alle Kreatur, in all ihren Stücken und Orten, so daß die Welt Gottes voll ist und er sie alle füllt, aber doch nicht von ihr beschlossenen oder umfassen ist, sondern zugleich außer und über aller Kreatur ist. Dies sind über alle Maßen unbegreifliche Dinge, aber doch sind es Artikel unseres Glaubens. Wie leidet hier doch die Vernunft, daß die göttliche Majestät so klein sei, daß sie in einem Körnlein, an einem Körnlein, über einem

Körnlein, durch ein Körnlein inwendig und auswendig gegenwärtig und wesentlich sei ... und wiederum, daß dieselbe Majestät so groß ist, daß weder diese Welt noch tausend andere Welten sie umfassen können.

Zu einem solchen Gottesbild werden wir zurückfinden müssen, wenn die Ehrfurcht vor dem Leben tief in unserem Glauben verankert sein soll. Nach Paulus sehnt sich auch die gesamte Kreatur danach, an der Erlösung des Menschen durch Jesus Christus teilzuhaben. Der dreieinige Gott schafft, erhält, erlöst und vollendet die ganze Welt. Darin ist auch alle Kreatur mit eingeschlossen. Hier liegen große Zukunftsaufgaben in Verkündigung, Unterricht und kirchlicher Erwachsenenbildung auf dem Dorfe.

Allerdings bleibt die Kirche bei der Rückbesinnung auf ihre Schöpfungsverantwortung nur glaubwürdig, wenn sie selbst mit gutem Beispiel auch in ihrer Institution vorangeht, zum Beispiel dadurch, wie sie mit ihren auf dem Land sehr großen kirchlichen Ackerflächen umgeht, ob sie bei Umweltauflagen bereit ist, auf Pachteinnahmen zu verzichten, ob sie mitwirkt bei Biotopsicherungsprogrammen, wie wir es jetzt im Weserbogen in Westfalen durch Kooperation der Presbyterien mit staatlichen Naturschutzorganisationen und Umweltverbänden tun oder durch Anstellung von ABM-Kräften in einem anderen Kirchenkreis, die auf Kirchenland Modellbeispiele für Renaturierung und Schaffung von Biotopen initiieren und damit Umweltprobleme und Arbeitslosenbeschaffung verbinden. Das war ein kleiner Kirchenkreis, der drei Personen eingestellt hat.

Gewiß wird die Kirche auch auf den unterschiedlichsten Ebenen gesellschaftspolitisch zum Beispiel ihre Vorstellungen für eine umweltfreundliche Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung mit in die öffentliche Diskussion einbringen müssen, wie wir es in der Landwirtschaftsdenkschrift und in anderen Stellungnahmen zu tun versucht haben. Einseitige Schuldzuweisungen helfen nicht weiter. Umdenken müssen alle, indem sich Bewußtsein, Verhalten und die Strukturen und politischen Rahmenbedingungen ändern. Ebenso kann die Kirche mithelfen, daß bei Interessenkollisionen das Gespräch nicht abbricht. Sie wird auch mit darauf achten müssen, daß nicht vereinfachende Schlagwortparolen als Lösung von Umweltproblemen ausgegeben werden, zum Beispiel als produziere jeder klein- und mittelbäuerliche Betrieb umweltfreundlich und als wäre jeder 50 Hektar große schleswig-holsteinische landwirtschaftliche Betrieb schon eine Agrarfabrik mit landschaftszerstörerischen Auswirkungen. Wir haben gestern gehört, daß das in Wirklichkeit nicht so ist. Auch werden wir Gottes Schöpfung nur bewahren können, wenn wir angesichts der Größe der vor uns liegenden Veränderungsprozesse nicht resignieren im Sinne des letzten Satzes der Landwirtschaftsdenkschrift:

Resignation ist mit christlichem Glauben und mit christlicher Hoffnung unvereinbar. Der dreieinige Gott selbst ermutigt immer wieder zur Hoffnung. Nur aus dieser Hoffnung heraus kann die verantwortliche Haushaltserschaft für diese Erde und ihre Menschen wahrgenommen werden.

5. Kirche auf dem Lande - Institution der Hoffnung oder Verein zur Pflege volkshochschulischer Traditionen?

Ich warne entschieden vor einer falschen Alternative. Wer nicht als Pfarrer oder Pfarrerin gewillt ist, die Chancen und Möglichkeiten der Volkskirche auch heute noch zu ergreifen, und wer nicht bereit ist, dörfliche Traditionen daraufhin zu befragen, wo sie vielleicht auch heute noch Leben fördern und Gemeinschaft stiften helfen, der sollte nicht Landpfarrer oder Landpfarrerin werden. Es kann allerdings auch nicht die Aufgabe eines Landseelsorgers sein, Ehrenmitglied in allen Dorfvereinen und bei jeder Stammtischrunde anwesend zu sein. Das erwartet auch keiner. Dennoch sollte man gelegentlich Anteil nehmen an dem, was die Menschen in den Vereinen bewegt. Das kann dann durchaus einmal bedeuten, an Veranstaltungen und Festen teilzunehmen, wie umgekehrt ja auch wir erwarten, daß dieselben Menschen sich für kirchliche Veranstaltungen interessieren.

Bei der Vorbereitung von Dorfwochen hat es sich sehr bewährt, auch die nichtkirchlichen Vereine mit zu beteiligen. Es wird auch nicht vom Dorfpfarrer erwartet, daß er, wie ich es sein muß, Spezialist für Agrarfragen ist, um so wichtiger bleiben aber die Hausbesuche, bei denen man sich von den Existenzsorgen erzählen läßt. Das Ohr ist heute in der Dorfgemeinde viel wichtiger als unsere Zunge. Generationenkonflikte abbauen helfen kann man vielleicht dann auch, man kann vielleicht auch darauf hinweisen, daß man mit einem landwirtschaftlichen Berater die Probleme einmal durchsprechen soll.

Dennoch sollte in jedem Dekanat auch ein Pfarrer oder eine Pfarrerin sich in besonderer Weise mit den Problemen der Landwirtschaft auseinandersetzen und dafür auch Arbeitskreise mit Betroffenen bilden. In Württemberg hat man kreiskirchliche Bauernpfarrer ernannt, die mit dem Evangelischen Bauernwerk eng zusammenarbeiten. Das hat sich bewährt, weil dadurch nicht sozusagen Einzelkämpfer von oben herab herbeifliegen müssen. Denken Sie auch an die Entfernungen, die sie in Baden haben.

Nicht alle Problembereiche können sachkundig in der Ortsgemeinde abgehandelt werden. Hier bedarf es der Ergänzung im größeren Raum und durch Menschen mit Sachverstand. Eine große Hilfe sind auch die Arbeit der Evangelischen ländlichen Heimvolkshochschulen und die Arbeit der Akademien. Aus dieser Arbeit erwachsen sehr oft die Führungskräfte für das Dorf von morgen. Hier lernt man in besonderer Weise, was Verantwortung

in Freiheit und Bindung eines christlichen Gewissens bedeuten kann. Die badische Landeskirche hat sich in der Dorfkirchenarbeit seit Jahren engagiert.

Insgesamt wird man von der EKD sagen können, daß dorfkirchliche Dienste in den einzelnen Landeskirchen oft zu sehr von einzelnen Personen und deren Engagement abhängt. Einige ländlich geprägte Landeskirchen haben nicht einmal einen einzigen hauptamtlichen Theologen dafür freigestellt, dorfkirchliche Dienste wie zum Beispiel Dorfwochen anzuregen, das Gespräch mit Verbandsfunktionären, Agrarpolitikern, Raumordnungsexperten und Kommunalpolitikern zu suchen, Vorträge bei Landfrauenveranstaltungen, Naturschutzverbänden zu halten, Pfarrkonvente zu besuchen und Theologiestudentenpraktika auf Bauernhöfen und dörflichen Handwerksbetrieben zu begleiten. Wir führen dies schon über 25 Jahre mit sehr großem Erfolg durch. Kirchliche Denkschriftendiskussionen werden oft blockiert, weil Pfarrer ungenügend eingeübt sind, sozialethische Fragenkomplexe unter Heranziehung der Betroffenen zu erörtern.

Auch die theologischen Fakultäten haben bisher zu wenig Hilfestellung zur Erörterung brennender aktueller Fragen gegeben wie zum Beispiel Wirtschaftsethik, ethische Kriterien für die Neuordnung einer Agrarpolitik, Wahrnehmung von Schöpfungsverantwortung zum Beispiel im Hinblick auf eine neue Tierethik oder Genethik. Einübung in Gruppenseelsorge, in die Didaktik von Dorfabenden und Dorfwochen, Kooperationsveranstaltungen mit Vereinen und Verbänden, kritische Aufarbeitung der Dorfkultur sollten in der Aus-, Fort- und Weiterbildung eine stärkere Berücksichtigung finden. Der Nachwuchs der Pfarrer und Pfarrerrinnen und auch der kirchlichen Mitarbeiter kommt - jedenfalls bei uns in Westfalen - selten noch vom Lande. Das ist jedenfalls unsere Beobachtung. Die Gründe dafür sind auch nicht erforscht. Es braucht dann sehr viel mehr Zeit, um in dorfkirchliche Probleme sich einzufühlen.

Die Landessynode sollte zum kirchlichen Dienst auf dem Lande ermutigen. Es gibt dort so viele Chancen und Möglichkeiten, "Gottes Zuspruch und Anspruch in Jesus Christus auf unser ganzes Leben" laut werden zu lassen, auch und gerade in der Krise des ländlichen Raumes. Vielen Dorfpfarrern und kirchlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gebührt der Dank für langjährige treue seelsorgerliche Arbeit auf dem Lande. Segenswirkungen sind auch in der Vergangenheit vom dörflichen Pfarrhaus, nicht nur vom Pfarrer, ausgegangen. Die Frau des Pfarrers sorgte für ein offenes Haus. Auch dieses darf beim Dank nicht vergessen werden. Wir machen in Westfalen übrigens gegenwärtig gute Erfahrungen mit jungen Theologen-Ehepaaren, die sich eine Landpfarrstelle teilen. Damit kann man die Dörfer, die zu einer Kirchengemeinde gehören, mit zwei verschiedenen Begabungen intensiver seelsorgerlich betreuen.

Ich breche hier ab. Meine Ausführungen sollten kein Patentrezept sein, sondern lediglich Anregungen, wie man das

eine, frohe Evangelium von Jesus Christus in die Probleme und Nöte einer bestimmten Region hinein konkretisieren könnte.

Sie haben hier in Baden-Württemberg gute, geistliche Vorbilder für die Wahrnehmung christlicher Verantwortung in Krisenzeiten. Der Erweckungsprediger Johann Christoph Blumhardt hat im vorigen Jahrhundert in Möttlingen in Baden-Württemberg in einer Krisensituation des ländlichen Raumes eine Viehleihkasse gegründet, um kleinen Landwirten die Existenz absichern zu helfen. Er war selbst bis zu seinem Tode Vorsitzender. Das langjährige Überleben dieser Kasse sah er als eine geistliche Frucht der Erweckung an.

Wenn die badische Landessynode sich also mit dem Problem des ländlichen Raumes beschäftigt, so steht sie in der Tradition ihrer geistlichen Väter für die Seelsorge immer auch Leibsorge bedeutete, will doch Jesus Christus in der Sprache Blumhardts Sieger über unser ganzes Leben sein. Jesus Christus ist allein Gottes Zuspruch und Anspruch auf unser ganzes Leben in Stadt und Land.

1.12.88

Die endgültige Fassung ist aus dem Protokoll der Herbstsynode 1988 zu ersehen. Das Protokoll, das bei badischen Pfarrämtern eingesehen werden kann, wird voraussichtl. im März 1988 versandt.)

"Kirche für das Dorf, Krisen-Ziele-Wege"

Schwerpunkttagung der Landessynode im Herbst 1988

Referat: Das Dorf und der ländliche Raum

von Hans Martin Leichle, Dekan, Rosenberg-Hirschlanden

Ich bin schon viele Male in Gedanken die Häuser und Familien meines Dorfes durchgegangen. Immer mehr hat sich mir im Laufe der Jahre der Eindruck aufgedrängt: Ich lebe in einem sterbenden Dorf. Das, was dem Dorf seine Unverwechselbarkeit und seine Lebensqualität gegeben hat, schwindet mehr und mehr. Das ist das Ergebnis von 20 Jahren an Beobachtung, Überlegung und Arbeit. So lange lebe ich mit meiner Familie als Pfarrer in einem kleinen Dorf im strukturschwachen ländlichen Raum im ehemals badischen Bauland. Ähnlich sieht die Situation wohl auch im benachbarten Hohenlohe aus. Es geht um Dörfer von knapp 200 bis etwa 800 Einwohner.

Der Einfachheit halber nehme ich mein Dorf als Vorlage, stellvertretend für die vielen anderen, die ich kenne. Mit einigen Unterschieden sind sie alle davon betroffen. Nicht alle Beispiele stammen aus meinem Dorf.

Mein Gesamteindruck wird sicher nicht von allen geteilt. Wer nur durchfährt oder anlässlich eines Festes einige Stunden oder Tage hier ist, der merkt auch wenig davon. Er sieht die gepflegte Landschaft, die vielen schönen Wälder. Er sieht den neu angelegten Dorfplatz mit Brunnen und Linde, die gepflasterten Gehwege, die Leichenhalle auf dem Friedhof, das neue Feuerwehrhaus. Er sieht die renovierten Häuser - meist ermöglicht mit Mitteln der Dorfsanierung. Es sei an dieser Stelle angemerkt, daß es gerade in unserem Bundesland inzwischen eine Fülle an Fördermöglichkeiten gibt. Das sei ausdrücklich und dankbar anerkannt. Den Trend umkehren oder auch nur zum Stillstand bringen, haben sie bislang allerdings nicht vermocht. Die Problematik hängt auch keineswegs nur am Geld.

Mir geht es um die Erhaltung einer bestimmten Lebensform und den darin liegenden Sozial- und Lebensqualitäten. Vieles davon könnte sich als hilfreich für die Probleme unserer gesamten Gesellschaft erweisen.

Leben auf dem Lande, Leben im Dorf war und ist zum Teil auch noch eine bestimmte Lebensform. Sie hat sich im Laufe einer langen Geschichte entwickelt. Das Dorf lebte durch Jahrhunderte ohne wesentliche Hilfe von außen. Sein Lebensraum waren die Gemarkung mit Feld, Wald und Wiesen. Diese Lebensgrundlage war begrenzt. Die Größe der Gemarkung

und die Bodenqualität waren nicht oder nur ganz langfristig zu verändern. Davon mußten nahezu alle leben. Die Fruchtbarkeit des Bodens, der Bestand des Waldes, der Bestand an Tieren mußte gehegt und gepflegt werden - auch für die nächste Generation. Trotz mancherlei Veränderungen blieb das so bis nach der Währungsreform. Bis dahin und noch einige Jahre danach blieb die bäuerliche Landwirtschaft die gemeinsame Lebensgrundlage. Am Boden hatten alle Teil, auch Arbeiter, bei uns vor allem Eisenbahner, waren Nebenerwerbslandwirte, ebenso die zahlreichen Handwerker des Dorfes. Von den etwa 15 bis 20 sind heute noch vier vorhanden. Das Dorf war in vieler Hinsicht nahezu autark. Es war in der Lage, sich selbst zu verwalten. Es war eine Arbeits- und Sozialgemeinschaft.

Was will ich damit sagen? Unter kaum erweiterbaren Ressourcen, unter der strikten Bindung an Acker und Haus mußte das Dorf ohne wesentliche Hilfen von außen ein Leben für alle ermöglichen. Sicher unter Zwang, sicher aber auch unter dem Einfluß kirchlicher Verkündigung, haben sich im langen menschlichen Miteinander des Dorfes Lebensformen und Werte entwickelt, die in vieler Hinsicht lebensfreundlich sind. Nach meiner Meinung liegt hier ein Potential an Erfahrungen und Möglichkeiten vor, das zur Lösung heutiger gesamtgesellschaftlicher Probleme hilfreich sein kann.

Sicher kann das nicht unkritisch und unbesonnen übernommen werden. Aber eine genaue Betrachtung lohnt sich. Ich bin mir bewußt, daß ich damit etwas zur Sprache bringe, das für viele nur ein überholter Anachronismus ist. Doch wer der Überzeugung ist, daß ein Wandel unseres modernen Lebensstils notwendig ist, dem muß auch klar sein, daß die Richtung dafür nicht darin liegen kann, daß wir unsere konsumtiefere Lebensweise noch mehr erweitern. Dies geht übrigens immer mehr zu Lasten von anderen. Man stelle sich überdies einmal die ökonomischen und ökologischen Folgen vor, wenn jeder Bewohner dieser Erde den Lebensstandard und damit auch den Energieverbrauch eines Bürgers der Bundesrepublik beanspruchte! Und warum sollte er das nicht? Außerdem bin ich der Überzeugung, daß die Erhaltung des Dorfes und damit auch des ländlichen Raumes nur dann gelingt, wenn die Gesellschaft den ländlichen Raum und seine Lebensformen als kulturellen Wert betrachtet. Wenn das Verhältnis weiterhin als finanzielle und kulturelle Einbahnstraße betrachtet wird, ist das Ende programmiert.

Erst wenn die Stadt und damit die Gesamtgesellschaft dies erkennt und als auch für sich diskutabel und befruchtend akzeptiert, wird das Dorf bestehen bleiben. Dann ist es das, wenn auch auf die Stadt angewiesene, kleine, aber wichtige korrektive Gegenüber - in mehr als einer Hinsicht. Wirtschaftliches Wachstum, verbunden mit einer rasanten technologischen und wissenschaftlichen Entwicklung, haben Dinge ermöglicht, die niemand mehr missen möchte: die Beseitigung elementarer Not, ein soziales Netz, Bildungsmöglichkeiten und die Erweiterung persönlicher Freiheit.

Diese Entwicklung hat aber auch ihre nicht zu übersehenden Schattenseiten. Sie hat der schon immer im Menschen vorhandenen Neigung Vorschub geleistet, Lebenserfüllung im immer mehr Haben zu suchen. Das Dorf war anders organisiert. Wo das zum dominanten Grundsatz wird, muß alles so rationell wie möglich werden, damit Geld und Zeit frei werden, um ein immer mehr und immer Neues im Leben unterbringen zu können. Dahinter steht ein vermutlich oft nicht reflektiertes Menschenbild. Es definiert oder reduziert den Menschen auf dem, was an leiblichen und seelischen Bedürfnissen in ihm ist und von ihm als solche erkannt und umgesetzt werden. Wunscherfüllung wird dann zum Gradmesser der Lebenserfüllung. Biblisch gesehen ist das eine Reduktion des Menschen. Biblisch ist der Mensch vor allem auch durch den Geist, durch die Gottesbeziehung definiert.

Selbstverwirklichung hat in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert, auch für mich. Fragwürdig wird diese aber dort, wo es zu Lasten der anderen geht. Ich meine damit nicht nur die unmittelbar betroffenen Nächsten, ich meine auch die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen, für die immer mehr der Staat und diakonische Einrichtungen die Verantwortung übernehmen sollen. Das Dorf konnte das nicht. Es konnte kaum etwas ausklammern. Da es sicher zwangsläufig eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft war, mußte es integrativ sein. Es mußte Geburt und Tod umfassen, Kindern, Alten, Behinderten und Kranken ihren Platz zuweisen. Unter diesem Zwang, aber auch unter dem Einfluß biblischer Verkündigung, wurden Lebensregeln entwickelt, die unter diesen Bedingungen ein menschliches Leben ermöglichen sollten. Ich will mit einem Beispiel ein ganzes Stück weit zurückschauen. In meinem Pfarramt liegen noch zwei Bücher aus der Zeit um 1800. Dort sind alle Gesetze und Verordnungen aufgelistet, auf die nicht nur der Bürgermeister, sondern auch der Pfarrer zu achten hatten. Da gab es zum Beispiel eine verordnete Festlegung von Trauerzeiten, es gab Verordnungen darüber, wie lange familiäre Feste dauern durften, es gab Kleiderverordnungen. Diese Dinge werden heute lediglich unter dem Aspekt der Einschränkung persönlicher Freiheit und der Erhaltung einer Untertanenmentalität beurteilt. Das waren sie sicherlich auch. Im gleichen Umfange aber diente das der Erhaltung der Lebens- und Leistungsfähigkeit der Gemeinschaft und dem sozialen Frieden in einer Situation, in der Menschen auf Dauer miteinander leben mußten. Man muß prüfen, ob mit dem Überflüssigen und Unnötigen nicht gelegentlich auch das Menschliche abhandengekommen ist.

Das Dorf war und ist ein außerordentlich komplexes Beziehungsgeflecht, wahrscheinlich muß damit geboren werden: Familienverbände, Vereine, Dorfteile, Berufs- und Altersgruppen, Freundschaften und Nachbarschaften üben Einfluß aus. Der einzelne ist immer mehreren davon mit unterschiedlichem Verpflichtungsgrad zugehörig. Das alles ist in ständigem Fluß und keineswegs statisch. Das kulturelle Leben wurde getragen durch die Kirchen, die Vereine und die Schulen und durch die genannten anderen Gruppen inhaltlich

mitbestimmt. Auch für den sozialen Bereich gab es abgestufte Zuständigkeiten. Mehr ungeschriebene als geschriebene Gesetze regelten etwa, wer, wann, wo und in welchem Umfang Hilfe und Pflegeleistungen zu erbringen hatte. Das alles ging nie konfliktfrei ab. Es hatte seine quantitativen und qualitativen Mängel. Das Dorf war sicher nie eine Idylle. Immerhin hat das Dorf durch lange Zeiten seine Alten, Kranken und Behinderten getragen. Es hatte auch immer seine "Originale". Es hat selten ausgegrenzt. Der asoziale städtische Typus ist ihm bis heute fremd. Das mußte oft unter schwierigen Umständen, unter Armut und politischer Bedrängnis geleistet werden. Die Nachteile seien nicht übersehen: die massive und nicht immer gute Abhängigkeit voneinander, die starke Sozialkontrolle; die persönliche Entfaltung und Freiheit wurden dadurch oft und stark eingegrenzt.

Ich plädiere nicht für ein Zurück. Niemand wird auf ein soziales Netz, auf gesetzlich zustehende Dienstleistungen verzichten wollen. Abgesehen aber von der offenbar immer schwieriger werdenden Finanzierung - und das in einem der reichsten Länder der Welt - geht es dabei doch auch um andere, den ganzen Menschen umfassende Aspekte: um Begleitung, um Zuwendung, um Mittragen, um Erleichterung im Aussprechen und Zuhören. Es wird nicht nur geklatscht im Dorf. Und sicher nicht nur Negatives. Gruß und Gegengruß, das Gespräch am Wege sind nicht nur Zeitverschwendung. Es wird nicht nur registriert, wenn das Auto des Arztes vor einer Haustür hält. Es wird auch nachgefragt und Hilfe angeboten. Es ist doch etwas, wenn man in dringenden Fällen Kinder, kranke Angehörige, Haus und Hof unbesorgt dem Nachbarn anvertrauen kann. Es ist aus meiner Erfahrung heraus hilfreich und übrigens auch biblisch, wenn schwere oder lange Krankheit nicht einsam oder nur im allerengsten Familienkreis durchgestanden werden muß, wenn alte Nachbarn und Freunde oder entferntere Familienangehörige durch Besuche Entlastung bringen und oft auch durch Gebet so etwas mittragen.

Es ist gut, im Alter langjährige Weggenossen um sich zu haben, mit denen man Zeit und Erinnerungen teilen kann. Es ist gut, wenn auf dem letzten Gang und nachher Angehörige mit Leid und Einsamkeit nicht alleingelassen werden, sondern das Dorf Anteil nimmt und ins Leben zurückholt.

All das sind nach meiner Einsicht Werte, die für die Gesamtgesellschaft wichtig sind. In den Haus-, Straßen- und Stadtteilsten und ähnlichen Aktivitäten in der Stadt der letzten Jahre sehe ich den Versuch, davon etwas wiederzugewinnen. Im Dorf liegen dazu Erfahrungen vor. Dort hat man zum Beispiel in Jahrhunderten Nachbarschaft gelernt. Dort wurde eingeübt, wieviel an Nähe und Distanz mit den jeweiligen Nachbarn möglich und nötig ist, um Nachbarschaft durch Jahrzehnte durchzuhalten, ohne daß es zu unerträglicher Intimität oder zum beziehungslosen Nebeneinander kommt. Das ist eine Kunst. Da man sich sehr gut kennt und einander auch anschaut, wenn man sich begegnet, lassen bereits Mimik, Haltung und Sprache erkennen, ob sich etwas verändert hat. Und man kann entsprechend darauf reagieren.

Sicher, das Dorf beobachtet und kontrolliert. Es hat eine Neigung, den einzelnen Menschen anhand dessen, was einer sagt und tut, festzuschreiben. Wo Anspruch und Wirklichkeit zu weit auseinanderklaffen, kann das Dorf das feststellen. Ich halte das noch lange nicht für das Schlechteste.

Diese Einstellung erschwert gewiß auch echte Wandlungen und Veränderungen. Solche erfordern viel persönlichen Mut. Es bedeutet aber noch nicht, daß das Dorf keine Toleranz kennt. Da man sehr viel voneinander weiß, ist dem Dorfe wenig an Menschlichem und allzu Menschlichem fremd - und man muß trotzdem miteinander leben.

Es ist hoffentlich deutlich geworden, daß ich keine heile Welt schildere. Es gab und gibt erbitterte und langjährige Feindschaften, kaum verhüllten Neid, es gibt Tücke und Schadenfreude, es gibt auch Einsamkeit und das Gefühl, ausgeschlossen zu sein. Auf's Ganze gesehen, hat das Dorf allerdings nicht schlecht funktioniert. Es hat Lebensformen entwickelt, die ein Zusammenleben auch sehr unterschiedlicher Menschen ermöglicht hat, und zwar auf Dauer. Ich weiß inzwischen aus Erfahrung, wie es ist, wenn dieses Lebensgeflecht mit seinen Regeln ganz außer Kontrolle gerät, was dann in einem Dorf passiert.

Dieses Dorf sehe ich sterben. Vieles ist verschwunden oder entleert, anderes bedroht, manches funktioniert auch noch. Die letzten Jahre haben diese Entwicklung verstärkt. Der Vorgang hat sich gewissermaßen aufgeschaukelt. Die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land hat neue Lebensziele und -güter ermöglicht. Diese haben dann ihrerseits die wirtschaftlichen und politischen Richtungen in diesem Sinne vorangetrieben. Die bäuerliche Landwirtschaft wird bei Fortsetzung der gegenwärtigen Entwicklung als Träger dörflichen Lebens jedenfalls ausscheiden.

Als ich ins Dorf kam, haben über 40 Familien Milch abgeliefert. Im Augenblick sind es noch sechs. Bleiben werden vielleicht zwei. Es gibt auch schon Dörfer ohne eine einzige Kuh. Die Nebenerwerbslandwirte, die es jetzt noch in größerer Zahl gibt - das waren früher Haupterwerbslandwirte -, werden aufhören. Landwirtschaft im Nebenerwerb ist absolut nicht mehr rentabel, jedenfalls bei uns. Und als Hobby ist sie zu teuer und zu arbeitsaufwendig. Kürzlich hat jemand zu mir gesagt, man sollte die Landwirtschaft als Hobby betreiben. Landwirtschaft ist aber etwas anderes als Briefmarkensammeln. In der Landwirtschaft gibt eben der Acker vor, was wann getan werden muß. Wenn nur noch drei oder vier Landwirte die Gemarkung bewirtschaften werden, dazu auch noch Auswärtige, dann wird die Flur aus dem Lebensraum des Dorfes ausscheiden. Dann hat keiner mehr etwas draußen verloren. Damit einher geht dann aber ein immenser Verlust an elementaren Kenntnissen im Umgang mit Boden, Pflanzen und Tieren. Ob wir uns das leisten können?

Eine nicht sofort greifbare Verdrossenheit hat um sich gegriffen. Diese ist nicht einfach nur an der Oberfläche. Wenn man allerdings die Entwicklung über Jahrzehnte verfolgt,

wird sie verständlich. Die wirtschaftliche Bedeutung des Dorfes wurde fortwährend geringer. Seine sozial integrative Lebensweise wurde inhaltlich entwertet. Mehr und mehr wurde sie durch zumeist vom Staat oder Sozialversicherungsträgern bezahlte Dienstleistungen ersetzt. Viele resignieren und ziehen sich ins Private zurück oder sie übernehmen die anderen Lebensformen. Die Abwanderungsverluste des Dorfes sind beträchtlich. Sie sind schwerwiegender, als dies die Statistik zum Ausdruck bringt. Zum Teil werden die Abwanderungen durch Zuwanderung ausgeglichen. Oft aber handelt es sich bei diesen Zuwanderern um Alternativgruppen oder um sozial schwache Familien, die hier billige Wohnungen suchen. Meist jedenfalls sind es Leute, die das Dorfleben weder können noch wollen und die sich nicht integrieren lassen. Meist ziehen sie nach einigen Jahren weiter. Es gibt inzwischen Dörfer ohne Gastwirtschaften, ohne Kaufladen, ohne Poststelle. Man muß dann in der Zeit zwischen 11.00 und 13.00 Uhr am Fenster stehen, um zu sehen, wann der Postbote vorbeigeht. Der letzte Bus fährt zwischen 18.00 und 19.00 Uhr abends. Familien, vor allem mit Kindern, sind dadurch ständig mit dem Auto unterwegs. Die Kirchengemeinde ist oft die letzte Körperschaft des öffentlichen Rechts im Dorf geblieben. Damit läßt sich im übrigen auch etwas anfangen. Es gibt leerstehende Häuser, und ihre Zahl wird zunehmen. Der Bahnhof von der Größe eines Palastes steht leer. Das Rathaus erwacht für eine Stunde pro Woche aus seinem Dornröschenschlaf, und die Schule ist zweckentfremdet.

Mit der Schulreform hat sich unsere Gesellschaft zwar die Begabungsreserven des flachen Landes erschlossen, aber da nicht genügend Arbeitsplätze geschaffen wurden, müssen die meisten jungen Leute, vor allem solche mit besserer Ausbildung, die Gegend verlassen. Nach meinem Eindruck müssen von zehn Abiturienten neun fort. Was dies für ein Dorf auch einen Verlust an Substanz bedeutet, schlägt nun immer mehr durch. Diese Reform nahm dem Dorf auch den Kulturträger, Schule. Dazu ein Beispiel: Unser letzter Lehrer im Dorf hatte eine gut funktionierende Volkshochschularbeit aufgebaut. Nach seinem Weggang habe ich das mit einigen jungen Leute einige Jahre weitergemacht. Die jungen Leute sind zum Großteil inzwischen weggezogen. Die Arbeit hat aufgehört.

Die Reform nahm dem Dorf auch die Kinder. Sie sind in den Schulorten fast mehr zu Hause als im Dorf. Welche Subkultur in Bussen, an Haltestellen, in Wartestunden ohne Aufsicht bereits entstanden ist, ahnen auch viele Eltern nicht.

Ähnliches gilt auch für die jungen Leute nach der Schulzeit. Dort sieht es ganz ähnlich aus. Ganz in der Nähe erhalte ich Anschauungsunterricht. Diese jungen Leute entfremden dem Dorf immer mehr. Mit Hilfe von Autos und Motorrädern führen sie ihr Eigenleben. Am Leben des Dorfes, sei es in der Kirche oder in Vereinen, nehmen sie immer weniger teil, und zwar vor allem an bestimmten Vereinen.

Die Verwaltungsreform nahm dem flachen Land zahlreiche, vor allem Büroarbeitsplätze. Auch die Wege sind zum Teil länger geworden. Mein Sohn mußte zur Musterung nach Mannheim fahren. Vorher war das Kreiswehrrersatzamt in Mosbach.

Die Gemeindereform hat die Bereitschaft, für das Dorf Verantwortung zu übernehmen, stark abnehmen lassen. Es gibt immer weniger gemeinsames Handeln im und für das Dorf. Vereinsvorstände haben es immer schwerer. Das gilt vor allem für die Mitarbeit in den Vereinen, die bisher das dörfliche Leben mitgestaltet haben. In diesen Vereinen geht es ja darum, daß man feste Verpflichtungen eingehen muß. So geht es darum, etwa in einem Sportverein für einen regelmäßigen Spielbetrieb zu sorgen oder in einem Gesangverein regelmäßig bei festgelegten Anlässen zu singen. Solche Verpflichtungen einzugehen, sind immer weniger, vor allem junge Leute, bereit.

Es gibt in der Gegend viele neue Vereine, auch Gruppierungen unterhalb der Vereinsebene, wie Kegelclubs usw. Diese sind allerdings meist nur der Freizeitgestaltung gewidmet und führen oft aus dem Dorf hinaus. Ob sie für das Leben im Dorf Verantwortung übernehmen werden, ist höchst ungewiß. Ab und zu gibt es dabei aber auch ermutigende Anzeichen. Der Zerfall des öffentlichen Lebens in Kleingruppen ist sicher eine allgemeine Erscheinung. Für unsere kleinen Dörfer sind die Folgen allerdings besonders schwerwiegend, denn diese Dörfer leben von ihrer Gemeinschaftsfähigkeit. Veranstaltungen, Feste, Einrichtungen, an denen das ganze Dorf beteiligt ist, sind ein wesentlicher Faktor dörflicher Lebensqualität. Der ausgedünnte ländliche Raum hat weder die finanziellen, noch die organisatorischen, noch strukturellen Möglichkeiten, auch nicht die Menschen, um diese Defizite auffangen zu können.

Die obengenannten Vereine haben das geleistet. Das läßt sich schon daran erkennen, daß fast aus jeder Familie ein aktives oder passives Mitglied dabei ist. Unser Gesangverein zum Beispiel, in dem ich mitsinge, umrahmt dörfliche und kirchliche Feste. Noch singt er bei jeder Beerdigung. Das Ende ist allerdings abzusehen. Die Männer im Baß haben inzwischen ein Durchschnittsalter von ca. 59 Jahren erreicht. Diese Generation ist im Übrigen diejenige, die heute noch das Dorf in diesem Geflecht trägt. Diese Generation wird allerdings immer älter. Mit dem Dahinschwinden dieser kommunikativen Lebensweise im Gespräch, in den Vereinen, in der Kirche, schwindet auch die Selbstregulierungsfähigkeit des Dorfes und das nötige Einvernehmen über das, was möglich ist, und das, was nicht möglich ist.

Ein Beispiel: Gelegentlich fahren die jungen Leute mit ihren geländegängigen Motorrädern über Äcker und Wiesen. Wenn früher der Bauer die Betroffenen zur Rede gestellt hat, dann wußten diese jungen Leute, hinter dem stehen die anderen Bauern und das Dorf. Notfalls hat eine Einbestellung aufs Rathaus die Sache geregelt. Heute ist das anders. Allgemeine Meinung ist: Wenn das dem Betroffenen nicht paßt, dann soll er Anzeige erstatten.

Wenn nicht ein grundlegender Bewußtseinswandel der Gesellschaft eintritt, wird sich der ländliche Raum und sein Dorf nicht halten lassen. Das ist meine Überzeugung. Gefordert sind sicher die Menschen des ländlichen Raumes in gleicher Weise. Allein aber können sie das nicht leisten. Wenn ich die verschiedenen Reformen mit ihren negativen Auswirkungen genannt habe, so ist das keineswegs als Politikerschelte gemeint. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Ich weiß, daß es auf diesem Gebiet sehr viel Mühe gibt. Die Politik hat wohl auch nur vollzogen, was in der Gesellschaft an Wert- und Zukunftsvorstellungen dominierte. So wäre etwa auch nur eine Grundschule in meinem Dorf heute nicht mehr haltbar. Früher hatten wir 25 bis 30 Kinder im Kindergarten, heute sind es 10 bis 15. Das entspricht etwa der Größe einer Grundschule. Die Reformen haben sicher die bereits im Gang befindlichen Entwicklungen und Abbautendenzen verstärkt. Politik aber kann doch wohl nur handeln im Rahmen dessen, was als Grundtendenz und an Grundkonsens in der Gesellschaft vorhanden ist und durch Wahlen zum politischen Vollzug legitimiert wird.

Nur wenn die Gesamtgesellschaft den Wert des ländlichen Raumes mit seinen Dörfern in wirtschaftlicher, ökologischer und kultureller Hinsicht als für das Ganze notwendig ansieht - und dazu ist ein tiefgreifendes Umdenken notwendig -, werden der ländliche Raum, seine Dörfer und die bäuerliche Landwirtschaft zu halten sein.

18.11.88

(Die endgültige Fassung ist aus dem Protokoll der Herbstsynode 1988 zu ersehen. Das Protokoll, das bei badischen Pfarrämtern eingesehen werden kann, wird voraussichtl. im März 1988 versandt.)

"Kirche für das Dorf, Krisen-Ziele-Wege"

Schwerpunkttagung der Landessynode im Herbst 1988

Referat: Die Krise des ländlichen Raums

von Hans Reitter, Ortsvorsteher, Schwanau

Ich bin gebeten worden, zum Thema "Krise im ländlichen Raum" Stellung zu nehmen, und zwar aus der Sicht des Dorfes Ottenheim, das, 1 km vom Rhein entfernt, in den letzten 200 Jahren doch allerhand erlebte. In zwei Friedensverträgen wurden ihm 1805 212 ha und 1918 225 ha Feld, Wald und Fischgründe genommen. Die wirtschaftliche Entwicklung hat Berufe aussterben lassen. Ich erwähne hier Goldwäscher, Schiffer, Fischer, Sellar, Weber, Wagen- und Hufschmiede. Auch in der Landwirtschaft fanden Änderungen statt. Die Versorgung des näheren Raumes mit Lebensmitteln und Produkten für das tägliche Leben war nicht mehr verlangt; Flachs, Lein, Hanf und Raps verschwanden im Anbau.

Eine so rasche Umstellung des Dorfes wie in den letzten 30 Jahren hat trotzdem nie stattgefunden. Wir hatten eine kleinbäuerliche Landwirtschaft, die Hälfte der Ackerfläche ist Gemeindebesitz und war von den Landwirten gepachtet oder stand als Allmendfeld zur Verfügung. Arbeiter fanden in Lahr, beim örtlichen Kieswerk oder am Rhein Beschäftigung, Frauen konnten im Zweigwerk einer Zigarrenfabrik zusätzlich Geld verdienen.

Fast jedes Wohnhaus hatte ein Ökonomiegebäude dabei und trieb Landwirtschaft um, wenn es auch nur nebenberuflich war. Als Zugkraft waren Kühe und etwa 60 Pferde da. In vielen Arbeiterfamilien lieferte die Ziege Milch, Butter und Käse. Als Einnahmequelle spielte neben Milch und Schweinen der Tabak eine entscheidende Rolle. Alle Möglichkeiten wurden genutzt. Die Futtermenge wurde durch die Stoppelnrübe, eine Zwischenfrucht nach Getreide, erweitert. Feldwege, die Gras hatten, wurden durch die Gemeinde versteigert, Einstreu im Wald in Form von Blättern und Schilf geholt. Das erforderte natürlich viel Handarbeit und lange tägliche Arbeitszeiten.

Der Wandel begann Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre. Die Industrie erweiterte sich stark. Viele Männer und Frauen konnten in neu erstellten oder erweiterten Betrieben in Lahr Arbeit finden. Man war gezwungen, die Landwirtschaft zu mechanisieren, zu vereinfachen, und die Kinder halfen abends und samstags noch mit. Das alles ließ mit der finanziellen Besserstellung durch die steigenden Löhne nach. Autos wurden gekauft, man ging in Ferien. Ein landwirtschaftlicher Betrieb nach dem anderen hörte auf zu existieren oder wurde in ganz

vereinfachter Form und verkleinert als Nebenerwerbsbetrieb weitergeführt, weil Maschinen und Geräte noch vorhanden waren.

Der Ausbau der Schulen begann, die Schulräume reichten nicht mehr aus, weil zusätzliche Fächer im Unterricht dazu kamen. Chemie, Physik, Werken und eine Fremdsprache wurden gelernt, und sehr vielen Schülern war die Möglichkeit gegeben, in weiterbildende Schulen überzuwechseln. Andere lernten handwerkliche Berufe. Das Interesse an der Landwirtschaft schwand. Die Arbeit war zu schwer und die Arbeitszeit zu lang.

Für die in unserem Dorf verbliebenen neun landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe sind die Aussichten schlecht. In den letzten drei Jahren sanken die Erzeugerpreise in allen Bereichen um 20 - 30% und liegen damit auf einem Niveau, das wir vor etwa 15 Jahren hatten. Die Ursachen hierfür sind folgende:

1. Die EG importiert immer mehr Nahrungs- und Futtermittel aus Amerika, vorwiegend jedoch aus Entwicklungsländern, in denen der Hunger immer noch ansteigt.
2. Die daraus resultierende Überschußproduktion wird noch verstärkt durch eine stetig steigende Produktivität je Flächeneinheit.
3. Seit drei Jahren ist der EG-Haushalt praktisch nicht mehr finanzierbar, das heißt die EG, aber auch die USA werden gezwungen, die Subventionen zu streichen, um Kosten zu sparen.
4. Entgegen den Behauptungen aller Politiker ist es eindeutiges Ziel der Verantwortlichen der Bundesregierung, aber auch der anderen EG-Länder, innerhalb der EG eine hochtechnisierte und großdimensionierte Landwirtschaft zu schaffen, die nur noch in den besten Gebieten zu Niedrigstpreisen produzieren wird. In den schlechteren Regionen wird die Landwirtschaft eingestellt werden müssen. Das bedeutet das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft.

Als Ortsvorsteher muß ich mir natürlich die Frage stellen, was bei der Umwandlung eines Bauerndorfes in ein Wohndorf zu tun ist, um das gute Verhältnis unter den Einwohnern zu erhalten. Früher war der Zusammenhalt im Dorf eine natürliche Gegebenheit. Dadurch, daß fast alle Bewohner ihren Arbeitsplatz im Dorf hatten und sich die Berufe fast ausschließlich auf die Selbstversorgung und auf die Versorgung der näheren Umgebung beschränkten, gab es ganz andere Formen des Zusammenlebens als heute. Die Bevölkerung arbeitete miteinander in der Landwirtschaft und den handwerklichen Berufen, so daß ständig enge soziale Kontakte bestanden. Diese Gegebenheiten haben wir im heutigen Dorf, wie schon erwähnt, nicht mehr. Während früher die Arbeit die Bevölkerung zusammenführte, helfen heute die örtlichen Vereine mit, das Gefühl der Gemeinsamkeit zu erhalten. Wir haben bei uns den Sportverein mit sieben Abteilungen, den

Fußballverein, zwei Angelsportvereine, zwei Musikvereine, zwei Kirchenchöre, um nur die wichtigsten zu nennen. Hier zeigt sich wieder das Zusammengehörigkeitsgefühl, das Gefahr lief, verlorenzugehen. Diese Vereine sind notwendig und wichtig für die Beschäftigung der Jugend in der Freizeit. Es ist Aufgabe der Gemeinde zu helfen, zu lenken. Wir stellen die Turnhalle und andere Räume zur Verfügung, wir bauen Sportplätze, wir geben Angelweiher - erwarten aber auch Eigenleistung. Wir unterstützen die Winterveranstaltungen der Vereine. Selbstverständlich steht und fällt solch ein Verein mit den Führungskräften. Aber es zeigt sich, daß solche Leute fast immer zu haben sind.

Die Zugezogenen lebten sich im Dorf schnell ein. Allerdings müssen wir beachten, daß die Bevölkerung vom Kriegsende bis heute nur um ca. 400 Einwohner zunahm und nun 2.200 zählt.

Die Gemeinde unterstützt in geringem Maße die Vereine finanziell. In diesem Jahr haben wir versucht, es gezielt zu tun. Wir gaben jedem einen Grundbetrag. Der Rest wurde verteilt nach der Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahren, die aktiv mitmachen. Ich glaube, daß diese Lösung die richtige war und hoffe, daß wir es in Zukunft immer so machen können. Es ist selbstverständlich kein Betrag, der die Vereine über Wasser hält. Aber es ist eine Anerkennung für die Männer und Frauen, die ihre Zeit für die Jugend zur Verfügung stellen, und für die Jugend, daß sie mitmacht.

Dabei soll es nicht so sein, daß diesen jungen Menschen nur etwas geboten wird, sondern daß sie auch zu Arbeiten herangezogen werden. Wir dürfen ihnen nicht alles schenken. Und mit dieser Gemeinschaftsarbeit bleibt der Dorfcharakter und die Kameradschaft erhalten. Die Jugend läßt sich auch heute noch leiten. Voraussetzung ist jedoch Vorbild und Anerkennung. Für die Zukunft sollten wir darauf achten, in dieser Art weiterzumachen. Eine solche Entwicklung ist in fast allen Dörfern unserer Region festzustellen. Die Menschen, vor allem die Jugend, brauchen eine Freizeitbeschäftigung, um nicht jeden Abend am Fernseher zu sitzen oder mit dem Auto dorthin zu fahren, wo etwas geboten wird.

Wie kann uns unsere Kirche hierbei unterstützen?

Bei uns in Ottenheim tut sie es in hohem Maße. Wir haben einen evangelischen und einen katholischen Kindergarten. Beide sind gut geleitet. Die Kinder spielen miteinander, singen und lernen Dinge kennen, für die zu Hause keine Zeit mehr ist.

Den Schülern sind nachmittags von Helfern der Kirchengemeinde Gruppennachmittage geboten. Es steht eine sehr große Bücherei zur Verfügung, die ebenfalls von Jugendlichen betreut wird.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, daß die politische Gemeinde und die Kirchengemeinde sich sehr wohl der heutigen Probleme in den Dörfern bewußt sind und sich nicht ohne Erfolg ihrer angenommen haben. Das heißt noch lange nicht, daß damit alle Schwierigkeiten ausgeräumt werden. Als neuer,

immer größer werdender Faktor, kommt die steigende Zahl der Rentner auf uns zu, denen eine Beschäftigung fehlt. Ein plötzliches Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß war früher im Dorf kaum bekannt, weil auch die alten Menschen in die Großfamilie integriert waren und auch im Alter noch im kleinen handwerklichen Betrieb oder in der Landwirtschaft tätig sein konnten. Das ist heute in den meisten Fällen nicht mehr so. Sowohl hier, als auch bei den Jugendlichen, sind trotz aller Bemühungen noch große Aufgaben zu bewältigen, sei es durch Erstellung eines ausgewogenen Freizeitangebotes oder mit der Möglichkeit zum Gespräch mit adäquaten Partnern. Denn eines ist klar: Auch in Zukunft wird die Lage solcher Gruppen immer problematischer, weil die negativen Auswirkungen unserer Überfließgesellschaft auch vor dem Dorf nicht halt machen werden.

"Kirche für das Dorf, Krisen-Ziele-Wege"

Schwerpunkttagung der Landessynode im Herbst 1988
 Referat: Die Krise des ländlichen Raumes
 von Dr. Dieter Jauch, Publizist, 7238 Oberndorf

Als mich Herr Ludwig fragte, ob ich bei dieser Tagung über die Krise des ländlichen Raumes sprechen wolle, habe ich ohne langes Überlegen zugesagt, zum einen, weil es für mich eine Ehre ist, bei der evangelischen Landessynode zu sprechen, zum anderen aber auch, weil ich mir - wohl etwas zu vorschnell - gesagt habe: Es gibt schwierigere Themen als die Krise des ländlichen Raumes.

Wer selbst in einem Dorf wohnt, wer sich sowohl beruflich als auch aufgrund seiner Ausbildung als Soziologe mit Problemen des ländlichen Raumes beschäftigt, für den ist die Krise des ländlichen Raumes ein selbstverständliches, alltägliches Schlagwort, so wie die Schuldenkrise der Dritten Welt, die Umweltkrise, die Energiekrise, die Arbeitsmarktkrise. Bei dem Wort "Arbeitsmarktkrise" begann ich dann schon zu stutzen. Gibt es denn eine Krise am Arbeitsmarkt? Ist die schlimme Situation am Arbeitsmarkt nicht ein Dauerzustand? Und dann begann ich weiter zu überlegen: Krise des ländlichen Raumes - ist das denn eine Krise des ländlichen Raumes, ist die Entwicklung, die wir dort verzeichnen, nicht auch ein Dauerzustand? Krise oder Dauerzustand, das schien mir dann die Frage.

Krise bedeutet ja immer auch eine Wende - eine Wende zum Schlechteren bis hin zum Exitus oder eine Wende zum Besseren. Krise als Chance? Über die Chancen des ländlichen Raumes zu sprechen, ist aber schon schwieriger als über die Krise des ländlichen Raumes zu sprechen. Untergangspropheten haben es immer leichter. Sie wissen, was untergeht. Wer Perspektiven für die Zukunft aufweisen will, weiß nicht mit gleicher Sicherheit, was kommen wird. So ist es denn auch ein leichtes und wissenschaftlich möglich - wissenschaftlich ist heutzutage alles möglich -, das Ende des ländlichen Raumes zu bestimmen. Man darf nur das Handwerkszeug der Agrarsoziologen aus den 60er Jahren zur Hand nehmen. Dort wurde die Landgemeinde bestimmt als eine Gemeinde, in der mehr als 50% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig sind. Mit diesem Handwerkszeug - so können wir heute sagen - gibt es in Baden-Württemberg keine ländlichen Gemeinden mehr.

Selbst als dann die Soziologen begannen, das Kriterium etwa auf 30, auf 25% abzusenken, wurde es mit der Zeit nicht viel besser. Man begann dann zu sagen: Nicht nur die Landwirtschaft, sondern der landwirtschaftliche Bereich. Doch

auch das ist dann wieder problematisch. Denn als das Milchhäuschen geschlossen wurde, als das Lager der Raiffeisengenossenschaft geschlossen wurde, war auch dieser Bereich nicht mehr vorhanden. Möglicherweise ist dann Heilbronn mit seinem Maizenawerk oder die Stadt Singen einmal eine ländliche Gemeinde, weil sie einen relativ hohen Anteil an Nahrungsmittelindustrie haben.

Natürlich gibt es den ländlichen Raum noch weiterhin, wenngleich die Agrar- und Landsoziologen intensiver denn je danach forschen, was denn die Eigenschaften des ländlichen Raumes sind, was ihn ausmache. Gesucht ist immer noch die Definition des ländlichen Raumes. Auch die Soziologie des ländlichen Raumes, wie sie beispielsweise in Hohenheim gelehrt wird, besteht heute zu einem großen Teil darin, eine Definition des ländlichen Raumes zu bestimmen, welche Charakteristika er hat, welche Eigenschaften er hat. Im Erdkundebuch meines Sohnes fand ich eine klare und eindeutige Definition: ländlicher Raum ist das Gebiet mit weniger als 260 Einwohnern je Quadratkilometer. Diese Definition ist gut, um die Note 1 in Erdkunde zu bekommen, aber sie hilft bei unseren Problemen wohl nicht weiter.

Der Landesentwicklungsplan für Baden-Württemberg definiert den ländlichen Raum durch eine Aufzählung der Gemeinden, die zu ihm gehören. Der Landesentwicklungsbericht sagt, ländlicher Raum sei das Bundesgebiet mit Ausnahme der Verdichtungsräume. Er sagt also nicht, was ländlicher Raum ist, sondern er sagt, was nicht ländlicher Raum ist.

Die Liste der verschiedenen Definitionen des Begriffs "ländlicher Raum" ist lang, und keine dieser Definitionen ist eindeutig oder auch nur allgemein anerkannt. Zu warnen ist vor jener Definition, wonach der ländliche Raum der strukturschwache Raum sei. Denn mit einer solchen Definition würde man sich den Zugang zu den Problemen verstellen. Mit einem methodischen Trick wäre die Krise des ländlichen Raumes zum Dauerzustand erklärt.

Ich will Sie nun nicht mit einer Aufzählung der verschiedenen Definitionsversuche langweilen, zumal diese Versuche, wie gesagt, weitgehend mißlungen sind oder bestenfalls nur unbefriedigende Ergebnisse gebracht haben. Ein ganz gescheiter Kopf, ein Professor, hat gemeint: Es gibt nicht einen ländlichen Raum, es gibt mehrere ländliche Räume. - Was damit gewonnen sein soll, ist mir unklar geblieben.

Die verschiedenen Definitionen würden uns auch nicht zum Kern unseres Problems, zur Krise des ländlichen Raums, führen. Mir scheint vielmehr: Der Mangel einer guten Definition dessen, was ländlicher Raum ist, ist selbst Ausdruck dieser Krise. Und damit bin ich bei der Hauptthese meines Referates: Die Krise des ländlichen Raums besteht zu einem wesentlichen Teil darin, daß eine allgemein akzeptierte Vorstellung dessen, was ländlicher Raum ist, was er sein kann, was er sein soll,

verlorengegangen ist. Noch schärfer formuliert: Die Krise des ländlichen Raumes ist zu einem ganz wesentlichen Teil eine Krise der Identität des ländlichen Raumes und seiner Bewohner.

Einige von Ihnen werden nun sagen: Jetzt kommt der Jauch aber vom Regen in die Traufe. Denn wenn er nicht weiß, was ländlicher Raum ist, dann ist es mit dem Begriff der Identität noch viel schlimmer, zumal er von dem schwäbisch-preussischen Philosophen Hegel eingehend bedacht worden ist, weil er eine ganze Identitätsphilosophie daraus gemacht hat.

Der Antipode dieses Begriffs, die Entfremdung, was ja nichts anderes bedeutet als einen Verlust an Identität, ist nicht nur in der marxistischen Philosophie und Ideologie, sondern auch in der psychologischen und theologischen Daseinsdeutung ein zentraler Begriff. Zur Identität gehört, daß die Fragen: "Wozu lebe ich? Wozu arbeite ich? Wohin gehöre ich?" kaum gestellt werden. Sie werden deshalb nicht gestellt, weil die Antwort selbstverständlich ist. Wer sich aber diese Fragen stellt und darauf keine Antwort weiß, der steckt in einer Identitätskrise.

Zur Identitätskrise der Bewohner des ländlichen Raumes gehört es auch, daß sie sich die Frage stellen: Ist das noch mein Dorf? Ist das noch meine Lebenswelt?

Wenn ich Herrn Pfarrer Leichle richtig verstanden habe, dann ist das im Grunde genommen die Hauptthese seines Referates: Was sich in meinem Dorf entwickelt hat, ist nicht mehr mein Dorf. - Da haben wir meines Erachtens in Kürze das Entfremdungsproblem.

Die Entfremdung vom Dorf beginnt sich aber auch schon darin auszudrücken, daß die Modernisierung der baulichen Substanz des Dorfes nicht akzeptiert wird. Angesichts zahlloser Mängel des Dorfes ist dies nicht verwunderlich. Die Dorfstraße, früher Treffpunkt und Kommunikationsstrang, ist heute zur Rennstrecke für den Durchgangsverkehr geworden. Die Neubaugebiete, in denen sich Zugezogene und Einheimische auf Jahre hinaus gegenseitig fremd bleiben, unterscheiden sich kaum vom Aussehen einer Vorstadtsiedlung. Hierzu gehört auch der Hinweis, daß im Vorgarten kein Apfelbaum mehr steht, sondern eine Koreatanne. Es sind also nicht nur die Planungsfehler, die zur Entfremdung führen, sondern es ist auch das Verhalten der Bewohner im ländlichen Raum. Erst in jüngster Zeit wird versucht, mit einem Konzept der erhaltenden Dorferneuerung die schlimmsten Planungsfehler wieder auszugleichen bzw. abzumildern. Mir ist allerdings trotz intensiver Lektüre nie ganz klar geworden, was der Begriff "erhaltende Dorferneuerung" konkret und im Einzelfall bedeutet.

Wie groß die Entfremdung vieler Dorfbewohner von ihrer Lebenswelt schon geworden ist, kann man an den Wochenenden in den Dorfmuseen erkennen, die in den vergangenen Jahren in großer Zahl in Baden-Württemberg entstanden sind. So wurde beispielsweise vor kurzem in Neuhausen ob Eck bei Tuttlingen

ein solches Dorfmuseum eröffnet, in dem die Häuser und deren Einrichtungen - die Dorfschule und das Rathaus - zu Beginn dieses Jahrhunderts gezeigt werden. Daß so ein Museum gebaut wurde und daß jedes Wochenende Hunderte von Besuchern, hauptsächlich aus ländlichen Gemeinden, dieses Museum besuchen, zeigt nicht nur, wie schnell sich die Verhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt haben, sondern auch, wie groß das Bedürfnis nach Identifikation ist. Während die älteren Besucher erfreut die Schulbank besichtigen - "Genauso eine Schulbank hatten wir auch; mit einem solchen Stock wurden wir früher verprügelt" -, stehen die jüngeren schon fast verständnislos dem Gezeigten gegenüber. Für sie ist es ein richtiges Museum, für die älteren noch ein Stück Lebenswelt.

Der Niedergang dieser Lebenswelt hat mehrere Ursachen. Zum einen ist es der allgemeine sozio-ökonomische Wandel. Hier sind die Stichworte "Rückgang der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft" anzuführen, der Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft, der Wertewandel und die allgemeine Mobilität. In den Ausführungen von Herrn Reitter haben wir ein sehr schönes und konkretes Beispiel, was hinter dem Begriff "sozio-ökonomischer Wandel" alles steht.

Mobilität ist den Dorfbewohnern keineswegs fremd gewesen in ihrer Geschichte. Abwanderung vom Lande in die Stadt, ja ins Ausland, hat es seit Beginn der Industrialisierung gegeben, genauer, seitdem der medizinisch-hygienische Fortschritt die Lebenserwartung erheblich verlängert hat. Seitdem gab es auf dem Lande für die Bewohner nie genügend Arbeitsplätze. Die Abwanderung vom Lande in die Stadt, kurz und ideologisch als "Landflucht" bezeichnet, war mit einer Voraussetzung für die Industrialisierung der gesamten Gesellschaft. Nur das Bevölkerungspotential des Landes setzte so viele Arbeitskräfte frei, um die Industrialisierung in Gang zu setzen. Welche sozialen Nöte, welches Leid und welcher Schmerz damit verbunden war, sei dabei nicht verschwiegen.

Die Abwanderung vom Lande wurde jedoch erst dann zum Problem, als die Bevölkerung auf dem Lande abgenommen hat. Solange die Abwanderung nicht zu einer Entleerung des ländlichen Raumes führte, wurde sie insgesamt positiv bewertet.

Auch heute können wir keineswegs generell von einer Abwanderung sprechen. Die Gemeinden mit der größten Abwanderungsquote in Baden-Württemberg sind die Städte Mannheim und Stuttgart. Bei insgesamt stagnierender Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg verzeichnen die meisten ländlichen Regionen immer noch eine, wenn auch geringe Bevölkerungszunahme. Problemgebiete in dieser Hinsicht sind "lediglich" der Main-Tauber-Kreis, das Hohenlohegebiet, der Ostalbkreis und Teile des Schwarzwald-Baar-Kreises.

Andererseits ist aber nicht zu übersehen, daß auch die Zuwanderung in den ländlichen Raum ihre Probleme hat. Wie gesagt, in vielen Gebieten - Bodenseegebiet, Breisgau - haben

wir eine erhebliche Zuwanderung in den ländlichen Raum. Wenn Städter in großer Zahl aufs Land ziehen, verändern sie aber gerade das, was sie dort suchen. Sie machen dabei eine ähnliche Erfahrung wie jene Naturfreunde, die - am vergangenen Wochenende konnte man es wieder einmal erleben - am Wochenende auf dem Feldberg oder im Glottertal die Schönheit des Schwarzwaldes in stiller Einsamkeit genießen wollen. Sie stehen dann vom Titisee bis hoch zum Bärenental im Stau, und sie wandern dann über den Feldberg in Vierer- und Fünferreihen, gerade so wie auf einer Einkaufsstraße in Stuttgart.

In vielen Dörfern, vor allem in jenen Landkreisen, deren Bevölkerung in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat, gibt es heute schon mehr Zugezogene als Einheimische. Aber auch dort, wo die Einheimischen noch die Mehrheit sind, verändert sich das Leben durch die Zugezogenen. Früher kannte auf dem Dorf jeder jeden. Es gab nur wenige Fremde und nur wenig Fremdes. Heute kennt der Ortsvorsteher nicht mehr alle Einwohner, und dem Dorfpfarrer bleiben die meisten Gemeindeglieder fremd - und selbstverständlich auch deren Sünden.

Seit es in einigen Dörfern Hochhäuser, zumindest aber Mehrfamilienhäuser gibt, läßt es sich auf dem Lande fast ebenso anonym leben wie in der Stadt. Dieses anonyme Leben zeigt sich unter anderem auch in der steigenden Diebstahlskriminalität auf dem Lande. In gleichem Maße, wie die Zahl der Diebstähle steigt, sinkt die Aufklärungsquote.

Nun war und ist diese Veränderung der Lebenswelt kein anonymer Prozeß. Sie war zumindest teilweise durchaus beabsichtigt. Das Gesicht des Dorfes hat sich auch deshalb verändert, weil die früheren Wohnverhältnisse auch den Einheimischen nicht mehr genügten. Noch in den 50er Jahren war es das Pfarrhaus und das Schulhaus und vielleicht noch ein weiteres Haus, in dem ein Bad und eine Dusche vorhanden waren. Damals wurde dann die Forderung nach Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse mit den städtischen Lebensverhältnissen erhoben - nicht nur von den Bewohnern des ländlichen Raumes, sondern auch von den Politikern.

Wer sich heute über den Identitätsverlust der Dörfer beklagt, sollte sich auch daran erinnern, wie in den 50er und 60er Jahren die Verhältnisse in den Dörfern ausgesehen haben und wie stark damals diese Forderungen waren. "Die Grundausrüstung ländlicher Gemeinden", "der moderne Landort", "Dorferneuerung als Aufgabe der Agrarstrukturverbesserung" - so und anders lauteten die Titel zahlreicher damaliger Veröffentlichungen und Broschüren. Um die "Bildungskatastrophe" abzuwenden, wurden die Bildungsreserven im ländlichen Raum mobilisiert. Die Forderung nach Abschaffung der einklassigen Dorfschule kam nicht von den Städtern, sondern von Agrarwissenschaftlern und von Landbewohnern, die eben gleichwertige Lebensverhältnisse forderten. Mit der besseren Schulbildung sollten die Erwerbsmöglichkeiten von Nichtlandwirten verbessert werden,

und die Bauernsöhne sollten zu unternehmensorientierten Landwirten ausgebildet werden - eine Forderung, die heute meistens auf Widerspruch stößt. Heute will man das bäuerliche Denken und nicht so sehr das unternehmerische Denken in der Landwirtschaft pflegen.

Heute ist die Einkommenssituation im ländlichen Raum insgesamt gesehen nicht schlechter als in den Städten. Ausgenommen sind selbstverständlich die vorhin erwähnten Problemgebiete. Berücksichtigt man dazu noch, daß im ländlichen Raum bestimmte Kosten der Lebenshaltung geringer sind als in den Städten, so relativieren sich die Unterschiede noch weiter. Wer die Einkommenssituation im ländlichen Raum untersucht, darf nicht allein auf die absoluten Zahlen schauen, sondern er muß die konkreten Lebensumstände mit in die Betrachtung einbeziehen. Zu diesen gehört beispielsweise der überproportional hohe Anteil an Selbständigen, vornehmlich Landwirte, Handwerker und kleinere Kaufleute, zum anderen der ebenfalls überdurchschnittlich hohe Anteil von Arbeitern, insbesondere von ungelernten Erwerbstätigen. Außerdem ist zu beachten, daß ein sehr hoher Anteil der Erwerbspersonen mehrere Einkommen hat und über Grundbesitz verfügt.

Darüber hinaus ist im ländlichen Raum das familiäre Leben noch häufig sehr eng verschränkt mit der Welt der Arbeit. Ein rein zahlenmäßiger Vergleich der Berufseinkommen zwischen Stadt und Land gibt deshalb häufig ein falsches Bild über die tatsächliche Wohstandslage. Hierbei darf auch nicht übersehen werden, daß es im ländlichen Raum durchaus üblich, ja normal ist, durch Eigenleistungen oder in Nachbarschaftshilfe den Wohlstand zu mehren. Häufig - insbesondere von Städtern und von Handwerkern - wird dies als "Schwarzarbeit" diskriminiert, was aber eine etwas zu vereinfachte Darstellung ist. Im Dorf kommt es kaum jemandem in den Sinn, von "Schwarzarbeit" zu reden, wenn gegenseitig beim Hausbau Nachbarschaftshilfe geleistet wird, wenn der Nachbar das Auto repariert, wenn der Schwager im landwirtschaftlichen Betrieb mithilft und wenn die ganze Familie in den Wald geht und Holz macht. Wenn sich beispielsweise auch mehrere Nachbarn zusammentun und gemeinsam zuerst für den einen, dann für den anderen ein Haus bauen, werden damit Werte geschaffen, an denen die Wirtschaft nur mit Materiallieferungen beteiligt ist. Das erklärt das rapide Zunehmen und die Expansion der Baumärkte, bei denen man ja Maschinen kaufen kann. Es sind sicherlich nicht die Maurer und Handwerker, die in den Baumärkten ihre Betonmaschinen kaufen.

Wollte man diese gegenseitige Hilfe unterbinden, dann würden keine neuen Arbeitsplätze entstehen; denn die Häuser würden erst gar nicht gebaut werden, weil sie bei vollen Kosten für die Bauherren viel zu teuer wären. In diesem Sinne ist es zu verstehen, daß Schwarzarbeit - wenn schon dieses unschöne Wort gebraucht werden soll - dem Bruttosozialprodukt zwar

Werte entzieht, aber zugleich den Wohlstand erhöht. Dies ist übrigens auch wieder ein schönes Beispiel dafür, daß die Bruttozialrechnung über den Wohlstand im allgemeinen sehr wenig aussagt.

Für die wirtschaftliche Situation in den Dörfern ist darüber hinaus zu beachten, daß zu einem erheblichen Teil eine Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln besteht. Diese erhöht ebenso das Realeinkommen einer Familie wie die Reparatur des Autos in Nachbarschaftshilfe oder der Bau des Hauses mit Familienkräften.

Bei der Bewertung der wirtschaftlichen Situation der Dorfbewohner darf darüber hinaus nicht vergessen werden, daß ein erheblicher Teil von ihnen Grundbesitz hat, während der größte Teil der Großstadtbewohner weder Haus- noch Grundbesitz vorweisen kann. Ich bin immer wieder überrascht, mit welch geringem Einkommen Landbewohner über sehr schöne Häuser verfügen.

Schließlich ist auch nicht zu übersehen, daß die Lebenshaltungskosten im Dorf im allgemeinen niedriger sind als in der Stadt. Wer freilich Ansprüche stellt wie ein Großstädter und im Dorf wohnt, für den wird das Leben auf dem Lande eine teure Angelegenheit. Das gilt natürlich auch für alle jene, die handwerklich nicht sehr geschickt sind und beim Handwerker den vollen Preis bezahlen müssen.

Wer dann noch kulturelle Ansprüche stellt - ins Theater oder in irgendeinen Gourmettempel fahren will -, für den schlägt das natürlich ebenso zu Buche. Aber diesen Preis zahlt ein "normaler Dorfbewohner" nicht.

Die Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse im ländlichen Raum wäre unvollständig, würde man nicht auf die Arbeitsmarktprobleme eingehen. Hier streiten sich die Gelehrten noch darüber, ob dieses ein Problem des ländlichen Raumes als Standort von Firmen ist oder ein Problem der Arbeitnehmer im ländlichen Raum. Wie erwähnt, ist der Anteil der ungelernten Arbeiter und vor allem der Arbeiterinnen an den Erwerbspersonen im ländlichen Raum besonders hoch. Während in den Phasen des Booms, vor allem in den 60er Jahren, Firmen einfache Fertigungstätigkeiten in den ländlichen Raum verlagerten, dieser sozusagen zur verlängerten Werkbank für städtische Unternehmen wurde, haben wir jetzt im Zuge der Rationalisierung und der Einführung neuer Fertigungstechniken gerade das umgekehrte Problem. Diese Außenstellen werden als erstes wieder abgebaut, wobei vor allem weniger qualifizierte Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Schaffung neuer, moderner Arbeitsplätze scheitert oft daran, daß die Unternehmen im ländlichen Raum nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte finden. Jene, die qualifiziert sind, sind meistens auch mobil genug, um abzuwandern bzw. um auch über weite Entfernungen zu pendeln. Meistens sind sie natürlich schon abgewandert.

Tagespendler über 50 km sind heute in bestimmten Berufen keine Seltenheit mehr. Inwieweit der Raum Sindelfingen oder Heilbronn in Hohenlohe oder auch die BASF in der Westpfalz ausschreiben, ist bekannt.

Die Tatsache, daß immer mehr Leute über solche weite Strecken pendeln, um ihren Wohnsitz im ländlichen Raum behalten zu können, zeigt aber zugleich, daß das Wohnen im ländlichen Raum zunehmend attraktiv geworden ist. Sicherlich - vorhin wurde es erwähnt - sind es auch die hohen Mieten und die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten, die viele zum Pendeln veranlassen. Andererseits ist aber auch nicht zu übersehen, daß das Wohnen auf dem Lande heute einen Eigenwert bekommen hat. Es sind gerade nicht die Einheimischen, die über weite Strecken pendeln, sondern es sind die Zugezogenen, die diese Belastung auf sich nehmen können, weil sie Angehörige von im allgemeinen gut verdienenden Berufsgruppen sind. Ein ruhigeres Leben, soziale Kontakte, gesunde Umwelt, Überschaubarkeit der sozialen Lebensverhältnisse, Naturnähe - das sind im allgemeinen die Werte, die die Stadtbewohner suchen, wenn sie aufs Land ziehen. Eine Umfrage hat ergeben, daß etwa 60% der Stadtbewohner gerne auf dem Lande leben würden.

Doch nur zu oft werden diese Erwartungen enttäuscht. Wer Ruhe sucht, findet sich in einer arbeitsamen untriebigen Umgebung wieder. Wer am Samstagmittag in Ruhe beim Kaffee auf der Terrasse Zeitung lesen will, wird dieses besser in der Stadt können als etwa im Dorf. Er hört überall Rasenmäher, es wird überall Holz gehackt und dergleichen mehr. Wer saubere Luft will, rümpft beim Spaziergang nur allzuoft die Nase, wenn er an einer Schweinemastanstalt oder an einer Dungscheune - natürlich einem Misthaufen - oder an einem überreichlich gedüngten Acker vorbeikommt. Und wer von den Städtlern Harmonie sucht, der schafft häufig Fremdheit. Wer Vertrautheit sucht, stiftet Verwirrung, und wer Überschaubarkeit zu finden hofft, dem bleibt nur allzuvielen fremd.

Auch die sozialen Kontakte, die sich so viele Städter auf dem Dorf wünschen, werden nicht jedem am Ortseingang als Willkommensgruß überreicht. Vertrauen und Aufnahme in die Dorfgemeinschaft müssen erworben werden, und zwar durch eigene Anstrengungen und Engagement. Daran scheitert das meistens.

Doch nicht nur durch die Zugezogenen und die Pendler haben sich die sozialen Beziehungen in vielen Gemeinden gelockert. Auch der Verlust der Schule und der eigenständigen Verwaltung wirkt sich zunehmend aus. Kinder, die nur vier Jahre gemeinsam die Grundschule besuchten, finden als Jugendliche kaum mehr zueinander, zumal sie unterschiedliche Berufe ergriffen haben. Das Berufsfeld und die Berufsstruktur der ländlichen Gemeinden hat sich ja sehr weit entfaltet und aufgefächert. Früher war alles mehr oder weniger auf die Landwirtschaft oder den Handwerkerberuf orientiert.

Wer aber schon als Kind keine sozialen Beziehungen aufbauen konnte, dem fällt es auch als Erwachsenen schwer, sie zu pflegen. Mit der Lockerung der sozialen Beziehungen ist auch das Verhalten im Dorf viel unverbindlicher geworden. Die soziale Kontrolle ist geringer, die verschiedenen Verhaltensweisen sind buchstäblich gleichgültig.

Für das, was man früher "Dorfgemeinschaft" genannt hat, ist dieser Wandel fast wichtiger als die sozio-ökonomischen Veränderungen; denn eine soziale Schichtung gab es im Dorf immer, und dennoch waren die Wertvorstellungen und damit die Verhaltensweisen weitgehend einheitlich, zumindest homogen, und zwar vom bäuerlichen Denken geprägt. Doch im Dorf hat der Wertepluralismus Einzug gehalten.

Er läßt sich an einem ganz banalen Beispiel darstellen, das zugleich illustriert, wie weit die Entfremdung der Dorfbewohner untereinander gegangen ist: Am Sonntagmorgen sind die Frühaufsteher um 7.00 Uhr im Dorf zu sehen. Sie können dieses Experiment - es ist wirklich ein Experiment - fast in jedem Dorf machen; es spielt sich an jedem Sonntagmorgen ähnlich ab. Ich habe es in unserem Dorf ein paarmal probiert. Sie werden die Frühaufsteher also sehen. Sie gehen mit dem Wanderverein oder auch privat fort, hinaus in die weite Welt, hätte man früher gesagt. Jedenfalls raus aus dem Dorf, zur Wanderung in die Alpen oder zu Verwandten in die Großstadt. Gegen 9.00, 9.30 Uhr sind die Kirchgänger, die "Traditionalisten" im Dorf, zu sehen. Zu dieser Gruppe gehören auch die Stammtischbrüder. Selbst wenn sich Kirchgänger und Wirtshausbesucher verächtlich gegenseitig anschauen mögen, so gibt es zwischen diesen immerhin noch soziale Kontakte - und seien es nur Blicke der Mißachtung.

Die dritte "Schicht" der Dorfbewohner schläft noch tief. Das erkennt man vor allem in den Neubaugebieten an den zahlreichen geschlossenen Rolläden. Diese "Schicht" ist im Dorf erst im Laufe des Tages zu sehen, wenn überhaupt.

Diese Segmentierung des Dorfes, die oftmals mit Urbanisierung verwechselt wird, ist nicht rückgängig zu machen, auch nicht durch Vereine und Dorffeste. Was Herr Reitter zu den Vereinen gesagt hat, ist natürlich völlig richtig. Nur scheint mir, daß das nur die eine Seite ist. In manchen Dörfern ist schon die andere Seite stärker zu sehen als diese Seite. Das ist aber, wie gesagt, von Dorf zu Dorf sehr unterschiedlich. Die Segmentierung wird teilweise durch Vereine erst noch verfestigt. Die Vereine sind heute nicht alleine mehr Sammelbecken der sozial Aktiven, sondern auch Treffpunkt eines bestimmten Teils der Einwohnerschaft, der ganz bestimmte Werthaltungen und Freizeitaktivitäten gemeinsam hat. Vereine sind - ganz entgegen der bei ihnen gepflegten und hochgehaltenen Gemeinschaftsideologie - Produkte der sozialen Differenzierung. Je stärker diese soziale Differenzierung vorangeschritten ist, desto mehr verstärken sie die Trennung von bestimmten sozialen Gruppen. Beispielsweise bestehen heute schon in vielen Dörfern

Animositäten zwischen dem Kirchenchor und dem Sportverein. Wir hatten erst vor kurzem in unserem Dorf einen ungehaltenen Pfarrer, weil die Blaskapelle schon um 10.00 Uhr ihr Weinfest begonnen hat.

Wie stark Werthaltungen das Vereinsleben bestimmen, zeigt sich auch daran, daß die Traditionsvereine erhebliche Nachwuchsprobleme haben. Das sind die Vereine, von denen man früher sagte, daß sie den Kulturstil eines Dorfes prägten. Andere Vereine leiden zunehmend unter der Konsumhaltung ihrer Mitglieder. Man will zwar Sport treiben, aber keine Vereinsarbeit leisten. Man will Musik spielen und hören, aber nicht regelmäßig Proben besuchen und auch keine Verpflichtungen eingehen.

Die Einrichtung von Fitneßcentern, von kommerziell betriebenen Tennishallen, von Tanzstudios - auch im ländlichen Raum - und der rege Besuch von Erlebnisbädern zeigen sehr deutlich, daß sich ein erheblicher Teil der Freizeitaktivitäten aus den Vereinen hinaus verlagert hat. Das betrifft vor allem die dritte "Schicht", die sonntags so lange die Rolläden geschlossen hält, die in diese Tendenz hineinzielt. Diese Cliquen und Gruppen sind häufig auch gar nicht mehr lokal, das heißt an einen Ort gebunden, sondern überlokal orientiert. Der rege Verkehr auf den Land- und Kreisstraßen an Wochenenden und die damit zusammenhängende Zahl der Unfälle zeugt ebenso davon wie auch die "Heiratskreise". Nur noch selten kommen Brautpaare aus demselben Ort - und wenn, dann deshalb, weil sie schon seit Jahren in eheähnlicher Beziehung leben.

Die Segmentierung der Dorfgesellschaft bringt auch den Pfarrer, soweit es ihn in jedem Dorf noch gibt, in eine prekäre Situation. Je nachdem, in welchem Segment er sich engagiert und tätig wird, bleiben die Angehörigen der anderen fern. Und die Klagen, daß der Pfarrer zu "altmodisch" sei - in einem anderen Dorf ist er zu "modern" -, zeigen, daß er es heute weniger denn je allen recht machen kann. Auch dadurch wird der Prozeß der Entkirchlichung gefördert.

Was ist dagegen zu tun? Schließlich kann nicht jede Gruppe ihren Pfarrer haben, und die Übertragung von kirchlichen Aufgaben an Laien ist keineswegs immer das, was die Gemeindeglieder, insbesondere die Traditionalisten im Dorf, wollen. Denn sie wollen nicht einen Pfarrer als Partner, sondern sie wollen eine Führungsperson, ein Vorbild.

Die Frage ist - sie ist sehr provozierend -, ob das Dorf noch Bezugspunkt und Abgrenzungskriterium für kirchliche Arbeit sein kann. Provozierender formuliert: Kann die Kirche im Dorf bleiben, nachdem sich viele Dorfbewohner in ihren sozialen Beziehungen überörtlich orientiert haben?

Eine persönliche Anmerkung: Ich hätte diese Frage gar nicht so provozierend gestellt, wenn nicht neulich der württembergische Landesbischof Sorg mich dazu ein bißchen ermutigt hätte. Er hat nämlich berichtet, daß Gottesdienste heute zunehmend im Freien, auf Campingplätzen, an

Ausflugszielen und dergleichen veranstaltet werden und oftmals dann besser besucht sind als in der Dorfkirche. Welche Auswirkungen dies auf die Dauer auf das gemeindliche Leben im Dorf, aber natürlich auch in der Stadt - auch hier gilt dasselbe - hat, sei dahingestellt. Das Beispiel macht aber klar, wohin die Entwicklung gehen könnte, wobei man nur hoffen kann, daß sie sich nicht so scharf entwickelt, wie ich das hier formuliere: Der Gottesdienst im Dorf ist für die Alteingesessenen, Einheimischen, für die Alten. Der Gottesdienst oder, besser gesagt, die Stunde der Besinnung im Freien ist für die mobilen Aufgeschlossenen, für die, die nicht den Sonntag heiligen, sondern der Freizeit und dem Konsum huldigen. Auch dies ist pointiert, überspitzt formuliert, doch wird dadurch vielleicht das Problem deutlich.

So wie die Kirche in der Gesamtgesellschaft akzeptieren muß und, wie mir scheint, auch akzeptiert hat, daß diese Gesellschaft pluralistisch ist, daß verschiedene Wertvorstellungen gleichberechtigt nebeneinander bestehen, so muß der Pfarrer auch für das Dorf akzeptieren, daß dieses zunehmend pluralistisch strukturiert ist. Das ist sicherlich ein schwierigeres Unterfangen einer Gesellschaft - aus dem einfachen Grund, weil hier die Wertvorstellungen am Ort zusammenstoßen und dadurch dieser Pluralismus natürlich viel konfliktrichtiger ist als in der Gesamtgesellschaft. Das bisher vorherrschende Verhaltensmuster in den Dörfern ist jetzt nur noch eines unter vielen. Jugendliche oder auch junge Erwachsene, die in der Stadt die Schule besuchten, die durch Massenmedien andere Verhaltensweisen kennengelernt haben, aber auch Zugezogene belächeln teilweise dieses traditionelle Verhalten, teilweise diskriminieren sie es offen.

Es ist gerade dieser Wertepluralismus, der auch die Antwort auf die Frage nach den kulturellen und sozialen Besonderheiten und Werten des ländlichen Raumes verhindert. Er ist es auch, der die Suche nach einer neuen Identität der Dörfer erschwert. Während die einen noch der ländlichen Idylle nachtrauern - wobei sich Einheimische und Zugezogene dadurch unterscheiden, daß die Einheimischen wissen, daß diese Idylle nie bestand, während die Zugezogenen ihr immer noch eine Realität in der Vergangenheit zuschreiben -, sehen die anderen das Heil in der Emanzipation der bisherigen Lebensform des Dorfes.

Ich werde mich nun hüten, hier das Bild einer neuen Identität des Dorfes zu entwerfen. Ich kann jedoch einige Entwicklungslinien skizzieren, die bei der Suche nach dieser neuen Identität hilfreich sein mögen. Da ist zuallererst die Bevölkerungsentwicklung. Sie wird im kommenden Jahrzehnt und weit darüber hinaus - es ist schwierig, Prognosen zu treffen - im ländlichen Raum weitgehend stagnieren, und auch die regionale Mobilität, also die Zu- und Abwanderung, wird sich vermindern. Problemgebiete in Baden-Württemberg werden voraussichtlich weiterhin der Neckar-Odenwald-Kreis, der Main-Tauber-Kreis und Teile des Ostalbkreises bleiben, wobei

sich durch die Eröffnung der Autobahn von Würzburg nach Ulm Anzeichen ergeben haben, daß dort vielleicht eine gewisse soziale Entwicklung im Hinblick auf eine Neuansiedlung von Industrieunternehmen in Gang kommt.

Damit ist eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür gegeben, daß sich die krisenhaften Erscheinungen sowohl in Verdichtungsräumen als auch in den strukturschwachen Räumen entschärfen - krisenhafte Erscheinungen, die in den Verdichtungsräumen durch Zuwanderung, in den anderen durch Abwanderung entstanden sind.

Der Altersaufbau der Bevölkerung allerdings wird sich dramatisch verändern. Der Anteil der Älteren Mitbürger, also der Rentner wird rapide zunehmen. Das heißt auch zugleich, daß der Anteil der Immobilen zunehmen wird. Welche Probleme das für die sozialen Dienste auf dem Land haben wird, ist noch gar nicht abzusehen. Teilweise setzen ja die Politiker immer noch auf die Solidarität der Großfamilien im Dorf. Wie weit diese Solidarität aber noch ein Jahrzehnt anhalten wird, ob sie soweit tragen wird, das erscheint mir doch zweifelhaft.

Die Krise in der Landwirtschaft - wir haben das vorhin auch gehört - wird sich weiter verschärfen. Der bäuerliche Familienbetrieb wird wahrscheinlich in Baden-Württemberg weitgehend verschwinden. Diese Krise wird aber für den ländlichen Raum von immer geringerer Bedeutung sein - aus dem einfachen Grunde, weil sich die Zahl der Landwirte in den vergangenen Jahren schon rapide verringert hat. Die Landwirtschaft ist heute ja schon - wie eingangs erwähnt - in vielen Gemeinden nur noch eine Randexistenz. Das ist auch hier wortwörtlich gemeint; denn die meisten Bauernhöfe sind an den Rand der Gemeinden ausgesiedelt worden.

Die Arbeitsplatzsituation im ländlichen Raum wird sich auch in den kommenden Jahren nicht wesentlich verbessern - trotz aller Bemühungen der Landesregierung. In einigen Regionen wird sie sich eher verschlechtern, vor allem in jenen, deren Wirtschaftsstruktur derzeit durch die Produktion technisch einfacher Produkte bestimmt ist. Das waren nämlich auch die Gebiete, die in den vergangenen Jahrzehnten die stärksten Strukturprobleme hatten, wo die Textilindustrie konzentriert war, wo die Uhrenindustrie im Schwarzwald-Baar-Kreis zum Beispiel konzentriert war, oder wo die Schuhindustrie in der Westpfalz konzentriert war.

Andererseits scheitert die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen im ländlichen Raum häufig daran, daß nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat erst kürzlich in einer Broschüre auf den Lohnkostenvorteil im ländlichen Raum hingewiesen. Aber das ist teilweise auch nur eine statistische Zahl; denn der Lohnkostenvorteil ergibt sich natürlich daraus, daß die Erwerbstätigen weniger qualifiziert sind. Die Ansiedlungspolitik in vielen Gemeinden, wie gesagt, wird hierdurch stark behindert, daß eben zu wenig qualifiziertes Arbeitspotential vorhanden ist. Die

Berufsfachschulen und die Berufakademien, die gegründet werden, haben alle eine sehr lange Anlaufzeit und nur sehr langfristige Wirkungen.

Die Hoffnung, daß neue Technologien dem ländlichen Raum dadurch zugute kommen, daß eine dezentrale Arbeitsplatzstruktur möglich sein wird - Stichwort: Bildschirmarbeit am Computer zu Hause -, wird sich meines Erachtens nicht erfüllen, zumindest nicht in dem erwarteten Maße. Zum einen wird die Zahl der dadurch geschaffenen Arbeitsplätze auf absehbare Zeit relativ gering sein, zum anderen werden sie aber gerade deshalb nicht dem ländlichen Raum zugute kommen, weil die Besetzung solcher Arbeitsplätze an bestimmte Qualifikationen gebunden ist. Auch hier werden diese Arbeitsplätze mit Sicherheit eher am Rande der Verdichtungsräume entstehen, als etwa im Hohenloheschen oder im Main-Tauber-Kreis. Und das Problem der Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum ist ja auch ganz besonders ein Problem der Qualifikation der Erwerbstätigen. Das heißt, die Zahl der Arbeitsplätze kann durchaus zunehmen, aber die Zahl der Arbeitslosen nimmt nicht ab.

Aus all diesen Gründen wird auch die wirtschaftliche Bedeutung des ländlichen Raums begrenzt bleiben, zumindest eben nicht zunehmen. Dafür werden die Funktionen Wohnen und Erholung eine immer größere Bedeutung erhalten. Ein provozierendes Beispiel bringt immer Günter Tiede, der ehemalige Berater der EG-Kommission, der meint, man sollte ganze Landstriche in Baden-Württemberg der Wildnis anheim fallen lassen, zum Abenteuerurlaub.

Hier sei nochmals an das erinnert, was ich vorhin zum Wertepluralismus im Dorf gesagt habe. Denn diese Tendenz weist eindeutig darauf hin, daß sich die kirchliche Arbeit im Dorf stärker als bisher an den Werten der Konsumgesellschaft zu orientieren hat. Wieweit sie diese Werte annimmt und mitgestaltet bzw. mitgestalten kann, ist eine ganz andere Frage.

In diesem Zusammenhang auch nur zwei Anmerkungen zu dem geplanten Ökologiezentrum in Boxberg und zu den Selbstversorgungsgruppen im ländlichen Raum. Sie können ein Symbol sein für bestimmte Werte und Zielvorstellungen und sind als solche auch sehr begrüßenswert. Sie können aber nicht Modell sein für die allgemeinen Lebensverhältnisse im ländlichen Raum. Allein schon die Tatsache, daß sich etwa große Handelsketten auch in den Kleinstädten, das heißt im ländlichen Raum, zunehmend niederlassen, zeigt sehr deutlich, wohin sich die Massenkaufkraft und die Mehrzahl der Verbraucher orientieren. Wir hatten in unserer Stadt vor 10 Jahren nur einen Großmarkt. Jetzt haben wir zwei. Als der zweite gekommen ist, hat man gesagt: Das schafft der überhaupt nicht, dazu ist die Kaufkraft viel zu gering. - Inzwischen leben alle beide relativ gut, und inzwischen ist auch noch ein Aldi-Markt hinzugekommen. Die Leute kaufen im Großmarkt kiloweise ihr Persil ein, ihren Sprudel in großen

Mengen. Morgens um 8.00 Uhr findet man das halbe Dorf im Großmarkt, um 12.00 Uhr findet man sie wieder im Edeka-Laden, wo sie das kaufen, was sie vergessen haben.

Das Verhalten der Bewohner im ländlichen Raum ist es, was die Entwicklung letztlich bestimmt. Sie entscheiden letztlich auch, ob die Chancen, die der ländliche Raum bietet, wahrgenommen werden. Sie sind es, die für die gute Umwelt im ländlichen Raum verantwortlich sind, für die Sozialkontakte, für die Überschaubarkeit. Sie sind es auch, die die Politiker veranlassen können, in ihrem Sinne für sie tätig zu werden.

Denis de Rougemont, der Schweizer Sozialphilosoph, hat in seinem Buch "Die Zukunft ist unsere Sache" geschrieben:

Der Verfall in einer Gesellschaft beginnt, wenn die Frage gestellt wird: "Was wird werden?", anstatt zu fragen: "Was können wir tun?"

Die Krise des ländlichen Raumes wird dann zu Ende sein, trotz aller bestehenden und trotz aller kommenden Probleme, wenn wir bereit sind, die Zukunft der Dörfer und die Zukunft des ländlichen Raumes aktiv zu gestalten.

5.12.88

„Kirche für das Dorf“

Vortrag vor der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden
in Pforzheim-Hohenwart am 16.09.1988

von Wolfgang Huber, Landwirt, Ittlingen

Sie haben in den beiden vorhergehenden Referaten die Probleme eines Winzerbetriebes und eines Veredelungsbetriebes kennengelernt. In dem Betrieb, den ich führe, liegt der Schwerpunkt auf Milcherzeugung und Rindfleischproduktion. Ich möchte im folgenden einige spezifische Probleme in diesem Bereich darstellen:

Sie haben sicher von der sogenannten Milchkontingentierung gehört, die im Jahre 1984 eingeführt wurde. Für die Milchbauern bedeutete dies die Reduzierung der Milchmenge um knapp 20% seit dem Zeitpunkt ihrer Einführung. Bei mir hatte das zur Folge, daß ich den Bestand um 6 Milchkühe verringern mußte. Trotz der damit verbundenen finanziellen Einbußen, muß ich sagen: Die Kontingentierung garantiert wenigstens eine gewisse Abnahmemenge und einen einigermaßen gesicherten Preis. Radikale Preiseinbrüche wie z.B. beim Qualitätsweizen konnten durch diese Regelung vermieden werden.

Allgemein bleibt dennoch folgendes festzuhalten:

In der Zeit seit 1972, in der über meinen Betrieb exakt Buch geführt wird, in diesen 16 Jahren hat sich der Betriebsumfang um rund ein Drittel erhöht. Der Betriebsgewinn hat sich im selben Zeitraum um rund ein Drittel verringert, bedingt vor allem durch die fallenden Preise.

Wie Sie wissen, sind die Lebenshaltungskosten für meine Familie nicht geringer geworden. Wir nähern uns langsam aber sicher der Grenze, an der unter dem Strich zu wenig Geld für Investition zur Verfügung steht. Dies ist der Fall, obwohl in meinem Betrieb überbetriebliche Zusammenarbeit groß geschrieben wird. Außer den Ackerschleppern werden alle notwendigen Maschinen und Geräte in Gemeinschaft mit zwei Nachbarn angeschafft und auch benützt, und dies bereits seit zwei Jahrzehnten.

- 2 -

Trotz dieser wenig rosigen Zukunftsaussichten waren wir als Familie bisher bereit, 4.500 Arbeitsstunden im Jahr für den Betrieb zu leisten. Falls jedoch die Gewinne noch weiter zurückgehen, daß u.U. sogar die Substanz des seit 1746 von der Familie geführten Betriebes angegriffen werden muß, sind wir nicht länger bereit, den Betrieb unter diesen Bedingungen fortzuführen. Ich persönlich hätte die Möglichkeit, was viele leider nicht haben, alternativ eine Tätigkeit als Waldarbeiter auszuführen.

Daß wir mit dem Betrieb verwachsen sind und ihn, wenn irgend möglich weiterführen möchten, können Sie sicherlich verstehen. Ein Zeichen dafür ist, daß mein zweiter Sohn aus eigenem Entschluß heraus im Herbst eine landwirtschaftliche Lehre beginnen wird.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche meines Betriebes liegt mit der ganzen Gemarkung Ittlingen im Wasserschutzgebiet (Zonen II/III). Dies bedeutet erhebliche Einschränkungen in der Bewirtschaftung, hauptsächlich was die Düngermengen und die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln angeht. Bei Mais z.B. belaufen sich die Kosten für Herbizide auf das viereinhalbfache im Vergleich noch zum Vorjahr. Aus der Überlegung heraus vor diesem Hintergrund Kosten zu sparen und möglichst wenig Pestizide auszubringen, hat sich im letzten Jahr eine Maschinengemeinschaft bei uns in Ittlingen gebildet. In Zusammenarbeit mit einer Firma wurde ein Spritzgerät konstruiert, das computergesteuert bis zu 40% der üblicherweise aufgewendeten Spritzmittel einspart. Wir versuchen also ganz konkret ökologische und ökonomische Gegebenheiten miteinander ins Gleichgewicht zu bringen. Dies bringt u.a. Veränderungen in der Bodenbearbeitung mit sich, insofern als weitgehend auf wendende Bearbeitung des Bodens verzichtet wird und dafür die Fläche ganzjährig begrünt bleibt. Dies ist ein wichtiger Beitrag zum Erosionsschutz.

Lassen Sie mich noch einige Sätze sagen, was mein Verhältnis zur Kirche anbetrifft.

Ich verstehe mich sehr bewußt als Glied meiner Kirchengemeinde und arbeite in ihr aktiv mit. Dennoch scheint mir, daß die Ortsgemeinde als Ganze die Probleme, mit denen sich die Landwirtschaft zur Zeit auseinanderzusetzen hat noch nicht ausreichend wahrnimmt.

In dem Arbeitskreis des KDL, zu dessen Mitbegründern ich gehöre, leistet die Kirche – so meine ich – einen wichtigen Beitrag zur Hilfe für die bäuerlichen Familien auf dem Lande. Auch die Arbeit der Bauernschule wirkt sich hier segensreich aus.

7a

Speziell für Ittlingen läßt sich sagen, die Grundstückspolitik der Pflege Schönaich war zufriedenstellend, was die Verteilung und Pachtpreise anbelangt. Ich sage dies, obwohl ich selber kein Grundstück der Pflege bewirtschafte.

Aus dem Wenigen, was ich Ihnen vorstellen konnte, haben Sie sicher herausgespürt:

Bauer sein ist mehr als arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Der ganze Mensch hängt an dieser Lebensform, die Familie von ihrem jüngsten bis zum ältesten Mitglied denkt und arbeitet mit. Daß diese Form der bäuerlichen Landwirtschaft auch in Zukunft eine Chance hat, stellt eine Herausforderung für uns alle dar, auch für ein kirchenleitendes Gremium wie diese hohe Synode. Ich bitte Sie, mit Ihren Möglichkeiten das Überleben dieser ganzheitlichen Lebens- und Arbeitsform zu unterstützen.

Ich bin gerne bereit in der Diskussion und im persönlichen Gespräch auf konkrete Nachfragen näher einzugehen, sowohl was ökonomische als auch ökologisch-landbautechnische Einzelheiten betrifft.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

gez. Wolfgang Huber

" Kirche für das Dorf"

Schwerpunkttagung der Evang. Landessynode in Baden im Herbst 1988

Kurzreferat zum Thema: "Probleme der Landwirtschaft"

von Martin Kirschenlohr, Sennfeld.

Vortrag vor der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden
in Pforzheim-Hohenwart am 16.09.1988

Was hat mich auf unserem Betrieb gehalten bzw. was hat mich bewogen, diesen Beruf zu erlernen? Soweit ich zurückdenken kann, spielten Tiere - besonders deren Junge - eine große Rolle in meinem Leben. Bevor wir zur Schule gingen, wurden die Kaninchen versorgt. Das Blühen der Obstbäume, das Ansetzen der Früchte sowie deren Abreife wurde interessiert verfolgt.

Durch die Tatsache, daß die Eltern den schweren und damals richtigen Schritt der Aussiedlung gewagt hatten - das war 1962 - war es für mich relativ leicht, ein Angebot in der damals noch selbstständigen Gemeindeverwaltung als "Schreiberling" abzulehnen. Damals konnte ich mir überhaupt nicht vorstellen, beim schönsten Wetter hinter dem Schreibtisch zu sitzen. Zum andern wollte ich lieber einige Stunden mehr arbeiten - und das als freier Mann - ohne einen grimmigen Chef im Nacken.

In diese Zeit hinein setzte die faszinierende technische Entwicklung ein: Mähdrescher und Ladewagen, um nur zwei zu nennen. Vor 15 Jahren, als ich meine Ausbildung begann, bewirtschafteten wir 19 ha. Im Stall standen 10 Kühe mit Nachzucht, sowie 12 Zuchtsauen. Heute werden 43 ha bearbeitet, 40 Zuchtsauen gehalten und auf 150 Mastplätzen laufen die "Glücklichen" auf Stroh, während in einem 10 km entfernten zugepachteten Teilspaltenbodenstall 200 Tiere ohne Einstreu gehalten werden. Bei meiner Meisterausbildung lautete die Themenstellung: "Erarbeiten sie ein Konzept, das genügend Produktionskapazitäten schafft und ein ausreichendes Einkommen bei arbeitswirtschaftlicher Tragbarkeit sichert". Ein Berater empfahl mir damals: "Wenn du mit Gummistiefel arbeiten willst, dann streue ein, andernfalls genügen Halbschuhe und ein gutes Management".

Ich bin heute der Meinung, daß die Stroheinstreu die bessere Haltungsform ist, aber wer soll das alles schaffen. Stellen Sie sich vor, bei 30 und mehr Grad Hitze müssen 2000 Hochdruckballen mit der Gabel gestapelt werden. Natürlich kann ein Teil der großen Strohmenen auch über Rundballen geborgen werden, aber auch das ist wesentlich mehr Arbeit als im strohlosen Stall. Drei Stunden gegenüber einer Stunde pro Mastschwein, ich wollte es nicht glauben. Aber der strohlose Stall ist wirklich eine Spielerei - was körperliche Arbeit anbelangt.

Was zählt eigentlich noch? So frage ich mich, so fragt meine Frau. Durch diese Arbeit mußte ich mich kritisch fragen und ich fragte auch meine Frau. Schockiert mußte ich hören: "Manchmal denke ich, du bist nicht mehr der Mann, den ich einst kennenlernte und heiratete! Tatsächlich, bei näherer Betrachtung mußte ich dies eingestehen. Früher wollte ich als Christ ein liebender Ehemann, ein weitherziger Vater und ein verantwortlicher Verwalter sein. Ein Christ, der die von Gott anvertrauten Tiere entsprechend hält und mit ihnen umgeht, der den Boden bebaut und bewahrt - vor allem aber wollte ich eins: Die Botschaft weitersagen, daß Jesus mein Leben verändert hat, ja, daß er der einzige ist, der - im Westernchargon gesprochen - "das Lösegeld, die Kaution" bezahlt hat. Ich glaube, daß Jesus mich ins "Buch des Lebens" eingetragen hat und er mir "die Wohnung bereiten" wird. Mir war klar, daß ich das weitersagen sollte und wollte und es erböten sich vielfältige Möglichkeiten - so in der Jugendarbeit.

Und heute, es ist fast nicht mehr möglich die nötige Zeit zur Bibellese zu finden oder gar etwas auszuarbeiten oder vorzubereiten für unseren Hauskreis!

Einst lernte ich: Man muß Prioritäten setzen! Ja natürlich! Aber meine Frau und Kinder würden sonntags gerne etwas unternehmen, aber ich bin so kaputt. Können sie sich vorstellen, wie mir die Füße weh tun, wenn ich morgens um 4.30 Uhr antrete, um bei meinem Zuverdienst als Klassifizierer bis ca. 15.00 Uhr meiner neutralen Aufgabe gerecht zu werden? Nachmittags, dann wenn andere Feierabend haben, heißt es dann noch einmal richtig rangehen - abends habe ich ein Gefühl in den Beinen, als ob sie abbrechen wollten. Zum Glück ist das nur an einem Tag in der Woche! Oder wäre es vielleicht besser, einen full-time-job auszuüben und danach nichts mehr?

Samstags wäre das Verladen und Transportieren der Mastschweine nach Mannheim eine schöne Sache - wenn man ausgeruht ist. Aber es wird zur Strapaze, wenn man die Augen fast nicht mehr offen halten kann. Am schlimmsten ist es auf dem Heimweg, da muß ich öfters anhalten und einige Runden ums Auto rennen, dann geht's wieder einige Zeit. Zu Hause warten meine Frau und drei Kinder, daß ich wieder gesund heimkomme!

Heute muß ich mich fragen: "Wie soll das nur weitergehen"? Bis vor kurzem glaubte ich, daß unsere Landwirtschaft genügend Gewinn erbringt, daß zwei Familien leben können. Gut, es war kein Urlaub auf Mallorca drin, aber es geht auch ohne! Aber jetzt, wo ich immer mehr Zeit zur Organisation verwenden muß, dabei aber auch das Minus für die Familie, besonders bei den Kindern spüre (etwa: zu wenig Geduld, wenn ich übermüdet bin, fehlende kleine Liebenswürdigkeiten wie Tischabräumen und viele anderen kleine Dinge des Alltags), dann muß wieder neu nach den jetzigen Prioritäten gefragt werden.

Mir tat es gut, von Pfr. Wernz einmal zu hören, wie Christen (besonders Bauern) früher durch schwere und schwerste Zeiten gingen und darüber näher zu Gott kamen, sich erst recht an Gott und seine Zusagen klammerten. Für meinen Fall möchte ich daraus lernen, wegzusehen vom kritischen Kontostand, vom ängstlichen Bangen um das rechte Wetter, von den pessimistischen Prognosen. Vielmehr hinzusehen zu dem, der uns unser Leben geschenkt hat und der uns volle Genüge schenken will. Die Bibel fordert mich, ja uns alle auf, Schätze zu sammeln, die nicht vom Rost und den Motten gefressen werden können, die auch kein Dieb stehlen kann. Voraussetzung ist dafür wohl das Bibellesen. Sagt doch der erste Psalm: "Daß ich dann ein Baum sein kann, der an den Wasserbächen gepflanzt ist, der seine Frucht bringt zu seiner Zeit."

Vor kurzem wurde mir durch meine Frau deutlich, daß wir mit wenig Geld, aber mit unserer Kraft und Kenntnis viel helfen könnten. Sie wollte bei einem Kurskollegen nach der Erntesaison Erdbeeren pflücken und daraus Marmelade kochen. In Wuppertal kann diese dann von der dortigen Jugendgruppe und ihrem Pfarrer verkauft werden. Der Erlös kommt voll der Selbsthilfeorganisation CARDS in Indien zugute. Vor Jahren lernten wir den Leiter, Prof. Babu, kennen. Wir halten diese Arbeit für dringend notwendig, auch "Brot für die Welt" unterstützt diese Arbeit.

76

Mir paßte das Erdbeerpflücken und die daraus erwachsenden Strapazen mit den Kindern gar nicht und recht barsch lehnte ich ab. Zu guter Letzt kam ich dann doch noch zur Einsicht und wir machten einen Ausflug zum Erdbeerpflücken.

Ich sehe vielfältige Aufgaben für mich als Christen. Da sind wir gefordert, Trauernde zu begleiten. Wenn nicht Christen, wer sonst kann einer Mutter etwas sagen, deren zweijähriger Sohn an Gehirnhautentzündung gestorben ist. Ebenso liegen mir die drei Kinder am Herzen, die in sehr problematischen Verhältnissen aufwachsen. Sie kommen gern in unsere Familie, aber ... eine ganze Menge Ausreden habe ich bereit. Da gibt es Menschen ohne Arbeit. Da sagt mir ein Mann: "Wenn man keine Arbeit hat, gehört man weg von der Welt"! Es ist mit meiner Aufgabe, diesem Mann aufzuzeigen, daß sein Leben nicht sinnlos ist. Da gibt es Bekannte, die nervlich am Ende sind. Ein Besuch, ein Telefonanruf wirkt augenscheinlich. Da ist die alte Tante, die sich riesig freut, wenn die Lausbuben zu Besuch kommen.

In dieses Spannungsfeld "bete und arbeite" sind wir als Christen gestellt. Ich bin dankbar, daß sich unsere Kirchenleitung die Zeit nimmt, sich zu informieren und mit den Arbeitenden auch betet. Manch sonntäglicher Gottesdienst war eine Hilfestellung für mich, besonders aber auch die Arbeit des Kirchlichen Dienstes auf dem Land von Herrn Foos und Herrn Adelman und anderen.

Mein Wunsch an die Kirche wäre: Das weiterzusagen, was die ureigenste Sache der Kirche war und ist:

- 1.) Daß nur Jesus der einzige Weg zum Vater ist und kein anderer Weg zum Vaterhaus führt.
- 2.) Daß zu allen Zeiten die Hilfe Gottes erfahrbar war und auch heute ist - aber, sie will erbeten sein.
- 3.) Daß sie für die Schwachen und an den Rand Gedrängten eintritt und ihnen mit Rat und Tat helfend zur Seite steht.

Die Kirche also, Sie, die Leitung und auch ich, sind beauftragt, die rettende Botschaft weiterzutragen. Wer das unterläßt, macht sich schuldig.

Ich möchte mit einem Ausschnitt eines Lieds von Manfred Siebold schließen:

Wer das Wasser in der Wüste kennt und es verschweigt,
der ist schuld daran, wenn and're es nicht sehen.
Wer den festen Weg im Moor verschweigt,
der ist schuld daran, wenn andere untergehen.

Sennfeld, 12. Juli 1988

gez. Martin Kirschenlohr

„Kirche für das Dorf“

Vortrag vor der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden
in Pforzheim-Hohenwart am 16.09.1988

von Frau Gerdi Staiblin, Nebenerwerbsbäuerin, Endingen 3

Wir bewirtschaften – wie die Mehrzahl der Betriebe in Baden-Württemberg – einen Nebenerwerbsbetrieb mit Weinbau, Obst und Gemüse. Die Hauptlast der landwirtschaftlichen Betriebsführung wird dabei von der Bäuerin getragen, wobei jedoch alle Familienmitglieder – Ehegatte wie Kinder – notwendigerweise ihren Beitrag dazu leisten müssen.

Durch den vor einer Generation noch unvorstellbaren Einsatz von Technik in Betrieb und Haushalt wurde das Arbeiten zwar erleichtert, eine wirkliche Entlastung ging damit aber nicht einher. Geringere Erzeugerpreise führten zwangsläufig zu einer Ausweitung der Betriebe oder – wie in unserem Fall – in die Nebenerwerbslandwirtschaft; zudem änderte sich auch das Anspruchsverhalten der bäuerlichen Bevölkerung, ich meine: zurecht. Die Bäuerin trägt heute andere Lasten als Generationen vor ihr, jedoch keine geringeren. Und trotzdem ist gerade ihre soziale Absicherung lückenhaft und völlig ungenügend. Eine bessere soziale Sicherung – wie sie die Landfrauenverbände derzeit eindringlich fordern – wäre ein Schritt hin zu größerer Gerechtigkeit in materieller wie immaterieller Hinsicht; denn die Arbeit der Bäuerin wird in der Öffentlichkeit immer noch nicht als offizielle Beschäftigung anerkannt. Wie häufig schwingt im Begriff „Bäuerin“ (ähnlich dem der „Hausfrau“) etwas Abwertendes mit, steckt darin Geringschätzung verborgen.

Auch im weiten Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie steht der Bauer und die Bäuerin sehr leicht auf der Verliererseite – im Bewußtsein der Öffentlichkeit, oft aber auch tatsächlich. Ich selbst bin mir der Problematik bewußt, ich bejahe zutiefst einen schonenden Umgang mit der Natur – und dies nicht erst seit es so „modern“ geworden ist; von jeher arbeite ich in und mit der Natur, fühle mich ihr verbunden. Im betrieblichen Konkurrenz- und Existenzkampf jedoch muß dieses Verhalten leider manchmal zurückstehen.

Sehr oft werde ich gefragt, warum ich mir und meiner Familie eine derartige Mehrfachbelastung zumute – mir als Mutter, Hausfrau und

- 2 -

Bäuerin, meinem Mann mit einer Vollbeschäftigung außerhalb der Landwirtschaft und im landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb, unseren Kindern als Schülerinnen und als mithelfende Familienangehörige. Die Antwort auf diese Fragestellung kann nur ebenso mehrfach gegeben werden: Mir blieb zunächst einmal keine andere Möglichkeit, der Betrieb meiner Eltern war vorhanden und mußte weitergeführt werden. Die Existenz dieser von meinem Vater und meiner Mutter in langen und mühevollen Jahren aufgebauten Landwirtschaft in Frage zu stellen, wäre für meine Eltern unzumutbar und unvorstellbar gewesen. Zudem stellt das landwirtschaftliche Einkommen einen Teil unseres Familieneinkommens dar; ich glaube, daß dies für nahezu alle NEL-Betriebe gelten kann. Den elterlichen Betrieb in Frage zu stellen, wäre aber auch für mich selbst unzumutbar gewesen; denn seit frühester Kindheit fühle ich mich ihm verbunden, weiß mich dort verwurzelt – so schwer und belastend die Arbeit auch sein mag. Es ist unser Eigentum, das wir bewirtschaften, unser Arbeitsplatz, der nicht mit anderen außerhalb zu vergleichen ist. Diesen Platz einfach aufzugeben und damit auch das Eingebundensein in mein Heimatdorf ist für mich nicht vorstellbar. Leben und arbeiten auf eigenem Grund und Boden bilden eine Einheit, die ich nicht aufgeben könnte und wollte.

Zu dieser Einheit gehört auf dem Dorf auch heute noch – und gerade – die Kirche. Dies ist nicht nur eine Glaubensfrage, sondern auch eine Frage des Selbstverständnisses dieser Gemeinschaft. Sollte sich die Kirche in immer stärkerem Maß aus unseren Dörfern zurückziehen (müssen), bedeutet dies mehr als nur ein Rückgang an religiösem Leben; damit einher ginge ein weiterer Identitätsverlust der Dörfer.

Blicke ich jedoch in die Zukunft, sehe ich für unseren Betrieb wenig Chancen. Unsere Arbeit und die von uns getätigten Investitionen dienen dem augenblicklichen Erhalt, sie geschehen nicht unter einer Zukunftsperspektive – auch wenn dieses Zugeständnis schwerfällt. Unsere Kinder bereiten sich auf Berufe außerhalb der Landwirtschaft, auch außerhalb des Dorfes und des Heimatraums vor. Mit dem Weg in die NEL wurden die Konsequenzen gezogen, die Weichen gestellt.

(Sollte es der Agrarpolitik in absehbarer Zeit nicht gelingen, die Landwirtschaft und im gleichen Maß die NEL so zu fördern, daß dadurch ein angemessenes Einkommen erzielt werden kann, daß diese Art des Arbeitens auch wieder Freude und Selbstbestätigung bringen kann, dürfte für viele Betriebe derselbe Weg hin zur Aufgabe vorgezeichnet sein.)

7c

Von besonderer Bedeutung für die Familien auf dem Land ist die Dorfhelferin. Sie ist nicht nur Hauswirtschafterin, sondern hat durch ihre Ausbildung auch gelernt, mit Kindern umzugehen, sie zu beschäftigen, zu betreuen, den Haushalt und den Garten zu versorgen, im Betrieb mitzuarbeiten, wenn es erforderlich ist, auch alte und kranke Familienangehörige zu umsorgen, eine Gesprächspartnerin zu sein. Sie vertritt die Mutter und Hausfrau, wenn diese

- * eine Entlastung braucht und arbeitsunfähig zu Hause ist
- * im Krankenhaus liegt
- * zur Erholung oder Heilkur ist
- * einen Unfall hatte
- * an einer Fort- oder Weiterbildung teilnimmt.
- * Auch im Falle des Todes der Mutter kann die Dorfhelferin für einige Zeit in der Familie sein.

Wir Landfrauen und Bäuerinnen lernten in den vergangenen Jahrzehnten den Wert einer Dorfhelferin schätzen.

Wir sind dankbar für die vielfältige und schnelle Hilfe, die den Familien auf dem Land – im Dorf – in meist schwierigen Situationen geleistet wurde und wird. Dorfhelferinnenarbeit ist immer auch Einsatz für den ländlichen Raum – ein Einsatz, den wir nicht hoch genug bewerten können.

gez. Gerdi Staiblin

Die Probleme der Landwirtschaft

Prof. Karl Egloff, Landesanstalt für Entwicklung der
Landwirtschaft und der ländlichen Räume, Ostfildern-Kemnat

Vortrag vor der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in
Baden in Pforzheim-Hohenwart am 16.9.1988

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Einleitung

Im Frühjahr d.J. hat mich Herr Pfarrer Adelmann angerufen und gefragt, ob ich bereit sei, anlässlich Ihrer Synode einen Vortrag über die Entwicklung der Landwirtschaft in Baden-Württemberg sowie daraus resultierende Tendenzen und Folgerungen zu halten. Ich habe Herrn Pfarrer Adelmann zugesagt mit dem Bemerkten, hierbei aus betriebswirtschaftlicher Sicht zu sprechen. Anmerken möchte ich noch, daß ich meine persönliche Meinung vortrage.

Allgemein verbreitet ist heute die Einsicht, daß wir nicht auf Dauer ungestraft gegen ökologische Gesetze verstoßen können. Und dies gilt auch für den Landwirt, für den es zum einen darum geht, seine wichtigsten Produktionsmittel, den Boden und die Tiere auf Dauer gesund und leistungsfähig zu erhalten, und der zum anderen den Anforderungen einer umweltgerechten Produktion gerecht werden muß.

Weniger verbreitet ist dagegen das Wissen um die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und die Tatsache, daß man gegen sie auf Dauer auch nicht ungestraft verstoßen kann. Wer als selbständiger Unternehmer - und der Landwirt ist selbständiger Unternehmer - die Regeln der Betriebswirtschaft nicht beherrscht oder nicht beachtet, wird sich nicht auf Dauer halten können. Dies gilt für den Landwirt genauso wie für den gewerblichen und industriellen Unternehmer.

- 2 -

Diese Ansicht über die Bedeutung betriebswirtschaftlichen Denkens und Handelns für den Landwirt stößt gerade bei Außenstehenden häufig auf eine mehr oder wenig emotional bedingte Ablehnung, denn sie neigen nicht selten dazu, in der Landbewirtschaftung mehr eine naturverbundene Lebensweise denn eine ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterliegende Tätigkeit zu sehen. Der Landwirt muß aber, um dies zu wiederholen, die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten in sein ganzes Handeln einbeziehen, denn davon wird die Höhe des Einkommens bestimmt, von dem er und seine Familie zu leben haben.

2. Entwicklungen und Ursachen der derzeitigen Situation

2.1 Marktsituation

Ich kann hier keinen umfangreichen historischen Abriss der bisherigen Entwicklung als Hintergrund der heutigen Situation geben. Gestatten Sie mir dennoch einige wenige Zahlen. Um 1815 lebten auf dem Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg etwa 2,5 Mio Einwohner. Damit war die Zahl der Menschen, die unter den damaligen wirtschaftlichen Voraussetzungen, d.h. unter weitgehend naturgegebenen Bedingungen auf diesem Gebiet leben konnten, bereits überschritten. Die Folge war ein massiver Auswanderungsdruck nach Amerika und Südrussland. Erst durch die später beginnende Industrialisierung konnte dieser Bevölkerungsdruck aufgefangen werden. 1939 waren es dann 5,7 Mio Einwohner, heute leben in Baden-Württemberg 9,2 Mio Menschen. Existenzgrundlage dieser großen Bevölkerungszahl ist eine florierende Wirtschaft mit einem hohen Exportanteil. Die Landwirtschaft, das muß hier ausdrücklich gesagt werden, profitiert hiervon, denn nur eine große Zahl kaufkräftiger Kunden bietet ihr einen Markt für ihre Produkte.

8

Die letzten 30 Jahre sind gekennzeichnet durch die Entwicklung zum gemeinsamen europäischen Markt. Der EWG-Vertrag von 1957 hat in Art. 39 folgende Ziele für die gemeinsame Agrarpolitik gesetzt:

- Förderung der Produktivität in der Landwirtschaft
- angemessene Lebenshaltung für die in der Landwirtschaft tätigen Personen
- Stabilisierung der Märkte
- Sicherstellung der Versorgung
- Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen.

Auch hier kann ich nicht auf Einzelheiten eingehen. Realisiert wurde der gemeinsame Markt für den Agrarbereich im Jahre 1967. Innerhalb der EG wurden Marktordnungen für die wichtigsten Agrarprodukte geschaffen, so vor allem für Getreide, Zuckerrüben, Raps, Milch und Rindfleisch. Kern der Marktordnung ist ein für die einzelnen Produkte garantierter Mindestpreis, der sog. Interventionspreis, der in den berühmten-berühmten Agrarministerkonferenzen jeweils jährlich auszuhandeln war und ist. Soweit der EG-Marktordnung unterliegende Produkte in die EG eingeführt werden, muß der Importeur die Differenz zwischen niedererem Einfuhrpreis und EG-Interventionspreis an die EG-Kasse abführen. Umgekehrt bekommt der Exporteur solcher Produkte die Preisdifferenz zwischen EG-Markt und einem niedereren Außenmarkt erstattet. Mit diesem System sollte der Landwirtschaft ein angemessenes Einkommen gesichert werden.

Insgesamt hat das System der EG-Agrarmarktordnungen so lange gut funktioniert, als die EG Zuschußland an Agrarprodukten war. Nun hat aber die Landwirtschaft in den vergangenen 40 Jahren unter Ausnutzung des biologischen, mechanischen und organisatorischen Fortschrittes ihre Leistung in einem zuvor

unvorstellbaren Maße erhöht. In Baden-Württemberg wurden beispielsweise 1950 21 dt/ha Getreide geerntet, 1987 waren es 47 dt/ha. Der Arbeitsaufwand hierfür hat 1950 70 bis 100 AKh/ha betragen, heute sind es 10 bis 15 AKh/ha. Bei anderen Produkten und auch in der Tierhaltung ging die Entwicklung ähnlich. Insgesamt war und ist der Produktionszuwachs höher als der Verbrauchszuwachs. Im Durchschnitt steigt die Erzeugung je Jahr um 1 bis 1,5 % stärker an als der Konsum. Dies hat zu der bekannten Problematik der Überproduktion mit Getreide-, Butter- und anderen Bergen geführt, wobei festzuhalten ist, daß auch die Bundesrepublik und selbst Baden-Württemberg an dieser Überproduktion beteiligt sind. In der Zwischenzeit kostet die Aufnahme und Lagerung dieser Überproduktion EG-weit über 50 Milliarden DM. Zur Begrenzung wurden die Milchkontingentierung eingeführt und die Getreidepreise gesenkt. Diese Maßnahmen waren unvermeidlich, sie machen der Landwirtschaft aber erheblich zu schaffen. Insgesamt ist in dieser zunehmenden Überproduktion und den Maßnahmen zu ihrer Regulierung eine wesentliche Ursache dafür zu sehen, daß die Gewinne der landwirtschaftlichen Unternehmen seit 10 Jahren mehr oder weniger stagnieren. Mit einer Besserung kann in einem absehbaren Zeitraum auch nicht gerechnet werden. Anlässlich einer Tagung des Ausschusses für Betriebswirtschaft und Beratung beim Verband der Landwirtschaftskammern hat Ministerialdirektor Dr. Scholz vom BML am 18.2.1988 ausgeführt, "die Beschlüsse des europäischen Rates vom 12.2.1988 werden wahrscheinlich die zukünftige Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion beeinflussen und sich über Preissenkungen auf das Einkommen des Sektors Landwirtschaft auswirken".

Faßt man zusammen, so muß man feststellen, daß am Markt für Agrarprodukte heute ein harter Kampf um Marktanteile im Gange ist, denn letztlich bestimmen die Marktanteile darüber, wer wieviel verkaufen kann, und davon hängen dann wieder die Einkommen ab. Dieser Kampf um Marktanteile findet innerhalb der Bundesrepublik statt, also etwa zwischen Nord- und Süddeutschland, aber auch zwischen Bundesrepublik und benachbarten EG-Ländern. Solche Auseinandersetzungen um Marktanteile sind solange legitim, wie sie nicht durch nationale Maßnahmen einseitig beeinflußt werden. Letztlich stehen in allen Ländern im Hintergrund bäuerliche Betriebe, die um ihren Absatz bangen.

2.2 Agrarstrukturelles Defizit

Eine weitere Ursache der unbefriedigenden Einkommenssituation der einheimischen Landwirtschaft ist in der ungünstigen Agrarstruktur unseres Landes zu sehen. Es hat zwar seit 1949 ein erheblicher Strukturwandel stattgefunden. Dabei ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe über 1 ha von 324.000 bis 1986 auf 121.000 zurückgegangen. Nicht ganz so dramatisch sieht es aus, wenn man die Entwicklung im Bereich der Betriebe über 5 ha betrachtet. Hier waren es 1949 120.000 Betriebe und 1986 72.700 Betriebe, der Rückgang betrug also 40%, die jährliche Abnahmerate 1,35 %. Sehr viel stärker ging die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Erwerbstätigen zurück und zwar vor allem in den Jahren 1960 bis 1975 von 619.000 um 54 % auf 284.000. Danach hat sich der Rückgang abgeflacht, im Jahr 1985 wurden noch 218.000 Erwerbstätige in Land- und Forstwirtschaft gezählt (einschließlich mithelfenden Familienangehörigen und Abhängigen). In diesem Prozeß wurde in zunehmendem Maße der Produktionsfaktor Arbeit durch den Produktionsfaktor Kapital ersetzt und so die Produktivität der in der Landwirtschaft Beschäftigten in einem zuvor ungeahnten Ausmaße erhöht. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Landwirtschaft unseres Landes strukturell weiterhin gegenüber den nördlichen Bundesländern und wichtigen EG-Konkurrenzländern benachteiligt ist. Einige Daten mögen dies verdeutlichen,

Durchschnittliche Betriebsgröße (Betriebe > 1 ha)

BRD	17,36 ha
Schleswig-Holstein	36,51 ha
Niedersachsen	25,50 ha
Nordrhein-Westfalen	18,18 ha
Baden-Württemberg	12,73 ha

Im Vergleich hierzu

England	65,1 ha
Niederlande	14,9 ha
Frankreich	27 ha
EG	13,9 ha

Die durchschnittlichen Bestandsgrößen bei Milchkühen sehen wie folgt aus:

BRD	15
Schleswig-Holstein	34,7
Niedersachsen	21,4
Nordrhein-Westfalen	17,6
Baden-Württemberg	11,3

Im Vergleich

England	58
Niederlande	41
Frankreich	19
EG	18

Bei den Schweinebeständen betragen die Durchschnittsgrößen

BRD	58
Schleswig-Holstein	112
Niedersachsen	71
Nordrhein-Westfalen	76
Baden-Württemberg	16

England	336
Niederlande	343
Frankreich	45
EG	62

Diese Unterschiede in der Struktur, die weitgehend historisch bedingt sind, wirken sich direkt auf die Einkommen der Landwirte aus. Es gehen nämlich mit zunehmendem Umfang der wichtigsten Betriebszweige eines Betriebes die festen Kosten je produzierter Einheit zurück. Dies hat zur Folge, daß unter sonst gleichen Bedingungen der Landwirt im größeren Betrieb bzw. Tierbestand kostengünstiger produziert, was ein höheres Einkommen zur Folge hat. Noch mehr schlagen allerdings die arbeitszeiteinsparenden Effekte größerer Betriebe bzw. Bestände zu Buch, wobei zwei Effekte zusammenkommen:

1. Der größere Bestand läßt eine weitergehende Mechanisierung zu, beispielsweise den Übergang vom Anbindestall zum arbeitsgünstigeren Boxenlaufstall und dann noch einer elektronisch gesteuerten Fütterungsanlage.
2. Der Degressionseffekt hinsichtlich des erforderlichen Arbeitszeitbedarfes je Tier.

So benötigt beispielsweise ein Landwirt mit 30 Kühen im Anbindestall etwa 60 AKh/Kuh/Jahr. Werden 60 Kühe in einem Boxenlaufstall mit Fischgrätenmelkstand und Abschaltautomatik gehalten, so beträgt der Arbeitszeitbedarf je Kuh und Jahr etwa 40 AKh. D.h., daß der doppelt so große Bestand nur ein Drittel mehr Arbeitszeit benötigt als der kleinere Bestand. Unter sonst gleichen Bedingungen ist das Einkommen je Stunde um die Hälfte höher.

Hinzu kommen die Preisvorteile, die der größere Betrieb beim Zukauf von Betriebsmitteln und Verkauf seiner Produkte dank größerer Mengen erzielen kann.

So nimmt es nicht wunder, daß entsprechend der unterschiedlichen Agrarstruktur sowohl innerhalb der EG, als auch in der Bundesrepublik ein deutliches Einkommensgefälle zu Ungunsten der Landwirtschaft in Baden-Württemberg besteht. In direkter Folge erzielt beispielsweise ein Landwirt in den Niederlanden

im Durchschnitt ein mehr als doppelt so hohes Einkommen als im Durchschnitt der Bundesrepublik. Innerhalb der Bundesrepublik gibt es ein deutliches Nord-Süd-Gefälle, ein Landwirt in Schleswig-Holstein erzielte 1986/87 einen durchschnittlichen Gewinn pro FAK in Höhe von 38.750, in Baden-Württemberg waren es lediglich 25.252. Es besteht also kein Zweifel daran, daß die ungünstigen agrarstrukturellen Voraussetzungen in unserem Lande eine wesentliche Ursache für die im Durchschnitt ungünstige Einkommenslage der einheimischen Landwirtschaft sind.

2.3 Öffentlich Hilfen

Bei allen Problemen sollte nicht vergessen werden, daß EG, Bund und Land in erheblichem Maße die Landwirtschaft direkt und indirekt fördern und unterstützen, so z.B. durch Ausgleichszahlungen in von Natur benachteiligten Agrarzonen, durch die Gasölverbilligung, das Existenzstützungsprogramm u.a.. Ohne diese Hilfen wäre die Lage unserer Betriebe noch sehr viel ungünstiger.

3. Einzelbetriebliche Einkommenssituation

In den bisherigen Betrachtungen war stets von der Landwirtschaft im allgemeinen die Rede. Geht man auf die einzelbetriebliche Ebene, so ist festzustellen, daß sich die Situation doch sehr viel differenzierter darstellt, als dies in Globalaussagen zum Ausdruck kommt. So weist der Agrarbericht 1988 für die Vollerwerbsbetriebe in Baden-Württemberg einen durchschnittlichen Gewinn von 38.314 DM aus. Das Viertel der einkommenstärksten Betriebe erzielte allerdings 74.319 DM, das unterste Einkommensviertel nur 8.000 DM Gewinn.

Als mindesterforderlich für einen existenzfähigen Betrieb werden heute 40.000 bis 45.000 DM Gewinn angesehen. Dieser Betrag wird im Durchschnitt nicht erreicht, von einer nicht unerheblichen Anzahl von Betrieben allerdings auch deutlich übertroffen. Zu beachten ist dabei, daß aus dem Gewinn auch Tilgungen und Nettoinvestitionen zu bestreiten sind. Der Gewinn ist also nicht das konsumfähige Einkommen der Unternehmerfamilie.

Die Ursache für diese erheblichen Einkommensunterschiede möchte ich anhand einer Untersuchung von 567 buchführenden Futterbaubetrieben im schwäbischen Oberland aufzeigen. Ich greife diese Betriebe heraus, da es sich hier um eine einheitliche Betriebsform und ein Gebiet mit weitgehend gleichen natürlichen Ertragsbedingungen handelt. Die Einkommensunterschiede sind also in erster Linie im Betrieb und den hier handelnden Personen und nicht in der Betriebsform oder unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten begründet.

Im Durchschnitt dieser Betriebe wird ein Gewinn von 44.279 DM erzielt, das oberste Viertel erzielt 70.555 DM, das unterste Viertel 15.010 DM, die Differenz zwischen unterstem und oberstem Viertel beträgt also 55.545 DM.

Geht man der Frage nach, woraus dieser erhebliche Unterschied resultiert, so ist festzustellen:

- 1.) Die Flächenausstattung ist in den Betrieben weitgehend gleich, sie schwankt im Durchschnitt zwischen 31,4 ha bei der Endgruppe und 33,71 ha bei der Spitzengruppe. Die Betriebsgröße allein spielt also nicht die Rolle, die ihr in der öffentlichen Diskussion oft zugemessen wird.
- 2.) Beachtliche Unterschiede ergeben sich hinsichtlich des Viehbestandes, er beträgt im Durchschnitt in der Endgruppe 26,4 Milchkühe gegenüber 34,9 Milchkühe in der Spitzengruppe. Dieser größere Viehbestand ist zu etwa 42 % für das höhere Einkommen der Spitzenbetriebe verantwortlich. Hier haben wir es mit einem Struktureffekt zu tun.

- 3.) Die Betriebe der Spitzengruppe erzielen als Folge eines besseren produktionstechnischen Könnens deutlich höhere Leistungen je Tier, wobei die Aufwendungen je Tier gegenüber der Endgruppe sogar leicht abfallen. Sie produzieren dadurch mit deutlich niedrigeren Stückkosten. Ich glaube, diese Tatsache bedarf einer besonderen Erwähnung. In der allgemeinen Diskussion wird ja häufig so getan, als ob die erfolgreicher Landwirte ihre höhere Leistung mit mehr oder weniger überhöhten Aufwendungen erzielen würden. Dies ist, wie zahlreiche Untersuchungen zeigen, im Durchschnitt nicht der Fall. Dieses bessere produktionstechnische Können bestimmt den Gewinnabstand der Spitzengruppe gegenüber der Endgruppe zu etwa 58 % in den hier untersuchten Betrieben.

Letztlich ist zu folgern, daß ein Landwirt auf Dauer nicht allein deswegen erfolgreich ist, weil seine Produktionsgrundlagen günstig sind, sondern weil er ein tüchtiger Unternehmer ist und seinen Betrieb entsprechend gestaltet. Zahlreiche Untersuchungen bestätigen diese Aussage.

Ich meine, daß es sich hier um ein Faktum handelt, das in der allgemeinen Diskussion viel zu kurz kommt. Und vor diesem Hintergrund sollte man auch die folgenden Zahlen über die derzeitige Situation der landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg sehen. Nach meiner Einschätzung aufgrund vorliegender Untersuchungen sind derzeit

- etwa 15 % der Vollerwerbsbetriebe als akut gefährdet anzusehen. Es handelt sich hierbei um Betriebe mit einer unzureichenden, häufig negativen Eigenkapitalbildung bei gleichzeitig hoher Fremdmittelbelastung und kurzfristigen Verbindlichkeiten über 20.000 DM. Kurzfristige Verbindlichkeiten in dieser Höhe deuten darauf hin, daß in diesen Betrieben bereits akute Liquiditätsprobleme anstehen

- ca. 45 % der Vollerwerbsbetriebe zwar nicht akut gefährdet, aber als potentiell gefährdet anzusehen sind, da sie eine für einen auf Dauer existenzfähigen Betrieb zu niedere Eigenkapitalbildung aufweisen
- ca. 40 % der Vollerwerbsbetriebe des Landes unter betriebswirtschaftlichen Aspekten weiterhin ohne Einschränkung entwicklungsfähig.

Die Situation ist also doch sehr viel differenzierter, als dies die allgemeine Diskussion erkennen läßt.

4. Folgerungen

Soweit zur derzeitigen Situation. Sie erwarten nun von mir das Aufzeigen von Wegen und Möglichkeiten, die aus dieser Situation herausführen können.

Vorweg einige allgemeine Anmerkungen:

- 1.) Es gibt keine Patentrezepte und ich habe auch keines.
- 2.) Abschiednehmen sollte man von allen Formen eines Wunschdenkens. Hierzu rechne ich auch die Vorstellung, eine in irgendeiner Form renationalisierte Agrarpolitik könne die Probleme lösen. Zum einen ist eine Renationalisierung der Agrarpolitik im Zeichen einer weitergehenden Harmonisierung des EG-Binnenmarktes bis zum Jahre 1992 politisch wohl nicht durchsetzbar. Zum zweiten haben wir auch in der Bundesrepublik Überschüsse und zudem das aufgezeigte Strukturgefälle von Nord nach Süd. Und nicht zuletzt würden die agrarischen Interessen noch stärker als jetzt mit den Interessen der übrigen Wirtschaft kollidieren. Letztlich würde lediglich an die Stelle des Buhmannes "Brüssel" der Buhmann "Bonn" treten.

- 3.) Sollten wir uns hüten, unserer einheimischen Landwirtschaft Sonderopfer gegenüber anderen EG-Landwirten, z.B. in Form von irgendwelchen Auflagen zuzumuten, also etwa zusätzliche Extensivierungsaufgaben. Solche Maßnahmen würden die Wettbewerbsstellung unserer Landwirtschaft gegenüber ihrer Konkurrenz im übrigen Bundesgebiet und den EG-Ländern nur noch mehr schwächen. Entscheidend ist, daß wir unsere Marktanteile halten, denn sie bestimmen letztlich, was verkauft und verdient werden kann.
- 4.) Der biologisch-technische Fortschritt wird weitergehen, d.h. die Leistungen werden weiter steigen. Fortschritt ist nicht zu unterbinden. Sie werden fragen, wie sich das mit der Überschusssituation verträgt. Hierzu ist nur zu sagen, daß der Abbau der Überschüsse Aufgabe der Agrarpolitik ist, z.B. auf dem Wege der Milchkontingentierung oder der Flächenstillegung. Demgegenüber hat der Einzel Landwirt weiterhin danach zu streben, aus seinem Betrieb einen möglichst hohen Gewinn zu erwirtschaften. Wir können doch von ihm nicht Einkommensverzicht fordern und gleichzeitig über sein unzureichendes Einkommen klagen.
- 5.) Als völlig neue Technik kommt die Elektronik auf die Landwirtschaft zu. Mit ihr lassen sich der Bedarf von Dünge- und Pflanzenbehandlungsmitteln sehr viel genauer als bisher bestimmen und diese auch sehr viel gezielter ausbringen, was zu deutlichen ökologisch und ökonomisch erwünschten Einsparungen führt. Herr Huber hat über ein Beispiel berichtet.

Die elektronischen Techniken werden aber auch weitere Rationalisierungen zur Folge haben, so z.B. über die automatisch gesteuerte Futterzuteilung, die im übrigen eine sehr viel tiergerechtere Fütterung zuläßt als dies manuell möglich ist. In Entwicklung ist die vollautomatische, elektronisch gesteuerte Melkmaschine.

All diese Techniken werden vorzugsweise in größeren Betrieben oder Beständen zum Einsatz kommen und deren Wettbewerbskraft weiterhin steigern, die Produktivitätssteigerung wird weitergehen.

- 6.) Wir sollten in unseren Aussagen über die Zukunft ein reales Bild der absehbaren Entwicklung aufzeigen, um so dem Landwirt die richtigen Entscheidungssignale zu geben. Mit Vertröstungen ist den Betroffenen nicht geholfen, sie wecken leicht irreale Hoffnungen, die letztlich nicht in Erfüllung gehen können und dann zu Frustrationen führen. Mit der Wahrheit dienen wir dem Wohl der Betroffenen wohl am meisten, auch wenn diese Wahrheit häufig nicht dem Wunschbild entspricht.

Faßt man meine bisherigen Ausführungen zusammen, so kommt man zu dem eindeutigen Ergebnis, daß an einem weiteren Strukturwandel kein Weg vorbeiführt, wobei Strukturwandel in den meisten Fällen nicht ein sofortiges Aussteigen aus der Landwirtschaft bedeutet. Er wird wie bisher meist im Generationswechsel erfolgen und häufig werden die Betriebe auch in der nächsten Generation als Nebenerwerbsbetriebe, zumindest eine Zeitlang, weitergeführt. Für den Einzellandwirt ergibt sich die Notwendigkeit, sehr genau die Situation seines Betriebes zu analysieren und so weit wie möglich ohne Emotionen über die weitere Zukunft zu entscheiden.

Relativ einfach ist die Entscheidung aus wirtschaftlicher Sicht in der Gruppe der Betriebe, die auch derzeit ein noch ausreichendes Einkommen erzielen. Es sind wie dargestellt etwa 40% unserer Vollerwerbsbetriebe. Allerdings muß auch für diese Betriebe und Landwirte klar sein, daß ein Beharren auf dem jetzigen Stand in den meisten Fällen für den Betrieb tödlich wäre. Die Entwicklung geht weiter und wer konkurrenz-

fähig bleiben möchte, muß mithalten. M.E. ist diese Notwendigkeit eines weiteren Wachstums gerade dieser Betriebsgruppe zumindest in der öffentlichen Diskussion in der jüngeren Vergangenheit etwas übersehen worden. Vor allem diese Betriebe werden aber in Zukunft das Gerüst unserer hauptberuflichen Landwirtschaft darstellen. Wir sollten alles tun, was möglich ist, um sie in ihrer Entwicklung zu fördern.

In den akut gefährdeten Betrieben muß versucht werden, über Flächenveräußerungen und Umfinanzierung, häufig auch über eine kurz- oder mittelfristige Aufgabe der hauptberuflichen Landbewirtschaftung, die Finanzsituation in den Griff zu bekommen. So einfach dies sich anhört, so schwer sind solche Entscheidungen verständlicherweise von den Betroffenen zu treffen und zu verwirklichen. Meist geht es dabei nicht ohne erhebliche persönliche Probleme ab, die die ganze Familie betreffen.

Ein wichtiges Ziel sollte dabei sein, der Familie einen möglichst großen Teil ihres Vermögens zu erhalten. Es darf ja nie vergessen werden, daß die Familien in ihrem Betrieb ein beachtliches Vermögen besitzen. Im Übrigen ist hier die Berufswahl der Kinder rechtzeitig in andere Bahnen zu lenken.

Am schwierigsten dürfte die Entscheidungssituation in den potentiell gefährdeten Betrieben sein, also in den Betrieben, die zwar nicht besonders hoch verschuldet sind, die aber derzeit ein für eine gesunde Weiterentwicklung unzureichendes Einkommen erzielen. Es sind, ich sagte es, etwa 45 % unserer Vollerwerbsbetriebe. Hier bedarf es einer sehr genauen Prüfung. Prinzipiell lassen sich drei Szenarien unterscheiden.

- Betriebliche und/oder familiäre Situation lassen im Zuge des Generationswechsel ein Auslaufen des Betriebes, zumindest im Haupterwerb, erwarten. In diesen Fällen wird es im wesentlichen darum gehen, möglichst wenig im Betrieb zu investieren. Die Berufswahl des potentiellen Hoferben in einen außerlandwirtschaftlichen Beruf dürfte in diesen Fällen meist im Sinne der Familie liegen.

- Berufliche und familiäre Situation lassen eine Weiterentwicklung zum existenzfähigen Vollerwerbsbetrieb ohne allzu große Investitionen möglich erscheinen. Hier wird eine gezielte betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Beratung der Familie zu einer Weiterentwicklung des Betriebes zum existenzfähigen Vollerwerbsbetrieb verhelfen müssen.
- Die betriebliche Situation ist, vor allem im Hinblick auf eine Weiterentwicklung als existenzfähiger Vollerwerbsbetrieb, problematisch, die Betriebsleiterfamilie will oder muß aber (z.B. bei einer relativ jungen Betriebsleiterfamilie) den Betrieb noch über längere Zeit, evtl. auch in der nächsten Generation, weiterführen. Auch hier kann nur eine sehr sorgfältige Beratung mit Aufzeigen aller Lösungsmöglichkeiten zur vollen Problemeinsicht und einer problemadäquaten Entscheidung der Betroffenen führen.

Herr Kirschenlohr und Herr Huber gehören mit ihren Betrieben, soweit ich ihren Ausführungen entnehmen kann, zur letzten Gruppe. Die Familien sind voll- oder gar überbeschäftigt und das Einkommen reicht nicht aus, vor allem nicht für die zur Weiterentwicklung notwendigen Investitionen. Die Folge ist eine tiefgehende Unzufriedenheit. Herr Kirschenlohr hat einen sog. Veredlungsbetrieb mit Schweinen. Die auf Schweinehaltung ausgerichteten Betriebe sind in den letzten Jahren als Folge eines sehr harten Konkurrenzkampfes unter erheblichen Preisdruck mit entsprechenden Einkommenseinbußen geraten. Herr Kirschenlohr hat versucht, das Problem durch die Aufnahme eines Zuverdienstes als Klassifizierer an einem Tag in der Woche zu lösen. Die Folge ist zunächst eine erhebliche zusätzliche physische Belastung, was in seinen Ausführungen ja auch zum Ausdruck kommt. Hier kommt ein generelles Problem zum Tragen, das in Haupterwerbsbetrieben mit Zuerwerb häufig zu beobachten ist, nämlich das der physischen Überbelastung als Folge der Doppelarbeit. Dies führt dann nicht selten da-

zu, daß die betrieblichen Arbeiten nicht mehr mit der nötigen Intensität durchgeführt werden können, mit der Folge eines weiteren Einkommensrückganges, was dann mit weiterer Zusatz-tätigkeit wieder aufzufangen versucht wird, und hier beginnt sich die Katze dann in den Schwanz zu beißen. Ich kenne den Betrieb von Herrn Kirschenlohr nicht. Er dürfte etwa 600 Ferkel und 800 Mastschweine je Jahr produzieren. Wenn durch eine als Folge der Arbeitsüberlastung zurückgehende Intensität der Tierbetreuung je Sau nur ein Ferkel weniger erzeugt wird und der Überschuß je Mastschwein um 5 DM zurückgeht, so bedeutet dies bereits einen Einkommensrückgang um etwa 5.200 DM. Der Einkommensrückgang kann sehr schnell auch weit höher ausfallen. In solchen Fällen ist dringend eine Beratung erforderlich, die zu einer klaren Entscheidung führen sollte, wie es weitergehen soll. Entweder muß der Betrieb so ausgerichtet werden, daß er eine volle Existenz abgibt oder aber der Betrieb wird soweit zurückgeführt, daß eine ausreichende außerlandwirtschaftliche Tätigkeit möglich wird ohne Überlastung der Familie.

Gerade in der Gruppe der potentiell gefährdeten Betriebe erscheint mir im Hinblick auf die Komplexität der hier anstehenden Probleme eine intensive Beratung besonders dringlich zu sein, um zu klaren Weichenstellungen und Entscheidungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung zu kommen, die dem langfristigen Wohl der Betroffenen dienen.

Lassen Sie mich hier kurz einige generelle Worte zur Beratung sagen. Beratung ist eine geistige Hilfe zur Selbsthilfe, sie gibt Entscheidungshilfen, sie kann aber nicht Entscheidungen abnehmen. Nun ist die Beratung etwas unter Beschuß geraten. U.a. wird ihr vorgeworfen, an der Überproduktion mitschuldig zu sein. Dieser Vorwurf ist absurd. Es ist ihre Aufgabe, den Fortschritt weiterzutragen. Hätte sie dies unterlassen, so müßte man ihr mit Recht den Vorwurf machen, unsere einheimische Landwirtschaft in ihrem Konkurrenzkampf im Stich gelassen

Abbruch hat der Beratung bei manchen Landwirten auch die Milchkontingentierung gebracht. Nun waren die Landwirtschaftsämter und hiermit auch die Berater nur ausführendes Organ, sie haben sie nicht zu vertreten. Im übrigen besteht prinzipiell in der Landwirtschaft an der Notwendigkeit dieser Maßnahme auch wenig Zweifel, die Unzufriedenheit gilt mehr gewissen Einzelregelungen, die aber nicht die Beratung zu vertreten hat.

Ein sehr viel größeres Problem sehe ich für die Beratung in der immer schwieriger werdenden Personalsituation. Stellenabbau im Rahmen der Sparmaßnahmen bei gleichzeitig zunehmenden Verwaltungsaufgaben, beispielsweise im Rahmen des Ökologieprogrammes, lassen den für Beratung verfügbaren zeitlichen Freiraum immer enger werden, so daß von daher das Beratungsangebot immer mehr zurückgeht. Dabei ist eine qualifizierte Beratung heute so dringend wie selten zuvor. Ich kann Sie daher nur bitten, dort wo Sie Einfluß haben, darauf hinzuwirken, daß die Beratung personell wieder verstärkt wird.

Lassen Sie mich noch kurz auf die bei uns weit verbreitete Nebenerwerbslandwirtschaft eingehen. Wir haben in Baden-Württemberg etwa 80.000 Nebenerwerbsbetriebe, die 30 % der LF des Landes bewirtschaften. Dieser Anteil ist seit Jahren konstant, die Zahl der Betriebe geht zurück. Frau Staiblin hat uns einen interessanten Einblick in ihren Nebenerwerbsbetrieb und ihre damit verbundenen Empfindungen gegeben. Zum Ausdruck kamen dabei insbesondere

- 1) die Traditionsverbundenheit. Frau Staiblin fühlt sich sowohl ihren Eltern gegenüber verpflichtet, fühlt sich selbst aber auch in ihrem Betrieb, der ihre Heimat ist, verwurzelt. Wir sollten diese Traditionsverbundenheit nicht gering achten, aber die Kinder von Frau Staiblin werden andere Wege gehen, sie teilen diese Traditionsverhaftung nicht mehr und wir müssen auch ihre Haltung verstehen.

- 2) die Notwendigkeit, mit dem Nebenerwerbsbetrieb zum Familieneinkommen beizutragen. Diese Notwendigkeit eines zusätzlichen Einkommens ist sicher in vielen Familien gegeben und ein Grund für die verbreitete Berufstätigkeit vieler verheirateter Frauen, auch außerhalb der Landwirtschaft
- 3) eine Unzufriedenheit darüber, nur Bäuerin zu sein, ein Begriff, den sie ähnlich den der Hausfrau von der Öffentlichkeit abgewertet sieht, wozu eine ungenügende soziale Absicherung dieser Personengruppe beiträgt. An dieser Einschätzung der sozialen Stellung der Hausfrauentätigkeit ist sicher etwas Wahres. Dazu beigetragen hat wohl das ständige Hervorkehren der Vorteile einer außerhäuslichen Tätigkeit für das Selbstbewußtsein auch der verheirateten Frau durch Politiker und in den Medien. Ich kann hier nicht näher darauf eingehen.
- 4) das Problem der Arbeitsüberlastung. Frau Staiblin sagt, in ihrem Betrieb werden Wein-, Obst- und Gemüsebau betrieben. Nun ist es nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen in solchen Sonderkulturbetrieben im allgemeinen möglich, den Umfang, vor allem des Gemüsebaues, an die Arbeitskapazität der Familie anzupassen und Arbeitsspitzen, z.B. in der Weinlese, durch zusätzliche Arbeitskräfte aufzufangen.
Das Problem der Arbeitsüberlastung stellt sich aber sicher in den zahlreichen Nebenerwerbsbetrieben, die aufgrund der natürlichen Bedingungen überwiegend nur Futterbau und Rindviehhaltung betreiben können. Hier muß morgens und abends regelmäßig gemolken und im Sommer fast täglich Futter geholt werden, was zu einem ständigen Angebundensein führt, das vor allem von den Frauen als erhebliche Belastung empfunden wird.

Im übrigen werden die Nebenerwerbsbetriebe mit Futterbau, Rindviehhaltung und Getreidebau von der eingangs dargestellten Marktsituation und deren Auswirkungen auf das Einkommen ebenfalls betroffen. Ein gewisser Anreiz zur Betriebsaufgabe könnte auch von der Flächenstilllegungsaktion auf diese Betriebe ausgehen. Andererseits könnte natürlich eine zunehmende Freizeit auch ein Anreiz sein, den landw. Nebenerwerb weiterzuführen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

5. Zusammenfassung

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich habe versucht, die Rahmenbedingungen aufzuzeigen, die vor allem durch Überfüllte Märkte und einen harten Konkurrenzkampf der Landwirtschaften der EG-Länder um die Märkte gekennzeichnet sind und bleiben werden. Hinzu kommt die vor allem für die südwestdeutsche Landwirtschaft ungünstige Agrarstruktur. Ich habe des weiteren die gravierenden Unterschiede in der einzelbetrieblichen Einkommenssituation dargestellt, die zu einem erheblichen Teil durch unterschiedliche Kenntnisse, Fähigkeiten und unternehmerische Dynamik der wirtschaftenden Personen bestimmt werden.

In der Folge dieser Situation wird der Strukturwandel weitergehen. In diesem schwierigen Prozeß verdient die Landwirtschaft volle Unterstützung. Zum einen durch eine qualifizierte Beratung. Zum anderen durch eine entsprechende finanzielle Förderung. Dabei sollte diese Förderung m.E. noch mehr als bisher den sich einzelbetrieblich abzeichnenden Entwicklungstendenzen angepaßt werden. D.h., daß dort, wo eine Rückführung des Betriebes auf einen Nebenerwerbsbetrieb oder gar eine Betriebsaufgabe abzusehen ist, stärker mit agrarsozialen Maßnahmen geholfen wird, während die entwicklungsfähigen Betriebe, die auch in Zukunft den Kern unserer Landwirtschaft darstellen werden, in ihrer Entwicklung im Rahmen des EG-Rechtes eher noch stärker als bisher gefördert werden sollten. Gerade diese Betriebsgruppe ist m.E. in der jüngeren Vergangenheit etwas vernachlässigt worden. Diese Landwirte brauchen aber unsere Unterstützung.

Im Zusammenhang mit der weiteren betrieblichen Entwicklung taucht häufig der Begriff "Agrarfabrik" auf. Der Direktor der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe hat hierzu anlässlich der letztjährigen Jahrestagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gesagt, "die Gefahr eines Abgleitens in Agrarfabriken ist weit geringer als die Gefahr, daß wir den Anschluß an die Entwicklung im übrigen Europa verpassen". Das gilt gerade für Südwestdeutschland in besonderem Maße.

Häufig wird auch die Meinung vertreten, nur unsere derzeitige Agrarstruktur garantiere die Erhaltung unserer Kulturlandschaft. Wenn dies richtig wäre, müßte beispielsweise Schleswig-Holstein in dieser Hinsicht sehr ungesunde Verhältnisse aufweisen. Das Gegenteil ist wohl der Fall. Was wir brauchen, sind gesunde, konkurrenz- und leistungsfähige Betriebe.

Ich habe eine betont rationale Darstellung der Situation und der Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Ich weiß, daß nicht nur Vernunft und Betriebswirtschaft unser Leben bestimmen und auch ich habe meine Emotionen und handle nicht nur ökonomisch. Aber die Kasse muß stimmen. Und wenn dies nicht mehr der Fall ist, müssen wir mit dem hierfür zuständigen geistigen Instrumentarium den Ursachen und den Möglichkeiten einer Abhilfe nachgehen.

"Im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie"

*

"So kann es nicht weitergehen" - diese Erkenntnis ist allgemein, auch unter den Bäuerinnen und Bauern, verbreitet. Angesprochen werden damit die Vorgaben, unter denen ein Landwirt heute produzieren muß, um ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Es handelt sich im einzelnen um chemische Produkte, um Handelsdünger, um neue Technologien bis hin zur Gentechnik, die heute zur Stabilisierung und Sicherung der Erträge unverzichtbar geworden sind.

Nicht zu übersehen ist, daß sich damit die Landbewirtschaftung immer mehr vom göttlichen Schöpfungsauftrag entfernt, der ausdrücklich von *bebauen und bewahren* spricht. Und es ist zu befürchten, daß über die bisher bekannten Belastungen von Wasser, Boden und Luft hinaus mit weiteren schädlichen Folgen dieser rein ökonomischen Denkweise gerechnet werden muß.

Was ist zu tun? Extensivierung aller Flächen und damit mehr schöpfungsgemäße Bewirtschaftung? Vordergründig scheint dies die Lösung zu sein: Die Überschüsse würden abgebaut, die Schadstoffbelastungen würden abnehmen, die Nahrungsmittel würden mehr auf biologischem Wege erzeugt. Sicher muß dies in der Tendenz das Ziel aller unserer Bemühungen sein. Dem Berufsstand Landwirtschaft kann aber weder die Entwicklung angelastet noch der Schritt zurück allein zugemutet werden. Ein solcher Schritt muß von der gesamten Gesellschaft mitgetragen, mitverantwortet und vor allem mitfinanziert werden. Erst wenn die Gesellschaft sich bereiterklärt, den Einkommensausfall für die Landwirtschaft finanziell mitzutragen, kann der Landwirt darangehen, seinen Betrieb auf eine extensive Bewirtschaftung umzustellen.

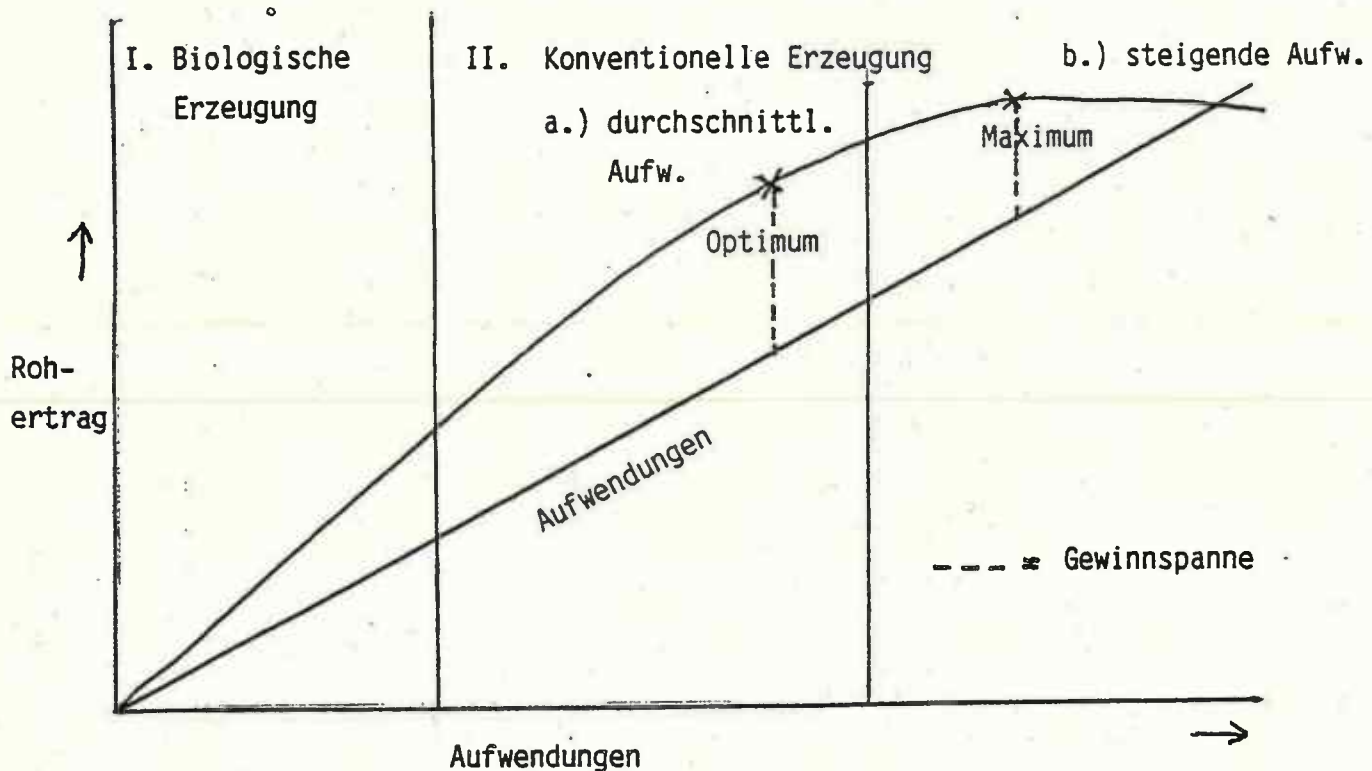
Natürlich schließt das nicht aus, daß sich schon heute viele Betriebe, die einen Markt für ihre Produkte gefunden haben, für eine ökologische und damit extensive Bewirtschaftung entschieden haben. Diese Betriebe sind für künftige Entwicklungen sehr wichtig, denn in ihnen werden die notwendigen Erfahrungen gesammelt und die Verbraucher schon heute für solche Produkte sensibilisiert. Und wer heute eine Chance erkennt, wer heute eine solche Marktnische nutzen kann, der wird diese Möglichkeit ergreifen und ausbauen. Dennoch wäre eine generelle Empfehlung zur Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion aus heutiger Sicht verantwortungslos.

Was aber heute schon ausgesprochen werden kann, ist ein Apell an die landw. Betriebsleiter, künftig von den extrem hohen Aufwendungen von Produktionsmitteln Abstand zu nehmen. Denn Mehraufwendungen führen nicht linear bis ins Uferlose zu Mehrerträgen, da dem genetischen Ertragspotential Grenzen gesetzt sind. Hier tritt das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs in Kraft. Es gilt, in Zeiten unbefriedigender Wirtschaftlichkeit die Aufwendungen nur so weit zu steigern, bis der optimale Ertrag erreicht ist (siehe auch Schaubild). Allein die Beachtung dieser gesetzesmäßigen Tatsache würde eine Verminderung des Schadstoffeintrags in Wasser, Boden und Luft zur Folge haben. Auch daran gilt es zu arbeiten.

* siehe auch Aachener Erklärung: "Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik".

Intensität der landw. pflanzlichen Erzeugung

(schematische Darstellung)



I. Biologische oder alternative Erzeugung:

Geht man von gleichen Erzeugerenerlösen je Einheit aus, ist in biologisch wirtschaftenden Betrieben trotz der niedrigeren Aufwendungen die Gewinnspanne zu klein, um die gesamten Unkosten zu erwirtschaften. Die erzeugten Produkte müssen daher entweder einen höheren Marktpreis erzielen oder ein solcher extensiver Anbau muß subventioniert werden (z.B. staatl. Extensivierungsprogramme).

II a.) Konventionelle Erzeugung - durchschnittliche Aufwendungen

Betriebe mit durchschnittlichen Aufwendungen können den höchsten Gewinn erzielen, wenn es ihnen gelingt, den optimalen Ertrag zu erwirtschaften. Das Optimum ist erreicht, wenn zwischen Aufwand und Ertrag die größtmögliche Spanne liegt.

II b.) Konventioneller Anbau - abnehmender Ertragszuwachs

Weiter steigende Aufwendungen lassen den Ertrag zwar noch kräftig ansteigen, doch die Relation zu den Aufwendungen wird ungünstiger. Ab dem Punkt "Maximum" stagnieren die Erträge trotz weiter steigender Aufwendungen. Höchsterträge sind daher oft teuer erkauft, da hier das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs Platz ergreift. Höchsterträge bringen also nicht automatisch Höchstgewinne. Darüberhinaus werden durch die höheren Aufwendungen (Düngemittel, Herbizide, Fungizide) Boden und Wasser sehr viel stärker belastet.

Es gilt heute, aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht, im Bereich der "optimalen Erträge" zu wirtschaften. Optimale Erträge bringen höhere Gewinne und stellen eine geringere Belastung für die Umwelt dar.

Ziele, Wege, Hilfen

Konkretionen zur Diskussion

1. Was kann eine Kirche oder Synode veranlassen, zu weltlichen Problemen Stellung nehmen zu wollen. Sicher nicht die Anmaßung, der Welt Rezepte oder Konzepte zur Beseitigung von Krisen geben zu wollen. Kirche muß sich aber dort gerufen wissen, wo gegen Gottes Gebote und gegen Gottes Ordnung verstoßen wird. Wo etwa gegen die Gerechtigkeit und gegen die Schöpfung Gottes Entwicklungen eingeleitet und gefördert werden. Wo durch solche Entwicklungen Menschen in Not geraten und Gottes Schöpfung als solche bedroht wird, da muß Kirche und auch eine Synode ihre Stimme erheben. Tut sie das nicht, macht sie sich zum Mitwisser und Mittäter und wird dabei selbst mitschuldig.

Der Kirche kann dann auch die Aufgabe zufallen, Dinge sagen oder feststellen zu müssen, die die Gesellschaft nicht gerne hört. In unserem Falle über die Krise des ländlichen Raums. Dort ist seitens der Kirche deutlich zu sagen, daß die gesamte Gesellschaft diese Entwicklung bisher durch ihr Verhalten mitgetragen und von dieser Entwicklung profitiert hat. Jeder in der Gesellschaft hat auf seine Weise indirekt oder direkt diese Entwicklung gefördert. Gleichzeitig muß auch deutlich gesagt werden, worum es eigentlich geht. Es geht im Grunde genommen nicht um die Existenzsicherung von ein paar Landwirten, sondern es geht um den ländlichen Raum als solchen. Es geht um die Erhaltung einer Kulturlandschaft, die sich in Jahrhunderten gebildet hat, die unser Land prägt und die nicht ungestraft vernachlässigt werden kann. Es gilt, diese Zusammenhänge wieder neu in das Bewußtsein der Gesellschaft zu bringen. Die Gesellschaft muß begreifen lernen, daß die Erhaltung dieses Lebensraumes nicht mehr zum Nulltarif zu machen ist. Sie muß durch solche Argumentation zu der Einsicht gebracht werden, daß jeder, wo immer er auch steht, einen Beitrag zur Lösung der Krise leisten kann - ja leisten muß!

Erklärtes Ziel unserer Schwerpunkttagung sollte daher sein, unsere Gesellschaft (über unsere Gemeinden und Gemeindeglieder) für diese Zusammenhänge zu sensibilisieren und für einen Beitrag zur Lösung der Probleme zu mobilisieren.

Wenn wir aber als Kirche und Synode mit einem solchen Anspruch vor die Gesellschaft treten, müssen wir als Kirche deutliche Zeichen christlicher Solidarität setzen. Und Solidarität im biblischen Sinne hat etwas mit Mitleiden und Mittragen zu tun. "Einer trage des andern Last ..." - da wird Seelsorge und Mitverantwortung als eines der Urelemente kirchlichen Dienstes gefordert. Das kann freilich nicht bedeuten, daß eine Kirche die Schulden und Lasten der landw. Betriebe ablösen oder übernehmen kann - aber sie kann den betroffenen Menschen seelsorgerlich zur Seite stehen und sie auf diesem schweren Weg begleiten.

Das bedeutet: 1.) Kirche darf sich dem allgemeinen Trend, sich personell und finanziell aus ländlichen Räumen zurückzuziehen, nicht anschließen.

2.) Kirche muß beispielhaft gerade in ländlichen Räumen ihre Stellen erhalten und besetzen.

- 3.) Werke wie der "Kirchliche Dienst auf dem Lande" müssen funktionsfähig bleiben. Projekte wie etwa eine Familienberatung (entstanden durch kirchliche Initiative) müssen finanziell unterstützt oder gegebenenfalls getragen werden.
- 4.) Zukünftige Theologen müssen für den Dienst auf den Dörfern besser zugerüstet werden.
- 5.) Im kirchlichen Bereich kann die Kirche Zeichen setzen, indem sie den Bezug von Nahrungsmitteln in kirchlichen Häusern und Tagungsstätten bewußt auf einheimische Nahrungsmittel abstellt.
- 6.) Als Landbesitzer kann die Kirche Zeichen setzen, indem sie Pachterlaß oder Pachtnachlaß bei Betriebsumstellungen gewährt (z.B. bei Umstellung auf eine alternative Bewirtschaftung).

2. Mit der Kirche sind aber auch die Gemeinden und Gemeindeglieder gefordert. Zunächst muß es darum gehen, diese Zusammenhänge in die Verkündigung und in die Gemeindegliederarbeit in geeigneter Form aufzunehmen. Unsere Gemeindeglieder müssen wissen und erfahren, daß es letzten Endes nicht um die Existenz des Bauern X, sondern daß es um das Dorf und um den ländlichen Raum geht, dessen Funktion als Erholungsgebiet, als Wasser- und Sauerstofflieferant und als Grundlage der Nahrungsmittelerzeugung gefährdet ist.

Auch da sollten durch die Gemeinden deutliche Zeichen gesetzt werden. Sie sollten sich zurückerinnern lassen und dafür gewonnen werden, mit ihrem Verhalten den ländlichen Raum und seine Bewohner zu stützen.

Das fängt beim Einkaufsverhalten an, indem man mehr als bisher auf einheimische Nahrungsmittel achtet und auch teilweise höhere Preise in Kauf nimmt. Der weitere Schritt wäre, wo die Möglichkeit besteht, bestimmte Nahrungsmittel direkt beim Landwirt einzukaufen. Der weiteste Schritt wäre eine Art Patenschaft zwischen Stadt- und Landgemeinden, die sich auf einen Direktbezug einrichten und einstellen.

Das gibt natürlich betriebswirtschaftlich keinen großen Effekt und kann nur in sehr begrenztem Umfang zur Existenzsicherung von Betrieben beitragen (zumal das nur für einige Betriebe realisiert werden kann). Aber wie anders sollen die Menschen, die den Bezug zum Land verloren haben, an die Probleme herangeführt, informiert und betroffen gemacht werden als gerade über diese Verbindung.

Trotz allem könnten solche Maßnahmen nicht wenigen Betrieben und Familien helfen, etwa die paar Jahre bis zum Ruhestand zu überbrücken oder aber die Zeit zu überbrücken, bis eine andere Einnahmequelle geschaffen oder eine neue Existenz gegründet worden ist.

3. Aber auch die Landwirte selbst haben ihren Beitrag zu leisten.

"Bebauen und Bewahren" - das setzt zunächst aktive Tätigkeit voraus. Jeder Betriebsleiter muß gerade heute versuchen, für seinen Standort und seinen Betrieb alle gegebenen Möglichkeiten ausfindig zu machen und auszuschöpfen. Das kann eine alternative Bewirtschaftung mit der Erzeugung von biologisch wertvolleren Nahrungsmitteln sein, das kann die Wahrnehmung von neuen Vermarktungsmöglichkeiten sein, das kann aber auch Nebenerwerb, Zuerwerb, Flächenstilllegung bedeuten oder aber auch zu der Entscheidung führen, den Betrieb aufzugeben. Diese Entscheidung kann niemand abgenommen werden. Und wenn man vom ländlichen Raum spricht, so muß man auch bedenken, daß viele gewerbliche

Betriebe auf dem Land sang- und klanglos untergegangen sind und noch untergehen werden.

Um aber in der Gesellschaft im Sinne des o.A. wieder anerkannt zu werden, muß der Landwirt seine Bewirtschaftung wieder mehr auf eine schöpfungsgemäße Bewirtschaftung ausrichten. Schöpfungsgemäß wirtschaften, das heißt, der Ökologie den Stellenwert einzuräumen, die die Natur zum Überleben benötigt. Das heißt nicht automatisch eine Extensivierung für alle Betriebe - das wäre keine Lösung. Schöpfungsgemäß wirtschaften heißt vielmehr, verantwortlich mit dem Anvertrauten umzugehen, langfristig denken und planen und die Belastung von Boden, Luft und Wasser auf ein Minimum zu beschränken.

Das kann für den einen eine grundsätzliche alternative Bewirtschaftung bedeuten, der andere wird z.B. in einem Wasserschutzgebiet dazu gezwungen, wieder andere werden im konventionellen Anbau die oben erwähnten ökologischen Forderungen zu erfüllen versuchen müssen.

Für die Vorbereitungsgruppe



(Martin Ludwig)

Direktvermarktung landw. Erzeugnisse

Einkaufen auf dem Bauernhof ist wieder "in". Manchem bäuerlichen Betrieb eröffnen sich dadurch gute Chancen für eine betriebliche Entwicklung. Sicher stellt die Direktvermarktung keine Lösung der agrarpolitischen Probleme dar. Sicher kann sie keine vollwertige Alternative zu den bestehenden privaten und genossenschaftlichen Vermarktungsformen bilden. Direktvermarktung muß auch nicht zwangsläufig bestehende Vermarktungsorganisationen und -abläufe stören, sofern beide fair miteinander umgehen und sich nicht mit unlauteren Methoden gegenseitig bekämpfen.

Direktvermarktung ist vielmehr ein Weg für landw. Betriebe, die aufgrund ihres Standorts, ihrer innerbetrieblichen Situation und der Mentalität der in diesen Betrieben tätigen Menschen die notwendigen Voraussetzungen mitbringen, um das Familieneinkommen zu verbessern. Bäuerliche Familien, die diesen Weg beschreiten wollen, müssen sich im Klaren darüber sein, daß sie das nicht halbherzig tun können. Es bedarf gezielter Beobachtung des Marktes, es sind Kunden zu betreuen und es sind gezielte Investitionen erforderlich. Alternative oder biologische Wirtschaftsformen machen die Direktvermarktung noch attraktiver, da für diese biologisch hochwertigeren Produkte in der Regel gern und freiwillig höhere Preise bezahlt werden.

Zu beachten sind jedoch die gesetzgeberischen Grenzen. Direktvermarkter haben sich mit dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-Gesetz auseinanderzusetzen. Bei festen Verkaufseinrichtungen muß das Ladenschlußgesetz beachtet werden. Wer Produkte zukauft oder verarbeitet, kann mit Gewerbeamt, Steuerrecht und Handwerksordnung in Konflikt geraten. Für den Wochenmarkt gelten die Handelsklassenverordnungen. Für den Verkauf von Fleisch und Milch sind vor allem die Hygienevorschriften zu beachten.

Aber wie kann nun Kirche zur Förderung der Direktvermarktung beitragen?

Angebot und Nachfrage bestimmen den Markt. Im Zuge fortschreitender Industrialisierung in den städtischen Bereichen ist die Verbindung zwischen der Stadt- und Landbevölkerung abgerissen. Viele Menschen in den Städten haben keine Beziehung mehr zum Land und zu den bäuerlichen Menschen. Sie kaufen ihre Nahrungsmittel im Supermarkt.

Kirche könnte durch ihre Möglichkeiten dazu beitragen, die Menschen aus Stadt und Land wieder zusammenzubringen:

- durch Information und Aufklärung über die Zusammenhänge, mit dem Ziel, in der Gesellschaft einen Bewußtseinswandel herbeizuführen, der sich in einer Änderung des Einkaufsverhaltens äußert.-
- durch Begegnungen zwischen Stadt- und Landgemeinden, in denen neue Kontakte geknüpft und ein neues Verständnis geweckt werden kann.

Als Folge dieser Bemühungen könnten:

- das Einkaufsverhalten der Menschen in den städtischen Räumen verändert werden - weg vom billigen Sonderangebot mit unbekannter Herkunft - hin zum einheimischen Qualitätsprodukt.-
- Partnergemeinden entstehen, die sich auf langfristige gegenseitige Unterstützung einstellen -

Antrag

des Landes Baden-Württemberg

veröffentlicht: 19.10.1987

**EntschlieÙung des Bundesrates
zur Verbesserung der Lage bäuerlicher Familienbetriebe****I.**

Der Bundesrat sieht in der Aufrechterhaltung einer bäuerlich strukturierter Landwirtschaft ein herausragendes Ziel der Agrarpolitik. Bäuerliche Familienbetriebe erfüllen am besten die im Interesse der Allgemeinheit an die Landwirtschaft zu stellenden Anforderungen, wozu vor allem die Sicherung der Ernährung, der Schutz des Grundwassers und des Bodens, die Pflege einer vielfältigen Landschaft und die Erzeugung einwandfreier Nahrungsmittel gehören. Aus diesem Grunde setzt sich der Bundesrat mit allem Nachdruck für vielfältige Bewirtschaftungsformen und eine Tierproduktion mit ausreichender Flächenbindung ein und lehnt weitergehende Konzentrationen in der Tierhaltung ab.

Die Landwirtschaft ist wichtiger Bestandteil der Dörfer und des Ländlichen Raumes. Die gesellschafts- und landschaftspolitischen Leistungen der Landwirte können auf Dauer nicht unentgeltlich erbracht werden: Die Arbeit der Landwirte in Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz muß honoriert werden. Gerade ein Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland, mit einer hohen Bevölkerungsdichte ist auf eine intakte Kulturlandschaft angewiesen. Um dies zu gewährleisten, muß den Mitgliedstaaten der EG mehr Spielraum im Rahmen der Agrarpolitik eingeräumt werden, damit die hierfür erforderlichen nationalen und regionalen Maßnahmen ohne unnötigen Verwaltungsaufwand durchgeführt werden können.

Eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft läßt sich nur erhalten, wenn die Europäische Gemeinschaft ihre Agrarpolitik grundlegend ändert und wenn Bund und Länder weitere Maßnahmen zugunsten der bäuerlichen Familienbetriebe ergreifen.

Von der EG brauchen die Mitgliedstaaten im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik mehr Eigenständigkeit und Spielraum, um regionale Problemlagen mit konkreten Maßnahmen gezielt angehen zu können.

Der Bundesrat erkennt nicht, daß die Europäische Gemeinschaft bereits Kurskorrekturen in der Markt- und Strukturpolitik vorgenommen hat. Die bisherigen Ansätze sind jedoch unzureichend und zum Teil unausgewogen.

Die Europäische Gemeinschaft trägt aufgrund ihrer Zuständigkeit für den Agrarmarkt eine besondere Verantwortung für die Wiederherstellung des Marktgleichgewichtes sowie für die Verbesserung der Einkommens- und Lebensverhältnisse der bäuerlichen Familien.

Das Marktgleichgewicht muß durch EG-weite Schritte zur Produktionsbeschränkung oder durch die Einführung von nationalen Mengenzielen der einzelnen Mitgliedstaaten (Regionalquoten) verwirklicht werden. Überschüsse, die über die Regionalquoten hinausgehen, müssen in nationaler finanzieller Verantwortung bewältigt werden. Durch die Verringerung der Überproduktion werden Mittel freigesetzt, die für die Landwirte direkt einkommenswirksam verwendet werden können.

Der Bundesrat ist sich bewußt, daß eine Neuorientierung der EG-Agrarpolitik eine intensive Diskussion auslösen wird und in der Gemeinschaft nicht von heute auf morgen durchgesetzt werden kann. Deshalb sind weitere nationale Hilfen notwendig, um die schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft zu überbrücken.

Der Bundesrat anerkennt die bereits gewährten Leistungen für die bäuerlichen Familienbetriebe, mit denen die Folgen der Markt- und Preispolitik der EG wesentlich gemildert werden. Der Bundesrat verweist insbesondere auf folgende Maßnahmen:

- Einkommensausgleich über die Erhöhung der Vorsteuerpauschale in Höhe von zur Zeit 2,8 Mrd DM pro Jahr;
- Erweiterung der Förderung mit Ausgleichszulagen (Ausdehnung des Fördergebietes auf 6 Mio ha und Erhöhung des zulässigen Betrages auf jetzt 286 DM/ha),
- Erhöhung der Ausgaben für die Agrarsozialpolitik auf 4,8 Mrd DM (1987).

Die Agrarpreise müssen über die Herstellung des Marktgleichgewichtes den höchstmöglichen Beitrag zur Erwirtschaftung eines zeitgerechten Einkommens der bäuerlichen Familienbetriebe leisten. Über Marktpreise allein läßt sich jedoch eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft nicht halten. Deshalb muß eine weitere Einkommenskomponente entwickelt werden, die familien- und flächenbezogen und damit produktionsneutral wirken muß. Dies ist durch die Verifizierung und Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen und durch verstärkte Anstrengungen zur Schaffung und Erhaltung außerlandwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten im Ländlichen Raum zu erreichen.

Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind die landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirtschaft durch Preis und Menge der erzeugten Produkte nicht mehr abgegolten. Deshalb muß über neue Maßnahmen die bäuerliche Landwirtschaft erhalten werden. Dabei handelt es sich um einen Einkommensausgleich für landschaftspflegerische Leistungen. Um die natürlichen Lebensgrundlagen und die Vielfalt der Kulturlandschaft für künftige Generationen zu erhalten, ist die Solidarität aller Bevölkerungsgruppen geboten. Die bäuerlichen Familienbetriebe müssen auch in Zukunft wichtige Funktionen in der Nahrungsmittelversorgung erfüllen, die breite Streuung des Eigentums und die Landschaftspflege gewährleisten sowie den ländlichen Raum mit seinen vielfältigen Funktionen erhalten. Dies gilt auch für die bäuerliche Waldwirtschaft. Deshalb ist auf allen politischen Ebenen rasches Handeln geboten:

II.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, bei der Neuordnung der europäischen Agrarpolitik mit Nachdruck folgendes zu vertreten:

1. Die Finanzierungsmittel der EG für den Agrarbereich müssen wieder bei den bäuerlichen Betrieben einkommenswirksam werden. Erste und wichtigste Aufgabe muß deshalb der Abbau der Lagerbestände und die Verhinderung neuer Überschüsse sein. Erst dadurch wird Spielraum für bessere Agrarpreise geschaffen.

Ziel muß die Herstellung und die Erhaltung eines dauerhaften Marktgleichgewichtes sein. Die Maßnahmen zum Überschußabbau müssen EG-einheitlich so durchgeführt werden, daß durch eine reduzierte Produktion auf allen Standorten unter Wahrung von gewachsenen Marktanteilen die Erhaltung und Vielfalt der Kulturlandschaften gesichert wird.

Ebenso muß sichergestellt werden, daß alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft am Abbau der Überschüsse gleichgewichtig mitwirken und Erfolge nicht dadurch verhindert werden, weil Importe von Futtermitteln nicht reduziert werden und die Einfuhr von Agrarprodukten steigt. Der Bundesrat fordert auch eine verstärkte Untersuchung der Futtermittel auf Rückstände.

Die EG muß in Verhandlungen mit Drittländern erreichen, daß diese ihre Exporte bei Getreidesubstituten, Eiweißfuttermitteln und Ölfrüchten in die EG einschränken.

Eine solche Übereinkunft erfordert natürlich gegenseitige Zugeständnisse. Die Gemeinschaft wird im Gegenzug Exportsubventionen zurücknehmen müssen, damit der Weltmarkt entlastet wird.

Diese Überlegungen des Bundesrates müssen in einem ersten Schritt bei den anstehenden Verhandlungen zur Fortschreibung der Markt- und Strukturpolitik eingebracht werden.

2. Durch die Festlegung einzelstaatlicher Produktionsziele ist der Handlungsspielraum der Mitgliedsstaaten bei der Wahl marktentlastender Instrumente zu erweitern. Gleichzeitig ist eine wirksame finanzielle Verantwortung der Mitgliedsstaaten für die Einhaltung der marktpolitischen Ziele zu schaffen. Bei der Festlegung der Produktionsziele sind nationale und regionale Vorleistungen voll anzurechnen, denn vorgezogene, marktentlastende und extensivierende Maßnahmen dürfen bei einer Quotenregelung nicht zu Lasten der Region gehen, die Vorleistungen erbracht haben.

Dies hält der Bundesrat bei den anstehenden Verhandlungen zur Reduzierung der Überschüsse auf dem Getreidemarkt und bei der Überprüfung der Garantiemengenregelung Milch für erforderlich.

3. Die Landwirtschaft der Bundesrepublik muß bei den jährlich anstehenden Agrarpreisverhandlungen vor weiteren währungsbedingten Nachteilen verschont bleiben. Solange bei der Harmonisierung der innergemeinschaftlichen Konjunktur-, Wirtschafts- und Währungspolitik keine entscheidenden Fortschritte erreicht sind, bleiben Währungsanpassungen unvermeidbar. Mögliche Nachteile derartiger Währungsanpassungen auf die deutsche Landwirtschaft müssen voll ausgeglichen werden.
4. Die Disparität zwischen landwirtschaftlichem und außerlandwirtschaftlichem Einkommen, die insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland besteht, muß durch regionale und nationale Maßnahmen ausgeglichen werden; dabei müssen freiwerdende Marktordnungsmittel vordringlich eingesetzt werden.
5. Standortbedingte Nachteile sind nicht nur in den abgegrenzten benachteiligten Gebieten auszugleichen, sondern auch außerhalb dieser Gebiete, wenn vergleichbare einzelbetriebliche Produktionsverhältnisse vorliegen und ein allgemeines Entgelt für die Landschaftspflege nicht gewährt wird. Private Waldflächen sind in die Ausgleichszulage einzu beziehen. Dies setzt jedoch eine Änderung der EG-Bestimmungen für die Ausgleichszulage voraus.
6. Der Bundesrat begrüßt, daß nunmehr auch die EG Maßnahmen zur Extensivierung und Existenzstützung für erforderlich hält. Der Bundesrat hält es aber für vordringlich, daß diese marktentlastenden Maßnahmen vor allem aus freiwerdenden Marktordnungsmitteln finanziert werden.

Produktionseinschränkende Maßnahmen dürfen jedoch nicht dadurch unterlaufen werden, daß die Herstellung und der Handel von Imitationsprodukten zugelassen werden. Das Imitationsverbot für Milch und Milchprodukte und das Reinheitsgebot für Fleischerzeugnisse müssen deshalb EG-weit festgeschrieben werden.

Der Bundesrat fordert ein EG-weites Verbot des Einsatzes von Hormonen und Wachstumsförderern sowie das Verbot der Einfuhr von Fleisch aus Drittländern, welche die Anwendung solcher Stoffe weiterhin national dulden. Ebenfalls dürfen EG-weit Beruhigungsmittel den zur Schlachtung bestimmten Tieren nicht verabreicht werden.

Generell müssen Tierhaltungsformen angestrebt werden, die zu einer weiteren Minderung des Arzneimiteleinsatzes führen. Dieser Aufgabe wird am ehesten der bäuerliche Familienbetrieb gerecht.

7. Die Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes darf nur durch Maßnahmen erfolgen, die ein hohes Niveau an Verbraucherschutz insbesondere hinsichtlich der gesundheitlichen Unbedenklichkeit und der Qualität der Erzeugnisse gewährleisten und eine Täuschung der berechtigten Verbrauchererwartung ausschließen. Das Lebensmittelrecht ist auf dem höchsten Standard in der EG zu vereinheitlichen.
Durch das europäische Lebensmittelrecht dürfen Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik nicht unterlaufen werden.
8. Zum Schutz der Böden und des Waldes sind Maßnahmen der Gemeinschaft zur Reinhaltung der Luft weiter voranzubringen.
9. Mit der Einführung der Garantiemengenregelung erfolgt ein Abbau der Milchüberschüsse. Deshalb entfällt die Berechtigung, den Milcherzeugern einen Kostenbeitrag zu den Marktordnungsausgaben abzuverlangen. Der Bundesrat fordert daher, die Aufhebung der Mitverantwortungsabgabe für Milch.
10. Die Bundesregierung hat im Interesse des Abbaues zu viel ausgegebener Referenzmengen in der Bundesrepublik Deutschland die von der EG-Kommission beschlossene Stilllegung und zeitweilige Aussetzung der Milchmengen in zwei Jahresraten in einem Schritt vorgenommen. Das führt zu

Härten, wenn die Kürzung von 8,5 % aus betrieblichen Gründen nicht sofort vollzogen werden konnte und für die daraus resultierende Überlieferung ein Abzug in Höhe von 100 % des Milchrichtpreises erfolgt. Die Bundesregierung wird gebeten, einen Bericht über die Durchführung und Auswirkung der Stilllegung und zeitweiligen Aussetzung von Milchgarantiemengen in den einzelnen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft vorzulegen.

Danach sollte geprüft werden, ob eine Überlieferung bis zur Höhe von 2,5 % (das ist die von der EG für 1988/89 beschlossene Kürzung) vom Abzug befreit wird.

11. Nach der Verordnung (EWG) Nr. 468/87 des Rates vom 10.02.1987 mit allgemeinen Bestimmungen zur Regelung der Sonderprämie für Rindfleischherzeuger wird die Prämie nur für männliche Tiere gewährt. Von den rückläufigen Preisen sind auch weibliche Masttiere betroffen. Deshalb sollte darauf hingewirkt werden, daß weibliche Mastrinder in die Regelung einbezogen werden. Gleichzeitig sollte die Möglichkeit einer Nichtproduktionsprämie für Rindfleisch geprüft und die Zahl der prämiengünstigten Tiere angemessen erhöht werden.

III.

Nach Auffassung des Bundesrates sind auch auf Bundesebene weitere Maßnahmen dringend erforderlich. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, insbesondere folgende Schritte einzuleiten:

1. Eine noch weitergehende Entlastung einkommensschwacher Familienbetriebe von den Kosten für die Sozialversicherung (Altershilfe, Unfall, Krankenkasse).

Außerdem ist die soziale Sicherung der Bäuerinnen weiter zu verbessern und auszubauen. Es sollte geprüft werden, inwieweit die partnerschaftliche Mitarbeit der Bäuerinnen in den landwirtschaftlichen Betrieben durch die Anerkennung eigener Ansprüche in der Altershilfe für Landwirte berücksichtigt werden kann.

Durch eine solche Verbesserung würde auch das soziale Engagement der bäuerlichen Familie mit mehreren Generationen, insbesondere bei der Alten- und Krankenpflege honoriert.

2. Bereitstellung zusätzlicher Bundesmittel zur Finanzierung der verbesserten Ausgleichszulage und zur Abwicklung von Extensivierungsprogrammen, die sowohl der Marktentlastung als auch der Verbesserung der ökologischen Verhältnisse dienen. Die Extensivierungsprogramme dürfen jedoch in der EG zu keiner Veränderung von Marktanteilen führen.

3. Die Gewährung eines Entgeltes für die landschaftspflegerischen Leistungen der bäuerlichen Familienbetriebe. Der Bundesrat spricht sich dafür aus, dieses Landschaftspflegegeld familien- und flächenbezogen und damit produktionsneutral zu gestalten.

Der Bundesrat begrüßt es, daß auch über 1988 hinaus ein Einkommensausgleich gewährt wird, der dem bisherigen Volumen der 5 % Vorsteuerpauschale entspricht. Falls der Beschluß des Europäischen Rates, wonach Finanzierungsmittel in Höhe einer 2%igen Vorsteuerpauschale nicht mehr nach Maßgabe der Produktion oder des Umsatzes gewährt werden verwirklicht wird, sollten diese Mittel vorrangig zur Finanzierung eines Landschaftspflegeentgeltes eingesetzt werden.

4. Auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen sind Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung der Böden und der Umweltvorsorge im Rahmen einer ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung zu fördern.

5. Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe.

Vorrangig sind Bestandsgrößenregelungen, die dem bäuerlichen Familienbetrieb eine Entwicklung ermöglichen. Diese Bestandsgrößenregelungen sind dann im nationalen Alleingang möglich, wenn einzelstaatliche Mengenziele für die Agrarproduktion gegeben sind.

Unterstützt werden soll der Absatz und die Vermarktung der erzeugten Nahrungsmittel, Werk- und Rohstoffe.

6. Praxisgerechte und auf die regionalen Belange abgestimmte Durchführungsbestimmungen zu den von der EG verabschiedeten oder zu erwartenden Programmen wie Extensivierung der Produktion bei Getreide, Rindfleisch und Wein sowie Vorruhestandsregelung und Existenzstützung. Bei den Maßnahmen der EG und des Bundes sollten aus verwaltungstechnischen Gründen die Antragsverfahren so einfach wie möglich gestaltet werden. Im übrigen ist darauf hinzuwirken, daß in allen Bundesländern möglichst gleich günstige Regelungen bei Verwaltungsgebühren gelten, insbesondere bei der Hofübergabe.

7. Schaffung bzw. Verbesserung der Regelungen für eine standorts- und landschaftsgerechte Aufforstung einschließlich des Anbaues nachwachsender Rohstoffe.

Die Vermarktung nachwachsender Rohstoffe ist weiter zu intensivieren. Die Forschungsvorhaben sind zu erweitern.

8. Die ungünstige Situation vieler Betriebe erfordert zusätzliche Maßnahmen, die eine weitere Aufstockung der Mittel für den Agrarhaushalt des Bundes nötig machen. Insbesondere sind die finanzielle Ausstattung der Gemeinschaftsaufgabe zu verbessern und die Mittel für den Agrarsozialbereich zu erhöhen.

Kommentar

aus der *Badischen Bauernzeitung Freiburg*

Nr. 31/1988

BBZ 31/1988

Ein Stück politische Glaubwürdigkeit verspielt

Baden-Württemberger Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Lage bäuerlicher Familienbetriebe widerfuhr Begräbnis 2. Klasse

Allenthalben stoßen Politiker auf äußerstes Mißtrauen in Öffentlichkeit und Bevölkerung. Obwohl dieses manchmal unberechtigtweise mit der Absicht auf „Polarisierung der Meinung“ geschürt wird, ist es oft auch verständlich. Worte und Taten bzw. das Ergebnis der Bemühungen der Vertreter politischer Parteien klaffen leider oft weit auseinander.

Dies ist auf dem Feld der Agrarpolitik nun leider bei einer Initiative eingetreten, die von der Landesregierung Baden-Württemberg im Spätherbst 1987 im Bundesrat startete und damit natürlich im Wahlkampf zur Landtagswahl Stimmen zu sammeln versuchte. Diese Bundesratsinitiative sollte das Gegenstück zum bayerischen Strukturgesetzentwurf sein und hatte die Verbesserung der Lage bäuerlicher Familienbetriebe zum Ziel.

Dieser Tage nun widerfuhr diesem Vorschlag ein Begräbnis 2. Klasse: Die Anträge des Landes zur EG- und Bundesagrarpolitik wurden jetzt zu einer einzigen Entschlie-ßung zusammengefaßt

und so entschärft, daß praktisch alle konkreten Forderungen aus den ursprünglichen Anträgen nicht mehr enthalten sind. Entfallen sind dabei die Forderungen nach einer Senkung der 330-Vieheinheitengrenze beim Einkommensausgleich für die Senkung des Grenzausgleichs, nach einem Entgelt für landespflegerische Leistungen wie auch nach der Einführung einer Bestandsgrößenbegrenzung. Neu aufgenommen wurde in die Entschlie-ßung auf Drängen des Finanzausschusses des Bundesrats ein Passus, wonach alle agrarpolitischen Hilfen nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gegeben werden sollen. Geblieben ist lediglich das Bekenntnis der Bedeutung des landwirtschaftlichen Familienbetriebes. Als einzige konkrete Forderungen, die natürlich nicht die Länder, sondern der Bund zu erfüllen hat, ist eine noch weitergehende Entlastung einkommensschwacher Familienbetrie- be von den Kosten der Sozialversicherung, die Aufhebung der Mitverantwortungsabgabe für Milch und die Flexibilisierung der Milchgarantiemengenregelung.

Mit dieser Entschlie-ßung hat die Mehrheit der Länder also fast alle Hauptforderungen der süd-deutschen Länder abgeschmettert. Im übrigen ist man nach dem St. Floriansprinzip vorgegangen und hat den Schwarzen Peter weitergeschoben.

Dabei ist in den Augen der Bauern ein großes Stück agrarpoliti-scher Glaubwürdigkeit der Lan-desregierung mit Recht zu Bruch gegangen. Mag man auch dafür Sündenböcke (bei den anderen Ländern) finden. Wenn man aber mit seinen Vorstellungen so kläglich untergeht, dann sollte die Einleitung einer „Ini-tiative“ auch nicht so dargestellt werden, als wenn sie schon be-schlossen wäre. Bei im politi-schen Gerangel und im politi-schen Spiel Unerfahreneren – und das ist die Mehrzahl – wur-de seinerzeit der Eindruck er-weckt, als hätte sich der Bundes-rat diese Initiative zu eigen ge-macht. Da dies eben im vorlie-genden Fall (und in manch an-deren Fällen) nicht zutraf, braucht man sich über den Ver-lust an Glaubwürdigkeit nicht zu wundern.

Dr. Gu

Die ländlichen Räume in Baden-Württemberg



Ländlicher Raum i.e.S.

Verdichtungsgebiete
im ländlichen Raum

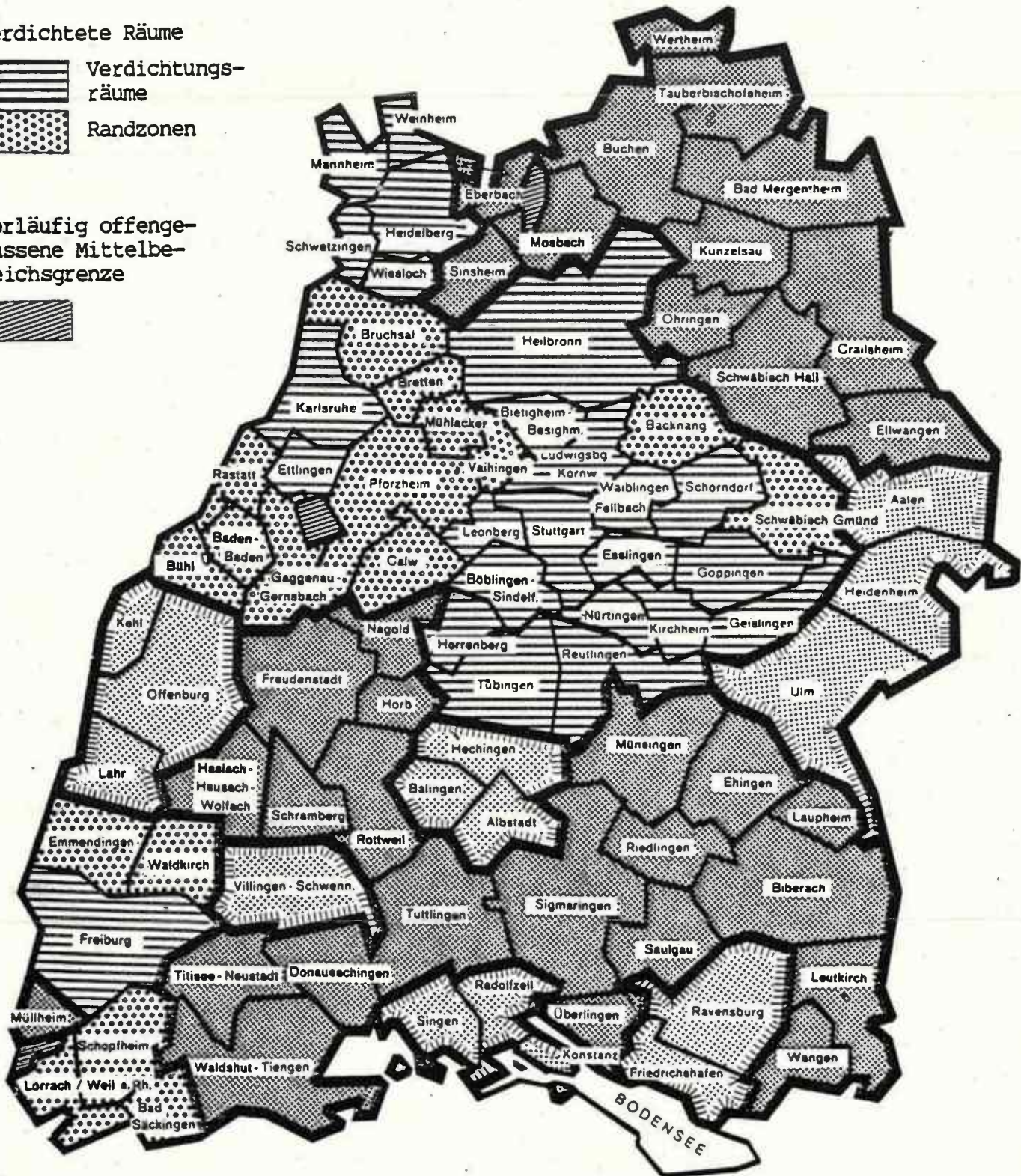
Verdichtete Räume



Verdichtungs-
gebiete

Randzonen

Vorläufig offenge- lassene Mittelbe- reichsgrenze



Der ländliche Raum.

Der ländliche Raum Baden-Württembergs umfaßt

75 % der Fläche des Landes

aber nur 41 % der gesamten Landesbevölkerung.

Die Bevölkerungsdichte liegt entsprechend mit 143 Einwohnern je qkm deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 259 Einwohner je qkm. Der ländliche Raum besteht nach Aufteilung des Landesentwicklungsplans aus dem ländlichen Raum im eigentlichen Sinne (i.e.S.) mit 66% der Landesfläche und 30 % der Landesbevölkerung und den Verdichtungs-bereichen im ländlichen Raum mit 8% der Landesfläche und knapp 12% der Bevölkerung.

Übersicht Baden-Württemberg

(Flächen , Bewohner)

Räume	Fläche qkm	Wohnbevölkerung Anzahl	Bevölkerungsdichte Einwohner je qkm
> ländl. Raum	26 646	3 820 171	143,4
davon:			
ländl. Raum i.e.S.	23 729	2 753 232	116,0
Verdichtungs- bereiche	2 917	1 066 939	365,7
Verdichtete Räume	9 095	5 420 912	596,0
davon:			
Verdichtungs- räume	3 393	3 519 218	1 037,1
< Randzonen	5 702	1 901 694	333,5
Baden-Württemberg	35 741	9 241 083	258,6

Langfristige Bevölkerungsentwicklung 1871 - 1984

■ Ländlicher Raum
■ Verdichtungsgebiete
im Ländlichen Raum

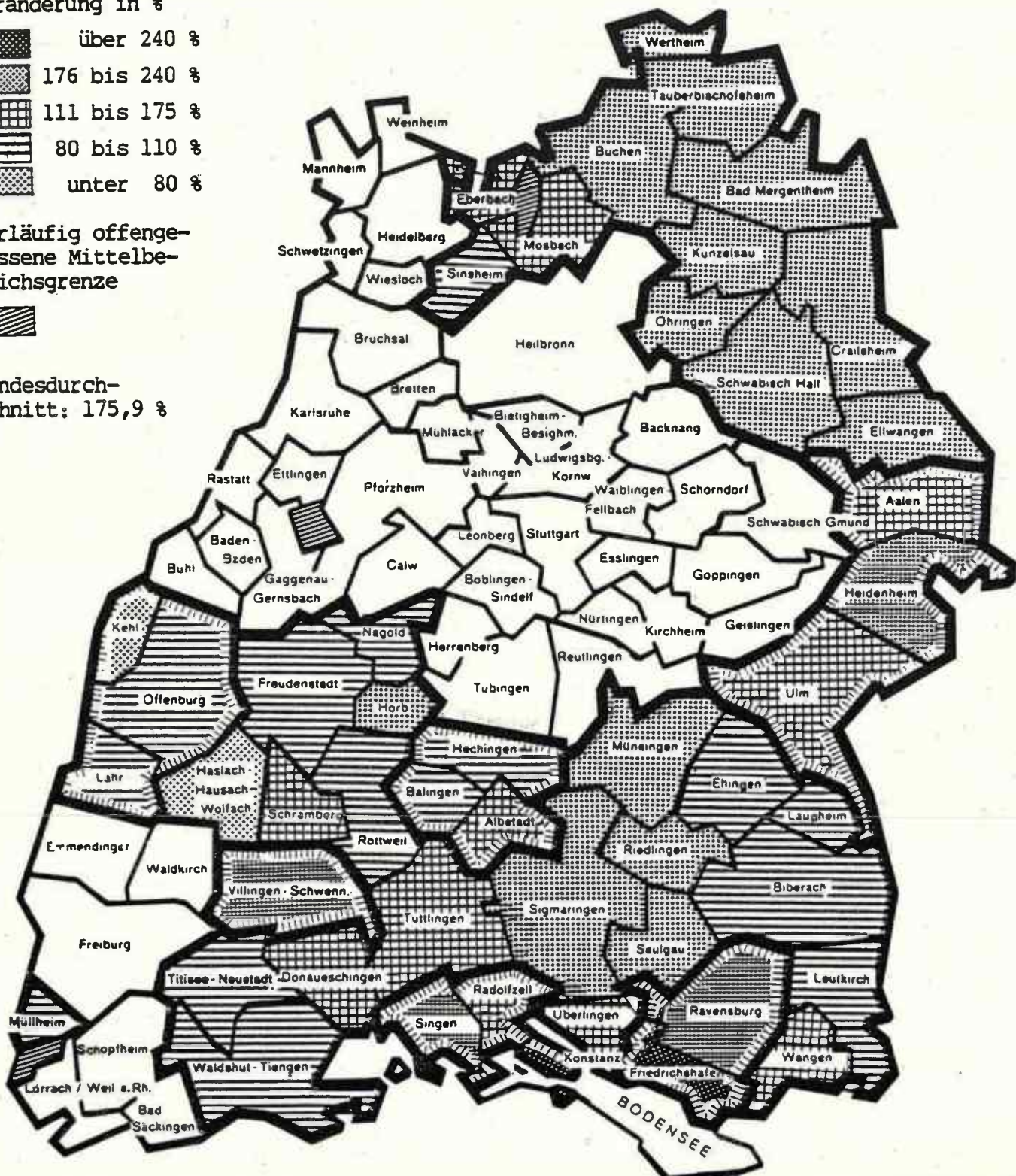
Veränderung in %

■	über 240 %
■	176 bis 240 %
■	111 bis 175 %
■	80 bis 110 %
■	unter 80 %

Vorläufig offenge-
lassene Mittelbe-
reichsgrenze



Landesdurch-
schnitt: 175,9 %



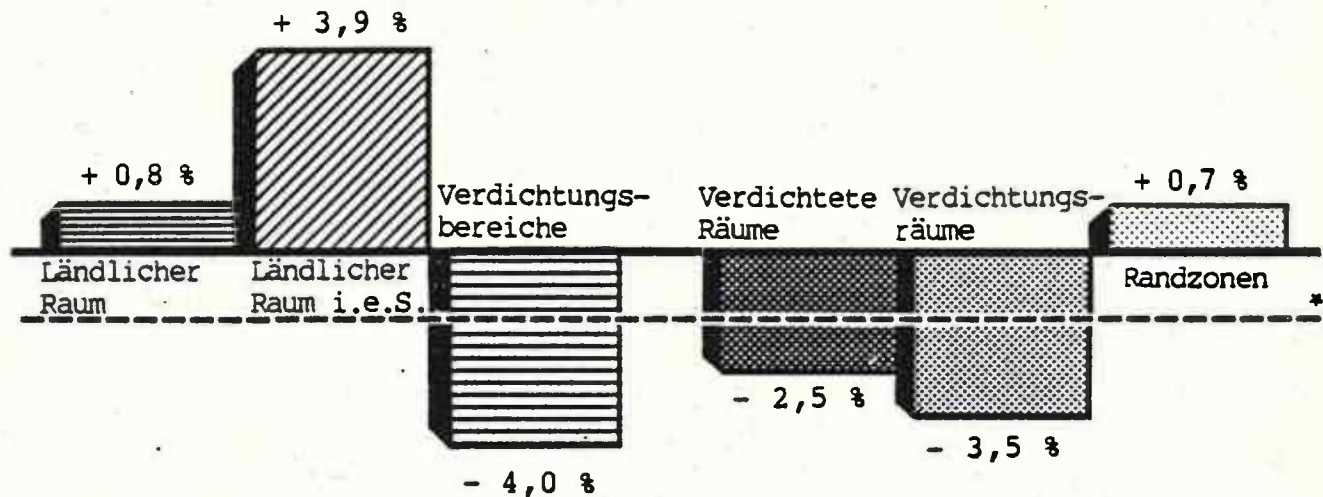
Langfristige Bevölkerungsentwicklung 1871 - 1984

Die Ursachen des heutigen Bevölkerungsrückstands im ländlichen Raum reichen weit zurück. Von 1871 bis vor dem 2. Weltkrieg hat die Abwanderung großer Teile der nachwachsenden Bevölkerung in die aufstrebenden Industrieräume die Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum geschwächt. In einzelnen Gebieten waren bis zum 2. Weltkrieg jahrzehntelang die Abwanderungsverluste wesentlich größer als der gesamte hohe Geburtenüberschuß. Nach vorübergehendem Zustrom von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in die Abwanderungsgebiete setzte sich der Abwanderungstrend zum Teil wieder fort.

Diese Entwicklungen führten zu einer geringeren Einwohnerzahl im ländlichen Raum, die lange Zeit den Ausbau der Infrastruktur - eine Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen - erschwerte.

Dabei variiert die Bevölkerungsdichte im ländlichen Raum beträchtlich. (Siehe Schaubild Seite 25)

Entwicklung der Beschäftigten im ländlichen Raum



* Landesdurchschnitt - 1,3 %.

Während im ganzen Land die Zahl der Beschäftigten um 1,3 % zurückgegangen ist, hat die Beschäftigtenzahl in ländlichen Räumen um 0,8 % zugenommen. In den verdichteten Räumen ist sie dagegen um 2,5 % zurückgegangen.

Dabei hatten die Verdichtungsgebiete und der ländliche Raum i.e.S. eine gegenläufige Entwicklung zu verzeichnen. In ländlichen Räumen ist die Zahl der Beschäftigten um 3,9 % gestiegen, während sie in den Verdichtungsgebieten des ländlichen Raums um 4% abgenommen hat.

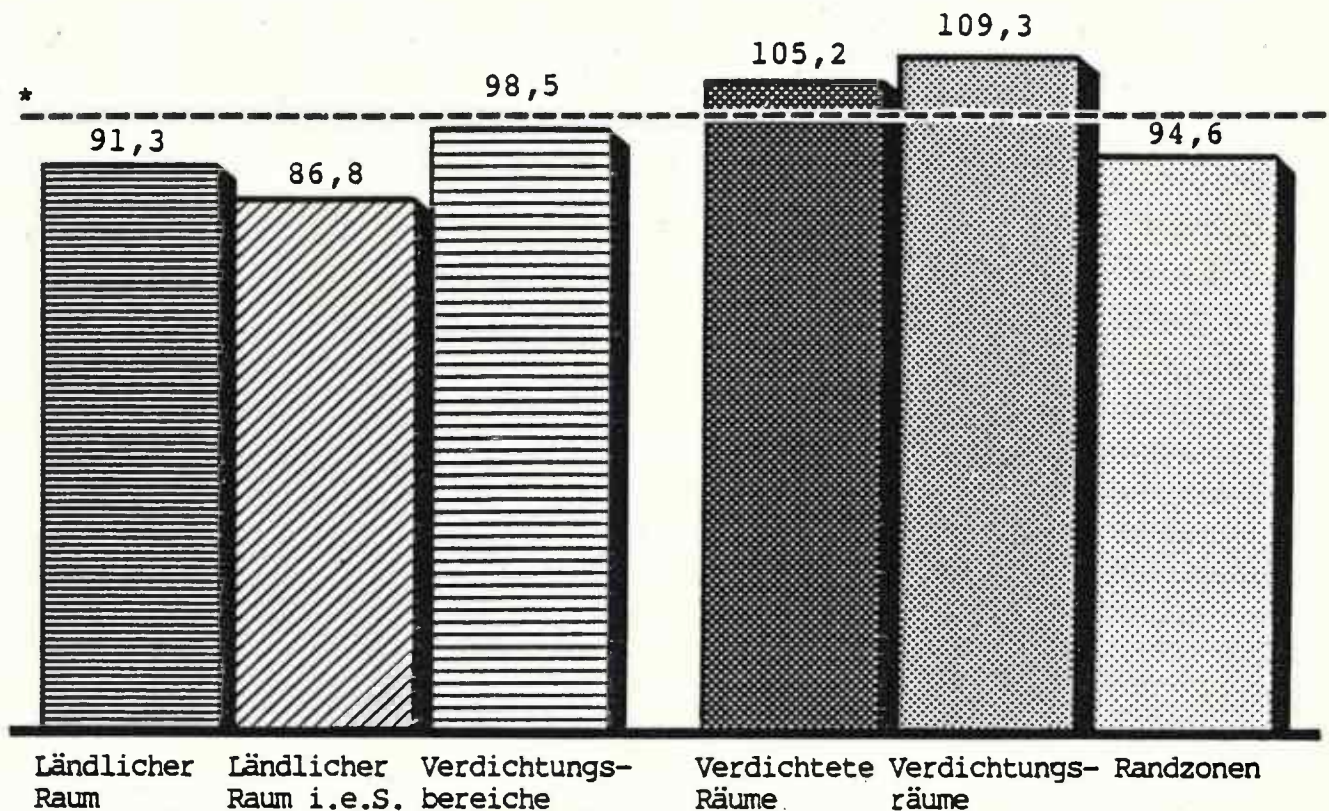
Entwicklung der Beschäftigten

im Verarbeitenden Gewerbe 1978 - 1984

(für Baden-Württemberg absolut und in Prozent)

Branche	Veränderung der Beschäftigten 1984/1978				
	Verdich- tungsbe- reiche	ländli- cher Raum i.e.S.	Verdich- tungs- räume	Rand- zonen	Baden- Württem- berg
	Anzahl (Prozent)				
Gew.u.Verarb.von Steinen u.Erden	- 410 (-15)	- 274 (- 3)	- 2481 (-28)	- 542 (-8)	- 3707 (-14)
NE-Metallerzeugung	+ 198 (+ 3)	+ 57 (+ 6)	- 2141 (-36)		- 1886 (-14)
Gießerei	- 1888 (-28)	+ 1140 (+32)	- 2156 (-39)	- 468 (-16)	- 3372 (-18)
Chemische Industrie	+ 1657 (+31)	+ 2162 (+20)	+ 138 (+ 1)	+ 412 (+ 3)	+ 4369 (+ 7)
Holzbearbeitung	- 151 (-14)	- 916 (-14)	- 422 (-29)	+ 7 (+0,4)	- 1482 (-14)
Zellstoff-, Papier- u. Pappeerzeugung	- 183 (+13)	- 916 (-18)	- 72 (- 2)	- 842 (-20)	- 2013 (-14)
Gummiverarbeitung	- 102 (-39)	- 64 (- 8)	- 733 (- 5)	+ 237 (+14)	- 662 (- 4)
Ziehereien, Kalt- walzwerke	- 292 (- 6)	- 621 (- 4)	- 2947 (-29)	- 788 (-17)	- 4648 (-13)
Stahl- u.Leicht- metallbau	- 131 (- 8)	+ 877 (+28)	- 879 (- 7)	+ 506 (-22)	+ 373 (+ 2)
Maschinenbau	- 1717 (- 4)	+ 967 (+ 2)	-12022 (-10)	+ 3129 (+11)	- 9643 (- 4)
Straßenfahrzeugbau	- 3370 (-14)	+ 1013 (+ 7)	+12687 (+10)	+ 1710 (+ 6)	+12040 (+ 6)
Elektrotechnik	- 7426 (-22)	+ 278 (+ 1)	- 6162 (- 5)	+ 682 (+ 2)	-12628 (- 5)
Feinmechanik, Optik, Uhren	- 5842 (-32)	- 4430 (-24)	- 1183 (- 8)	- 3070 (-27)	-14525 (-23)
Herst.v.EBM-Waren	- 30 (-0,6)	+ 1713 (+10)	- 3537 (-14)	- 1471 (- 9)	- 3325 (- 5)
Musikinstrumente, Spielwaren usw.	- 32 (- 1)	- 1450 (-35)	- 70 (- 1)	- 2431 (-21)	- 3983 (-17)
Glasherstellung	- 2 (-0,2)	- 207 (- 4)	- 329 (-24)	- 442 (-44)	- 980 (-12)
Holzverarbeitung	- 936 (-28)	- 2606 (-10)	- 2451 (-25)	- 1875 (-19)	- 7868 (-16)
Papier-u.Pappe- verarbeitung	- 113 (- 4)	- 251 (- 6)	- 2488 (-21)	- 127 (- 3)	- 2979 (-14)
Druckerei, Vervielfältigung	+ 352 (+ 5)	+ 353 (+ 8)	- 2411 (-13)	+ 267 (+ 8)	- 1439 (- 4)
Herstellung von Kunststoffwaren	+ 163 (+ 4)	+ 3436 (+29)	+ 3400 (+33)	- 1259 (-13)	+ 5740 (+16)
Lederverarbeitung	- 371 (-59)	- 471 (- 9)	- 2442 (-33)	- 323 (-22)	- 3607 (-25)
Textilgewerbe	- 3771 (-16)	- 7453 (-22)	-10144 (-40)	- 4735 (-22)	-26103 (-25)
Bekleidungsgewerbe	- 837 (-19)	- 3490 (-25)	- 2649 (-25)	- 1719 (-22)	- 8695 (-24)
Nahrungs-u.Genuß- mittelindustrie	- 622 (- 7)	- 730 (- 6)	- 2476 (- 9)	- 40 (- 1)	- 3868 (- 7)

Löhne und Gehälter je Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe



* Baden-Württemberg = 100.

Die Löhne und Gehälter je Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe (Industrie und produzierendes Handwerk) weisen zwischen den Räumen Baden-Württembergs gleichfalls erhebliche Unterschiede auf.

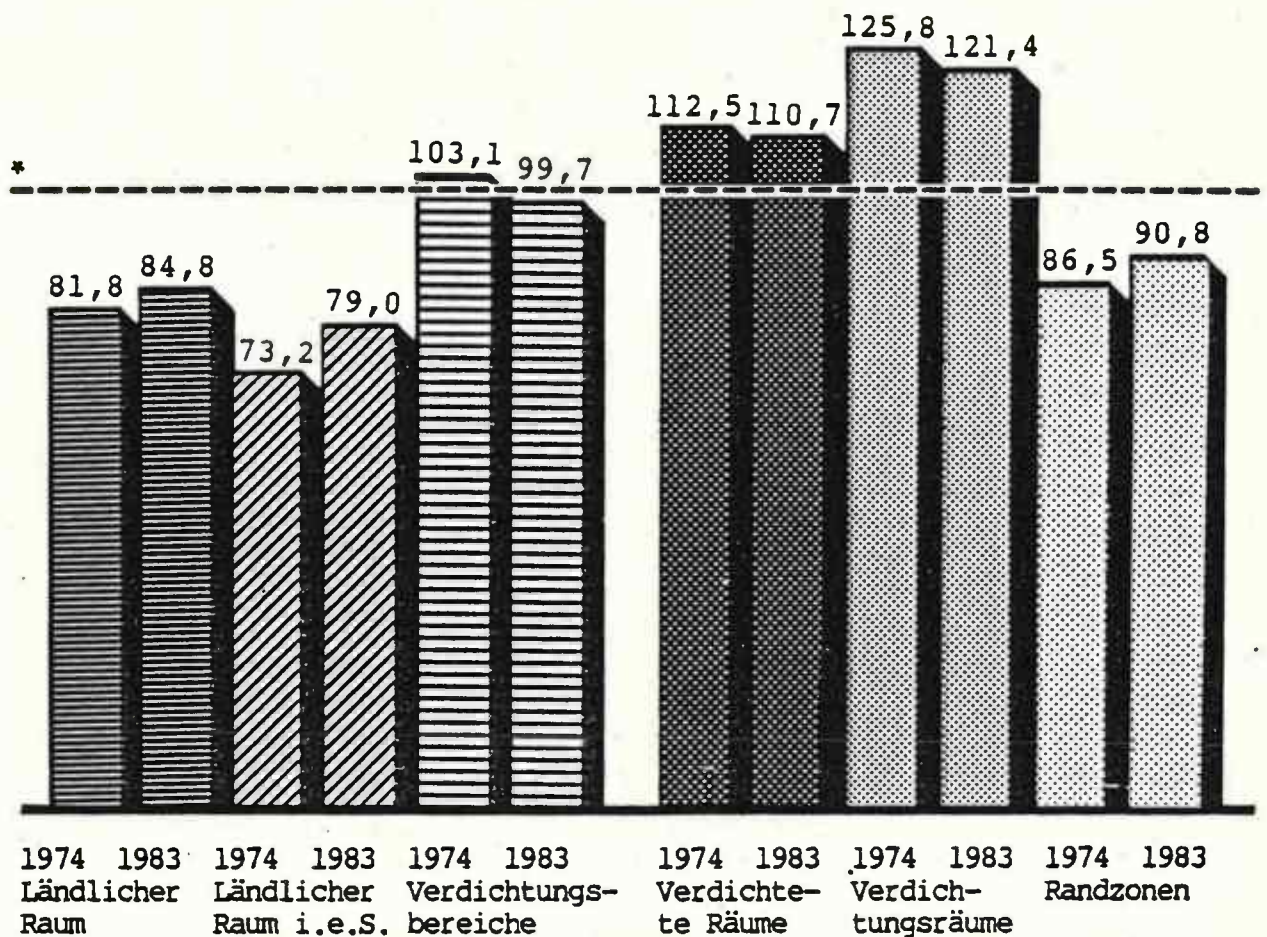
Im Jahr 1984 beliefen sich die Löhne und Gehälter im Verarbeitenden Gewerbe im Landesdurchschnitt auf 40.329,- DM. Im ländlichen Raum wurden 91 % dieses Durchschnitts erreicht. Dabei kamen die Verdichtungsgebiete nahezu an den Landesdurchschnitt, während im ländlichen Raum i.e.S. nur 87 % dieses Durchschnitts erreicht wurde.

Die wichtigsten Gründe für diese Unterschiede sind die Branchenstrukturen eines Raums. So wurden 1984 in der chemischen Industrie 45.700,00 DM und im Fahrzeugbau 43.900,00 DM erreicht, während der Durchschnitt der Lohn- und Gehaltssumme im Textilgewerbe nur auf 29.900,00 DM und im Bekleidungsgewerbe gar nur auf 24.500,00 DM kam.

Erhebliche Bedeutung kommt auch den Unterschieden in der Struktur der Beschäftigten zu. So findet man z.B. in den Verdichtungsgebieten hoch bezahlte Positionen, die es im ländlichen Raum i.e.S. nicht oder nicht in diesem Umfang gibt.

Steuerkraft je Einwohner

(Baden-Württemberg = 100)

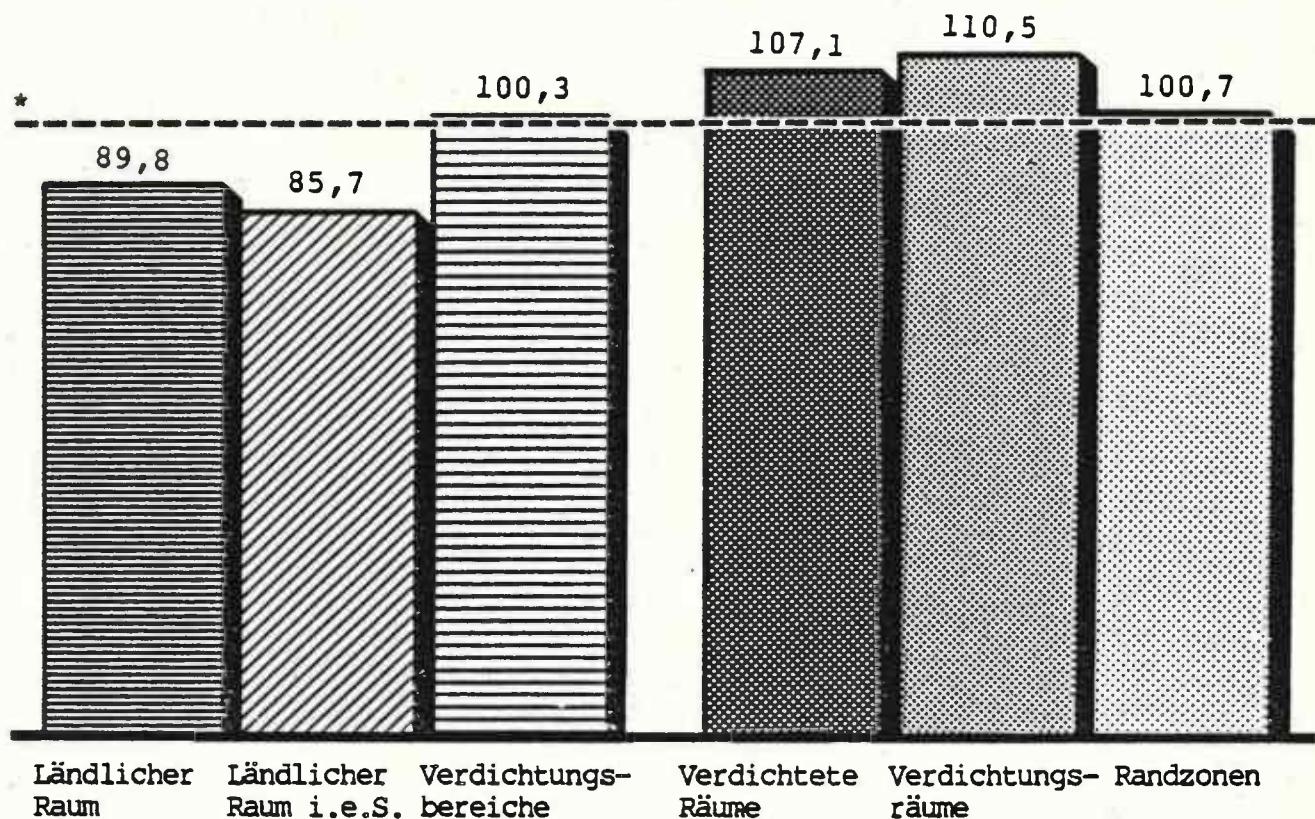


* Baden-Württemberg = 100.

Die Steuerkraft in DM je Einwohner lag im Jahr 1983 in den verdichteten Räumen 11% über dem Landesdurchschnitt, im ländlichen Raum lag sie 15% darunter. Dabei entsprach die Steuerkraft in den Verdichtungsbereichen im ländlichen Raum fast genau dem Landesdurchschnitt, während der ländliche Raum i.e.S. nur einen Wert von 79 % des Landesdurchschnitts erreichte, also 21 % unter dem Durchschnitt lag.

Gegenüber 1974 sind die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der einzelnen Räume geringer geworden. Lag 1974 zwischen dem ländlichen Raum und den verdichteten Räumen noch eine Spanne von 31 Prozentpunkten, so ist diese 1984 auf 26 Prozentpunkte geschrumpft. Die Spanne zwischen dem ländlichen Raum i.e.S. und den Verdichtungsräumen ist von 53 Prozentpunkten auf 42 Prozentpunkte zurückgegangen.

Einkünfte je Einwohner 1980

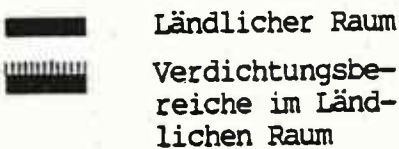
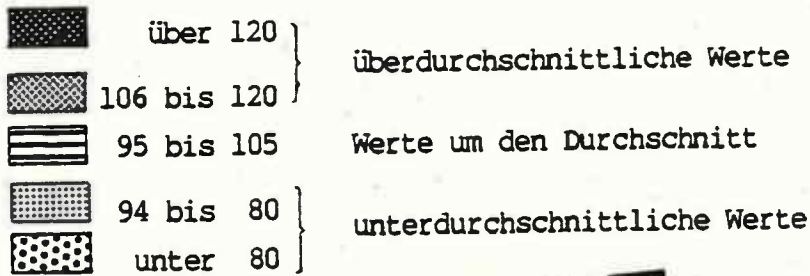


* Baden-Württemberg = 100.

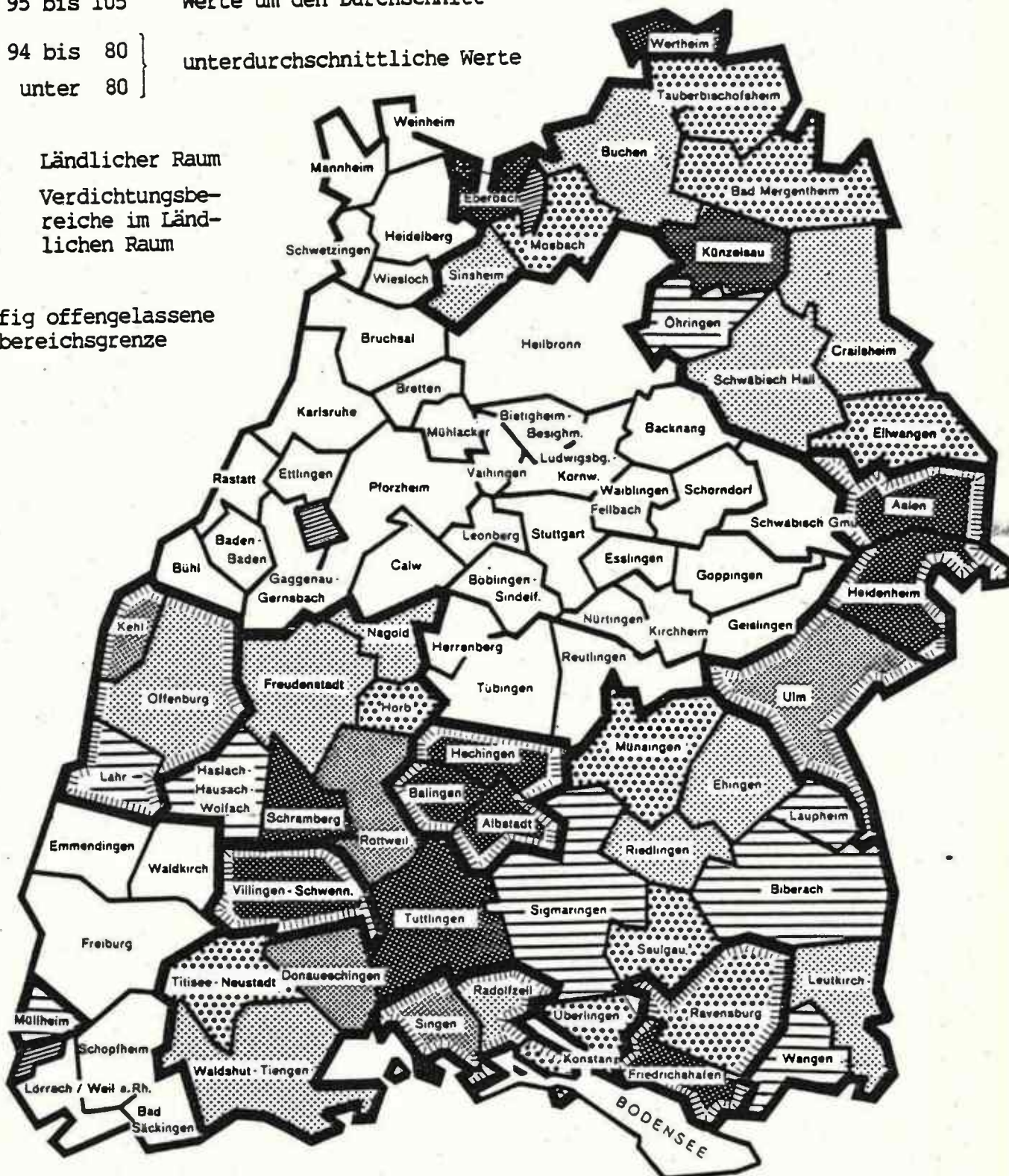
Die Einkünfte je Einwohner zeigen zwischen den einzelnen Räumen eine ähnliche Streuung an wie die der Löhne und Gehälter im Verarbeitenden Gewerbe. 1980 lagen die Einkünfte im ländlichen Raum 10% unter dem Landesdurchschnitt und damit 17 Prozentpunkte unter den Einkünften in den Verdichteten Räumen. Der ländliche Raum i.e.S. brachte es sogar nur auf 86 % des Landesdurchschnitts und lag damit 25 Prozentpunkte unter den Verdichtungsräumen.

Diese großen Einkommensunterschiede lassen denSchluß zu, daß die Qualität der Arbeitsplätze im ländlichen Raum geringer ist als die Qualität der Arbeitsplätze in den Verdichtungsräumen.

Industriedichte im ländl. Raum



Vorläufig offengelassene
Mittelbereichsgrenze



Grundlage der Berechnung ist der Durchschnitt der Beschäftigten je 1000 Einwohner, der im ländlichen Raum 163 beträgt und gleich 100 gesetzt wird. Demgegenüber liegt der Landesdurchschnitt bei 172 Beschäftigten je 1000 Einwohner.

In den Bereichen, in denen die Industriedichte 20 % und mehr unter dem Durchschnitt des ländlichen Raums liegt, muß von einer ungünstigen Entwicklung gesprochen werden.

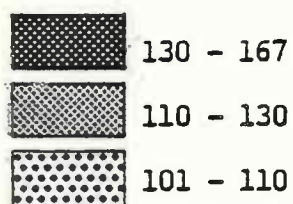
Zusammenfassende Bewertung

Geburtensaldo - Wanderungssaldo und Einwohnerdichte

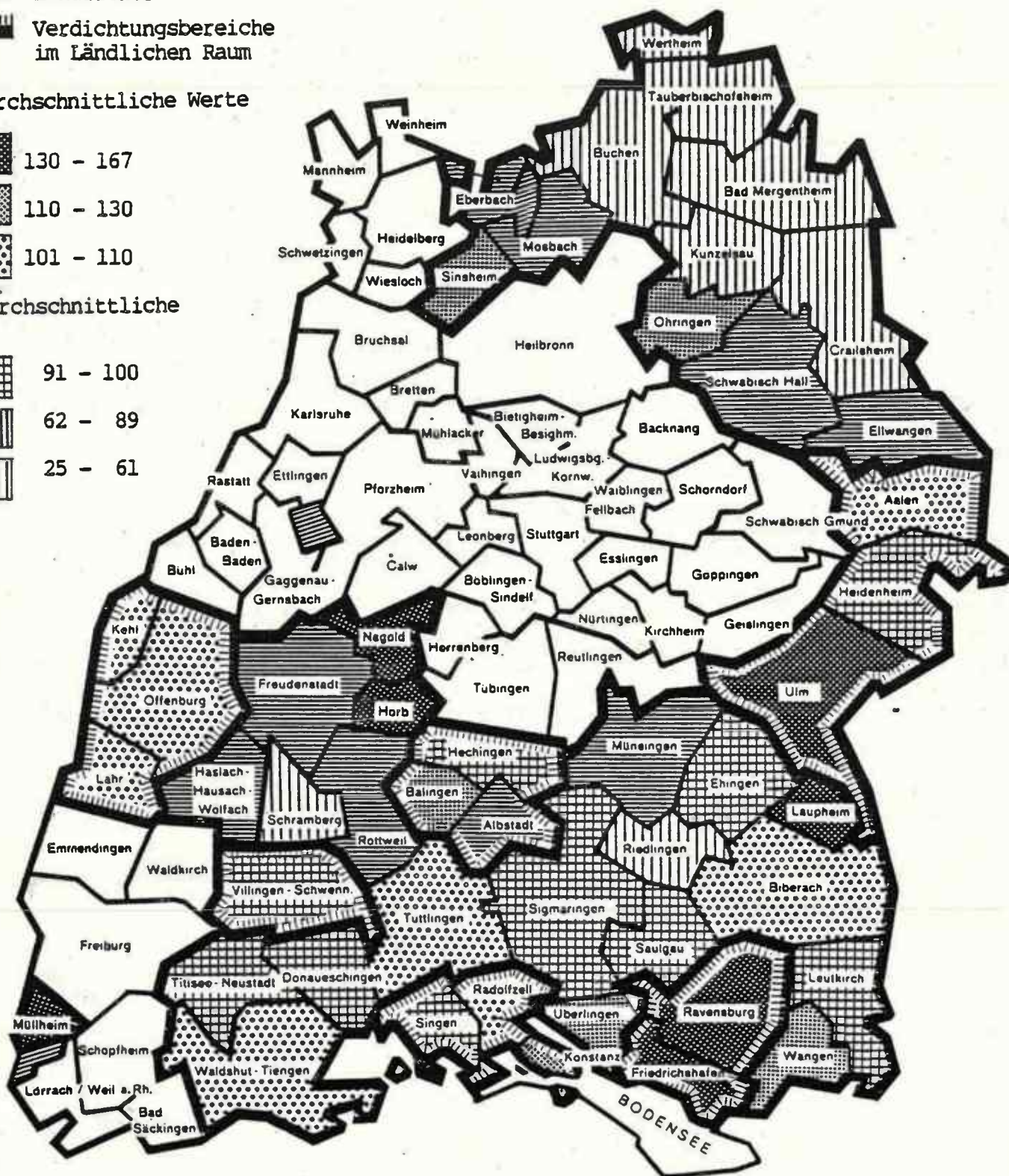
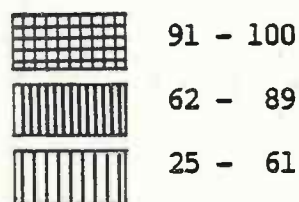
 Ländlicher Raum

 Verdichtungsgebiete
im Ländlichen Raum

Überdurchschnittliche Werte



~~Unter-~~
überdurchschnittliche
Werte



Vorläufig offengelassene Mittelbereichsgrenze

Zusammenfassende Bewertung

Geburtensaldo - Wanderungssaldo - Einwohnerdichte

Faßt man in der Bewertung der demographischen Situation im ländlichen Raum die Ergebnisse der Geburtenbilanz, der Wanderungsbilanz und der Bevölkerungsdichte zusammen, so ergibt sich ein realistisches Bild der Situation im ländlichen Raum.

Dabei kennzeichnet die niedrigste Summe den "schlechtesten" Bereich. Grundlage der Berechnung bildet der Durchschnitt des ländlichen Raums (= 100). Den niedrigsten Wert mit 25 erreicht dabei Buchen, den höchsten mit 167 der Bereich Friedrichshafen.

Unter demographischen Gesichtspunkten müssen die Bereiche als problematisch angesehen werden, die unter dem Durchschnitt des ländlichen Raums liegen. Dabei zeichnen sich drei größere Bereiche ab:

Der Nordosten und Osten des Landes

Das Gebiet an Donau und Alb

Das Gebiet im mittleren bis südlichen Schwarzwald

Abgrenzung von Regionen mit agrarstrukturellen Entwicklungsdefiziten

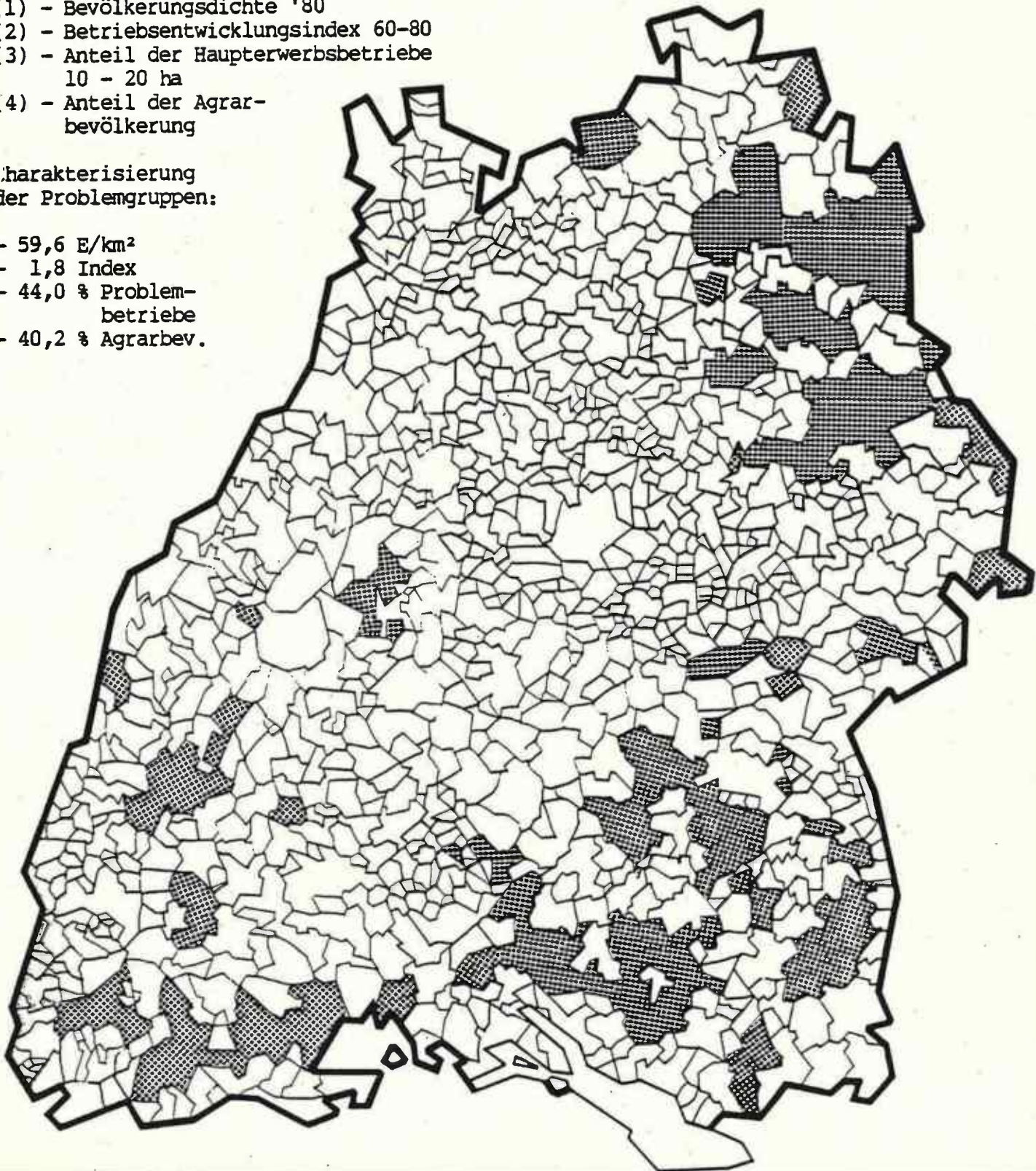
Mit Hilfe der statistischen Auswertungsergebnisse auf der Basis Bevölkerungsdichte, Betriebsentwicklungsindex, Anteil der landw. Haupterwerbsbetriebe und auf der Basis der Agrarbevölkerung, wurden 763 Gemeinden in Baden-Württemberg herausgefiltert, die einen besonderen Bedarf an Erwerbsalternativen zur Landwirtschaft haben. Standorte dieser Gemeinden siehe Schaubild:

Abgrenzungskriterien:

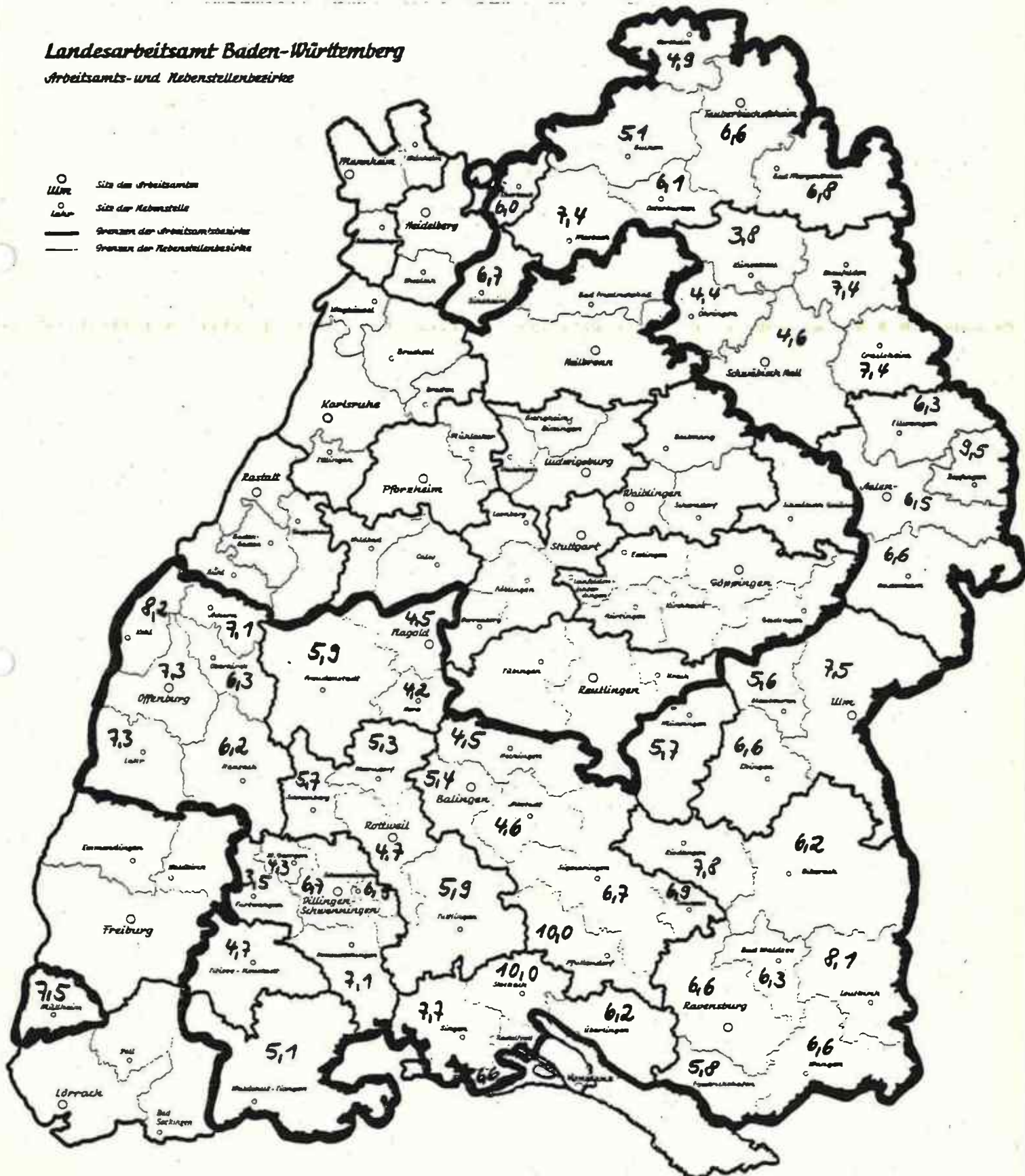
- (1) - Bevölkerungsdichte '80
- (2) - Betriebsentwicklungsindex 60-80
- (3) - Anteil der Haupterwerbsbetriebe
10 - 20 ha
- (4) - Anteil der Agrar-
bevölkerung

Charakterisierung der Problemgruppen:

- 59,6 E/km²
- 1,8 Index
- 44,0 % Problem-
betriebe
- 40,2 % Agrarbev.



Arbeitsamts- und Nebenstellenbezirke



Zur aktuellen Situation

von Dr. Sicco L. Mansholt

(RKL-Tagung 1988)

Zitat:

"Die europäische Landwirtschaft steht vor einer ungeheuren Aufgabe, die weit über die finanziellen und handelspolitischen Aufgaben hinausgeht. Es geht um die Existenz der Bauern oder Untergang. Es ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, denn die Landwirtschaft ist mehr als Produzent. Sie ist in gesellschaftlicher Hinsicht unentbehrlich. Wir wissen alle, es wird nicht alles bleiben können, wie es war. Es werden auch nicht alle bleiben können, die da waren. Es macht aber einen grundlegenden Unterschied, wie die anderen, die weichen müssen, Abschied nehmen aus der Landwirtschaft. Das kann man machen über die Preise, über den Friedhof, man kann es machen mit einer konstruktiven, wohlüberlegten Politik. Alles dies muß geschehen mit einer klaren Sicht auf das, was wir als zukünftige Landwirtschaft in Europa ansehen. Es darf keine Preis- und Marktmanipulationen geben wegen des hohen Druckes, unter dem der Ministerrat wegen der Haushaltsschwierigkeiten steht. Wirklich zukünftige Politik muß für die Landwirtschaft eine Zukunft aufzeigen. Die Sozio-demographischen Probleme werden mit finanziellen Manipulationen nicht gelöst. Was wir brauchen, ist eine abgewogene Politik auf lange Sicht."

Dr. Sicco Leendert Mansholt, geb. 1908,

war 1945 - 1958 holländischer Landwirtschaftsminister

1958 - 1967 Vize-Präsident der EWG-Kommission

1967 - 1972 Vize-Präsident der Kommission der Europ.
Gemeinschaften

1972 Präsident der EWG-Kommission.

Auszug aus den VERHANDLUNGEN der Landessynode Nr. 7/87

1. Sitzung am 19.10.1987

S. 38 ff.

XVIII.a

**Berichte des besonderen Ausschusses
„Beruf-Arbeitswelt-Wirtschaft“:
Probleme der Landwirtschaft und des
ländlichen Raumes**

Präsident Bayer: Wir hören zunächst einen Bericht über Probleme der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes. Es berichtet unser Konsynodaler Ludwig.

Synodaler Ludwig, Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Schwestern und Brüder! Wer ländliche Regionen im Bereich unseres Landes bereist, der mag vielleicht den Eindruck gewinnen, daß hier die Zeit etwas langsamer fortgeschritten ist. Denn er wird vergeblich nach den Anzeichen einer fortschrittlichen Region Ausschau halten, als da sind in den Himmel ragende Silhouetten von Wohn- und Industriegebäuden, großzügig ausgelegte mehrbahnige Fahrbahnen mit ampelgesteuertem Verkehrsfluß sowie ein dichtes Netz öffentlicher Verkehrsmittel. Was der Besucher aber hier antrifft, das sind überschaubare kleine Städte, Dörfer und Weiler, harmonisch eingebettet in die sie umgebende Landschaft. Die Großindustrie hat solche Regionen – aus welchem Grunde auch immer – stets zugunsten der Ballungsgebiete gemieden. Die Menschen dieser Regionen sind geprägt durch Tradition und Lebensart, gezeichnet durch ihre Umgebung. Oberflächlich betrachtet: „eine heile Welt“ – und mancher mag vielleicht versucht sein, diese scheinbare Idylle für erstrebenswert zu halten. Doch der Schein trügt! Denn unter der natürlich

anmutenden Harmonie zwischen Mensch und Natur schwelen Existenzängste und Existenznöte, die dem oberflächlichen Betrachter verborgen bleiben. Eine unter dem Druck weltwirtschaftlicher Verflechtungen und Beeinflussungen durch die europäische Idee betriebene Struktur- und Agrarpolitik hat viele Familien und viele Betriebe in Existenzprobleme getrieben. Betroffen von dieser Entwicklung ist aber nicht nur die Landwirtschaft als solche, mitbetroffen ist der gesamte ländliche Raum mit allen der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereichen. Immerhin wohnen in Baden-Württemberg etwa 40% der Bevölkerung in ländlichen Regionen. Und wenn heute die ländliche Bevölkerung – und da vor allem Landwirte – Wahlen fernbleibt und Landwirte da und dort Protestdemonstrationen veranstalten, so sind das keine grundlosen Mißfallensäußerungen oder spontane Reaktionen auf Verärgerungen, sondern es ist die konsequente Folge einer gewollten strukturellen Entwicklung, deren Auswirkungen, von vielen e. kannt und verfolgt, kontrovers diskutiert, aber trotz allem unaufhaltsam auf die Landwirtschaft zukamen. Doch wie konnte es überhaupt soweit kommen?

1. Die Entwicklung in der Nachkriegszeit

Nach den Kriegsjahren hatte die deutsche Landwirtschaft einen Anpassungsprozeß durchzustehen. Die Technik hielt Einzug in die Betriebe und setzte menschliche Arbeitskräfte frei. Die aufblühende Industrie war aufnahmefähig und nahm die frei werdenden Arbeitskräfte bereitwillig auf. Es war die Zeit der sogenannten „Landflucht“. Der Einzug der Technik auf den landwirtschaftlichen Betrieben wurde verstärkt durch gleichzeitige Fortschritte auf dem Gebiet der Pflanzenforschung, der Pflanzenzüchtung, der Schädlingsbekämpfung und der Anwendung von mineralischem Dünger. Hand in Hand mit dieser „technischen Revolution“ gingen staatliche Struktur- und Förderungsmaßnahmen. In dieser Zeit wurden großflächige Raumordnungs- und Flurbereinigungsverfahren in Angriff genommen, bis hin zu Aussiedlungsverfahren und Dorfsanierungen, besonders hilfreich und besonders wichtig, gerade in Baden-Württemberg, das aufgrund der vorherrschenden Realteilung eine besonders ungünstige Flächenstruktur aufzuweisen hatte. Über allem aber stand der erklärte Wille und die Zusage der Politiker, die deutsche Landwirtschaft erhalten und insbesondere den Familienbetrieb stützen und stärken zu wollen. In diesem Anpassungsprozeß hat sich der landwirtschaftliche Arbeitskräftebesatz um fast zwei Drittel verringert. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich in dieser Zeit mehr als halbiert, und zwar von 1,6 Millionen auf 780.000 Betriebe heute. Viele zu kleine Betriebe gaben ihre Landwirtschaft auf und suchten und fanden ein Einkommen in den Ballungsgebieten. Die Verbleibenden konnten ihre Betriebe stärken, indem sie frei werdende Flächen aufnahmen. Viele konnten ihr Einkommen über einen außerlandwirtschaftlichen Neben- oder Zuerwerb absichern – meist im Baugewerbe oder in ländlichen Industrien. Immerhin hat dieser Prozeß dazu geführt, daß in den Jahren von 1949 bis 1986 die durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebsgröße von 8,06 ha auf 16,32 ha in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg auf durchschnittlich 12 ha (Hektar) angehoben werden konnte. Dadurch konnten die Verbleibenden zunächst ein ausreichendes, wenn auch nicht vergleichbar mit außerlandwirtschaftlichen Einkommen erwirtschaften. Die „Landflucht“ kam zunächst zum Stillstand.

Mit der schrittweisen Verwirklichung der Europäischen Gemeinschaft wurden Grenzen geöffnet und Zölle aufge-

hoben. Unsere heimische Landwirtschaft wurde dadurch plötzlich einem starken Konkurrenzdruck ausgesetzt. Länder mit günstigeren klimatischen Standorten und besseren Strukturen drückten mit ihren Produkten auf den Markt. Die Märkte gaben nach – die Erzeugerpreise stagnierten. Verstärkt wurde diese Tendenz durch die politische Entscheidung, um des sozialen Friedens willen den Verbrauchern preiswerte Nahrungsmittel zu beschaffen. Dadurch wurden der deutschen Landwirtschaft einseitige Opfer abverlangt, einmal durch Festschreibung der Erzeugererlöse, zum anderen mußte die deutsche Landwirtschaft zugunsten der aufblühenden einheimischen Industrie Importe von Agrargütern in Kauf nehmen. Die als Ausgleich zur Verfügung gestellten Subventionen – oft geschmäht und mißverstanden – stellten zu keiner Zeit eine Sonderleistung an die deutsche Landwirtschaft dar, sie dienten vielmehr einzig und allein dem Zweck, dem Verbraucher preiswerte Nahrungsmittel zu sichern. Und spätestens hier wurde der Landwirt in eine verhängnisvolle Sackgasse oder Einbahnstraße gedrängt. Er konnte nur noch überleben, wenn es ihm gelang, seine Erträge jährlich entsprechend den Betriebsmittelkostensteigerungen zu erhöhen. In diesem Zwang zur Produktion um jeden Preis liegt eine der Ursachen für die heutige Überproduktion von nichtverkäuflichen landwirtschaftlichen Produkten. Dieser Zwang zur Anpassung hat die Landwirtschaft aber auch in einen unheilvollen internen Verdrängungswettbewerb gestürzt. Jeder mußte zusehen, seinen Betrieb durch Wachstum um jeden Preis den steigenden Anforderungen anzupassen. „Wachsen oder weichen“ – ein Prozeß, der andauert. Ein Prozeß, der ohne Rücksicht auf Verluste geführt wird. Ein Prozeß, bei dem es Verlierer und Gewinner gibt. Ein Prozeß, bei dem die Dorfgemeinschaft auf der Strecke bleiben muß.

Jeder Betrieb hat da seine eigene Entwicklung hinter sich und wenn man von Landwirtschaft spricht, muß man differenzieren. Denn da ist der eine, der aufgrund seines Standortes und seiner finanziellen Ausstattung alle ihm gebotenen Möglichkeiten ausschöpfen konnte. Da gibt es aber auch den anderen, der eingeeengt in eine enge Flur nie eine reelle Möglichkeit wahrnehmen konnte, oder da ist der andere Betrieb, der aufgrund seiner geringen Größe und seiner schwachen finanziellen Ausstattung nie eine Chance gehabt hat. Insgesamt hat der gewiß erforderliche Struktur Anpassungsprozeß die ländliche Dorfgemeinschaft in eine schwere Krise gestürzt.

2. Die Bedrohung heute

Veränderte politische Landschaften, Verschiebung der Gewichte auf dem Weltmarkt und eine offensichtliche Abkehr von der bisherigen Agrarpolitik drohen alles bisher Erreichte zu gefährden. Neue politische Rahmenrichtlinien, durch Brüssel diktierte Preisabschläge und Beschränkungen – ökonomisch wie ökologisch – haben dazu geführt, daß heute selbst in den für die Zukunft ausgerichteten Betrieben kein ausreichendes Einkommen mehr erwirtschaftet werden kann. Das trifft besonders hart die Betriebe, die, um in Zukunft überleben zu können, nicht unerhebliche Investitionen in ihren Betrieben geleistet haben. Stagnierenden bis fallenden Erzeugererlösen stehen weiter Kostensteigerungen bei den Betriebsmitteln gegenüber. Nach dem Durchschnitt der Jahre 1984, 1985 und 1986 sind die Agrareinkommen der deutschen Landwirtschaft gegenüber dem Stand von Mitte der 70er Jahre um 13% gefallen. In Baden-Württemberg betrug das durchschnittliche Einkommen je Vollerwerbsbetrieb im Wirtschaftsjahr 1983/84 17.132 DM, das sind 19% weniger

als im vorherigen Wirtschaftsjahr 1982/83. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß heute rund 50% der Vollerwerbsbetriebe in Baden-Württemberg existenzgefährdet sind. Nach Aussage des Regierungspräsidiums Karlsruhe leben bereits 44% der buchführenden Betriebe von ihrer Substanz. Man hat errechnet, daß zu den gegenwärtigen Bedingungen 5% der buchführenden Betriebe 100 Jahre bräuchten, um ihre Schulden zu tilgen. 36% dieser Betriebe können ihre Schulden überhaupt nicht mehr tilgen. Kurzfristig ist natürlich ein Leben von und aus der Substanz möglich. Man kann Flächen veräußern und sie wieder zurücpachten und so versuchen, sich zu sanieren – so etwa, wie es in unserer Pflege Schöna u praktiziert wird. Aber auch hier zeigt sich schon eine bedenkliche Entwicklung an. Durch das Überangebot an landwirtschaftlichen Flächen und durch die geringe Kaufkraft landwirtschaftlicher Betriebe hat der Grundstücksmarkt nachgegeben. Schon seit 1985 gehen in Baden-Württemberg die Grundstückspreise für landwirtschaftliche Flächen zurück. Heute ist es schwierig, für rein landwirtschaftliche Grundstücke einen angemessenen Preis zu erzielen. Das hat natürlich Konsequenzen, vor allem auch für die Kreditinstitute: Entwicklungen, die bereits an amerikanische Verhältnisse erinnern. Mitbetroffen von dieser Liquiditätskrise ist neben der Landwirtschaft der gesamte ländliche Raum mit seinem Gewerbe, als da sind Landmaschinenhersteller, Landmaschinenhandel, Landhandel, Einzelhandel und Gastronomie.

3. Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie

Neben der Existenzbedrohung ist der Landwirt unversehens in das Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie geraten. Als Ausdruck der Hilflosigkeit und Ratlosigkeit gegenüber den meist massiert auftretenden ökologischen Schäden in Luft, Wasser und Boden wurden vorwiegend in den Medien übereilte Schuldzuweisungen vorgenommen. Dadurch ist neben der Industrie auch die deutsche Landwirtschaft in ein schiefes Licht geraten. Landwirte sind plötzlich zu Umweltvergiftern, Bodenzerstörern und zu Tierquälern geworden. Dazu ist zu sagen: Grundsätzlich ist der Landwirt von Hause aus an Natur und Umwelt gebunden. Wohl keiner hat bisher wissentlich weder seine Bodenfruchtbarkeit zerstört, noch bewußt die Umwelt mit Schadstoffen angereichert, noch vorsätzlich Tiere gequält. Aber was hat nun den Landwirt zur angeblichen Giftpitze oder zur gefährlichen Chemie greifen lassen? Der Landwirt geriet in produktionstechnische und finanzielle Zwänge durch eine allzu fordernde Anspruchshaltung weiter Verbraucherschichten. Immer bessere, immer anspruchsvollere, immer hochwertigere, mit ausländischen Produkten vergleichbare und vor allem immer preiswertere Nahrungsmittel wurden vom Verbraucher gefordert. Derart preislich festgelegte Nahrungsmittel können nur in einer technologisch und pflanzenbaulich intensiven Landwirtschaft erzeugt werden. Ökologische Belange haben in einer solchen Konzeption keinen Platz. Auf diese Weise ist der Landwirt in diese verhängnisvolle ökologische Sackgasse geraten, die ihm heute so angelastet wird. Man kann nie genug darüber aufklären, daß die Ursachen vieler Umweltprobleme in den überzogenen Anforderungen eines überhöhten Lebensstandards weiter Bevölkerungsschichten liegen.

(Beifall)

Andererseits hat der Landwirt inzwischen erkannt, daß es so nicht weitergehen kann. Er ist heute bereit, umzudenken,

und hat das auch schon in vielen Situationen bewiesen. Allerdings kann diesen Wandel der Berufsstand Landwirtschaft nicht allein vollziehen, es bedarf vielmehr der Mithilfe aller, die an diesem Prozeß mit beteiligt waren. Diese Erkenntnis müßte zu einer Bewußtseinsänderung in der Gesellschaft und in der Bevölkerung führen, einer Änderung, die sich in der Einsicht äußert, für einheimische, für gesunde, für ökologisch einwandfrei erzeugte Nahrungsmittel mehr bezahlen zu wollen oder sogar mehr bezahlen zu müssen. Eine solche Bereitschaft würde nicht nur die bäuerlichen Betriebe stützen, sie würde auch der Erhaltung des ländlichen Raums mit seinen Menschen dienen. Jeder kann durch stichhaltige Argumentation und Diskussion in der Öffentlichkeit dazu beitragen, daß die gewiß notwendige Diskussion wieder sachlich geführt wird. Jeder kann seinen Beitrag dazu leisten, daß die Bevölkerung wieder Vertrauen in die heimische Nahrungsmittelproduktion gewinnt und daß in unserer Gesellschaft das verzerrt gezeichnete Bild des Bauern wieder zurechtgerückt wird.

4. Das Bild des Landwirts in der Gesellschaft heute

Der Landwirt besitzt heute, bedingt durch eine einseitige Betrachtungsweise, ein schlechtes Image in der Gesellschaft. Inwieweit da im Unterbewußtsein die Vorstellung mitspielt, man habe gewisse Vorgänge und Vorkommnisse aus den Jahren unmittelbar nach dem Krieg aufzurechnen, mag dahingestellt bleiben. Viele sehen heute in der Landwirtschaft eine Branche, die man eigentlich gar nicht mehr braucht, da man ja alle Nahrungsmittel preiswert oder preiswerter im Ausland kaufen kann. Folglich ist die Landwirtschaft eine Branche, die den Steuerzahler unnötig belastet.

Aber was muß denn noch alles geschehen, bis die Gesellschaft begreift, daß man das heute so einfach nicht mehr sagen kann. Spätestens seit Tschernobyl müßte eigentlich jedem klar sein, wie fragwürdig und kurzsichtig eine solche Denkweise im Ernstfall werden kann. Und spätestens mit dem Auftreten gravierender ökologischer Schäden in unserer Umwelt kann der Beitrag der Landwirtschaft zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft nicht mehr herausdividiert werden. Wenn unsere Landschaft heute einen hohen Freizeit- und Erholungswert besitzt, so ist dies mit einer Leistung unserer Landwirtschaft,

(Beifall)

die sie neben der Nahrungsmittelerzeugung bisher zum Nulltarif erbracht hat. Daß das in finanziell schwierigen Zeiten einfach so nicht mehr möglich ist, müßte eigentlich jedem mann einleuchten. Die Zeit, in der die Landwirtschaft an den angeblich „verlorenen Zuschüssen“ gemessen wurde, sollte der Vergangenheit angehören – zugunsten einer neuen Betrachtungsweise, die die wahre Bedeutung der Landwirtschaft zur Erhaltung der Umwelt anzuerkennen und auch entsprechend zu honorieren bereit ist.

5. Konsequenzen dieser Entwicklung für den einzelnen

Der Landwirt sieht sich durch die heute geltenden politischen Rahmenbedingungen im Stich gelassen. Er und seine Familie müssen mit ansehen, wie sie Jahr für Jahr ein Stück ihres Eigentums verlieren. Er muß bitter erfahren, daß er seine in harter Arbeit erzeugten Produkte zu kaum kostendeckenden Preisen abgeben muß. Er muß damit fertig werden, daß es ihm auch bei bester Bewirtschaftung nicht gelingt, ein ausreichendes Einkommen für seine Familie zu erwirtschaften, noch seinen sonstigen finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Diese Entwicklung hat viele Landwirte in eine Identitätskrise getrieben, die sich darin äußert, daß sie sich aus der Gesellschaft zurückziehen, sich isolieren, Kontakte abbrechen – auch zur Kirche. Verstärkt wird diese Isolation durch die aus dem rigorosen Wettbewerb innerhalb der Landwirtschaft entstandenen Risse und Spannungen, die Nachbarn entzweit haben und die oft quer durch die eigenen Familien gehen. Nicht zu übersehen ist dabei die menschliche Seite dieser Entwicklung. Kaum ein Außenstehender kann ermessen, welch hoher physischer und psychischer Druck auf diesen Menschen oftmals lastet. Sie, die sich als Bewahrer und Erhalter überkommener Werte verstehen, sehen oft keine Möglichkeit mehr, diese ihre innere Berufung und Beauftragung zu erfüllen. Dazu gesellt sich Verunsicherung durch die verzerrte Wiedergabe des Bildes des Bauern in den Medien. Er, der sich stets in die Schöpfung mit eingebunden wußte, muß plötzlich erleben, daß er in den Medien als Umweltsünder betrachtet und auch so bezeichnet wird. Naturgemäß bleibt dabei das Familienleben und die Familie nicht ungeschoren. Sie müssen erleben, wie hohe Arbeitsleistungen und der Einsatz aller Kräfte oft ohne entsprechenden Lohn bleiben. Kein Wunder, daß viele Menschen in diesen Regionen heute resignieren und daß viele für sich und ihre Kinder dort keine Zukunft mehr sehen.

6. Konsequenzen für den ländlichen Raum

Wenn dieser Entwicklung nicht bald Einhalt geboten werden kann, ist zu befürchten, daß sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe weiter drastisch verringern wird. (Man schätzt, daß von den heutigen 350.000 Vollerwerbsbetrieben noch vielleicht 90.000 übrigbleiben könnten.) Eine derartige Verringerung hätte verheerende Folgen für ländliche Räume. Die vorhandenen Flächen würden von einigen wenigen Großbetrieben bewirtschaftet. Ein großer Teil der heutigen landwirtschaftlichen Betriebe müßte aufgegeben werden, die Landwirte ein Einkommen außerhalb der Landwirtschaft suchen. Da ein solches in ländlichen Regionen meist nicht zu finden sein wird, würde dieser Prozeß eine zweite, weit verhängnisvollere Abwanderungswelle in die Großstädte und Ballungsgebiete auslösen. Bedenklich ist dabei vor allem die Abwanderung der jugendlichen Bevölkerung infolge fehlender qualifizierter Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Die Regionen würden sich entleeren und verarmen. Einer Gemeinschaft würde die Lebensgrundlage entzogen. In solchen Regionen besteht leicht die Gefahr, daß mehrere Faktoren zusammen zu Problemkonzentrationen führen, die zum Verlust der wirtschaftlichen Tragfähigkeit einer Region führen können. So bergen Investitionsdefizit und Arbeitsplatzdefizit die Gefahr der Abwanderung von ganzen Bevölkerungsschichten, die wiederum stagnierende Bevölkerungsentwicklung und Überalterung der Bevölkerung einer Region zur Folge hat. Nicht zu übersehen sind dabei die menschlichen Probleme und sozialen Härten, die der Verlust der Lebensgrundlage für diese Menschen nach sich ziehen würde.

7. Konsequenzen für die Kirche im ländlichen Raum

Der Landwirt und mit ihm seine Familie hat in den Jahren des gewaltsamen Strukturwandels eine Zeit erleben müssen, in der gewachsene Werte, Traditionen und Konventionen entwertet, oft sogar ins Gegenteil gekehrt wurden. Oftmals wurde dabei auch die Kirche jenen Werten zugeordnet, die in die alte Zeit gehören und damit überholt und veraltet sind. Vielleicht glaubte er sogar meinen zu müssen, moderne Betriebsführung und Kirche würden oder müßten

sich gegenseitig ausschließen. Inzwischen ist der Landwirt wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgekehrt. Heute erkennt er die Überbewertung des Machbaren und des unbedingten Fortschritts. Freilich tut sich der Landwirt von seiner Mentalität her schwer, Fehler einzugestehen und falsche Denkart zuzugeben. Die Kirche sollte alles daran setzen, auch ihrerseits diesen Wandel nachzuvollziehen, um mit diesen Menschen auf einer Stufe zu stehen. Sie sollte nicht verdammen, sondern Verständnis zeigen und diesen Menschen den Weg zurück durch eine offene Tür erleichtern – solange die Menschen überhaupt noch zu erreichen sind. Es gilt, durch praktizierte Solidarität einen Zugang zu den Problemen dieser Menschen zu finden. Darum sollte Kirche gerade in ländlichen Räumen präsent bleiben. Gerade dort sollte sie sich auch in Zukunft personell und finanziell engagieren. Es gilt, den Menschen nach dem Verlust einer eigenen Verwaltung, einer eigenen Schule, nach dem Verlust vieler Handwerks- und Mittelstandsbetriebe und der nunmehrigen Existenzbedrohung der Landwirte etwas entgegenzusetzen. Darin würde die Kirche ihrer ursprünglichsten und ureigensten Aufgabe gerecht in dem Bemühen, sich an die Seite der Minderprivilegierten und Entrechteten zu stellen. Vieles in den Bemühungen um die Krise im ländlichen Raum wird in Zukunft davon abhängen, ob es uns gelingt, auf unseren Dörfern eine tragfähige Gemeinschaft zu bilden. Denn wer in einer solchen Gemeinschaft steht, hat der Resignation auch angesichts wachsender Schwierigkeiten etwas entgegenzusetzen. Hilfreich und segensreich wirkte sich in den zurückliegenden Jahren die Arbeit des kirchlichen Dienstes auf dem Lande aus. Diesem Dienst ist es durch praktizierte Solidarität und Hinführung der betroffenen Menschen an die Botschaft des Evangeliums immer wieder gelungen, diese Menschen neu zu motivieren und zu ermutigen und sie in eine Glaubens- und Solidargemeinschaft zu führen, die Mutlose und Schwache mitzutragen vermag. An dieser Stelle sei diesem Dienst mit all seinen Mitarbeitern im Namen der Betroffenen für die geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren herzlich gedankt.

(Beifall)

Insgesamt sollte die Kirche in ihrem öffentlichen Auftreten versuchen, mehr als bisher in ihrer Argumentation eine einheitliche Zielrichtung erkennen zu lassen.

8. Was kann in dieser Situation der Landwirt selbst tun?

Sicher ist eine Flucht in Resignation keine Lösung, auch nicht ein Rückzug in eine schwärmerische Naturromantik (die es eigentlich nie so gegeben hat) oder in einen ungebrochenen Naturzustand. Vielmehr muß in dieser kritischen Zeit jeder landwirtschaftliche Betriebsinhaber seine betriebliche Lage ehrlich gegen sich selbst, aber auch gegenüber seinen Kindern einschätzen und entsprechend handeln. Wer zu dem Schluß kommt oder kommen muß, daß seine Basis nicht ausreichend ist, muß handeln, bevor ihm das Handeln aufgezwungen wird. Wer die Möglichkeit findet, sollte sich rechtzeitig mit einem Nebenerwerb oder Zuerwerb anfreunden. Wer dagegen seinen Betrieb weiterführen muß und kann, muß sich um perfekte Produktionsverfahren bemühen. Er muß versuchen, eine neue Konzeption zu entwickeln, indem er die Kräfte, die ihm die Natur kostenlos zur Verfügung stellt, wieder in seinen Dienst nimmt (integrierter Pflanzenschutz). Aufwand und Ertrag müssen dabei wieder in eine sinnvolle Relation gebracht werden (Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs). Mehr als bisher müssen in diese Überlegungen

ökologische Belange und Umweltforderungen einbezogen werden. Für einige Betriebe kann sich durchaus eine biologisch-organische Bewirtschaftung anbieten, soweit ein Markt für solche Produkte vorhanden ist. Für einige Landwirte gibt es sicher in Zukunft verstärkt Möglichkeiten und Chancen, im Rahmen des Landschaftsschutzes bzw. der Umweltpflege einen Zuerwerb oder gar Vollerwerb zu finden.

9. Was ist nun von einer künftigen Agrarpolitik zu erwarten?

Zu erwarten ist eine Sicherung und nachhaltige Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen. Nur dadurch kann die bisherige Agrarpolitik mit dem Schwerpunkt auf dem Erhalt des bäuerlichen Familienbetriebs eingelöst und fortgesetzt werden und der ländliche Raum lebensfähig bleiben.

Lassen Sie mich zu Ihrer Information aus meiner Sicht als praktischer landwirtschaftlicher Betriebsleiter Maßnahmen und Instrumentarien vorstellen, die zur Lösung der Probleme beitragen könnten. Natürlich gibt es bei diesen Bemühungen nicht die *eine* gute Lösung, sondern ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Erreichung des gesteckten Ziels. Fest steht, daß eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen über eine aktive Preispolitik *allein* nicht machbar ist. Unser Preisgefüge wird weiterhin sehr stark durch das Weltmarktniveau beeinflußt werden. Verstärkt wird dieser Druck durch die engen Grenzen einer weiteren Absatzförderung innerhalb der EG (demokratische Entwicklung) oder durch die fehlende Kaufkraft kaufwilliger Länder außerhalb der EG.

Das Haupterschweris unserer deutschen Landwirtschaft liegt in der strukturellen und standortbedingten Benachteiligung innerhalb der EG, die seitens dieses Gremiums einfach nicht zur Kenntnis genommen wird oder genommen werden kann. Hilfreich wäre, in Abkehr von der bisherigen Praxis, künftige agrarpolitische Maßnahmen zu regionalisieren, das heißt für benachteiligte Strukturen und Standorte müssen nationale Stützungen möglich werden.

Desgleichen sollte eine weitere Strukturverbesserung angestrebt werden, allerdings nicht in Richtung großer Konzentrationen – zu deutlich steht das negative Beispiel der Landwirtschaft in den USA vor Augen –, sondern Strukturwandel in Richtung zu mehr Zu- und Nebenerwerb kleinerer, bäuerlicher Betriebe, sofern dies der jeweilige Standort zuläßt. Voraussetzung dafür wäre jedoch eine Verbesserung der Infrastruktur in den ländlichen Räumen.

Der Landwirt sollte, zumindest als Übergangslösung, für seine Arbeit als Landschaftspfleger und Erhalter durch direkte Einkommensübertragungen entlohnt werden – als Übergangslösung wohlgerne, denn ich meine, erklärtes Fernziel sollte sein, daß ein Landwirt wieder von seiner Arbeit und dem Verkauf seiner Produkte leben kann. Den verbleibenden Betrieben im Haupteberwerb kann durch eine weitere Strukturverbesserung das Überleben erleichtert werden. Um jedoch ungesunde Konzentrationen zu vermeiden, sollten gewisse Bestandsobergrenzen in der Veredlungswirtschaft und eine Begrenzung der landwirtschaftlichen Flächen eingeführt werden. Einer verbesserten Strukturpolitik muß eine bessere Sozialpolitik folgen – hier sind bereits gute Ansätze zu erkennen. Dazu gehören Ausgleichszahlungen für Beschränkungen in Wasserschutzgebieten und Zuschüsse für von Natur benachteiligte Gebiete. Auch hier sind, besonders in Baden-Württemberg, schon gute Ansätze zu erkennen.

Eine gewisse Entlastung der Märkte können Nutzungsänderungen bewirken, etwa der Anbau von Wintertraps und Leguminosen.

Eine kleine Marktentlastung kann die Umwidmung von Flächen zum Zwecke des Landschafts- und Naturschutzes bringen.

Selbstverständlich muß ein Teil unserer Überschüsse jederzeit zur Abwendung von Katastrophen in Ländern der Dritten und Vierten Welt oder wo auch immer zur Verfügung stehen und dorthin gebracht werden können.

Doch all die genannten Maßnahmen reichen meines Erachtens nicht aus, eine langfristige und grundsätzliche Verbesserung der landwirtschaftlichen Situation herbeizuführen. Das Hauptproblem, die Beseitigung bzw. Nichtproduktion von unverkäuflichen Agrargütern, kann damit nicht beseitigt werden, besonders die Überproduktion bei Getreide – für die die erforderlichen Lagerungs- und Vermarktungskosten einfach nicht mehr zu finanzieren sind. Das Hauptbestreben künftiger Agrarpolitik muß daher darin bestehen, innerhalb der EG ein Marktgleichgewicht zu schaffen. Erzeugung und Verbrauch, Angebot und Nachfrage müssen wieder in eine vernünftige und gesunde Relation gebracht werden. Die EG, bis in die 60er Jahre Importland für Getreide, erzeugt heute ca. 120% des Bedarfs. Diese Überproduktion entsteht unter anderem durch die jährliche Einfuhr von ca. 15 Millionen t Substituten (Futtermittel) aus Drittländern. Diese Importe verdrängen die Verfütterung inländischen Getreides, da sie zollfrei eingeführt und dadurch preiswerter einzusetzen sind als heimisches Getreide. Mit diesen Importen muß die deutsche Landwirtschaft jedoch leben, da sie einerseits durch die GATT-Verträge (General Agreement on Tariffs and Trade) abgesichert und zum anderen für unsere Industrie als Gegenleistung für Exporte lebensnotwendig sind. Es gibt mittelfristig keinen anderen Weg, als ca. 20% der Getreideflächen aus der Produktion zu nehmen. Oberflächlich betrachtet scheint dafür zunächst die Umwidmung dieser Flächen zur Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen oder eine alternative Erzeugung *die* Lösung zu sein. Leider muß diese Vorstellung zunächst eine theoretische Möglichkeit bleiben, denn dieses Konzept kann erst dann zur Wirkung gelangen, wenn die Gesellschaft bereit ist, es finanziell mitzutragen. Die Erzeugung von solchen Rohstoffen kann daher heute noch kein Instrument zur Entlastung der Märkte sein. Es fehlt an entsprechenden Rahmenbedingungen, es fehlen die erforderlichen Technologien, es fehlt an den entsprechenden Forschungen. Es fehlt aber meines Erachtens auch der Wille der Politiker, sich konsequent und energisch genug auch gegen den Widerstand von Interessengruppen einzusetzen. Gleichwohl sollte hier und heute eingesetzt werden in der Züchtung und Forschung, in der Entwicklung neuer Technologien und in der Entwicklung eines brauchbaren finanziellen Konzepts, das Steuerausfälle auf der einen und sinnvolle Erzeugung – also Nutzung des eigenen Bodens, des eigenen Kapitals und der Arbeitskraft im Lande – auf der anderen Seite in Einklang bringen kann. Wenn dies gelingt, kann die Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen eine gute Alternative werden, allerdings als Möglichkeit nicht für morgen, sondern für übermorgen. Möglichkeiten alternativer Erzeugung finden Sie in der Ihnen vorliegenden Anlage zu diesem Bericht (hier nicht abgedruckt).

Bis dahin bleibt es meines Erachtens unumgänglich, Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion zu nehmen.

Ein solches Programm muß jedoch durch Importbeschränkungen und Importverbote gestützt werden, ansonsten wird es unterlaufen und bleibt ohne die erhoffte Wirkung. Natürlich bin ich mir der großen Problematik eines solchen Programms bewußt. Ich weiß, daß es in der Praxis sehr schwer zu handhaben und noch viel schwerer zu überwachen ist, aber ich sehe darin unter allen erwogenen Maßnahmen das kleinere Übel.

Denn gelingt ein solches Programm nicht, dann gibt es eigentlich nur noch zwei Möglichkeiten zur Herstellung des Marktgleichgewichts: Entweder eine drastische Senkung der Preise auf Weltmarktniveau oder eine Kontingentierung auf allen Gebieten. Eine drastische Senkung der Preise würde tatsächlich „amerikanische Verhältnisse“ für unsere Landwirtschaft heraufbeschwören. Eine Kontingentierung aller Anbauprodukte würde gleichfalls zu Flächenstillegungen führen, da eine Produktion über das vorhandene Kontingent hinaus unwirtschaftlich und uninteressant sein würde.

10. Ausblick auf die Zukunft

Lassen Sie mich nach all den bedrängenden und pessimistischen Vorstellungen eine einzige positive Perspektive aufzeigen.

Die Entwicklung der Weltbevölkerung stellt sich etwa so dar:

um Christi Geburt	150 Millionen Menschen
um 1830	1 Milliarde Menschen
um 1975	5 Milliarden Menschen
um 2000	voraussichtlich 6 Milliarden Menschen

Diese aufgezeigte Entwicklung spricht für die Nahrungsmittelproduktion und für die Landwirtschaft.

11. Warum dieses Referat?

Sie mögen nun sagen: „Was geht uns das an als Landessynode? Warum interessiert uns das als Kirche? Was haben wir überhaupt damit zutun? Warum dieses Referat?“

Unsere Landeskirche wird insofern stark berührt, als viele unserer Gemeindeglieder in ländlichen Bezirken wohnen und von diesen Problemen betroffen sind. Wir müssen uns als Kirche daher heute fragen lassen: Wie bringen wir uns als Kirche mit ein? Leisten wir als Kirche die Solidarität, die erforderlich ist, um den Betroffenen zu helfen? Nicht nur mit guten und schönen Worten, sondern auch mit Taten! Wie gehen wir mit dem kirchlichen Grundbesitz um?

Ich meine, daß wir uns als Landeskirche und Landessynode diesen Problemen nicht verschließen können, betreffen sie doch einen Berufsstand, über dessen Tun die besondere Verheißung liegt: „Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.“

Ich möchte nicht versäumen, dem Ältestenrat für den Entschluß herzlich zu danken, für die Herbstsynode 1988 eine Schwerpunkttagung „Landwirtschaft“ anzusetzen. Diesem Entschluß liegt ein Antrag des Kirchlichen Dienstes auf dem Lande vom 12.11.1984 zugrunde. Meines Erachtens bedeutet dies, daß wir schon jetzt eine Projektgruppe mit der Durchführung dieses Schwerpunktthemas beauftragen müssen. An dieser Arbeit sollte aber auch der Kirchliche Dienst auf dem Lande mit seinen Arbeitskreisen beteiligt werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Anlage:

Die Produktion von alternativen Früchten und von nachwachsenden

Rohstoffen in der deutschen Landwirtschaft

Aus heutiger Sicht stehen drei Gruppen von Alternativen in der Diskussion:

- 1.) Alternativproduktionen, die die heimischen Probleme in andere Länder verschieben, indem sie bisherige Importe vom Markt verdrängen. Produktionen mit einer solchen Wirkung sind die Erzeugung von Eiweiß, Stärke, Cellulose, Ölen und Fetten.
- 2.) Produktionen, die keine Importe mit dem Problem eines Überschusses in anderen Ländern verdrängen, sondern endliche Rohstoffe ersetzen. So der Ersatz fossiler Brennstoffe durch Fest- und Flüssigbrennstoffe und die Erzeugung von Grundstoffen durch den Anbau von Faserlein und Öllein.
- 3.) Die dritte Gruppe umfaßt die Erzeugung von Nahrungsmitteln mit einer höheren biologischen Wertigkeit auf biologisch-organischer Basis mit einem sehr begrenzten Markt.

ZU den einzelnen Produktionen:

1.) Importverdrängende Alternativen:

a.) Großkörnige Leguminosen als Eiweißträger

Ackerbohnen: 25 - 30 % Rohprotein

Vorteile: Mähdruschfrucht
Stickstoffsammler
hoher Proteingehalt
hoher Vorfruchtwert

Nachteile: hohe Ertragsunsicherheit

Fortsetzung

Nachteile: oft nicht ausreichende Ertragshöhe
Trockenheitsempfindlichkeit
ungleichmäßige Abreife
hoher Saatgutbedarf

Anbau: frühe Aussaat , 160 kg je ha , Saattiefe : 6 - 10 cm
max. Trocknungswärme: 50 ° C
durchschnittlicher Ertrag in Bayern 1986 . 47 dt /ha

Züchterische Bearbeitung: Verkürzung der Pflanze
gleichmäßigere Abreife
Trockenheitsresistenz
TKG 500 - 600 g
Resistenz gegen Krankheiten
Steigerung des Proteingehalts
Senkung störender Inhaltsstoffe

Gesucht wird neuer Wuchstyp , der entgegen der bisher zylindrischen Form sich nach oben verjüngt. Weiter sollen die Blüten endständig stehen.

Körnererbsen:

Anbau: Fruchtfolgeabstand 5 - 6 Jahre
70 - 90 Körner je m²
durchschnittlicher Ertrag: 52,3 dt.

Züchterische Bearbeitung: Veränderungen am Wuchstyp. Künftig geringere Blattmasse bei höherer Standfestigkeit. Gleichzeitig höhere Anzahl an ausfallfesten Hülsen. Blattlose und Halbblattlose Sorten. Erbsen und Ackerbohnen können auch als Stärkelieferanten (30 % Gehalt) Verwendung finden.

2.) Alternativfrüchte zur Ölgewinnung

Vorbemerkung: 90 % der von der Industrie benötigten pflanzlichen Öle werden importiert. Gesucht werden Pflanzen mit hohem Ölgehalt in eine Richtung.

Sonnenblume:

in Baden-Württemberg 1986 700 ha , in Bayern ca 400 ha
Die Hauptanbauggebiete liegen in Frankreich, Portugal
und Spanien. (Ölgehalt: 20 - 45 %)

Vorteile: geringe Bodenansprüche
geringer Nährstoffbedarf
kälteverträglicher als Mais
schnellwüchsig und bodendeckend
Bienenweide und landschaftsbelebend
hoher Vorfruchtwert

Nachteile: Hoher Wärmebedarf im Herbst
Anfälligkeit gegen Krankheiten
Stengelfäule (Sklerotinia) und
Grauschimmel (Botrytis)

Züchterische Bearbeitung: Frühreife , Standfestigkeit
Ölgehalt über 50 %, Resistenz
gegen Krankheiten.

Sojabohne:

Führende Pflanze in der Weltölerzeugung (Anteil 50%)
Ölgehalt: 21 % , Eiweißgehalt: 40 % , Selbstbefruchter

Problem: geringe Erträge (5 - 24 dt)
Kurztagspflanze
kälteempfindlich
hohe Temperaturansprüche während der
Samenbildung
geringe Standfestigkeit
zahlreiche Krankheiten und Schädlinge

Zur Zeit sind in Deutschland keine züchterische Aktivitäten
zu erwarten.

Kreuzblättrige Wolfsmilch:

Ölgehalt im Samen 48%
Ölsäuregehalt im Öl : 84 - 90 %
enthält nur etwa 6 % Linolsäuren
Ertrag: 40 - 45 dt je ha (.150% mehr
Ölsäure als im Winterraps)

Fortsetzung

Wolfsmilch: Energiewert des Öls so hoch wie Rübenalkohol
wertvolle Kohlenwasserstoffe und Zuckerverbindungen
im Stroh

Keine Anpassungsprobleme in Mitteleuropa

Nachteile: Die Erzeugnisse aus der Pflanze (Öl,
Preßrückstände und Stroh) sind möglicher-
weise krebserregend.

heute noch kein Herbizid-Einsatz möglich

Züchterische Bearbeitung: weitere Steigerung des Ölertrags
Herbizidproblem - medizinisches Problem

Nachwachsende Rohstoffe zur Energie-Gewinnung :

Vorteile: Entlastung des CO₂- Haushalts
Rohstoffsicherung
Agrarmarktentlastung
Nutzung des heimischen Kapitals: Boden - Sonne - Arbeit

Energieträger: Soja, Raps, Sonnenblume zur Erzeugung von Ölen
Zucker- und stärkehaltige Pflanzen zur Erzeugung
von Ethanol (Zuckerhirse, Massenweizen, Zuckerrüben)
Kurzumtriebsplantagen zur Erzeugung von festen
Brennstoffen (Pappel, Weide, Fichte)
Einhjahrespflanzen für Festbrennstoffe
(Stroh)

Die ha-Erträge liegen derzeit bei 3500 - 3600 l Alkohol.
Für eine Wirtschaftlichkeit wären 10 000 l / ha erforderlich.
Derzeit sind 0,30 DM je Liter reinen Alkohols zu erzielen
die Produktionskosten betragen dagegen 1,50 DM je Liter (!).
Bei einem Beimischungszwang von 5% zum Kfz-Treibstoff könnten
360 000 ha landwirtschaftliche Fläche umgewidmet werden.

Faserpflanzen:

Faserlein - Flachs

Anbau und Nutzung geht bis ins 4. Jahrtausend vor Christus zurück.

Heute fast 100% Import aus Frankreich und Belgien.

Auch Leinöl wird importiert

Anbau:

Standortfragen sind leicht zu erfüllen

Es fehlen dagegen Verarbeitungsanlagen und gesicherte Absatzmärkte

(zur Zeit sind Verhandlungen über Pilotprojekte im Gang)

Kosten der Mechanisierung: 337 500.- DM für Feldmaschinen
ca 1 - 1,5 Mio DM für Schlinge

Heute Trennung zwischen Öllein und Faserlein:

Öllein: kurz , grobsamig, wenig Fasern

Faserlein: langstrohig, standfest, wenig verzweigt, kleine Krone

Die Produktionsvoraussetzungen wären noch zu verbessern durch:

Herbizid-Einsatz

Mähdrusch statt Raufen

Wirrlage statt Parallellage

Strohballenpressen

Enzymzugabe zum Ballen(Röste) statt Feldröste

Objektivere Qualitätsfeststellung

Züchterische Bearbeitung: Resistenz gegen Krankheiten und Schädlinge

Mögliche Erträge:

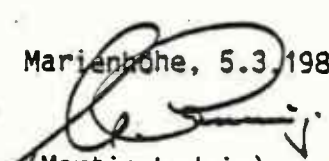
65 dt Röstflachs

Erlös inklusive EG-Beihilfe 4.750,00 DM

ab Summe variable Kosten 2.387,00 DM

Deckungsbeitrag: 2.263,00 DM

Marienhöhe, 5.3.1987


(Martin Ludwig)



Allgemeine Wirtschaftslage - Aussicht auf 1988

Trotz unverkennbarer Risiken wird sowohl für die Weltwirtschaft als auch für die deutsche Wirtschaft ein weiterer Wachstums ~~2,4%~~ vorhergesagt. So wird für das Bruttosozialprodukt 1988 ein realer Zuwachs von + 2,0% (1986 + 2,4%, 1987 + 1,75%) für erreichbar gehalten. Trotzdem wird das eingeschätzte Wachstum nicht ausreichen, um den Arbeitsmarkt sichtbar zu entlasten. Im Gegenteil: Mit 2,27 Mio Arbeitslosen wird die geschätzte Arbeitslosigkeit sogar geringfügig höher liegen als 1987 mit 2,23 Mio Personen ohne Arbeit.

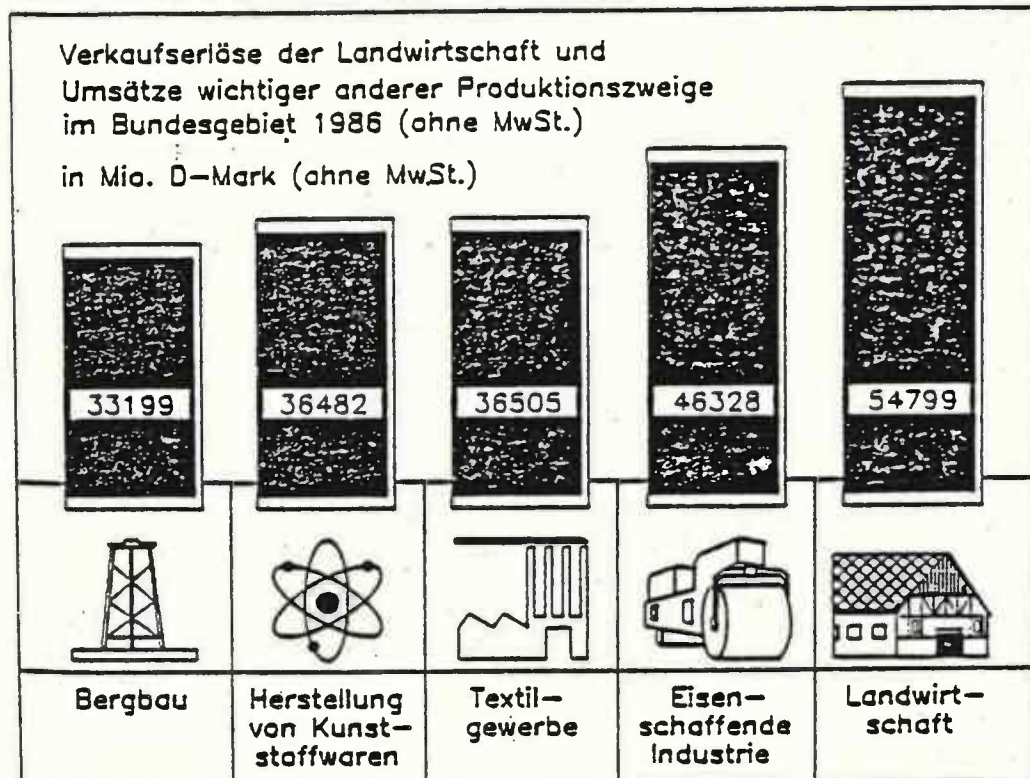
Aber auch bei den Preisen sehen die Wirtschaftsforscher eine steigende Tendenz. Günstig wird dagegen die Einkommensentwicklung bei den privaten Haushalten beurteilt, ihre verfügbaren Einkommen sollen 1988 durch die zweite Stufe der Steuerreform noch einmal kräftig ansteigen.

Die Turbulenzen an den internationalen Wertpapier- und Devisenbörsen sind nach Ansicht der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute jedoch keine Vorboten für eine weltweite Rezession. Trotz aller Risiken wird mit einer Zunahme des Welthandels 1988 um 3 - 4% gerechnet. Damit dürften die Chancen auch für den deutschen Export wieder deutlich günstiger werden. Nach - 0,2% in 1986 und voraussichtlich +/- 0% in 1987 halten die Forscher einen realen Exportzuwachs von 3,5% im Jahr 1988 für erreichbar. Damit würde der Export wieder zu einer Stütze für das gesamtwirtschaftliche Wachstum.

Die zweite Stütze bleibt der private Verbrauch. Entscheidend für die positive Entwicklung des privaten Verbrauchs ist der Anstieg der verfügbaren Einkommen. Sie sollen 1988 nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums nominal um reichlich 4,5% zunehmen.

Allerdings werden nach dem Wegfall der energiepreis- und wechselkursbedingten Verbilligung zunehmend Inflationstendenzen sichtbar. Weithin stabile Nahrungsmittelpreise wirken dabei inflationshemmend.

Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor



Quelle: Deutscher Bauernverband nach Angaben des StBA

Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor

Nach wie vor ist die Landwirtschaft in der BRD ein bedeutender Wirtschaftsbereich. Ihre Bedeutung geht weit über ihren Anteil von etwa 2% am Brutto-sozialprodukt und von etwa 5% an der Erwerbstätigenbevölkerung hinaus. Trotz erheblich reduzierter Erlöse erreichte die Landwirtschaft 1986 einen Umsatz von 55 Mrd. DM. Das ist mehr als der Umsatz des gesamten deutschen Textilgewerbes, mehr als der Umsatz der eisenschaffenden Industrie und mehr als der Umsatz bei der Herstellung von Kunststoffwaren. In dieser Rechnung sind jedoch die ökologischen und landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirtschaft nicht enthalten. Durch die Feld-Wiesen- und Waldbewirtschaftung werden 13,6 Mio ha Fläche (55% der Fläche der BRD) von Landwirten gepflegt. Weitere 5,8 Mio ha Wald (23% der Gesamtfläche) werden von Forst-wirten in Kultur gehalten. Ebenfalls nicht enthalten sind Umsätze und Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie, beim erfassenden und verteilenden Großhandel, bei der Ernährungsindustrie und dem Ernährungshandwerk, dem Lebensmittelgroß- und Einzelhandel sowie große Teile des Gastgewerbes. Die Landwirtschaft erbringt zusammen mit der ihr vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche nach wie vor rund 16% aller in der deutschen Wirtschaft erzielten Produktionswerte bzw. Verkaufserlöse. Das bedeutet, jeder 6. Arbeitsplatz in der BRD hängt direkt oder indirekt mit der Landwirtschaft zusammen.

Landwirtschaft als Kunde

Produktionsbedingte Ausgaben in 1985/86:
insgesamt 39683 Mio. DM, davon für:



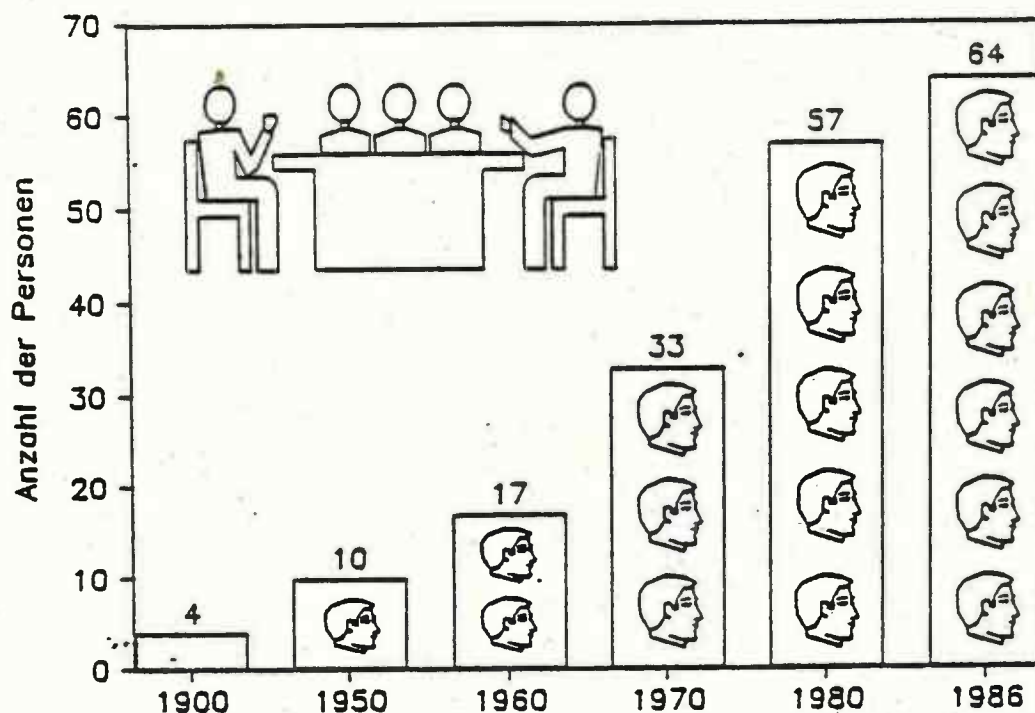
Quelle: Deutscher Bauernverband nach Angaben des BML

Landwirtschaft als Kunde

Viele spezialisierte Maschinenbaubetriebe, Teile der Bauwirtschaft, sowie Futter- und Düngemittelindustrien sind von der Landwirtschaft in besonderem Maße abhängig. Eine unbefriedigende Erlös- und Einkommenssituation der Landwirtschaft führt zu einer Einschränkung der Investitionen bei Maschinen und Gebäuden. Das haben die Hersteller von Landmaschinen und Landmaschinenwerkstätten bereits in einem erheblichen Umsatzrückgang zu spüren bekommen. In ländlichen Räumen ist die Bedeutung der Landwirtschaft für Handel, Gewerbe und Handwerk besonders hoch anzusetzen. Fehlende landwirtschaftliche Kaufkraft führt besonders hier zu drastischen Umsatzrückgängen beim ländlichen Handwerk und bei vielen Gewerbe- und Industriezweigen. Wenn auch der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen inzwischen auf 5,2% der Gesamtbevölkerung gesunken ist, stellt die Landwirtschaft mit 1,237 Mio (4,8%) in der Landwirtschaft Beschäftigten nach wie vor ein großes Beschäftigungspotential dar.

Wieviele Personen ernährt ein Landwirt ?

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Deutscher Bauernverband nach Angaben des BML

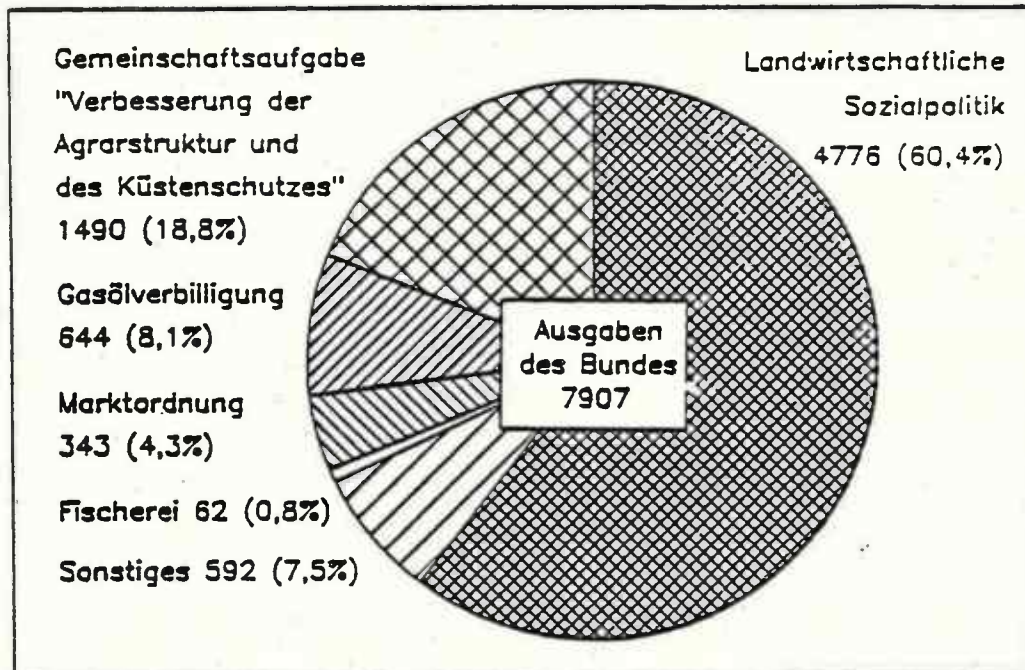
Wieviel Personen ernährt ein Landwirt?

1986 konnte der Bedarf der Bevölkerung der BRD an Nahrungsmitteln zu 94% mit deutschen Agrarerzeugnissen gedeckt werden. Mit der darin enthaltenen Erzeugung aus eingeführten Futtermitteln (ca. 16%) versorgten deutsche Landwirte rund 58 Mio Personen mit Nahrungsmitteln.

Damit kann eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft 64 Personen ernähren. Um 1900 waren es noch 4 Personen, 1950 bereits 10 Personen. In den folgenden Jahrzehnten ist die Produktionsleistung eines Landwirts sprunghaft angestiegen, von 17 Personen 1960 über 33 Personen 1970 auf 57 Personen 1980.

Bundesagrарhaushalt im Jahre 1987

Ausgaben in Millionen D-Mark



Quelle: Deutscher Bauernverband nach Angaben des BML

Bundesagrарhaushalt im Jahre 1987

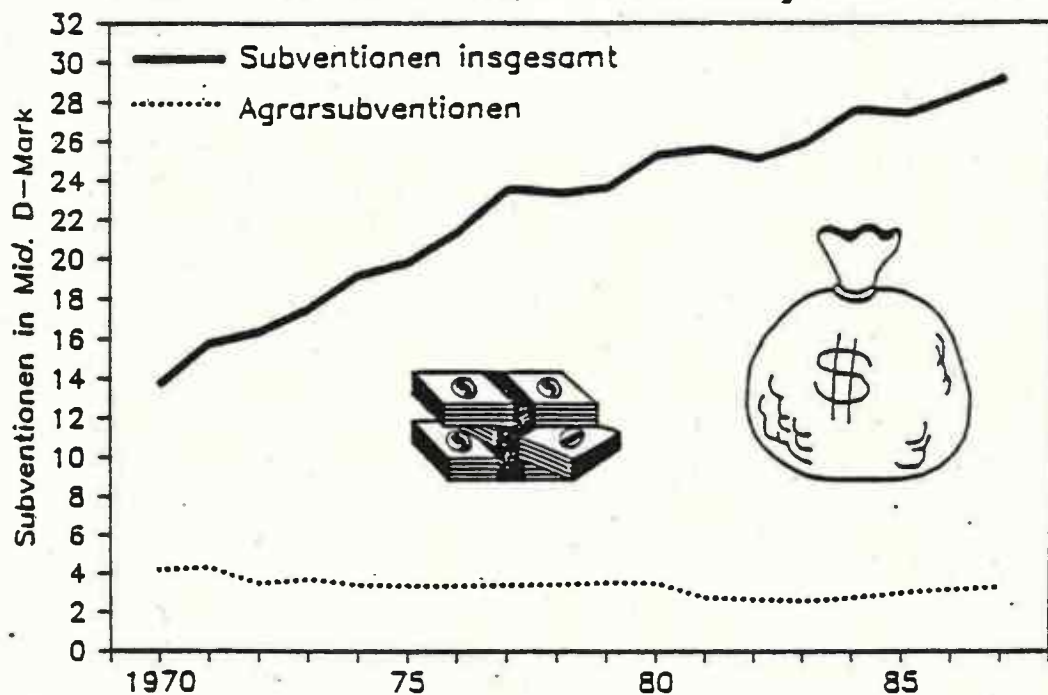
Der Haushalt der BRD belief sich im Jahre 1987 auf 268,5 Mrd. DM. Der sogenannte Agraretat betrug 7,9 Mrd. DM. 57% davon (4,8 Mrd. DM) dienten der landwirtschaftlichen Sozialpolitik und somit im wesentlichen zur Abdeckung alter Lasten (Milchrente, Landabgaberente und andere Folgekosten des Strukturwandels). 9% (0,6 Mrd. DM) werden zur teilweisen Rückerstattung der Mineralsteuer des in der Landwirtschaft verwendeten Dieselöls ausgegeben, weil die für landwirtschaftliche Zwecke eingesetzte Fahrzeuge das Straßennetz kaum nutzen.

Rund 19% (1,5 Mrd. DM) des Agrarstats entfielen auf die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (u.a. Flurbereinigung, Wasserwirtschaft, Küstenschutz, einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen, Ausgleichszulagen).

Der Agrarhaushalt machte 1987 2,9% des Bundeshaushalts aus. Im Zehnjahresvergleich stieg der Agrarhaushalt mit + 3,9% pro Jahr deutlich langsamer an als der Bundeshaushalt mit + 5,7% je Jahr.

Subventionen von 1970 bis 1987

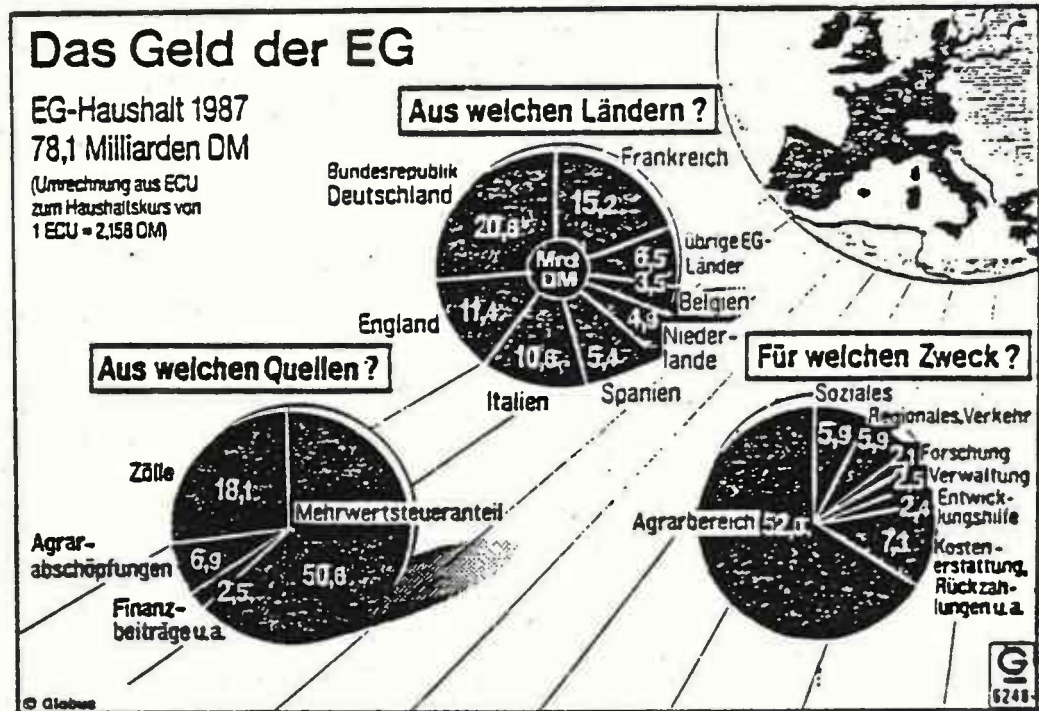
Subventionen des Bundes, ohne EG-bedingte Massnahmen



Quelle: Deutscher Bauernverband nach Angaben des BMF

Subventionen von 1970 bis 1987

Nach dem Subventionsbericht 1987 der Bundesregierung hatte die deutsche Landwirtschaft einen Anteil von 11,4% an dem Gesamtvolumen 1987. In der Größenordnung ist dieser Beitrag zwar gegenüber den Vorjahren gestiegen, er liegt aber relativ und absolut deutlich unter dem Stand weiter zurückliegender Jahre. Von den insgesamt 29,2 Mrd. DM Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Jahres 1987 entfielen auf den Bereich "Ernährung, Landwirtschaft und Forsten" lediglich etwas mehr als 3,3 Mrd. DM. Die "Subventionierung" der Landwirtschaft ist damit im Vergleich zum Bergbau, Schiffbau oder zur Raumfahrttechnik vergleichsweise gering.



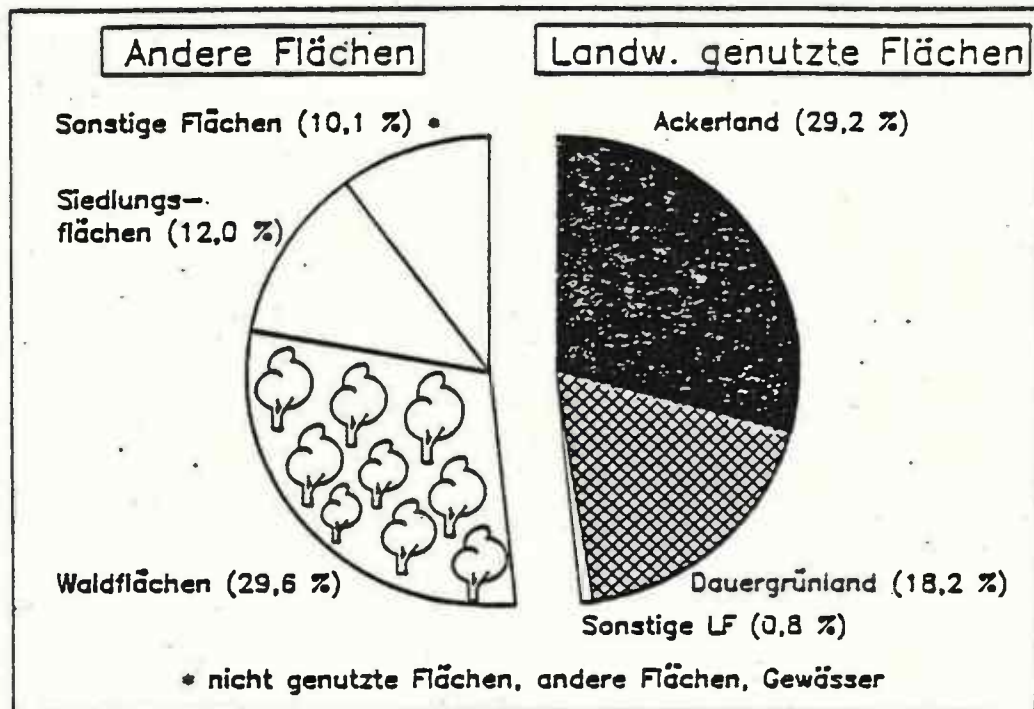
Das Geld der EG

Der EG-Haushalt des Jahres 1987 beträgt einschließlich Nachtragshaushalt 78,1 Mrd. DM. Eine voraussichtliche Finanzlücke von 10 Mrd. DM wird nur noch eine Umstellung der Beitragsfinanzierung und damit einem Verschieben von Ausgaben aus dem Herbst 1987 auf den Haushalt 1988 finanziert werden können. Bereits 1986 wurden Zahlungen in das Jahr 1987 verschoben. Ursachen für den starken Anstieg der Ausgaben waren die Auswirkungen der Süderweiterung der EG sowie der rapide Dollarverfall der letzten beiden Jahre. Dazu kommen andere Mehrbelastungen wie stark gestiegene Lagerkosten für Überschüsse. Der Haushalt für 1988 beträgt nach dem EG-Kommissionsentwurf 84,5 Mrd. DM.

Die Eigenmittel der Gemeinschaft bestehen aus den Zöllen und den Agrarbeiträgen (Abschöpfungen) und dem Mehrwertsteueranteil. Die beiden ersten Einnahmekategorien sind wegen ihrer Berechnungsbasis begrenzt. Die Mehrwertsteueranteile entwickelten sich dagegen zum Grundpfeiler der EG-Finanzierung. Die Obergrenze beträgt seit 1.1.1986 1,4 Prozentpunkte der nationalen Mehrwertsteuereinnahmen. Das Problem der finanziellen Unterausstattung des EG-Haushalts ist nicht neu. Offensichtlich wird es zuweilen auch als Instrument benutzt, um Druck auf eine wie immer auch aussehende Agrarreform auszuüben.

Flächennutzung in der BR Deutschland

Verteilung der insgesamt 24,9 Mio. ha nach Nutzungsarten



Quelle: Deutscher Bauernverband nach Angaben des StBA

Flächennutzung in der BR Deutschland

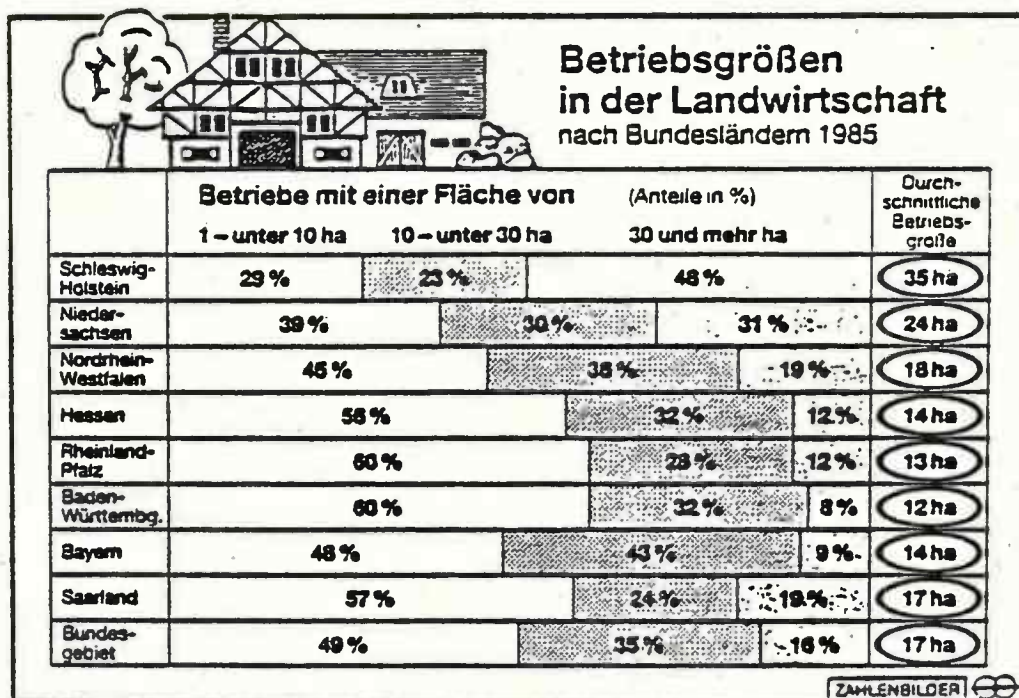
Die Gesamtfläche der Bundesrepublik beträgt 24,9 Mio ha. Davon werden 48% (12,0 Mio ha) landwirtschaftlich genutzt.
Die landwirtschaftlich genutzte Fläche ging zwischen 1976 und 1986 um über 450 000 ha zurück. Das waren mehr als 125 ha pro Tag.
Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der BRD wurde 1986

zu: 60,4% (7,3 Mio ha) als Ackerland

37,8% (4,5 Mio ha) als Grünland

0,9% (0,1 Mio ha) als Rebland

und 0,9% (0,1 Mio ha) als sonstige Nutzungen bewirtschaftet.

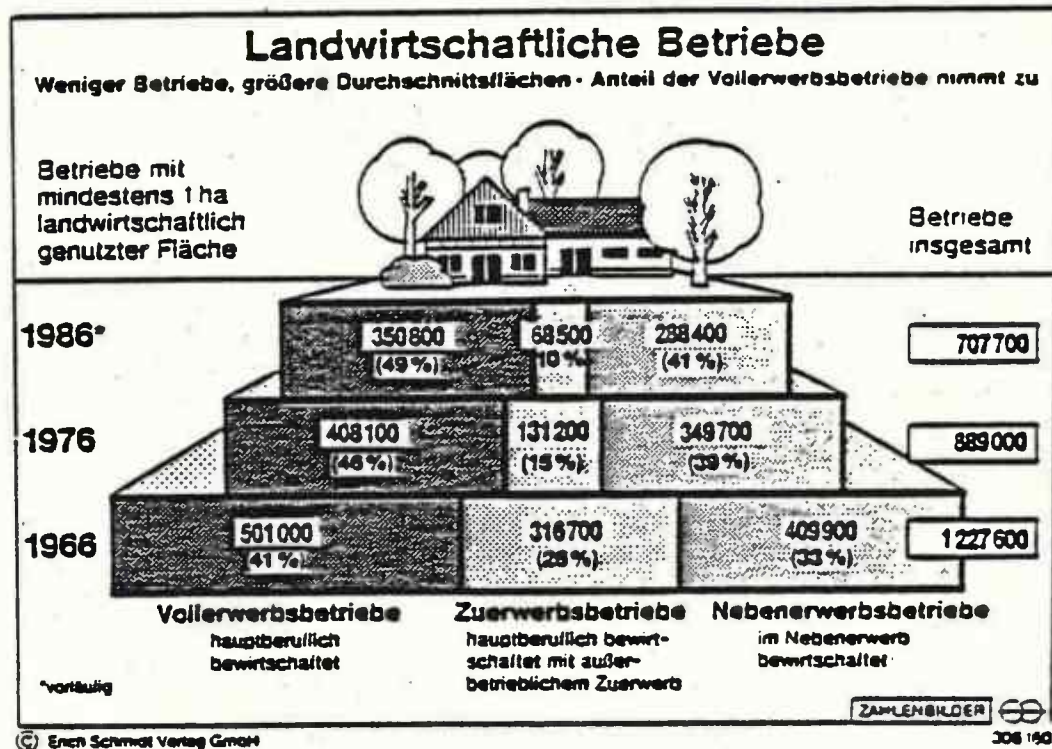


© Erich Schmidt Verlag GmbH

307210

Betriebsgrößen in der Landwirtschaft

Die norddeutschen Betriebe verfügen traditionell über eine höhere Flächenausstattung als die süd- und südwestdeutschen Betriebe. So liegt die durchschnittliche Betriebsgröße in Schleswig-Holstein mit 35,9 ha deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 16,8 ha landw. Nutzfläche (LN). Deutlich darunter liegt Baden-Württemberg mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 12,4 ha LN. Ein ähnliches Gefälle besteht bei den Standardbetriebseinkommen. Schleswig-Holstein liegt mit 55.960,-- DM an der Spitze, während in den meisten süddeutschen Ländern das Standardbetriebseinkommen unter dem Bundesdurchschnitt (25.400,-- DM) zwischen 16.600,-- DM und 20.200,-- DM liegt. Diese allseits bekannte Tatsache wird allgemein mit der Erscheinung des Nord-Südgefälles bezeichnet.



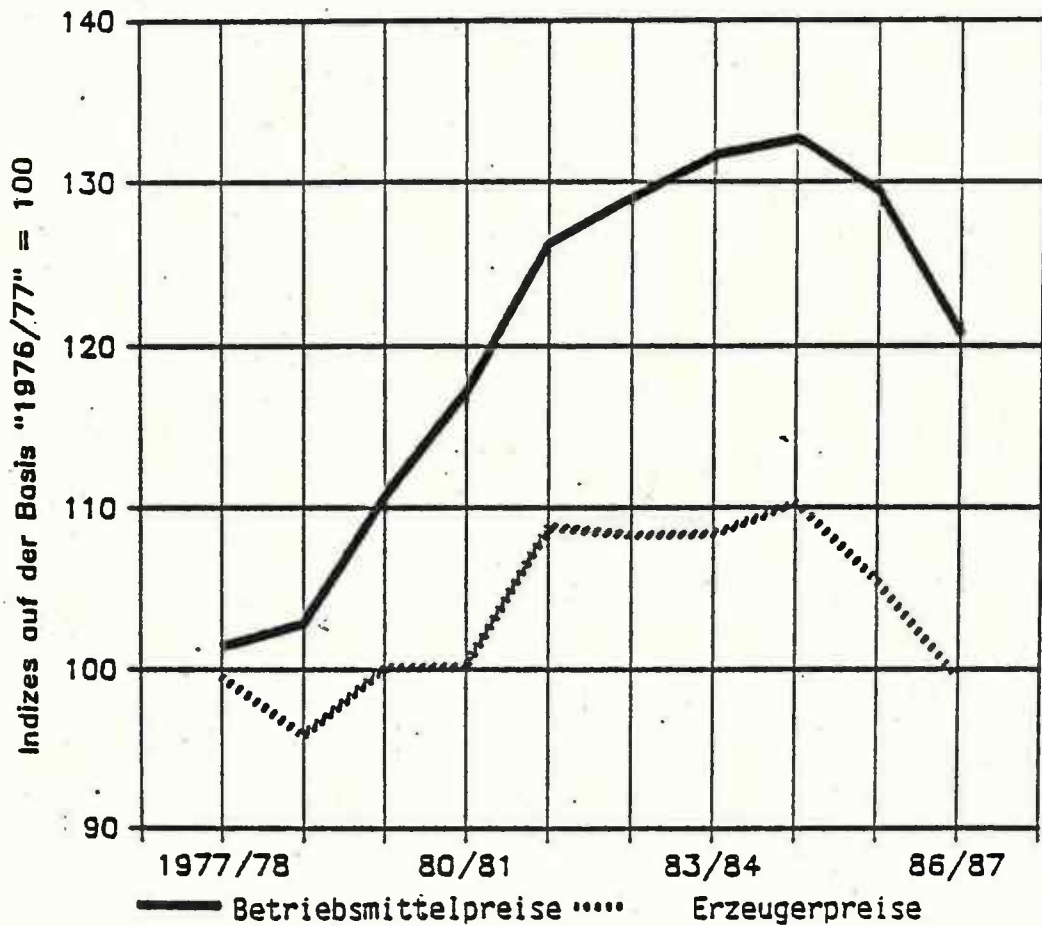
Landwirtschaftliche Betriebsorganisationen: Haupt-, Neben- und Zuerwerbsbetriebe

Die Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebe nach dem Erwerbscharakter ist in den letzten zehn Jahren nahezu unverändert geblieben. Lediglich der Anteil der Vollerwerbsbetriebe nahm zu Lasten des Anteils der Zuerwerbsbetriebe zu. Der Übergang zum Zu- oder Nebenerwerb ist der am häufigsten begangene Weg aus der Haupterwerbslandwirtschaft. Während der Zuerwerb in der Regel ein Übergangsstadium darstellt und an Bedeutung stark abgenommen hat, stellt der Nebenerwerb sowohl ein Übergangs- als auch in vielen Fällen ein stabiles Stadium betrieblicher Entwicklung dar.

Die Nebenerwerbslandwirte stellen zwar 41% aller Betriebe und 24% der Beschäftigten dar, doch ihr Anteil an der Gesamtproduktion ist vergleichsweise gering. Die Nebenerwerbslandwirte bewirtschaften 13% der Gesamtfläche und halten rund 8% aller Milchkühe und Schweine. Insgesamt erwirtschaften diese Betriebe jedoch nur 9% aller in der deutschen Landwirtschaft erzielten Verkaufserlöse. Die Flächen von Nebenerwerbsbetrieben werden im allgemeinen weniger intensiv bewirtschaftet. Der Aufwand an Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist meist geringer. Die außerbetriebliche Tätigkeit zwingt in diesen Betrieben zu Vereinfachungen und zur Übernahme arbeitssparender Produktionsverfahren.

Erzeuger- und Betriebsmittelpreise

einschliesslich Mehrwertsteuer



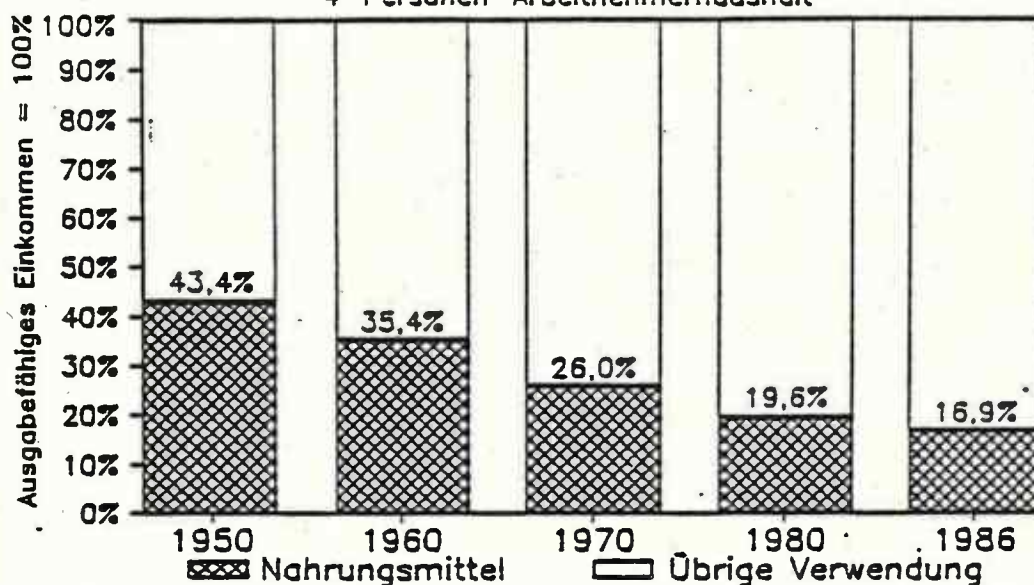
Quelle: Deutscher Bauernverband nach Angaben des StBA

Erzeuger- und Betriebsmittelpreise

Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ist gegenüber dem Vorjahr um 5,7% gesunken. Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ermäßigte sich im gleichen Zeitraum um 6,6%. Insgesamt stiegen die Preise für Betriebsmittel von 1976/77 bis 1986/87 um 21% an, während die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im gleichen Zeitraum um 1% zurückgingen. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate betrug der Rückgang der Erzeugerpreise im zurückliegenden Jahrzehnt real 28% oder 3,3% je Jahr.

Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt



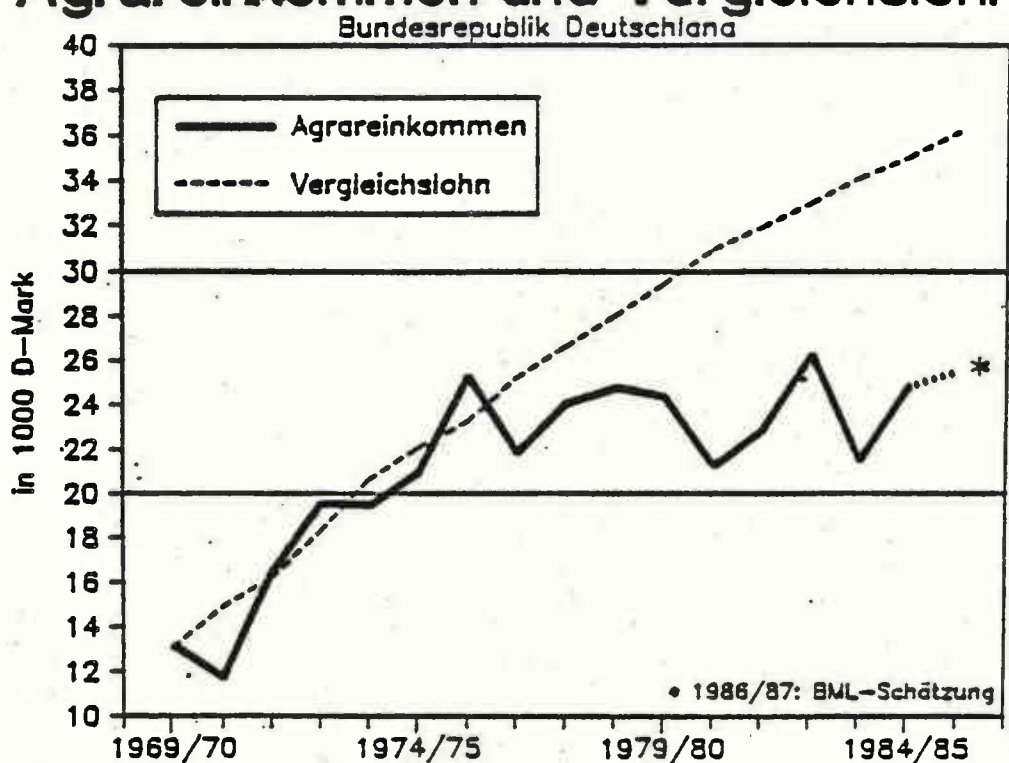
Quelle: Deutscher Bauernverband nach Angaben des StBA

Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel

Der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel am Haushaltseinkommen nimmt seit Jahren ab. Der durchschnittliche Haushalt (4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen) gab 1986 16,9% seines Einkommens für Nahrungsmittel aus. Vor 10 Jahren lag dieser Anteil noch bei 21,2%, 1950 waren es sogar noch 43,4%.

Der Grund für den Rückgang des Anteils der Nahrungsmittelausgaben liegt einerseits in den eingetretenen Einkommenssteigerungen, andererseits in dem vergleichsweise geringfügigen Anstieg der Nahrungsmittelpreise. Der dadurch gestiegene Lebensstandard kommt in zunehmenden Maße Ausgaben auf dem Sektor Freizeit, Wohnung und Hobby zugute.

Agrareinkommen und Vergleichslohn

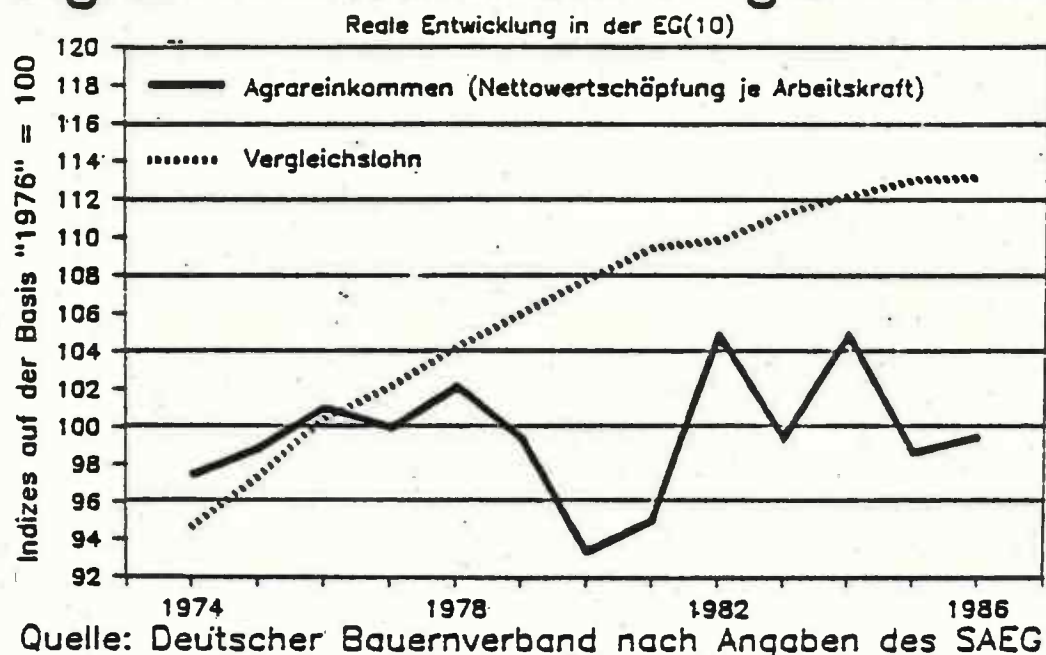


Quelle: Deutscher Bauernverband nach Angaben des BML

Agrareinkommen und Vergleichslohn

Bis Mitte der siebziger Jahre entwickelten sich gewerblicher Vergleichslohn und Gewinn je Familienarbeitskraft in etwa parallel. Seit Mitte der siebziger Jahre klappt jedoch die Schwere zwischen gewerblichem Vergleichslohn und landwirtschaftlichem Gewinn je Familienarbeitskraft immer weiter auseinander.

Agrareinkommen und Vergleichslohn



Agrareinkommen und Vergleichslohn innerhalb der EG

Auch innerhalb der EG klaffen die landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Einkommen immer weiter auseinander. Während die durchschnittlichen Einkommen je Arbeitnehmer um real 13% anstiegen, gingen die landwirtschaftlichen Einkommen, gemessen an der Nettowertschöpfung je Arbeitskraft, im Vergleichszeitraum um nahezu 1% zurück. Damit ist die Einkommensdisparität zwischen Landwirtschaft und außerlandwirtschaftlichen Sektoren auch innerhalb der EG deutlich größer geworden.

Evang. Landeskirche in Baden

Gemeinden und Gemeindeglieder

1.) Stadt - Großstadtbezirke

- Freiburg Stadt - Heidelberg - Mannheim - Karlsruhe-Durlach -
Pforzheim-Stadt -

Zahl der Gemeinden	146	19%
Gemeindeglieder	372786	27%

2.) Stadtumlandbezirke oder Bezirke mit nur kleinen Mittelpunktsstädten

a.) Städte:

Zahl der Gemeinden	127	17%
Gemeindeglieder	282736	21%

b.) "Ländlicher Raum":

Zahl der Gemeinden	427	57%
Gemeindeglieder	648659	48%

3.) Bezirke mit noch typischen ländlichen Gebieten:

- Adelsheim - Boxberg - Pforzheim-Land -

Zahl der Gemeinden	53	7%
Gemeindeglieder	57825	4%

gesamte Badische Landeskirche:

Zahl der Gemeinden	753	100%
Gemeindeglieder	1.362006	100%

Eigentlicher ländlicher Raum:

(Summe aus 2 b) und 3.)

Zahl der Gemeinden	477	64%
Gemeindeglieder	706484	52%

Städtischer Bereich:

(Summe aus 1 und 2 a)

Zahl der Gemeinden	273	36%
Gemeindeglieder	655522	48%

(Angaben: Evang. Oberkirchenrat , Abt. Plan/Org/Stat.)

Grundvermögen der Evangelischen Landeskirche in Baden

(Stiftungsvermögen - landw. Nutzfläche)

1.) "Unterländer Evang. Kirchenfonds"

Gesamtfläche (landw. Nutzfläche)	4.220,4159 ha
davon verpachtet	4.087,5040 ha
<i>durchschnittlicher Pachterlös</i>	<i>280,00 DM/ha</i>
Anzahl der verp. Grundstücke:	6.789 Parzellen
<i>Durchschnittsgröße je Parzelle</i>	<i>0,62 ha</i>

2.) "Evangelische Zentralpfarrkasse"

Gesamtfläche (landw. Nutzfläche)	1.840,2302 ha
davon verpachtet	1.805,5371 ha
<i>durchschnittlicher Pachterlös</i>	<i>270.- DM/ha</i>
Anzahl der verp. Grundstücke	4.260 Parzellen
<i>Durchschnittsgröße je Parzelle</i>	<i>0,42 ha</i>

Kurzfassung
des Referats von Pastor W. Hohlfeld:

**"Die Verpachtung landwirtschaftlich genutzten Kirchengrundes
unter ökologischen Aspekten"**

geschrieben für die INFORMATIONSTAGUNG
des Bundesarbeitskreises Landvolkdienst
in der Männerarbeit der EKD und
des Arbeitsausschusses für den Dienst
auf dem Lande in der EKD (ADL):
"KIRCHLICHES PACHTLAND"

am 19. Mai 1988 in Frankfurt a. M.

Was die ökologischen Aspekte anbelangt, kann von einer einheitlichen Verpachtungspraxis in den nordelbischen Kirchengemeinden noch nicht die Rede sein. (Bewegliche und schwerfällige Kirchenvorstände / reiche und arme Gemeinden / Die Extensivierungsförderung des Landes Schleswig-Holstein kommt der Kirche als einer Körperschaft des öffentlichen Rechts bislang nicht zugute.)

Einig ist man sich in der Nordelbischen Kirche jedoch zumindest theoretisch darin, daß der bestmögliche - nämlich zweckdienlichste - Nutzen bei der Bewirtschaftung kirchlichen Grundeigentums dann erzielt wird, wenn dabei nicht nur soziale, sondern auch ökologische Gesichtspunkte beachtet werden. Und diese Gesichtspunkte sind nicht als lästige und läßliche Zusätze zu betrachten, sondern als Ergänzungen im tieferen Sinne des Wortes. (Zur ausführlichen Darstellung des diesbezüglichen Referatsteiles vgl.: "Kirche im ländlichen Raum", Heft 1/87, S. 9 f.)

Diese kirchenamtliche Einsicht manifestiert sich in mehreren den Natur- und Umweltschutz betreffenden Paragraphen und einem Merkblatt der am 31. März 1987 neu gefaßten nordelbischen "Richtlinien für die Verwaltung des kirchlichen Grundeigentums" (Siehe: Gesetz- und Verordnungsblatt der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, Nr. 12/1987, S. 133-137) (1), wie auch in einem einleitenden, von der AG der Umweltbeauftragten in den Kirchenkreisen der NEK entworfenen Text, der vom Nordelbischen Kirchenamt veröffentlicht wurde (Siehe: NEK-Mitteilungen, 1. Juli 1987, S. 117-120) (2).

Aus dem letztgenannten Text (NEK-Mitt. 1978, S. 119 f.) - aber auch schon aus früheren nordelbischen Äußerungen (vgl. z.B.: KIR 1/87, S. 10 f.) - geht deutlich hervor, daß die nordelbischen Richtlinien Natur- und Sozialverträglichkeit gleichermaßen im Auge haben. Damit ist nicht bloß gemeint, daß bei ökologischen Verpachtungsaufträgen Rücksicht auf die gegenwärtig höchst angespannte wirtschaftliche Lage der Pächter genommen werden muß und der Pachtzins ggf. zu senken ist. Intendiert ist sehr wohl auch eine in die Zukunft weisende agrarpolitische Zielrichtung.

In einer vorläufigen, amtskirchlich noch nicht bestätigten Formulierung hat der Beauftragte für Umwelt- und Landwirtschaftsfragen der Nordelbischen Kirche die Zielrichtung so formuliert:

- "1. Unsere Verantwortung vor Gott für seine Schöpfung verpflichtet uns, alles uns Mögliche zu tun, um
- unseren Mitbürgern - auch denen in der Stadt! - die Landwirtschaftskrise als Krise der industriegesellschaftlichen Entwicklung deutlich zu machen,
 - den Bauern in ihrer schwierigen Lage beizustehen und
 - auf Rahmenbedingungen hinzuwirken, in denen eine schöpfungsbewahrende und sozialverträgliche bäuerliche Landwirtschaft betrieben werden kann.
2. Nur ein Landbau, der sich nicht bloß als Teil unserer technischen Zivilisation versteht, sondern der sich als Grundlage unserer menschlichen Kultur begreift, der seine Würde wieder im Bebauen und Bewahren erkennt und der sich auch dementsprechend von der Gesellschaft gewürdigt sieht, - nur ein solcher Landbau kann
- die Existenz unserer Bauern sichern,
 - unsere Überproduktion drosseln und
 - die Gefährdung unserer Umwelt mindern.
- Nur ein solcher Landbau kann auch bewirken,
- daß die sogenannte Dritte Welt nicht länger zum Futtermittellieferanten deklassiert wird,
 - daß die Kleinbauern in den sogenannten Entwicklungsländern sich wieder als Menschen gewürdigt fühlen,
 - daß die Landflucht oder -vertreibung gestoppt wird und der Hunger eine seiner Hauptursachen verliert." (3)

Es ist zu erwarten, daß sich offiziell demnächst auch die Nordelbische Synode in diesem Sinne äußern wird. Eine entsprechende Vorlage des Synoden-Ausschusses für Umweltfragen ist in Arbeit.

Es ist auch zu hoffen, daß der politische Neubeginn in Schleswig-Holstein erste Möglichkeiten für die Realisierung solcher Zielvorstellungen eröffnet.

Und es ist auch zu hoffen, daß die neue schleswig-holsteinische Landesregierung die gemeinnützigen Bestrebungen der Kirche unterstützt, indem sie das kirchliche Grundeigentum in die Extensivierungsförderung einbezieht und damit dazu verhilft, daß die Verpachtungspraxis in den Gemeinden einheitlicher und den umweltfreundlichen nordelbischen Verwaltungsrichtlinien gemäßer wird.

Anmerkungen

- (1) Siehe auch: "Naturschutz im kirchlichen Bereich", hrsg. v. Landesamt f. Naturschutz u. Landschaftspflege S.-H. in Zusammenarbeit m. d. Beauftragten für Umweltfragen der NEK, Kiel 1987, S. 111-116 (Im Anhang wiedergegeben)
- (2) Siehe auch: "Naturschutz im kirchlichen Bereich", S. 95-98
- (3) Zitiert aus: "Die Kirche und die Lage der Landwirtschaft", Referat, gehalten beim Pröpste-Pastoralkolleg am 09.02.88 in der Ev.-Luth. Landvolkshochschule Koppelsberg

- Auszug -

Richtlinien
für die Verwaltung des
kirchlichen Grundeigentums
in der Fassung vom 31. März 1987

(Gesetz- und Verordnungsblatt der Nordelbischen
Ev.-Luth. Kirche 1987, S. 134 ff)

§ 3
Bewirtschaftung

(1) Das kirchliche Grundeigentum ist so zu bewirtschaften, daß in Erfüllung seiner Zweckbestimmung auf lange Sicht der bestmögliche Nutzen erzielt wird; dabei sind die Erfordernisse des Umwelt-, Landschafts- und Naturschutzes zu beachten.

(2) Moore, Sümpfe, Brüche und sonstige Feuchtgebiete sowie Heiden, Dünen und Trockenrasen sind in naturnahem Zustand zu belassen. Landschaftsgerechte Renaturierungen derartiger Flächen sind zu fördern.

(3) Das Nordelbische Kirchenamt kann ergänzende Hinweise für den Umwelt- und Naturschutz auf kirchlichem Grundeigentum geben. Auf das Merkblatt über Möglichkeiten extensiver Landbewirtschaftung wird verwiesen (Anlage 4).

§ 4
Nutzung

(1) Das Grundeigentum wird in Eigenbewirtschaftung oder durch Verpachtung genutzt.

(2) Bei der Verpachtung sind kirchliche, soziale, wirtschaftliche und umweltschützende Gesichtspunkte zu beachten.

(3) Auf die Festsetzung eines angemessenen und gesicherten Pachtzinses ist zu achten. Der Pachtzins hat sich nach der Bodenqualität, der Ortslage und dem An-

gebot zu richten. Die Pachtpreise sollen grundsätzlich in Geld vereinbart werden. Eine Gleitklausel ist vorzusehen.

(4) Die Pachtzeit sollte in der Regel 6 bis 9 Jahre betragen. Eine automatische Verlängerung ist auszuschließen. Bei der Verpachtung ist das einheitliche Vertragsmuster zu verwenden. Ein Muster kann beim Kirchenkreis angefordert werden.

(5) Die Verpachtung soll öffentlich bekanntgegeben werden, damit sich jeder um eine Pachtung bemühen kann. Auf eine öffentlich meistbietende Verpachtung ist zu verzichten.

(6) Pachtverträge bedürfen der Genehmigung des Kirchenkreisvorstandes, sofern dies die Kirchenkreissatzung vorsieht.

§ 4a

Extensive Landbewirtschaftung

(1) Die kirchlichen Körperschaften können eine extensive Landbewirtschaftung in Zusammenarbeit mit den Pächtern auf freiwilliger Basis fördern. Dies geschieht durch Beteiligung an staatlichen Maßnahmen oder, in Abstimmung hiermit, durch Erarbeitung eigener Vorhaben.

(2) In die Musterpachtverträge sind Ergänzungen über die Extensivierungsvereinbarungen aufzunehmen. Ferner ist festzulegen, wer die Bewirtschaftungsauflagen kontrolliert. Bei derartigen Pachtverträgen soll ein geminderter Pachtzins festgesetzt werden oder die Zahlung von Ausgleichsleistungen vereinbart werden.

(3) Pachtverträge nach den Abs. 1 und 2 bedürfen der Genehmigung durch den Kirchenkreisvorstand, sofern dies die Kirchenkreissatzung vorsieht. Dem Genehmigungsantrag soll ein Gutachten nach § 6 der Richtlinien beigelegt werden.

Anlage 4

Merkblatt über Möglichkeiten extensiver Landbewirtschaftung

Vorbemerkungen

Gottes Schöpfung ist uns Menschen anvertraut, daß wir sie bebauen und bewahren. Viele stellen heute die Frage, ob wir diese Verantwortung immer in genügender Weise wahrnehmen. Die Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz vom 14. Mai 1985 "Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung" kann hier bei der Diskussion eine wertvolle Hilfe sein. Wir verweisen ferner auf die Denkschrift "Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wachsen und Weichen, Ökologie und Ökonomie, Hunger und Überfluß" aus dem Jahr 1984.

1 Ackerflächen

- 1.1 Keine chemischen Pflanzenbehandlungsmittel auf 3-6 m breiten Ackerrandstreifen - insbesondere bei Winter- und Sommergetreide sowie bei Raps. Dadurch werden in der Landschaft artenreiche "Verbindungsbänder" zur Erhaltung selten gewordener Pflanzen und Pflanzengesellschaften geschaffen.
- 1.2 Keine chemischen Pflanzenbehandlungsmittel auf kleineren Ackerflächen mit einer Breite bis zu 50 m.
- 1.3 Ein- bis zweijährige Brache auf kleineren Ackerflächen mit einer Breite bis zu 50 m mit folgenden Auflagen:
 - Einmalige mechanische Bearbeitung unmittelbar nach der Ernte ist zugelassen.
 - Ansonsten keinerlei Bearbeitung und Nutzung der Fläche
 - keine Aussaat

2. Grünlandflächen

- 2.1 Grünlandextensivierung mit folgenden, einfach zu kontrollierenden Auflagen:
 - Keine Bearbeitung (Schleppen, Walzen, Düngen, Mähen etc.) in einem zweimonatigen Zeitraum (je nach Landesteil 5. April - 20. Juni).
 - Geringe Beweidungsintensität im gleichen Zeitraum (3 Rinder/ha in Wiesenvogelbrutgebieten, ansonsten max. 2 Großvieheinheiten
 - GVE -)

- Standweide, keine Portionsweide
 - Mähen von innen nach außen; grundsätzlich mit Wildretter
 - Keine Umwandlung in Ackerland
 - Verzicht auf Dränung
 - In Wiesenvogelbrutgebieten: keine Gülle vom 1. April - 20. Juni
- 2.2 Grünlandextensivierung auf sehr ertragsschwachem trockenem Magergrünland (sehr leichte Sandböden) mit folgenden Auflagen:
- Verzicht auf jegliche Düngung
 - keine Zufütterung bei Weidevieh
 - Standweide, keine Portionsweide
 - Mähen von innen nach außen; grundsätzlich mit Wildretter
 - keine Umwandlung in Ackerland
- 2.3 Maßnahmen für den Amphibienschutz (nur bei Amphibienvorkommen in erreichbarer Nähe) durch:
- Verzicht auf organische Dünger vom 1. April - 20. Juni
 - Verzicht auf jegliche Dünge- und Pflanzenbehandlungsmittel 20 m um Gewässer
 - Standweide, keine Portionsweide
 - Mähen von innen nach außen; grundsätzlich nur mit Wildretter
- 2.4 Umwandlung von Acker- in Grünland mit folgenden Auflagen:
- Verwendung von Saatgutmischungen, die für eine anschließende extensive Nutzung geeignet sind
 - Abstand von Zäunen zu vorhandenen Knicks: 2,5 m
 - Verpflichtung zu anschließender extensiver Nutzung

3 Ungenutzte Flächen

- 3.1 Herausnahme geeigneter Flächen oder Teilflächen (z. B. schwer verpachtbare, entlegene, ertragsschwache, ungünstig geschnittene Flächen, Uferstreifen an Seen und Fließgewässern, Streifen an Knicks und Waldrändern) aus der landwirtschaftlichen Produktion. Verzicht auf jegliche Bearbeitung. Beratung durch Fachleute auf diesem Gebiet, ggf. schonende Pflege der Flächen (z. B. durch kirchliche Jugendgruppen oder Naturschutzvereine - nach vorheriger fachkundiger Beratung und Erstellung eines Pflegeplanes).
- 3.2 Erhaltung und Pflege schutzwürdiger Flächen wie Moore, Sümpfe, Brüche, Heiden, Dünen, Trockenrasen insbesondere nach den gesetzli-

chen Bestimmungen der §§ 8, 11, 20 Landschaftspflegegesetz Schleswig-Holstein (s. auch Merkblätter Nr. 2 u. 7 des Landesamtes für Naturschutz und Landschaftspflege Schleswig-Holstein). Verzicht auf jegliche Nutzung. Pflege- und ggf. Verbesserungsmaßnahmen nach Einschaltung eines fachkundigen Beraters (Untere Landschaftspflegebehörde, Landschaftspflegebüro).

3.3 Schaffung von Heide- und Trockenrasenfluren. Sie können auf mageren Böden, besonders an und zwischen Wäldern sowie an Wegrändern, die problemlos einmal jährlich gemäht oder überweidet werden, angelegt werden.

3.4 Schaffung neuer Wasser-, Sumpf- und Brachflächen. An vielen Stellen gibt es im Östlichen Hügelland und in Teilen der Geest Senken, die schwer zu entwässern sind. Es bietet sich an, defekte Dränagen hier nicht wieder herzurichten, ggf. noch funktionierende Entwässerungseinrichtungen zu verstopfen und die Bewirtschaftung der dann vernäßten Flächen aufzugeben. Es entwickeln sich Flachwasserbereiche, Niedermoore und Bruchwälder. Bei Neuanlage von Lebensräumen keine schutzwürdigen Biotope zerstören. (Merkblatt Nr. 9 des Landesamtes für Naturschutz und Landschaftspflege gibt Hinweise)

3.5 Anlage von Teichgräben, d. h. etwa 3 m breite, flach auslaufende Gräben mit sehr geringer Strömung. Die Verbreiterung der Gräben schafft Lebensraum für Wasserbewohner und Amphibien auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Als Abgrenzung zu Ackerflächen ist ein mehrere Meter breiter ungenutzter Landstreifen notwendig.

3.6 Vorfluter sind so zu pflegen, daß Röhrichtbestände erhalten bleiben; Handräumung wird bevorzugt vor wechselseitiger Uferräumung.

3.7 Anlage von Knicks und Feldgehölzen
In Geest und Hügelland ist die Neuanlage von Knicks insbesondere in flurbereinigten Gebieten auch aus landwirtschaftlichen Gründen sinnvoll (Verhinderung der Winderosion auf leichten Böden, Erhaltung der Feinde von Schadinsekten). Einem vernetzten System von Knicks und Feldgehölzen ist dabei aus allgemein ökologischen wie besonders aus wildbiologischen aber auch landeskulturellen Gründen der Vorzug gegenüber der Anlage von isolierten Feldgehölzen zu geben. Feldgehölze sollten von vornherein so angelegt werden, daß sie sich zu lichten Buschgruppen mit nur eingestreuten Bäumen

entwickeln. Zur Erhaltung dieses Zustandes sind ggf. auch pflegende Eingriffe (Einzelstammnutzung) nötig.

- 3.8 Sicherung der fachgerechten Pflege der Knicks durch entsprechende Verpflichtung der Pächter der zugehörigen landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Hinweis: Bei der Entwicklung bestehender und Anlage neuer Biotope stellt die Schleswig-Holsteinische Landesregierung für die anfallenden Kosten Förderungsmittel zur Verfügung. Nähere Auskunft über die Ämter für Land- und Wasserwirtschaft Flensburg, Heide, Husum, Itzehoe, Kiel und Lübeck. Auch wird auf die vom Landesamt für Naturschutz und Landschaftspflege herausgegebene Broschüre "Extensivierungsförderung in Schleswig-Holstein" hingewiesen.

MITTEILUNGEN

Information – Diskussion – Arbeitsmaterial
der Evangelischen Landeskirche in Baden

Juli/August
1988

7/8

Menschen im ländlichen Raum ~



Herausforderung für die Kirche

Zum Glück ließ die Kirche »die Kirche im Dorf«

Auf einer Wiese am Fluß liegen, trockenes Brot kauen, in der Hand einen roten Apfel zum Nachtisch. Träumende Blicke in den blauen Himmel, an dem Wolken dick aufgeplustert friedlich vorbeiziehen. Ein Blick auf die zehn Kühe, die gehütet werden müssen ... Morgen geht es in den Wald, Pfifferlinge enthüllen im Halbdunkel ihre gelben Köpfe, Blaubeeren soweit das Auge reicht, zur Erfrischung ein Bad im warmen Moorsee – Sommer in einem fränkischen Dorf. Das erfuhr ich vor vierzig Jahren, lebte dort lange Jahr inmitten einer geordneten Gemeinschaft, hatte meine Freizeit als Kind, von der Jugendliche heute allenfalls bei Ferien auf dem Bauernhof für kurze Zeit etwas ahnen können. Es gab auch harte Arbeit, schon für Kinder. Erntezeit hieß heuen, Kartoffelkäfer sammeln, Getreidegarben binden, den Stall ausmisten, Milchkannen schleppen, Hühner füttern und vieles mehr.

In der Dorfschule wurden wir in vier Grundschulklassen zur gleichen Zeit unterrichtet, trotzdem fanden wir den Anschluß an die Anforderungen eines Realgymnasiums in der vier Kilometer entfernten Kreisstadt. Damals waren die Menschen froh, etwas zu essen zu haben. Dank der Landwirte gab es Brot und Arbeitsplätze. Umweltschutz, Überdüngung, Flurbereinigung, Umweltverschmutzung waren Fremdwörter. Dörfer wie vor vierzig Jahren gibt es heute nur noch selten. Der ländliche Raum als alternatives aber mit preiswertem Bauland gesegnetes Gebiet war mehr und mehr gefragt. Endlich ein eigenes Heim, ein eigener Garten! In reinen Wohn-/Schlafstätten an der Peripherie von Großstädten entstanden Häuschen. Was viel schwerer zu bauen war und ist, das war die Gemeinschaft. Hier bedarf es schon großer Kontaktfreudigkeit, der Wille zum Ab- und Zugehen. Konflikte, Neid, Nähe, Freude, Feste in der dörflichen Nachbarschaft formen Menschen. Wer egoistisch denkt, der vereinsamt in einer noch so intakten Dorfgemeinschaft. Zum Glück ließ die Kirche »die Kirche im Dorf«. Die Gemeindereform wurde von dieser Instanz ignoriert. Sie erkannte, wenn wir hier aufgeben, lassen wir Menschen allein. Heutzutage Pfarrer auf dem Dorf zu sein, bedeutet besonders sensibel sein »doppelt« die Augen aufhalten. Als Seelsorger muß er den Landwirten Zuspruch geben, ihre schwierige finanzielle und menschliche Situation verstehen, den Neubürgern Nestwärme vermitteln, Gemeinschaft im Dorf zu fördern. Gleichzeitig sollte der Pfarrer aufrütteln. In seiner Kirche und in der politischen Gemeinde sollte er darauf aufmerksam machen, wo sich große Not auftut, damit die erste Hilfe nicht die letzte ist.

Phantasie ist auch im ländlichen Raum gefragt. Zu keiner Zeit mußten die Bauern soviel Flexibilität aufbringen, um die Landwirtschaft den wechselnden Verbrauchergewohnheiten anzupassen. Die Öffnung der Märkte wälzte den althergebrachten Sortenanbau um. So bieten Landwirte zum Beispiel heute Brokkoli, Zucchini und anderes Gemüse an, das früher in unseren heimischen Läden nur selten vorhanden war.

Sprich mit dem anderen, und er wird dir zuhören. Also veranstalten manche Bauern im Dorf Hoffeste, laden gezielt dazu ein, bemühen sich um neues Verständnis bei anderen Berufsgruppen. Dieses zunehmende Verantwortungsbewußtsein für sich selber kann Gemeinschaft fördern, Landwirte und Verbraucher wieder enger zusammenführen. Opfer werden dabei auf beiden Seiten abverlangt. Das gegenseitige Gespräch baut Feindbilder ab: der Bauer als Umweltverschmutzer, der Verbraucher als gedankenloser Esser.

Altlasten in Form von erdrückenden Hypotheken sind nicht so leicht abzuschütteln. Wer von den Landwirten in der Vergangenheit im Wettbewerb mithalten wollte, der mußte, wie auch in der Industrie, investieren. Kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe hatten trotz großer Leistungsbereitschaft der bäuerlichen Familien auf die Dauer keine Chance. Sie konnten nicht mithalten im gnadenlosen Wettbewerb. Das niederschmetternde Ergebnis ist oft der drohende Bankrott. Auch hier hat die Kirche eine Aufgabe. Nicht, daß sie den Familien die Schuldenlast abnehmen kann. Aber sie kann helfen Wege zu weisen, um aus dieser verfahrenen Situation herauszufinden. Helfen, damit Menschen nicht so schnell resignieren.

Auch die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden wird solche Rufe nicht überhören. Mit einer Schwerpunkttagung im Herbst 1988 will sie sich kundig machen. Hofbesuche in Nord-, Mittel- und Südbaden im September 1988 sollen vorher den Synodalen und Gästen die Nähe zur Problematik bringen. Referate sollen Zusammenhänge aufhellen, Diskussionen sollen richtungsweisend werden. Vielleicht gibt es dabei auch konkrete Ergebnisse: durch eine kirchliche – (ökumenische) Familienberatung, ein Wort der Synode, wer weiß? Wir dürfen gespannt sein.

Die »Mitteilungen« veröffentlichen in dieser Ausgabe auf 37 Seiten vieles, was die Menschen im ländlichen Raum bewegt. Der Blick über den eigenen Gemeindetellerrand oder Kirchturm hinweg wird nicht verweigert. Europa und die Dritte Welt gehören zur gemeinsamen Verantwortung. Nicht alles was noch mitteilenswert wäre, konnte die Redaktion aus Platzgründen veröffentlichen. Dafür bitten wir um Verständnis.

D 2.3

Kirchlicher Dienst auf dem Lande (KDL)

LEITSÄTZE

Der Auftrag des Kirchlichen Dienstes auf dem Lande ergibt sich aus der besonderen gesellschaftlichen Situation des ländlichen Raumes und der darin lebenden Menschen. Die Entwicklung in den letzten 30 Jahren brachte in der Landwirtschaft und im gesamten ländlichen Bereich Veränderungen und auch Bedrohungen mit sich. Diese müssen von den Betroffenen in ihren beruflichen, familiären und dörflichen Lebensbezügen bewältigt werden. Der Kirchliche Dienst auf dem Lande will hier Orientierungshilfen geben.

AUFGABEN

Seine Aufgabe sieht der KDL im einzelnen darin:

- Menschen im ländlichen Bereich (vor allem Landwirten und deren Familien) zu helfen, Resignation zu überwinden und Selbstwertgefühl zu entwickeln,
- bäuerliche Familien in Notfällen seelsorgerlich zu begleiten, und bei der Vermittlung von Betriebshelfern, Dorfhelferinnen und Haushaltshilfen mitzuwirken,
- zusammen mit Ortspfarrer, Kirchengemeinderat und Mitarbeitern am Aufbau der ländlichen Kirchengemeinde mitzuarbeiten,
- Pfarrer, haupt- und nebenberufliche Mitarbeiter zu befähigen, Antworten auf spezielle Lebensprobleme der Landbevölkerung zu finden,
- an der Bauernschule Nordbaden (vormals Gamburg) mitzuarbeiten, um Menschen auf dem Lande weiterzubilden,
- von der biblischen Botschaft her auf den verantwortlichen Umgang mit der Schöpfung hinzuweisen,
- kommunikative – kreative Möglichkeiten zu Erholung und Entspannung zu bieten.

ANGEBOTE

Die Arbeit des KDL geschieht vor allem in Informations- und Gesprächsabenden, Dorfseminaren, Stadt-/Land-Verbraucher-Erzeuger-Begegnungen, Landvolktagen, Familientagungen, Tagungen für Führungskräfte im Dorf, Landwirtschaftsverwaltung und Landpfarrer, Gemeindegottesdiensten zu besonderen Anlässen, Festen und Feiern.

MITARBEITER

Die Arbeit des KDL wird getragen von dem Landesbeauftragten als theologischem und geschäftsführendem Leiter, 3 Regionalbeauftragten für Odenwald/Tauber, Rhein-Neckar/Mittelbaden und Südbaden und ehrenamtlichen Beauftragten in regionalen bäuerlichen Arbeitskreisen.

SEKRETARIAT

Kirchlicher Dienst auf dem Lande
Nowackanlage 2, Postfach 2269, 7500 Karlsruhe
Telefon 07 21/14 74 85